

Nora Langenbacher, Britta Schellenberg (Hg.)

EUROPA AUF DEM „RECHTEN“ WEG?

Rechtsextremismus und
Rechtspopulismus in Europa



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Berlin

FES **Projekt**
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS



Nora Langenbacher, Britta Schellenberg (Hg.)

EUROPA AUF DEM „RECHTEN“ WEG?

Rechtsextremismus und
Rechtspopulismus in Europa



ISBN 978-3-86872-684-8

Herausgegeben von

Nora Langenbacher und Britta Schellenberg
für die Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Projekt „Auseinandersetzung
mit dem Rechtsextremismus“
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Redaktionelle Bearbeitung (Deutsch und Englisch)

Nora Langenbacher
Britta Schellenberg

Redaktionelle Bearbeitung (Englisch)

Karen Margolis

Übersetzung (Englisch --> Deutsch)

Harald Franzen
Markus Seibel
Julia Maté

Übersetzung (Deutsch --> Englisch)

Karen Margolis
Julia Maté

Übersetzung (Italienisch --> Deutsch)

Peter Schlaffer

Lektorat (Deutsch)

Barbara Hoffmann

Lektorat (Englisch)

Jennifer Snodgrass

Layout

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Copyright © 2011 Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Vorwort7

RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA

Nora Langenbacher & Britta Schellenberg
**Einleitung: Ein Sammelband zu Erscheinungsformen
und Entwicklung der radikalen Rechten in Europa** 11

Martin Schulz, MdEP29
Rechtsextremismusbekämpfung als Aufgabe europäischer Politik

Michael Minkenberg39
**Die radikale Rechte in Europa heute: Trends und Muster
in West und Ost**

WESTEUROPA

Deutschland | Britta Schellenberg59
Die radikale Rechte in Deutschland:
Sie wird verboten und erfindet sich neu

Frankreich | Jean-Yves Camus85
Die extreme Rechte in Frankreich: Es ist zu erwarten, dass die
Landkarte neu gezeichnet werden wird

Großbritannien | Christopher T. Husbands 105
Die Situation der extremen Rechten in Großbritannien

Niederlande | Ronald Eissens & Suzette Bronkhorst 131
Rechtsextremismus und -populismus in den Niederlanden:
Nichts gelernt

SÜDEUROPA

- Italien** | Roberto Chiarini 153
Die extreme Rechte in Italien
- Schweiz** | Damir Skenderovic 171
Transformationen und „direkte“ Erfolge am rechten Rand:
Die Schweiz als Vorbild in Europa?
- Spanien** | Frauke Büttner 193
Rechtsextremismus in Spanien: Zwischen parlamentarischer
Bedeutungslosigkeit, Rechtspopulismus und rassistischer Gewalt

OSTEUROPA

- Bulgarien** | Kristian Vigenin, MdEP 209
Die radikale Rechte in Bulgarien: ATAKA – Aufstieg, Fall
und Nachspiel
- Polen** | Rafal Pankowski 217
Identität und Bigotterie: Nationalistischer Populismus und
die extreme Rechte im heutigen Polen
- Ungarn** | Pal Tamas 235
Die radikale Rechte in Ungarn:
Eine Bedrohung für die Demokratie?

NORDEUROPA

- Dänemark** | Susi Meret 257
Vom Rand zur Mitte? Die Entwicklung der radikalen
Rechten in Dänemark
- Schweden** | Heléne Lööw 281
Der Rechtsextremismus in Schweden: Eine schleichende Gefahr
- Norwegen** | Tor Bjørklund 299
Die radikale Rechte in Norwegen:
Die Entwicklung der Fortschrittspartei

AUSBLICK: PERSPEKTIVEN FÜR EUROPA

Britta Schellenberg323
**Strategien gegen die radikale Rechte und für ein plurales
und zukunftsfähiges Europa**

Nora Langenbacher.....335
Sieben Thesen zum Abschluss: Gemeinsam in Europa gegen rechts!

ANHANG:

Zu den Autor/innen 343

Weiterführende Literatur und Links 350

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und
gegen Rechtsextremismus..... 354

Bildquellennachweis..... 358



EUROPEISCHE UNION



FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rechtsextremismus ist kein nationales Phänomen. Im Gegenteil sind Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in vielen Ländern präsent und die extreme Rechte vernetzt sich zunehmend über Ländergrenzen hinweg. Auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen fußende Einstellungen gegenüber Teilen der Bevölkerung, diskriminierende Handlungen und Strukturen oder gar offener Hass und Gewalt bezeugen ein besorgniserregendes Ausmaß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in vielen Ländern Europas und der Welt.

Auch die jüngst erschienene Studie *„Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“* der Friedrich-Ebert-Stiftung attestiert eine dramatische Ausbreitung von antidemokratischen Einstellungen in der Mitte der europäischen Gesellschaften. Laut den Repräsentativerhebungen der Universität Bielefeld ist beispielsweise rund die Hälfte aller Befragten in acht Ländern Europas der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/innen in ihrem Land und wünscht sich ein Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische in Krisenzeiten. Rund 50 Prozent der Befragten verurteilt zudem den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz und ein Drittel glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien.

Vielerorts versuchen Rechtsextremisten in Europa, dies als Nährboden zu nutzen, um sich mit unterschiedlichsten Strategien und Strukturen in Gesellschaft und Politik zu etablieren. Sie veranstalten Aufmärsche und geschichtsrevisionistische Gedenkfeiern, organisieren sich in losen Kameradschaften oder mobilisieren als Parteien für den Einzug in Parlamente – leider nicht erfolglos. Im Gegenteil: In den letzten Jahren erlebte Europa ein Erstarken des Rechtsextremismus. Gerade in Zeiten der

Finanz- und Wirtschaftskrise versuchten Europas Rechtsextreme und Rechtspopulisten, mit einfachen Antworten auf komplexe gesellschaftspolitische Herausforderungen die Ängste vieler Bürger/innen für „ihre Sache“ zu nutzen. So zogen bei der Europawahl 2009 nicht nur 29 Mandatsträger/innen der extremen Rechten ins Europaparlament ein, auch bei nationalen Wahlen schaffte sie es, mit Sündenbock- und Ausgrenzungsparolen zu punkten – von Schweden über Dänemark, die Niederlande und Österreich bis nach Osteuropa.

Welche Gefahr geht also von der extremen Rechten aus? Wie geriert und organisiert sie sich in Europa und seinen Regionen? Welche Erscheinungsformen und Strategien lassen sich identifizieren und welche Gegenstrategien entwickeln? Welche Rolle spielen Politik und Zivilgesellschaft in der Arbeit gegen den Rechtsextremismus und welche nächsten Schritte sind nötig? Ist Europa auf dem „rechten“ Weg?

Diese Leitfragen prägen die Beiträge dieses Sammelbandes und bestimmen zudem die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, der sich die Friedrich-Ebert-Stiftung zutiefst verpflichtet fühlt. Das zentrale Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet daher seit vielen Jahren kontinuierlich zu Strategien für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, bietet Dialogplattformen für Expert/innen und Engagierte aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft an und liefert mit seinen Studien und Publikationen regelmäßig Beiträge zum Fachdiskurs.

Die internationale Dimension des Rechtsextremismus bildet seit 2009 eine eigene Arbeitslinie dieser Auseinandersetzung. In ihren Anstrengungen für eine europäische Debatte und Vernetzung wird die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Europäischen Union und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. So konnten seit 2009 beispielsweise zwei internationale Großkonferenzen mit Expert/innen aus ganz Europa stattfinden. Nachdem auf einer ersten Konferenz im November 2009 die Problemanalyse entlang einzelner Länder und Regionen Europas im Vordergrund stand, diente eine OPEN SPACE-Konferenz

für Demokratie im November 2010 der Suche nach gemeinsamen gesellschaftspolitischen Antworten.

Der vorliegende Sammelband bündelt die bei diesen Veranstaltungen gewonnen Erkenntnisse in Form von wissenschaftlichen Analysen über Erscheinungsformen und die Situation der extremen Rechten in unterschiedlichen Teilen Europas. Andererseits dokumentieren verschiedene Beiträge zudem die daraus folgenden Debatten und Schlussfolgerungen für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Die Abbildungen und Fotografien in diesem Band veranschaulichen dabei zum Teil die Dramatik des Gegenstandes, dokumentieren jedoch außerdem das ausgeprägte Interesse und Bewusstsein sowie die Kreativität demokratischer Gegenwehr, wie wir sie auf unseren Konferenzen erleben.

Mit dieser Publikation möchte das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zum fachlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs über Rechtsextremismus als Gefahr für die Demokratien und Gesellschaften Europas leisten. Wir hoffen, hiermit konstruktive Impulse für die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für ein demokratisches und solidarisches Europa zu senden und wünschen eine interessante Lektüre.

Unser herzlicher Dank gilt Britta Schellenberg, der Mitherausgeberin und -autorin des Bandes, sowie allen weiteren Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge. Gedankt sei darüber hinaus allen übrigen Beteiligten, die zum Gelingen dieser Publikation beigetragen haben. Die deutsche und eine englische Fassung dieses Sammelbandes sowie weitere Publikationen und Informationen zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie auch online unter <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de>.

Nora Langenbacher

Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“
Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung



Einleitung: Ein Sammelband zu Erscheinungsformen und Entwicklung der radikalen Rechten in Europa

Zu Ziel, Aufbau und Inhalt des Sammelbandes

Angesichts der wachsenden Gefahr, die von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für die Demokratien und Gesellschaften Europas ausgeht, bündelt dieser Sammelband fachkundige Analysen von ausgewiesenen Wissenschaftler/innen zu Erscheinungsformen, Strategien und Themen der radikalen Rechten¹ mit Blick auf verschiedene europäische Länder und Regionen und gibt zudem Anregungen für die Arbeit an effektiven Gegenstrategien.

Die Autor/innen der dreizehn Länderanalysen widmen sich den Strukturen der radikalen Rechten in Europa und analysieren deren Themen und Zielgruppen. Mit Blick auf die Einstellungen im gesellschaftlichen „Mainstream“ gehen diese zudem der Frage nach, ob und insbesondere mit welchen Strategien rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure bisher Erfolg haben und welche Rolle dabei die fortschreitende transnationale Vernetzung spielt. Die weiteren Beiträge zu Beginn und am Ende des Bandes gehen der Titelfrage nach, ob sich Europa insgesamt „auf dem rechten Weg“ befindet bzw. welche gesellschaftspolitischen Schritte zur Erhaltung eines demokratischen und solidarischen Europas notwendig sind.

1 Definiert nach Michael Minkenberg: Damit umfasst die radikale Rechte die extreme Rechte, xenophobe Rechte, populistische Rechte und fundamentalistisch-religiöse Rechte. Für weitere Diskussion der hier verwendeten Begriffe und Konzepte vgl. den Artikel von Minkenberg in diesem Band, S. 39.

Da es sich dabei um verschiedene Textformen aus unterschiedlichster Feder handelt, unterscheiden sich Stil und Vorgehensweise der nachfolgenden Kapitel. So erwartet die Leser/innen im Folgenden zunächst ein politischer Eingangsartikel von Martin Schulz, MdEP, der auf einer engagierten Rede basiert, die er im Rahmen einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt. Während Martin Schulz sich hier der Frage „Ist Europa auf dem rechten Weg?“ aus europapolitischer Sicht nähert, führt der nachfolgende Artikel von Professor Michael Minkenberg aus wissenschaftlicher Perspektive in den Gegenstand und seine Begrifflichkeiten ein und liefert einen gesamteuropäischen Analyserahmen, in den sich die nachfolgenden Länderstudien einordnen lassen.

Den Abschluss des Bandes bilden zwei Beiträge zu der Frage, welche gesellschaftspolitischen Strategien sich aus der vorliegenden Analyse ergeben. Sie basieren auf den Diskussionen, die gemeinsam mit Vertreter/innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf zwei internationalen Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung geführt wurden und sind mit dem Ziel geschrieben, die zukünftige Debatte um weitere Schritte für Demokratie und Menschenrechte in Europa zu bereichern.

Zum Gegenstand: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Die Analysen dieses Sammelbandes machen deutlich, dass es sich beim Rechtsextremismus und Rechtspopulismus um ein Phänomen handelt, das einerseits national und regional unterschiedliche Ausdrucksformen findet, jedoch andererseits mit Blick auf Strategien und Inhalte europaweit Gemeinsamkeiten aufweist. Mit Rücksicht auf die Breite der vorliegenden Analysen werden im Folgenden einige zentrale Gemeinsamkeiten herausgegriffen, die uns vor dem Hintergrund einer notwendigen europäischen Diskussion besonders interessant erscheinen. So lassen sich zum einen gemeinsame Themen und Strategien, zum anderen charakteristische Entstehungsursachen und Bedingungen für den Erfolg rechtspopulistischer Bestrebungen in Europa herauslesen.

Drei entscheidende Themen bzw. Mobilisierungsstrategien der radikalen Rechten – deren Versuch, soziale Fragen für sich zu nutzen, „Politik *per se*“ als korrupt darzustellen und eine nationale Identitätszuschreibung zu propagieren – sind heute zentrale Erfolgsfaktoren rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure. Drei damit einhergehende gesellschafts-politische Krisen – die wir als Verteilungs- und Zugangskrise, als Repräsentationskrise der Politik und als Identitätskrise² beschreiben – weisen gleichzeitig auf unbewältigte Probleme der Demokratien hin und mahnen zu einer innovativen und zeitgemäßen politischen Gestaltung unserer Gesellschaften.

Die radikale Rechte geriert sich als Verteidiger heutiger „sozialer Fragen“ – oder: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Resultat einer Verteilungs- und Zugangskrise

Die Analysen des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in den verschiedenen Ländern zeigen, dass die radikale Rechte heute insbesondere bei den Verlierer/innen aktueller gesellschaftlicher Prozesse zu punkten hofft. Ob bei der *British National Party*, bei der *Fortschrittspartei* oder der *Dänischen Volkspartei*³: Angesprochen werden vor allem diejenigen, denen im Zuge wirtschaftlicher und sozialer Veränderungsprozesse in den Bereichen Arbeit, Einkommen, Prestige, Zugang zu Bildung und Freizeit Verluste drohen. Die Hauptzielgruppen sind daher in Westeuropa vor allem Menschen aus unteren sozialen Schichten und der unteren Mittelschicht. In Osteuropa ist zudem eine breitere Mittelschicht Adressat. Dieser Zusammenhang ist keineswegs neu oder unerforscht. Schließlich profitiert (nur) ein Teil der Bevölkerung in den europäischen Gesellschaften von der zunehmenden Liberalisierung der Märkte und der globalen Vernetzung, während sich andere von den ökonomischen und technischen Gewinnen und der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen fühlen.

2 In Anlehnung an Frank Decker (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa. Bonn, 9–32, S. 22.

3 Übersicht über Parteien und ihre Wahlergebnisse, siehe Seite 27.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure nutzen diese Abstiegs- und Verlustängste und gerieren sich daher vielerorts als vermeintliche „Fürstreiter/innen“ der kleinen Leute bzw. der Verlierer/innen globalisierter Wirtschaftsprozesse. Obwohl es nicht lange her ist, dass ein Teil der heutigen rechtsradikalen Parteien neoliberale Wirtschaftskonzeptionen begrüßte (Teile dieser Parteien, wie z.B. die österreichische FPÖ, favorisieren auch weiterhin eine Liberalisierung der Märkte und hofieren mittelständige Unternehmen), propagieren sie heute eine „nationale und soziale“ Politik und begrüßen den Sozialstaat, der (nur) für seine ethnisch-nationalen Bürger sorgt. Dieses zeigt sich beispielsweise an Slogans, in denen der „Sozialismus“ beschworen wird oder an Aufrufen, „den Sozialstaat zu sichern“ bzw. „Arbeit zuerst für Deutsche“ zu verteilen. Insbesondere in den nordischen Ländern, in denen soziale Gerechtigkeit ein hoch anerkanntes Gut ist, wird von der radikalen Rechten offensiv der Abbau des Wohlfahrtsstaats kritisiert. Es ist auch ein nostalgischer Blick zurück in die Vergangenheit: Es wird sich nach wirtschaftlich prosperierenden Zeiten der 1950er- und 1960er-Jahre gesehnt, nach einem Land des Aufbaus der öffentlichen Wohlfahrt, nach hoher Erwerbstätigkeit, nach Fortschritt und – das ist der Zusammenhang, den die radikale Rechte herstellt – einer ethnisch-homogenen Gesellschaft ohne Einwanderer/innen. Vor diesem Hintergrund bezeichnen sich Parteien wie die *Dänische Volkspartei* als „die wahren Sozialdemokraten“ oder die *British National Party* (BNP) als die „Vertreter der britischen Arbeiterklasse“. In den post-kommunistischen Ländern Osteuropas fordert die radikale Rechte die staatliche Kontrolle des liberalisierten Markts noch deutlich stärker ein als im Westen.

Auch wenn es keinen Kausalzusammenhang zwischen sozial schwachem Status und der Unterstützung des Rechtsextremismus gibt, so ist ein starker Zusammenhang zwischen „subjektiver Deprivation“, also dem subjektiven Gefühl, benachteiligt zu sein, und rechtsextremer Orientierung

wissenschaftlich belegt.⁴ Das „subjektive“ Gefühl, benachteiligt zu werden, hat bei entsprechenden Bevölkerungsgruppen heute oftmals eine reale Basis. Bildungsferne, gemeinhin aus den unteren sozialen Schichten stammende Bevölkerungsgruppen in ganz Europa müssen nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise empfindliche wirtschaftliche Einbußen sowie den Verlust an sozialem Prestige hinnehmen.⁵ Doch während diese benachteiligten Gruppen in Westeuropa traditionell bisher eher links wählten, haben diese heute oftmals das Vertrauen in linke Politik verloren – nicht zuletzt weil die für sie negativen Entwicklungen sowohl von konservativen, liberalen als auch sozialdemokratischen Regierungen verantwortet wurden. Diese Gruppen wenden sich heute in einigen Ländern Parteien der radikalen Rechten zu (vgl. Artikel über Norwegen in diesem Band).

Damit ist der aktuelle Erfolg rechtsradikaler Parteien auch das Produkt einer Verteilungskrise. Die Wähler/innen agieren als „angry (young) (wo)men“⁶, die sich selbst zunehmend als Ausgeschlossene erleben. Denn diese Krise ist, und damit geht sie über die rein ökonomische Ebene hinaus, gleichermaßen auch eine „Zugangskrise“, die sich auf alle Lebensbereiche erstreckt: Viele wirtschaftlich Deprivierte können oftmals auch sozial und kulturell weniger teilhaben und erleben zudem einen schlechteren Zugang zu Information und Bildung.

4 Den Zusammenhang zwischen drohenden oder erfolgter wirtschaftlicher Deprivation und Desintegration und rechtsextremen Einstellungen beleuchtet u. a. auch die Studie „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ (Decker, Weißmann, Kiess, Brähler 2010) der Friedrich-Ebert-Stiftung.

5 Das zeigt z. B. die Situation von Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt: Während die Beschäftigungsquote in der EU bei Hochqualifizierten 84 Prozent beträgt, ist sie bei Mittelqualifizierten 70 Prozent und bei Geringqualifizierten nur noch 49 Prozent. Vgl. New Skills for New Jobs: Action Now. A report by the Expert Group on New Skills for New Jobs prepared for the European Commission. European Union 2010; <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=568&langId=en>

6 Im Deutschen: „wütende junge Leute“.

Rechtspopulist/innen als Anwält/innen der „kleinen Leute“ – oder: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Resultat einer Repräsentationskrise der Politik

Das zweite Kernthema bzw. Stilelement der radikalen Rechten in Europa ist das Verächtlichmachen von Politiker/innen, politischen Parteien und schließlich der Demokratie selbst. In ihren Slogans und Kampagnen zweifeln die Rechtspopulist/innen an, dass „das Volk“ tatsächlich von den regierenden Politiker/innen vertreten wird. Sie stellen diese sowie weitere gesellschaftspolitische Akteure per se als korrupt oder unglaubwürdig dar, weil sie „ausschließlich ihre eigenen ökonomischen Interessen vertreten“ würden und zudem „elitär“ seien. Indem sie soziale Problemlagen der Bevölkerung beklagen, rufen sie dazu auf, zur Durchsetzung der Interessen des Volks müsse „hart durchgegriffen“ werden. Gängige Feindbilder sind dabei zum einen der angebliche „Parteien-Filz“, zum anderen „kriminelle Ausländer/innen“ und „Sozialschmarotzer“. Dabei entwerfen rechtsradikale Politiker/innen wie beispielsweise der Franzose Le Pen eine Art Polizeistaat als Vision, in dem Fragen der Sicherheit und des „Kampfes gegen Unmoral“ im Mittelpunkt stehen.

Gleichzeitig präsentieren sich rechtsradikale Parteien selbst als die „wahre Stimme des Volkes“ und „Vertreter/in des einfachen Mannes“. Dabei unterstreichen sie beispielsweise in der Schweiz ihr Politikverständnis durch geschickt inszenierte Volksbegehren wie das über das „Minarettverbot“ (vgl. Artikel über die Schweiz in diesem Band). Plädoyers für mehr direkte Demokratie – und weniger Parlamentarismus – sind auch in anderen Ländern Westeuropas von Seiten der radikalen Rechten nicht unüblich. Beispielsweise initiieren rechtsradikale Parteien in Westeuropa in fast regelmäßiger Wiederkehr und oftmals voneinander beeinflusst Initiativen gegen „den Islam“ und „die Moslems“ – insbesondere gegen den Bau von Moscheen (vgl. den Artikel über Deutschland in diesem Band). Jedoch unterscheiden sich die radikalen Rechten in verschiedenen Ländern Europas in Bezug auf ihr Politik- und Staatsverständnis: Während

die Rechtsradikalen in den jungen Demokratien Osteuropas eine nationalsozialistische/faschistische und kommunistische Vergangenheit haben und sich auf autoritäre Politikkonzepte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (vgl. Artikel über Polen und Ungarn in diesem Band) beziehen, so stellen sich die radikalen Rechten in den alten Demokratien (in diesem Band gehören hierzu Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Schweden) offensiv in die demokratische Tradition ihres Landes. Die *Schwedischen Demokraten*, die *Dänische Volkspartei* oder Geert Wilders *Partei für die Freiheit* begreifen sich daher als die eigentlichen Vertreter/innen der demokratischen Werte ihres Landes. Ein Beispiel für ihre Selbstinszenierung als „Anwalt“ demokratisch-liberaler Werte stellen Kampagnen dar, in denen sie sich gegen vermeintlich autoritäre und Frauen diskriminierende muslimische Einwanderer/innen zur Wehr setzen. Dabei stellen sich diese Parteien bewusst in den demokratischen Diskurs, fordern Meinungsfreiheit für sich ein und beschimpfen Gegner/innen als Rassist/innen, die ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am politischen Prozess des Landes verwehren wollen.

Durch die pauschale Abwertung der Politik – insbesondere durch den Vorwurf, dass „Volkes Stimme“ durch einen elitären Parlamentarismus ungehört bliebe – nähren rechtsradikale Akteure antidemokratische bzw. antiparlamentarische Einstellungen. Sie nutzen vorhandenen Frust oder Verdrossenheit mit der Performanz des politischen Systems für ihre Zwecke. Damit ist der Rechtsextremismus in vielen Ländern Europas das Produkt einer Krise, die der Politikwissenschaftler Frank Decker mit dem Begriff „Repräsentationskrise“ auf den Punkt bringt.⁷

7 Vgl. Frank Decker (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa. Bonn, 9–32, S. 22.

Folgt man der Annahme einer Repräsentationskrise demokratischer Politik, ist ein vergleichender Blick auf die Wähler/innen rechtsradikaler Parteien interessant. Hierzu gehören entsprechend der oben ausgeführten Verteilungskrise zum einen die Verlierer/innen des aktuellen gesellschaftlichen Wandels. Außerdem fällt in einigen Ländern auf, dass es darunter vor allem junge Menschen und zudem überdurchschnittlich häufig Männer sind, die rechtsradikalen Parteien ihre Stimme geben.⁸ Auch Folgendes spricht für die These einer Verteilungs- und Repräsentationskrise als Ursache für den Erfolg der extremen Rechten: Die jungen Männer fühlen sich von einem H. C. Strache (FPÖ, Österreich) oder Gábor Vona (JOBBIK, Ungarn), die sehr moderne Wahlkämpfe führen (etwa Discobesuche und Raps im Fall von Strache), scheinbar adäquater angesprochen und trauen ihnen offenbar eher zu, ihre prekäre soziale und wirtschaftliche Lage „in den Griff“ zu bekommen.

Rechtspopulist/innen als „Sinnstifter“ – oder: Rechtsextremismus und -populismus als Resultat einer Identitätskrise

Ein drittes, kulturelles Thema und Feld der Agitation der extremen Rechten stellt das Thema „Identität“ bzw. Identitätspolitik dar. Es ist besonders anschlussfähig an den gesellschaftlichen *Mainstream*, weil es zum einen sehr existenziell thematisiert werden kann und zum anderen alle Mitglieder der (Mehrheits-)Gesellschaft betrifft: Fragen der eigenen Identität gewinnen in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels, neuer und globaler Kommunikations-, Informations- und Arbeitsmöglichkeiten an Relevanz und betreffen fast jede/n. Während einige Bevölkerungsgruppen Veränderungsprozesse weitgehend als positiv empfinden, fühlen sich andere damit überfordert oder lehnen diese schlicht ab.⁹ Letztere drohen durch die wahrgenommene oder tatsächliche Deprivation oder Des-

8 Beispielsweise wurde in Österreich (Sept. 2008) die rechtspopulistische FPÖ stärkste Partei bei den unter 30-Jährigen. Insgesamt kam die Partei auf 17 Prozent der Stimmen, unter den Erstwähler/innen (16- bis 19-Jährige) waren es 44 Prozent

9 Britta Schellenberg (2009): Dispersion and Differentiation: The Structures and Trends of the Radical Right in Europe. In: Bertelsmann Stiftung (ed.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh, S. 531–546, S. 531.

integration Referenzpunkte für ihre Identität zu verlieren. Rechtsradikale Akteure greifen dies, was individuell als auch gesamtgesellschaftlich als „Identitäts- und Sinnkrise“ bezeichnet werden kann, auf und offerieren eine regressive Utopie: Sie klammern sich an den Begriff von Nation und Volk, überhöhen diesen und grenzen das, was „fremd“ erscheint, aus. Ziel der Rechtsradikalen ist dabei eine ethnisch homogene Gesellschaft. Dabei verspricht die rechtsradikale Utopie einer homogenen Gemeinschaft, soziale und individuelle Probleme durch Ausschluss des „Schuldigen“ bzw. „Anderen“ zu lösen. In dieser „Logik“ muss alles „Fremde“ identifiziert und ausgeschlossen werden, um das Überleben der Nation / des Volkes zu sichern.

Sehr früh hatte Le Pen und der französische *Front National* die Bedeutung des Themas „Identität“ für die radikale Rechte erkannt und „die weiße Rasse“ als Kernkonzept europäischer Identität propagiert (vgl. Artikel über Frankreich in diesem Band). Allerdings muss in diesem Kontext darauf hingewiesen werden, dass der Verweis auf und die Abgrenzung oder gar Abwertung gegenüber dem vermeintlich „Fremden“ weit über die radikale Rechte hinaus bei diversen gesellschaftlichen Kräften populär ist.¹⁰ Dabei ist das, was als „fremd“ herausgegriffen wird, variabel und dem Zeitgeist unterlegen. In Westeuropa gilt heute als „das Fremde“ insbesondere „das Muslimische“. Antisemitismus stellt aber weiterhin ein Kernelement der radikalen Rechten dar. Jedoch hat er bei verschiedenen Akteuren der radikalen Rechten unterschiedliche Gesichter: Von zu Gewalt aufrufendem und offenem Hass bei der extremen Rechten und der fundamentalistisch-katholischen Rechten (etwa in Polen) über Codes und sekundären Anspielungen (etwa in der Referenz zur „amerikanischen Ostküste“) bei den gemäßigeren Rechtsradikalen. Widersprüchlich sind diesbezüglich Entwicklungen bei rechtsradikalen Parteien in den Niederlanden, Dänemark und Schweden: Hier wird Antisemitismus entweder ausgeklammert oder sogar die Nähe zu Jüdinnen und Juden oder dem

10 Vgl. Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland 2006, 2008 und 2010. Die aktuellste Studie trägt den Titel „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ (Decker, Weißmann, Kiess, Brähler 2010).

Staat Israel gesucht. Der Holocaust wird als historischer und nationaler Bezugspunkt anerkannt.

Neben der Ausgrenzung von Gruppen nach Religionszuordnung umfasst das „Fremde“ oftmals auch Minderheiten wie Roma und behinderte, obdachlose, arme oder arbeitslose Menschen, die als fremd apostrophiert werden. In Osteuropa ist das Repertoire der Feindgruppen deutlich breiter und die Ablehnung der Gruppen aggressiver: Neben Roma trifft rechtsradikaler Hass vor allem Jüdinnen und Juden, ethnische Minderheiten (wie die Türken in Bulgarien) und Homosexuelle (vgl. Artikel zu Bulgarien und Polen in diesem Band).

Folgt man der Theorie einer Identitätskrise als eine der Ursachen für den Erfolg der radikalen Rechten und führt man sich zeitgleich deren Strategie der Identitätsangebote durch Ausgrenzung vor Augen, so ergibt sich insbesondere aus dem hohen Ausmaß an Vorurteilen gegenüber dem vermeintlich Fremden, wie es aktuell von der FES-Studie „Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“¹¹ dokumentiert wird, eine dringliche Herausforderung für Politik und Gesellschaft.

Mit Blick nach Osteuropa bildet die Identitätskrise als erklärender Ansatz einen besonders interessanten Analyserahmen, da die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Osteuropa ungleich gravierender waren und sind: Infolge oftmals traumatischer Erfahrungen der osteuropäischen Transformation nach Ende des Kalten Krieges und der Sowjetunion kam es fast überall zu sozialen Spannungen und Frustrationen, zu politischen Konflikten und Identitätskrisen, die unter anderem ein Erstarken des Nationalismus zur Folge hatten. Beklagt wurden die Auflösung gemeinschaftlicher Solidarität und eine allgemeine politische Entfremdung. Die Ängste gegenüber der neuen, beschleunigten, globalen Welt sind hier besonders verbreitet.¹²

11 Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung (Zick et al., hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011).

12 Józef Bayer (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Vol. 31, (3), S. 265–280.

Ein Rundblick über die zentralen Strategien und Themen der radikalen Rechten weist darauf hin, dass die Erfolgsfaktoren des Rechtsextremismus unter anderem auch bei den unbewältigten Problemen und Konflikten unserer heutigen Demokratien zu finden sind: bei der Instrumentalisierung von Verteilungs-, Repräsentations- und Identitätskrisen durch Rechtsextreme und -populisten. Entscheidend für die zukünftige friedliche und (ökonomisch) erfolgreiche Entwicklung Europas wird sein, ob einerseits diesen Krisenerscheinungen durch die Stärkung sozialer Demokratie entgegengesteuert wird. Und ob andererseits den Versuchen der radikalen Rechten, von diesen Krisen zu profitieren und ihr feindseliges und regressives Menschen- und Gesellschaftsbild zu verbreiten, aktives Engagement gegen Ausgrenzung und Rechtsextremismus entgegengehalten wird.

Die Rolle der Medien, des lokalen Raums und von internationalen Netzwerken

An dieser Stelle sollen noch drei Aspekte aufgegriffen werden, die europaweit entscheidend für den Erfolg bzw. Misserfolg der Rechtsextremist/innen und -populist/innen verantwortlich sind: die Rolle der Medien, die Bedeutung des lokalen Raums und die vermehrte internationale Vernetzung im Kontext des europäischen Rechtsextremismus.

Die Rolle der Medien

Betrachtet man das Wechselspiel zwischen der radikalen Rechten und Europas Gesellschaften, darf ein Blick auf die zentrale Bedeutung der Medien in der Auseinandersetzung nicht fehlen. Dass Medien öffentliche wie politische Diskurse stark mitbestimmen, wissen nicht nur Vertreter/innen demokratischer Parteien für sich zu nutzen. In den letzten Jahren haben sich rechtsradikale Akteure daher vielerorts zu Medienprofis entwickelt. Sie inszenieren sich mediengerecht und nutzen das natürliche Interesse der Medien an Dramatik und Konflikt. Und dieses bleibt

nicht ohne Erfolg. In den Aufsätzen in diesem Band verweisen die Autor/innen auf den Einfluss, den Medien auf den Wahlerfolg rechtsradikaler Parteien haben können (vgl. u. a. die Artikel über Bulgarien und Niederlande). Gerade in Ländern, in denen einzelne politische Akteure starken Einfluss auf Presseorgane und TV-Sender ausüben (etwa in Italien und Bulgarien), können Medien die Entwicklung politischer Strömungen besonders stark beeinflussen. Insbesondere in den Analysen zu den Niederlanden und Bulgarien wird das Zusammenspiel von medialer Aufmerksamkeit gegenüber Wilders (*Partei für die Freiheit*) und Siderov (*Ataka*) und ihren Wahlerfolgen nachgezeichnet. Hingegen scheint die offene Auseinandersetzung mit Nick Griffin und seiner *British National Party* (BNP) in britischen Medien (insbesondere dessen Gespräch mit der BBC) der BNP eher zu schaden (vgl. Artikel über Großbritannien in diesem Band). Wenn sich Medienorgane mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren verbünden, wie es im Fall von Polen mit dem rechtsextremen *Radio Maria* der Fall ist, kann sich eine nochmals dramatischere verbindende Rolle zwischen Mehrheitsgesellschaft und radikaler Rechten entwickeln (vgl. Artikel über Polen in diesem Band).

Die Bedeutung des lokalen Raums

Die lokale Ebene ist für die Entwicklung und den Erfolg der radikalen Rechten nicht zu unterschätzen. Zum einen sind gerade rechtsextreme Gewaltausbrüche und subkulturelle Aktivitäten vor allem lokal zu verorten, zum anderen liegen hier auch die Wurzeln für parteipolitischen Erfolg.

Bezüglich der subkulturellen „lokalen“ Seite des Rechtsextremismus hat sich beispielsweise in den vergangenen Jahren in Deutschland eine besorgniserregende Entwicklung vollzogen: Nicht zuletzt aufgrund des hohen Repressionsdrucks auf rechtsextreme Strukturen haben sich hier rechtsradikale Organisationen zunehmend „autonomisiert“: Es entstand das Konzept der „Kameradschaften“ und „Aktionsbündnisse“, lose Zusammenschlüsse von Rechtsextremen, die lokal bzw. regional aktiv sind, sowie die „autonomen Nationalisten“, schwarz gekleidete Jugendliche,

die gegen die Gesellschaft und ihre Vertreter/innen gewalttätig opponieren (vgl. Artikel über Deutschland in diesem Band). Diese Gruppierungen existieren inzwischen auch in anderen Ländern, beispielsweise in der Tschechischen Republik, und arbeiten zum Teil auch grenzüberschreitend zusammen (s. u.). In Osteuropa kommt kommunal angesiedelten paramilitärischen Gruppierungen eine besondere Bedeutung zu. So hat in Ungarn die *Jobbik*-Partei mit ihrer *Ungarischen Garde* bzw. „Bürgerwehr“ ein Instrument geschaffen, das insbesondere die Roma-Bevölkerung bekämpft, vertreibt und sogar tötet. Diese „Bürgerwehr“ ist insbesondere in ländlichen Gebieten aktiv und hat sich in den vergangenen Jahren in Osteuropa ausgebreitet. Die Existenz der paramilitärischen Organisationen zeigt zudem die in Osteuropa stärker ausgeprägte Gewaltakzeptanz bei der radikalen Rechten.

Die lokale Ebene ist aber nicht allein für subkulturelle Aktivitäten relevant: Auch Wahlerfolge auf lokaler und regionaler Ebene sind von maßgeblicher Bedeutung für längerfristige, überregionale Wahlerfolge. Die von der lokalen Ebene ausgehende schleichende Ausbreitung der radikalen Rechten kann besonders gut in Ländern nachvollzogen werden, in denen rechtsradikale Parteien erst jüngst (vgl. Artikel zu Schweden und zu Großbritannien in diesem Band) oder bislang nicht überregional erfolgreich sind (vgl. Artikel zu Deutschland in diesem Band). Auch in Italien stellt die regional ausgerichtete *Lega Nord* mit einer Mischung aus rechtsradikaler Ideologie und regionalem Chauvinismus eine stabile politische Größe im italienischen Parteiensystem dar (vgl. Artikel zu Italien in diesem Band).

Die internationale Vernetzung der extremen und populistischen Rechten

Eine wichtige Rolle für den Erfolg des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind die transnationalen Prozesse des gegenseitigen Austausches und „Lernens“ in Europa. Die globale oder zumindest europäische Vernetzung prägt hierbei insbesondere den subkulturellen Bereich: Rechtsextreme Musik wird über die Grenzen hinweg gehört, produziert,

nachgeahmt und adaptiert. Sie wird nicht nur quantitativ häufiger als früher produziert, sondern auch unkompliziert im Internet zur Verfügung gestellt. Zudem verbindet ein Konzert- und Demonstrationstourismus Rechtsextreme transnational und führt europaweit zu internationalen Begegnungen. Dabei spielt das Internet eine stetig wachsende Rolle in der rechtsradikalen Szene: Als Kommunikationsmittel für politische Informationen und Propaganda sowie als Medium für Musik und Mode entsteht so eine schier unüberblickbare Anzahl an Internetseiten und -foren.

Doch eine zunehmende internationale Vernetzung findet nicht nur im subkulturellen Milieu statt: Die vorliegenden Analysen zeigen, dass auch rechtsradikale Parteien und Organisationen internationale Bündnisse suchen und neue Kommunikationswege nutzen. Ideologisch werden transnationale Netzwerke dabei von der Annahme einer grundlegend ähnlichen kollektiven Identität zwischen den Verbündeten getragen. Der Gehalt einer solchen „Basisidentität“ drückt sich in den vom amerikanischen Rechtsextremen David Lane stammenden und in der Szene zum Code und Kult gewordenen folgenden „14 Wörtern“ aus: *„We must secure the existence of our people and a future for white children.“*¹³ Ihre Identität definieren Rechtsradikale also als „weiß“ und volksbezogen und im Glauben, diese sei existenziell bedroht.

In Westeuropa bilden dabei insbesondere gemeinsam organisierte Proteste gegen „den Islam“ und „die Muslime“ den Schwerpunkt des parteipolitischen europäischen Engagements. Ein Beispiel für transnationale Zusammenarbeit ist das Bündnis *„Cities against Islamization“*, dem Initiativen aus Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Italien, Frankreich, den Niederlanden und England angehören. Außerdem wollen mit der *„Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“* Akteure der radikalen Rechten sowohl im Europarlament als auch außerhalb des Par-

13 *„Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sicherstellen.“*

laments an Einfluss gewinnen. Diese umfasst rechtsradikale Parteien aus verschiedenen europäischen Ländern, bislang haben es jedoch nur der französische *Front National*, die britische *British National Party* und die ungarische *Jobbik* in das Europaparlament geschafft.

Neben Vernetzungspotenzialen und -versuchen gibt es allerdings (bislang noch) genügend Konfliktpotenzial, das einer einheitlichen Ideologie und einer internationalen Verschmelzung entgegensteht: Hierzu zählen neben weiterhin schwelenden Grenzkonflikten (Besitzansprüche auf Gebiete eines Nachbarlandes, insbesondere, aber nicht nur, in Osteuropa), vor allem die Abwertung des potenziellen Partners im transnationalen Austausch (beispielsweise der Rumänen durch italienische Rechts-extreme) und auch ideologische Differenzen (z.B. die unterschiedliche Bedeutung, die dem Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus zukommt).

Fazit: Gemeinsamkeiten erkennen, Differenzen wahrnehmen

Die Länderanalysen in diesem Band zeigen, dass die Rechtspopulist/innen und Rechtsextremen in Europa partiell Erfolge verbuchen können (jüngste Wahlerfolge vgl. Tabelle 1 auf Seite 26). Dabei wird deutlich, wie stark historische Entwicklungen und aktuelle gesellschaftliche Veränderungsprozesse Erscheinungsformen in einzelnen Ländern, aber auch Regionen (politisch: Ost- und Westeuropa, aber auch geografisch: Nord-, Süd-, West- und Mittelosteuropa) prägen. Die Artikel zeigen zudem auf, wie zentral regionale und nationale Kontexte und Besonderheiten für das Verständnis von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind.

In ihrer Gesamtheit geben die vorliegenden Analysen ebenfalls klare Hinweise darauf, welche Themen, Feindbilder und Strategien die extreme Rechte in Europa verbindet. Eine gesamteuropäische Sicht ist daher sowohl notwendig als auch zielführend, wenn es – auch und gerade mit

**Länderauswahl dieses Bandes. Vertretung rechtsradikaler Parteien
im Europäischen Parlament und in nationalen Parlamenten**

Tabelle 1

	Europawahl 2009	Letzte nationale Wahl
Bulgarien (bg): Ataka	11,96 %, 2 Sitze	9,36 % (7 / 2009)
Schweiz (ch): Schweizerische Volkspartei (SVP)	*	28,9 % (10 / 2007)
Deutschland (de) Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)	–	(kommunale und regionale Wahlerfolge)
Dänemark (dk): Dänische Volkspartei (DF)	15,3 %, 13 Sitze	13,9 % (11 / 2007)
Spanien (es)	–	–
Frankreich (fr): Front National (FN)	6,3 %, 3 Sitze	4,3 % (6 / 2007)
Ungarn (hu): Jobbik	14,77 %, 3 Sitze	16,7 % (4 / 2010)
Italien (it): Lega Nord (LN)**	10,2 %, 9 Sitze	8,3 % (4 / 2008)
Norwegen (no): Fortschrittspartei (FrP)	*	22,9 % (9 / 2009)
Niederlande (nl): Partei für die Freiheit	17 %, 4 Sitze	15,5 % (6 / 2010)
Polen (pl)	–	–
Schweden (se): Schwedische Demokraten (SD)	–	5,7 % (9 / 2010)
Vereintes Königreich (uk): British National Party (BNP)	6,2 %, 2 Sitze	(kommunale Wahlerfolge)

* nicht EU

** Die rechtsradikale *Alternative Sociale* (AS), sowie die *Alleanza Nazionale* (AN) sind in Berlusconi's Parteineugründung *Popolo della Libertá* fusioniert.

Blick auf Gegenstrategien – um die Frage geht, ob „Europa auf dem rechten Weg“ ist. Dabei scheint die Beachtung der oben aufgezeigten gesellschaftlichen und individuellen „Krisen“, auf die sich Erfolg und Strategie der radikalen Rechten unter anderem zurückführen lassen, von nicht nebensächlicher Bedeutung. Diese Analyse sowie weitere Schlüsse aus den folgenden Beiträgen sind Grundlage auch der abschließenden Kapitel zu Strategien.

Wenn dieser Sammelband die bisher zumeist im nationalen Kontext verbleibenden Diskussionen über Rechtsextremismus um eine „europäische Dimension“ erweitert, wenn er anregt und zu transnationaler Analyse und Suche nach gemeinsamen europäischen Strategien für Demokratie und gegen Rechtsextremismus beiträgt, dann hat er seinen Zweck erfüllt.

Nora Langenbacher & Britta Schellenberg

GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS



EUROPÄISCHE UNION



Rechtsextremismusbekämpfung als Aufgabe europäischer Politik¹

Als Vorsitzender einer großen, multinationalen Fraktion im Europäischen Parlament bin ich mit der Titelfrage dieses Bandes, ob Europa auf dem „rechten“ Weg ist, im politischen Alltag konfrontiert. Im Europaparlament haben wir schon manchmal das Gefühl, dass Europa mehr auf dem „rechten“ als auf dem „linken Weg“ ist. Das haben die letzten Europawahlen 2009 bedauerlicherweise gezeigt. „Rechtsextremismus in Europa“ ist ein Phänomen, mit dem wir uns im parlamentarischen Alltag in wachsendem Maße auseinandersetzen müssen.

Die Situation im Europäischen Parlament

In der vergangenen Wahlperiode war zum ersten Mal eine faschistische Fraktion im Europäischen Parlament vertreten. Deshalb wurde mein Kollege Kristian Vigenin als stellvertretender Fraktionsvorsitzender damit beauftragt, eine „Extreme Right Watch“-Gruppe zu leiten. Wir haben dieses „Beobachtungszentrum“ deshalb im Parlament eingerichtet, weil rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen zum Alltag geworden sind. Frau Langenbacher betonte zu Beginn der Tagung, dass entsprechende Äußerungen bei Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Ausschluss führen. Diese Praxis existiert im Europäischen Parlament jedoch nicht: Weder im Plenum noch auf den Fluren oder in den Ausschüssen führten solche Äußerungen in jüngster Vergangenheit zu einem Ausschluss oder zu einer Sanktion. Die Häufigkeit solcher Äußerungen hatte indes so zugenommen, dass wir gar nicht mehr in der Lage

1 Dieser Beitrag geht auf eine Eröffnungsrede zurück, die Martin Schulz am 30.11.2009 auf der FES-Konferenz „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg? Rechtsextremismus in Europa“ hielt.

waren nachzuhaken, wer was an welchem Ort und zu welchem Zeitpunkt gesagt hatte und inwieweit das von der Geschäftsordnung gedeckt war. Das permanente Brechen der Konventionen wurde von der neuen faschistischen Fraktion zum System erhoben. Wenn keine Sanktion auf eine rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Äußerung folgte, wurde sie als erlaubt und damit für den Zukunftsfall als nicht mehr verfolgbar oder sanktionierbar dargestellt. Mithilfe des bewussten Tabubruchs drangen rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen in die Normalität des parlamentarischen Alltags vor. Das war und ist in unseren Augen eine extrem gefährliche Entwicklung.

Erfolge und Versagen europäischer Abwehrmechanismen

Ich will versuchen, das Problem „Rechtsextremismus in Europa“ und die schleichende Normalisierung rechtsextremer Äußerungen in der Politik sowohl aus der Perspektive des parlamentarischen Alltags des Europa-Parlaments zu erläutern, als auch die Ebene der nationalen Parlamente und Regierungen in der Europäischen Union mit einzubeziehen: Wir haben uns damit abgefunden, dass in EU-Regierungen offen fremdenfeindliche, extremistische oder gar antisemitische Parteien sitzen, ohne dass es einen Aufschrei des demokratischen Lagers gibt. Im Jahr 2000, als Jörg Haider's Partei, die FPÖ, durch den Christdemokraten Wolfgang Schüssel in die österreichische Regierung geholt wurde, war das noch anders. Als Jörg Haider durch Wolfgang Schüssel in Österreich salonfähig gemacht wurde, hallte ein Aufschrei durch Europa und die Europäische Union verhängte Sanktionen gegen Österreich. Das ist jetzt elf Jahre her. Der österreichische ÖVP-Bundespräsident Klestil sah sich damals dazu gezwungen, Herrn Haider eine Erklärung zusätzlich zum Koalitionsvertrag unterschreiben zu lassen, in der stand, dass sich die zukünftige Regierung an alle europäischen und internationalen Menschenrechtskonventionen halten wird. Dass der Bundespräsident eines demokratischen Landes, eines EU-Mitgliedstaats, die Regierungsparteien nochmals extra auf diese Grundsätze verpflichten muss, ist ein einmaliger Vorgang. Was in Öster-

reich im Jahr 2000 mit einem *Sonderpapier* zusätzlich zur Koalitionsvereinbarung unterschrieben werden musste, das ist eigentlich die Selbstverpflichtung jeder demokratischen Regierung!

Als in Polen die *Liga Polnischer Familien* (LPR) den Kultusminister stellte, sagte der Vorsitzende dieser Partei, Herr Giertych, anlässlich einer Debatte im Europäischen Parlament über die Befreiung Spaniens, Portugals und Griechenlands von den faschistischen Diktaturen Salazars, Francos und der Obristen in Athen wörtlich: „Franco und Salazar müsste man Denkmäler in Europa bauen. Diese Helden haben unseren Kontinent vor dem Bolschewismus geschützt.“ Der Sohn dieses Mannes und der stellvertretende Parteivorsitzende der Liga war der damalige Kultusminister Polens, der in die Lehrbücher für Biologie den Kreationismus verbindlich aufnehmen und homosexuelle Lehrer/innen aus dem Schuldienst entfernen wollte. In Italien regiert eine Partei mit, die *Lega Nord*, deren Parteivorsitzender Umberto Bossi im italienischen Parlament anlässlich einer Debatte über die Bootsflüchtlinge im Mittelmeer den Satz sagte: „Wenn ich diese Bötchen sehe, will ich Kanonendonner hören.“

Wir haben es mit vereinten Kräften, allerdings nicht unumstritten, geschafft zu verhindern, dass zu Beginn dieser Wahlperiode Jean Marie Le Pen Alterspräsident des Europäischen Parlaments geworden ist. Le Pen wurde mehrfach in Frankreich rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt und ist Urheber des Satzes: „Auschwitz ist ein Detail der Weltgeschichte“ – dem sein Stellvertreter Bruno Gollnisch hinzufügte: „Und zwar ein zu vernachlässigendes.“

Verdrängung und Gewöhnung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Wir haben eine besorgniserregende Gewöhnung an Tabubrüche zu verzeichnen – nicht allein in der rechtsextremen Szene, sondern in der Mitte der demokratischen Institutionen. Das ist in meinen Augen die wirklich

dramatische Entwicklung in Europa. Das ist übrigens auch deswegen gefährlich, weil sich westeuropäische Politiker/innen eine Zeit lang bequem zurückgelehnt haben und den neu aufkeimenden Antisemitismus und Rassismus als ein osteuropäisches Phänomen darzustellen versuchten. Mit der Erweiterung der Europäischen Union seien demnach aus Mittel- und Osteuropa unreife Demokratien in die Union hineingeholt worden. Man müsse vorübergehend damit leben, dass in diesen Gesellschaften zum einen die demokratischen Institutionen und zum anderen das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung noch nicht so ausgebildet seien wie im Westen der EU. Deshalb müsse man eine Zeit lang mit solchen demokratiefeindlichen, grundrechtsfeindlichen, antisemitischen, homophoben und islamophoben Phänomenen leben. Diese Argumentation habe ich vom ersten Tag an abgelehnt, weil ich die Zahlen vor Augen hatte: Die größte rechtsextreme Partei Europas ist die *Front National* aus Frankreich. Deren Chef ist bei der Präsidentenwahl 2002 immerhin in den zweiten Wahlgang gekommen und war im ersten Wahlgang bereits stärker als die zerstrittene französische Linke. Auch im zweiten Wahlgang hat er gegen Chirac noch 18 Prozent der Stimmen geholt! 18 Prozent für einen Mann, der sagt, Auschwitz sei ein Detail der Weltgeschichte! Ähnlich die Lage in Belgien: Die größte Partei in der größten Stadt Flanderns, in Antwerpen, ist der *Vlaams Belang*. Dieses ist eine offen fremdenfeindliche, rassistische und teilweise neofaschistische Partei.

Rechtsextremismus – ein europaweites Phänomen

Rechtsextremismus ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Wir verzeichnen ein besorgniserregendes Maß antidemokratischer Einstellungen – von den rechtsextremen Rändern der Gesellschaft bis hin zur gut betuchten bürgerlichen Mitte – sowie einen fatalen Anstieg von offen auftretendem, gewalttätig-aggressivem Extremismus. Letzterer ist gefährlich, aber identifizierbar und damit auch besser repressiv zu bekämpfen. Was mir größere Sorgen macht, ist der kontinuierliche, der permanente Tabubruch, der die Ideologie des Rechtsextremismus im Gewand von demokratischer Legitimation salonfähig macht. Für besonders gefährlich halte

ich es, wenn Leute, die in demokratischen Institutionen arbeiten, dazu beitragen, diese Ideologie hoffähig zu machen. Im November 2009 haben wir mit der Minarett-Initiative in der Schweiz ein „gutes“ Beispiel hierfür gesehen. Allerdings sind entsprechende Einstellungen kaum mehr messbar für Meinungsforscher/innen, weil in einem großen Teil unserer Gesellschaft unterschwellige Ängste nicht mehr ausgedrückt werden, auch nicht in Meinungsumfragen. Diese unterschweligen Ängste sind in der Schweiz kanalisiert worden durch die offen fremdenfeindliche rechtsextreme *Schweizerische Volkspartei* des Herrn Blocher. Diese Partei gilt in der allgemeinen Wahrnehmung als rechtskonservative Partei. Ihr Ziel ist es, das christliche Abendland und seine Werte gegen eine angebliche, eine bedrohliche Islamisierung zu stellen. Kampagnenplakate wie die des schwarzen Schafs oder das von einer Burka tragenden Frau vor Minaretten veranschaulichen dies auf schauerliche Weise. Blocher drückt sich so aus: „Wir hatten die Türken schon mal vor Wien, das brauchen wir kein zweites Mal mehr.“

Die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses: lokal wie in Europa

Wir sind als demokratische Parteien der Linken, ebenso wie auch die demokratischen Parteien des Zentrums und die christsozialen Parteien der rechten Mitte, nicht in der Lage, diese rechtskonservativ genannten, in Wirklichkeit aber rechtsextremen Parteien auf ihrem Feldzug der angstfixierten Versimplifizierung der Politik zu stoppen. Die Frage, wie wir an die Menschen, die anfällig für diese angstfixierte Politik sind, herankommen können, ist eine der größten Herausforderungen. Wie kommen wir an die Islamophoben, Homophoben, die Antisemit/innen ran? Das ist eine schwierige Frage, aber eine, der wir uns annehmen müssen.

Von meiner mehrjährigen Tätigkeit als Bürgermeister einer rheinischen Stadt weiß ich gut, wie man als Politiker in dieser Frage gefordert ist. 1989 musste ich erstmals einer Herausforderung durch die Republikaner in meiner Heimatstadt in Nordrhein-Westfalen entgegentreten. Zum ersten

Mal traten die Republikaner in Nordrhein-Westfalen in zwei Städten des Kreises Aachen flächendeckend mit eigenen Kandidat/innen an. Eine der Städte war meine Heimatstadt, eine Industriestadt mit 37.000 Einwohnern in der Nachbarschaft von Aachen. Warum traten sie bei uns an? Zu uns, in eine Stadt mit 37.000 Einwohner/innen, kamen 1989 innerhalb von sechs Monaten über 1.000 Flüchtlinge aus Zaire. Das führte dazu, dass ich als Bürgermeister Turnhallen von Schulen, Jugendheime, Sportvereinsheime etc. nutzen musste, um dort Flüchtlinge unterzubringen. Dies löste eine Welle der Empörung in der Stadt aus. „Warum tut der nichts gegen die ‚Neger‘?!“ – das bringt die damalige Stimmung an den Stammtischen auf den Punkt. Ich war zu der Zeit 33 Jahre alt, der jüngste Bürgermeister Nordrhein-Westfalens, noch aktiver Jungsozialist und habe gesagt: „Ich bin verpflichtet, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zu beherzigen. Solange ich Bürgermeister in dieser Stadt bin, werden die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland hier geachtet. Das Flüchtlingsaufnahmegesetz sieht nicht vor, dass ich frage, warum eine hierher kommt – dafür sind andere Institutionen zuständig. Ich bin verpflichtet, dass derjenige, der hierher kommt, hier betreut wird.“ Die Bürgermeister der Nachbarstädte verwiesen auf meine Bereitschaft und hielten sich raus. Das Ergebnis war ein über die Maßen strapaziertes Unterbringungsprojekt. Binnen weniger Wochen hatten die Republikaner das schwelende Potenzial identifiziert: Die Angst vor Überfremdung wurde geschürt – das wachsende fremdenfeindliche Potenzial sollte zum eigenen politischen Profit genutzt werden.

Ich habe mich dagegen gestemmt und versucht, Tag und Nacht mit Menschen zu diskutieren. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 1989 haben wir sie am Ende aus dem Stadtrat heraushalten können – aber nur, weil Kirchen und Gewerkschaften mitgezogen haben. Das gesamte öffentliche Leben war von einem Thema beherrscht: Die sogenannten Meinungsbildner/innen stellten sich gemeinschaftlich gegen diese Partei und hinter mich als Bürgermeister. Es gab einen Ruck in der Gesellschaft einer kleinen Stadt, wo alle – vom Pastor bis zum Gewerkschaftsfunktionär, vom Sportvereinsvorsitzenden bis zu Oppositionsführern im Gemeinderat – sagten: Wir machen das nicht mit! Es gab also eine gesellschaftliche Mobili-

sierung für den Erhalt gemeinsamer Grundwerte und gegen den Rassismus. Wenn eine solche Mobilisierung funktioniert, dann kann man Rechtsextreme ausgrenzen.

Wenn das nicht funktioniert, wenn sich die schweigende Mehrheit nicht engagiert oder gar soweit geht, die eigene Meinung zu verbergen, wie das in der Schweiz bei Meinungsforschungen 2009 geschehen ist – als Leute bei der Telefonbefragung sagten: „Nein, damit will ich nichts zu tun haben“ und im Wahllokal dann sagten: „Nein zu Minaretten!“ – dann funktioniert es nicht.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa brauchen wir ein Bewusstsein für bestimmte Grundwerte; Grundwerte, die von rechts bis links als unverletzbar gelten müssen! Diese Grundwerte müssen immer dann, wenn sie herausgefordert werden, gemeinschaftlich verteidigt werden. Der zivilisatorische Fortschritt der Europäischen Union besteht darin, dass es eben diese Grundwerte als gemeinsames Gut anerkennt und gemeinschaftlich verteidigt – und zwar als Gesamtgesellschaft und nicht mit einzeln dafür Beauftragten. Wenn man diese Herausforderung quer durch alle Bevölkerungsgruppen, durch alle Schichten, durch alle Meinungsbildner/innen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen ernst nimmt, dann kann man Europa auf dem richtigen Weg halten. Wenn das nicht geschieht, wenn Teile der Gesellschaft sich nicht wehren, weil sie im Inneren und im Stillen Thesen der Rechtsextremen hinnehmen oder gar billigen, dann haben die Rechtsextremen schon gewonnen.

Wir brauchen eine Debatte um Werte!

Deshalb ist eine unserer zentralen Aufgaben die Debatte um unsere Werte. Dies ist jedoch nicht als Sonntagsrede zu betrachten, sondern sie muss Gegenstand der Alltagsdebatten sein. Die Würde des Menschen ist unantastbar, so steht es in Artikel 1 unserer Verfassung. Unser ehemaliger Parteivorsitzender Franz Müntefering zitierte gerne Johannes Rau, der darauf hingewiesen hat, dass es hier nicht heißt „Die Würde des *deutschen* Men-

schen ist unantastbar“. Alle Bürger/innen unseres Landes, die sich zu den Grundwerten dieses Landes bekennen, sind genau auf diesen Satz verpflichtet: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das kann man sonntags schön sagen, aber darauf ankommen tut es am Montag, wenn man dem farbigen Nachbarn, der muslimischen Frau, dem behinderten Menschen oder auch jedem anderen, den man durch Zufall irgendwo trifft und der erkennbar in der Minderheit des Schutzes der starken Mehrheit bedarf, diesen Schutz gewährt. Mit einem Wort: Zivilcourage. Zivilcourage ist in meinen Augen einer der zentralen Werte zum Schutz und zur Realisierung des Anspruchs „die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Doch wann diskutieren wir eigentlich in dieser Gesellschaft über Zivilcourage? Wann diskutieren wir in allen europäischen Gesellschaften über Zivilcourage? Der Mangel an gesellschaftlicher Debatte über die Grundwerte ist etwas, was alle europäischen Staaten in einem zunehmenden Maße prägt. Nach meiner Meinung: in einem beängstigenden Maße. Wir diskutieren nicht ausreichend über die Werte, die unsere demokratische Gemeinschaft bestimmen sollten.

Die extreme Rechte spürt das und setzt deshalb auch zum Angriff auf demokratische Institutionen an. Im Europäischen Parlament haben wir das bereits zweimal erlebt: mit der versuchten Bildung einer eigenen Fraktion. Denn mit dem Instrument einer eigenen parlamentarischen Fraktion in einem multinationalen Parlament – dessen Existenz Ausdruck des Willens zur Institutionalisierung dieser gemeinsamen Grundwerte ist – sollten genau diese Grundwerte zerstört werden. Das erinnert mich in fataler Weise an die Weimarer Republik, in der die nationalsozialistische Fraktion offen zugegeben hat, dass sie die Instrumente des Parlaments nutzen wolle, um die Demokratie mittels dieses Parlaments zu zerstören. Das Ziel rechtsextremistischer Parteien im Europäischen Parlament ist die Zerstörung der Europäischen Union. Zum Glück sind alle bisherigen Versuche, dauerhaft eine Fraktion zu bilden, entweder an den eigenen inneren Widersprüchen oder schlicht an ihrer Unfähigkeit gescheitert.

Probleme der Rechtsextremen in Europa – Chancen für Gegenstrategien

Ich möchte mit einem Beispiel enden, das auch Hoffnung machen kann. 2007 formierte sich eine faschistische Fraktion im Europäischen Parlament und der bereits erwähnte Bruno Gollnisch, der Auschwitz als zu vernachlässigendes Detail der Weltgeschichte bezeichnete, war ihr Fraktionsvorsitzender. Gescheitert ist diese Fraktion noch im ersten Jahr ihres Bestehens daran, dass Alexandra Mussolini, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, nicht hinnehmen wollte, dass die Partei *Romania Mare*, die rechtsextremistische Groß-Rumänien-Partei, die auch in dieser Fraktion saß, sich gegen die „Stigmatisierung“ von Rumänen und ihre Gleichsetzung mit Roma in Italien wehrte. Das führte deutlich vor Augen, dass die Bildung einer internationalen Fraktion der Ultranationalisten nicht funktioniert.

Genau hier können wir ansetzen, um solche Parteien als extremistisch, ultranationalistisch, antisemitisch, fremdenfeindlich, islamophob und homophob kenntlich zu machen. Wir können festhalten, dass es diesen Parteien bisher kaum gelingt, sich im politischen Bereich auf eine Weise zu vernetzen, die es ihnen erlauben würde, die Instrumentarien einer transnationalen Demokratie gegen die transnationale Demokratie selbst einzusetzen. Das birgt auch eine Chance, die wir nutzen müssen. Damit möchte ich jedoch mitnichten die bereits vorhandene Vernetzung der gewaltbereiten, flexiblen, im freien Europa relativ schnell einsatzfähigen multinationalen Faschistengruppen verharmlosen, auf die ebenfalls reagiert werden muss.

Wir haben im demokratischen Spektrum eine große Chance: Durch die Separierung der einzelnen Gruppen und die Offenlegung ihrer inneren Widersprüche sowie durch ein klares Pochen auf eine geschlossene Verteidigungslinie für die demokratischen Grundwerte aller kann das Vordringen dieser Gruppen gestoppt werden. Das sind die wesentlichen Ansatzpunkte, die wir als Sozialdemokratische Fraktion mit den anderen demokratischen Fraktionen des Europäischen Parlaments umsetzen wollen.

FES **Projekt**
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Die radikale Rechte in Europa heute: Trends und Muster in West und Ost

“The spectre of Fascism is constantly hovering over America, but always seems to land in Europe.” (Tom Wolfe)

Das Gespenst des Faschismus schwebt fortwährend über den USA, aber landet immer in Europa – so die deutsche Übersetzung des Satzes von Tom Wolfe, einem amerikanischen Schriftsteller. In der Tat: Mehr als sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in einem inzwischen weitgehend vereinten Europa gehören rechtsradikale, ultranationalistische und fremdenfeindliche Bewegungen und Parteien zur politischen Normalität. Während es in den USA bislang keine nennenswerte Partei in diesem Spektrum gibt, scheint sich das Phänomen in Europa zu vervielfachen. Länder, die lange Zeit durch die Abwesenheit solcher Parteien glänzten, wie etwa die Niederlande und Bulgarien, ziehen inzwischen mit dem Rest Europas gleich. Besondere Beachtung verdient hierbei der Umstand, dass auch die neuen EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa eine Vielfalt rechtsradikaler Bewegungen und Parteien aufweisen – und das, obwohl hier das Schlüsselthema des westeuropäischen Rechtsradikalismus, die Immigration, noch gar nicht auf der Tagesordnung steht. Das deutet an, dass sich hier etwas in den neuen EU-Mitgliedsländern verändert. Dieses Ost-West-Verhältnis des europäischen Rechtsradikalismus soll den Mittelpunkt meiner Ausführungen bilden. Die Analyse soll verdeutlichen, dass wir es mit einer Vielzahl recht unterschiedlicher ideologischer und organisatorischer Varianten des Rechtsradikalismus zu tun haben, die eine differenzierte Umgangsweise erfordern.

Zentrale Einsichten zum Thema

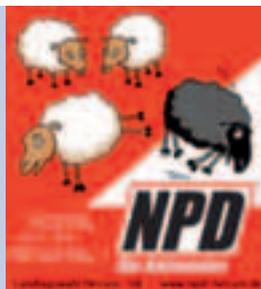
1. Der europäische Rechtsradikalismus der Gegenwart ist ein *modernes* Phänomen, das mehrere Phasen der Erneuerung durchlaufen hat. Diese wurde entweder als Folge von Modernisierungsschüben der westlichen Nachkriegsgesellschaften sichtbar oder gestalteten sich als Neukonstituierung im Zuge von Regimewechseln in Osteuropa.
2. Der europäische Rechtsradikalismus der Gegenwart ist ein *internationales* Phänomen, das stets im Vergleich untersucht werden sollte. Dies ist kein Plädoyer gegen länderspezifische Zugriffe, aber ein Argument gegen Studien, deren Kriterien aus nationalen Traditionen statt aus komparativen Konzepten abgeleitet werden.

Zum Begriff „radikale Rechte“

Als Ausgangspunkt schlage ich eine modernisierungstheoretisch fundierte Definition von Rechtsradikalismus vor, die sich auf spezifische Ein- und Ausgrenzungsmechanismen und -semantiken bezieht. Diese ergeben sich in letzter Instanz aus einem übersteigerten, einem radikalen Verständnis der Nation als primäre Wir-Gruppe, bei der gerade in Zeiten beschleunigten sozialen und kulturellen Wandels eine Schließungstendenz sichtbar wird. Als Rechtsradikalismus bezeichne ich eine politische Ideologie oder Strömung, die auf ultranationalistischen Vorstellungen basiert und sich tendenziell – nicht notwendigerweise aktuell direkt und explizit – gegen die liberale Demokratie richtet. Der ultranationalistische Kern im rechtsradikalen Denken besteht darin, dass in der Konstruktion nationaler Zugehörigkeit spezifische ethnische, kulturelle oder religiöse Kriterien der Inklusion und Exklusion verschärft, zu kollektiven Homogenitätsvorstellungen verdichtet und mit autoritären Politikmodellen verknüpft werden. Also: Politik von oben nach unten mit dem Anspruch, im Namen des Volkes zu handeln. Wie so etwas bildlich aussehen kann, hat uns die *Schweizer Volkspartei* schon vor Jahren deutlich gemacht. Die Entwicklung der Schweiz zeigt uns, wie dicht wir an einer Entwicklung sind,



SVP-Wahlplakat



NPD-Wahlplakat

die die Dramatik der Frage „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg?“ unterstreicht. Auch wenn das Etikett „Rechtsextremist“ sicherlich nicht für alle passt, die im November 2009 für ein Verbot von Minaretten gestimmt haben.

Das SVP-Plakat (oben links) stammt aus dem Wahlkampf zum Nationalrat im Jahr 2007. „Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer“, heißt es auf dem Plakat. Es wird eine klare Grenzziehung zwischen drinnen und draußen vorgenommen: Es gibt eine Grenzziehung zwischen denen, die rein gehören – den weißen Schafen –, und denen, die nicht rein gehören – den schwarzen Schafen. Das Poster hat sich als Exportschlager entwickelt. Es wurde von einer deutschen Partei aufgegriffen, mit der Herr Blocher eigentlich gar nicht in Verbindung gebracht werden will. Deswegen hat er auch die NPD auf Plagiat verklagt. Die NPD hat sich Blochers Plakat zum Landtagswahlkampf 2009 in Hessen bedient. Die hessischen Nationaldemokraten haben die kriminellen Ausländer weggelassen und sich stattdessen auf die Formel „sozial geht nur national“ konzentriert – also die soziale Frage mit Nationalismus verknüpft. Das ist ein ziemlich altes Phänomen in der Geschichte rechtsradikaler Bewegungen des 20. Jahrhunderts.

Vorteile des Begriffs „Rechtsradikalismus“

Mein Begriff von Rechtsradikalismus grenzt sich in mehrfacher Hinsicht von anderen verbreiteten Begriffen ab, ohne sie als Varianten des Rechtsradikalismus auszuschließen: Der *Faschismus*-Begriff beispielsweise bezieht sich auf spezifische historische Phänomene.¹ Er stellt in meiner Definition eine Untergruppe dar und kann nicht synonym mit Rechtsradikalismus gebraucht werden, weil es sich lediglich um eine Gruppe der radikalen Rechten handelt, die sich explizit auf diese spezifischen historischen Vorbilder bezieht. *Rechtspopulismus* auf der anderen Seite ist eine Kategorie, die oft in den Definitionen analytisch unbestimmt bleibt und sehr inklusiv ist. Da werden Bewegungen wie die deutschen *Republikaner*, die italienische *Forza Italia*, die britische *BNP*, die kanadische *Reform Party* und die amerikanische *Ross Perot*-Bewegung nebeneinandergestellt.² Ich argumentiere hingegen, dass der Rechtspopulismus eher Ausdruck eines politischen Stils ist – parteiübergreifend, vielleicht sogar zum Teil lagerübergreifend – und insofern für die Analyse bestimmter Gruppen nicht brauchbar ist. Den in Deutschland besonders beliebten Begriff des *Rechtsextremismus* würde ich von meinem Begriff des *Rechtsradikalismus* abgrenzen, da er in Deutschland zumindest oft ein Element von Verfassungsgegnerschaft beinhaltet,³ das eine staatlich normative Deutung und Ausgrenzung meint: Extremist ist der, der sich gegen die *Freiheitliche demokratische Grundordnung* richtet und außerhalb des demokratischen Konsens stellt. Diese Definition ist vielleicht sinnvoll, wenn sich staatliche Behörden mit dem Phänomen beschäftigen, aber Soziolog/innen und Politolog/innen sollten sich nicht so schnell vom Staat vorgeben lassen, wer und was untersucht werden sollte. Der staatliche Rechtsextremismusbegriff bezieht sich zudem auf Parteiengruppen und deren Programme.

1 Griffin, Roger (1991): *The Nature of Fascism*. New York: St. Martin's Press.

2 Decker, Frank (2000): *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen: Leske + Budrich.

3 Backes, Uwe; Jesse, Eckard (1989): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; Backes, Uwe; Jesse, Eckard (2001): *Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept*. In: *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*. 13. Jg., Baden-Baden: Nomos, S. 13–29.

Ich behaupte aber, dass sich der gesellschaftliche Ort des Rechtsradikalismus sowohl in Organisationen und Medien wie auch in Orientierungen und Milieus der Bevölkerung befindet. Das letztere wird vom Rechtsextremismusbegriff des Verfassungsschutzes nicht erfasst – es soll und darf nicht erfasst werden. Dabei muss der organisierte Rechtsradikalismus noch einmal hinsichtlich seiner organisatorischen Ausformung unterschieden werden, und zwar nach parteiförmigen und nichtpartei-förmigen Kriterien. Die nichtpartei-förmige radikale Rechte sollte weiterhin nach dem Grad der Organisation unterschieden werden: Auf der einen Seite stehen bewegungsförmige Ausprägungen, das heißt solche von wenig strukturierten, nicht auf Wahlen und öffentliche Ämter, aber gleichwohl auf die Mobilisierung von Öffentlichkeit im allgemeinen und eines spezifischen Mobilisierungspotenzials im besonderen ausgerichtete Organisationen oder „Netzwerke von Netzwerken“. Auf der anderen Seite befindet sich das Ensemble von Kleingruppen im Sinne eines subkulturellen Milieus. Dieses operiert relativ autonom von größeren Gruppen, Organisationen und Parteien und von ihm geht eher als von den anderen beiden Ebenen Gewalt aus.

Phasen des Rechtsradikalismus in Westeuropa: Umdeutung alter Politikkonzepte

Nach dem Ende der Rechtsdiktaturen der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts lassen sich in Europa (und Nordamerika) drei Phasen rechtsradikaler Mobilisierung unterscheiden (vgl. auch Minkenberg 1998, Kap. 9):

- 1) Die unmittelbare Nachkriegsära (McCarthyismus in den USA, Poujadismus in Frankreich, SRP und DRP in der BRD, MSI in Italien).
- 2) Die 1960er- und frühen 1970er-Jahre (Wallace-Bewegung in den USA, NPD in der Bundesrepublik, Powellism und National Front in Großbritannien).
- 3) Die 1980er- und 1990er-Jahre, in denen sich in fast allen Demokratien rechtsradikale Parteien und Bewegungen etabliert haben, die sich von den Vorgängern unterscheiden (siehe Tabelle 1, S. 46).

Man kann in diesem Zusammenhang von einer Erneuerung des Rechtsradikalismus nach 1968 sprechen. Sie lässt sich sowohl auf der ideologischen als auch auf der organisatorischen Ebene beobachten.

Ideologische und organisatorische Erneuerung nach 1968

Ideologische Erneuerung: In ideologischer Hinsicht hat sich ab den 1970er-Jahren in Westeuropa das Konzept des „Ethnopluralismus“ verbreitet, das sich von der traditionellen, biologistisch begründeten Hierarchie der Rassenunterschiede abhebt. Gleichwohl streicht es aber die Unvereinbarkeiten von Kulturen und Ethnien hervor, was nicht selten zu einer Naturalisierung sozialer Beziehungen führt. Ethnopluralismus ist somit eine modernisierte Abwehrstrategie gegen Immigration und Integration.

Bei der ideologischen Erneuerung haben die Denkkreise, Intellektuellengruppen, Politunternehmer/innen und *think tanks* der „Neuen Rechten“ eine besondere Rolle gespielt. Diese Neue Rechte tritt durch ihr Bemühen hervor, einen Gegendiskurs zu den „Ideen von 1968“ zu entwerfen. Dabei steht der Versuch, einen „Kulturkampf von rechts“ zu initiieren und eine kulturelle Hegemonie im vorpolitischen Raum herzustellen, im Mittelpunkt. Dieser „Kulturkampf“ war eng mit einer europapolitischen Vision verknüpft, die Europa als einheitlichen Kulturraum begriff. Mit der Formel vom „dritten Weg“ richtete sie sich sowohl gegen die kapitalistische USA als auch gegen die kommunistische Sowjetunion. Der Gegner wurde von der radikalen Rechten zusammenfassend als „Wodka-Cola-Imperialismus“ etikettiert.

Auf der Ebene der Parteiendiskurse ist hervorzuheben, dass kaum eine der gegenwärtigen rechtsradikalen Parteien noch eindeutig diktatorische oder autokratische Politikkonzepte vertritt. Das trifft vor allem auf die

besonders erfolgreichen Parteien in Belgien, Österreich, Frankreich und Italien zu. Sie wollen die Demokratie nicht abschaffen, aber in ihrem Sinne zu einer „Ethnokratie“ umdeuten. Fast allen Parteien gemeinsam ist ein exklusives Nationsverständnis, das mit den Parolen: „Les Français d’abord!“, „Deutschland den Deutschen“ die Zugehörigkeit zur Nation und die Teilhaberechte an den Gütern und Leistungen des Systems, insbesondere am Wohlfahrtsstaat, an ethnischen Kriterien festmacht. Diese Slogans unterscheiden sich von früheren Forderungen eines *Algérie française* oder dem NPD-Aufruf der 1960er-Jahre „Breslau, Königsberg, Stettin – deutsche Städte wie Berlin!“ Allerdings bestehen im Fall der deutschen Parteien revanchistische Gedanken einer Rückkehr verlorener Gebiete noch fort. Der französische *Front National* ist in der ideologischen Erneuerung am weitesten fortgeschritten. Mit dem Verlust Algeriens hat er sich abgefunden; vom Poujadismus der 1950er-Jahre hat er zwar den Populismus übernommen, nicht jedoch dessen antimodernes Wirtschaftsprogramm.

Organisatorische Erneuerung: Die ideologische Erneuerung wird von einer organisatorischen Erneuerung begleitet. Es lässt sich eine Welle von Neugründungen rechtsradikaler Parteien und Gruppen seit Mitte der 1980er-Jahre in fast allen westeuropäischen Demokratien beobachten. In Westeuropa wurden zwischen 1965 und 1995 neunzehn rechtsradikale Parteien gegründet, die Hälfte von ihnen erzielte ab Anfang der 1980er-Jahre durchschnittlich mehr als 4 Prozent in nationalen Wahlen. Die Wahlerfolge einzelner Parteien je nach politischer Kultur der Länder und der Gelegenheitsstrukturen, insbesondere die Struktur des Parteienwettbewerbs, variieren zum Teil erheblich:

Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien (in %) in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten, nationale Parlamentswahlen 1980–2009 (Durchschnittswerte) und Wahl zum Europaparlament 2009*

Tabelle 1

	1980–1984	1985–1989	1990–1994	1995–1999	2000–2004	2005–2009	EP 2009
Belgien (B)	1,1	1,7	6,6	10,9	13,8	14,0	10,1
Dänemark (DK)	6,4	6,9	6,4	9,8	12,6	13,9	14,8
Deutschl. (Bundesrep.) (D)	0,2	0,6	2,3	3,3	1,0	2,1	1,7
Frankreich (F)	0,4	9,9	12,7	14,9	12,4	4,7	6,3
Großbritannien (GB)	--	0,6	0,9	--	0,2	0,7	8,3
Italien (I)	6,8	5,9	17,8	15,7	4,3**	8,3**	10,2**
Norwegen (N)	4,5	8,4	6,0	15,3	14,7	22,5	--
Österreich (A)	5,0	9,7	19,6	24,4	10,0	28,2	17,8
Schweden (S)	--	--	4,0	--	1,5	3,0	3,3
Schweiz (CH)	3,8	6,3	10,9	9,3	1,3	30,0	--
Durchschnitt (Ø)	2,8	5,0	8,7	10,4	7,2	12,7	

Folgende Parteien wurden in die Berechnung einbezogen:

Belgien: *Vlaams Blok, Front National*; Dänemark: *Fremskridtsparti, Dansk Folkeparti*; Deutschland: *Republikaner, DVU, NPD*; Frankreich: *Front National, Mouvement National Républicain*; Großbritannien: *British National Party, National Front*; Italien: *Movimento Sociale Italiano, Alleanza Nazionale, Movimento Sociale-Fiamma Tricolore, Lega Nord*; Niederlande: *Centrumpartij, Centrumdemocraten, List Pim Fortuyn, Geert Wilders PVV*; Österreich: *FPÖ, BZÖ*; Schweden: *Ny Demokrati, Sverigedemokraterna, Nationaldemokraterna*;

* Minkenberg, Michael (2003): *Rechtsradikalismus / Rechtsextremismus*. In: Dieter Nohlen (Hg.): *Kleines Lexikon der Politik*. 3. überarb. Auflage, München: Beck, S. 425–431. <http://electionresources.org/> (letzter Zugriff: 17.7.2010).

** ohne AN, aber incl. *Lega Nord, Movimento Sociale Fiamma Tricolore, Mussolini, Rauti*

Faktoren für den Erfolg der radikalen Rechten

Generell ist festzustellen, dass rechtsradikale Parteien in Europa dort erfolgreich waren, wo ihnen folgender „Erneuerungscocktail“ gelang. Dieser besteht aus drei Elementen:

1. Eine Modernisierung ihrer Ideologie und Strategie (Abkehr von Faschismus, biologistischem Rassismus und offener Demokratiefeindschaft), sowie

2. eine Anpassung an die politischen Gelegenheitsstrukturen unter Wahrung von Anschlussmöglichkeiten an den Nationsgedanken, und daraus hervorgehend
3. die Entwicklung eines eigenen Profils in Abgrenzung zu anderen politischen Akteuren. Das ist in Frankreich eher gelungen als in Deutschland, weil in Frankreich offenbar mehr Spielraum für so eine Abgrenzungsstrategie im Sinne eines populistischen Ultrationalismus existierte, der in Deutschland in der Nachkriegsentwicklung stärker diskreditiert war und somit den politischen Raum für solche Parteien eingeengt hat.

Die Akteure der radikalen Rechten in Westeuropa

Das Feld der radikalen Rechten in Europa muss allerdings noch einmal differenziert und ergänzt werden, denn wir haben es hinsichtlich der Organisationsform nicht nur mit Parteien und auch nicht nur mit einem ideologischen Typ zu tun. Gemäß unterschiedlicher Ausgrenzungsfiguren im rechtsradikalen Diskurs kann man verschiedene ideologische Spielarten der radikalen Rechten identifizieren (siehe Tabelle 2, S. 49, erste Spalte):

- eine *autokratisch-faschistische Rechte*, die durch die ideologische Nähe zu faschistischen und autokratischen Regimen der Zwischenkriegszeit gekennzeichnet ist;
- eine *rassistische* oder *ethnozentrische Rechte*, die sich durch eine Agenda der ethnischen Segregation und des Glaubens an die Überlegenheit der jeweils eigenen Ethnie bzw. durch eine „ethnopluralistische“ Argumentation der Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien auszeichnet;
- eine *autoritär-populistische Rechte*, die sich programmatisch weniger eindeutig bestimmen lässt als die anderen Varianten, die aber durch intern autoritäre, auf einen charismatischen Führer hin ausgerichteten Strukturen und einen wie immer gearteten populistischen und bestimmte Gruppen ausgrenzenden Diskurs gekennzeichnet ist;

- eine religiös-fundamentalistische Rechte, die primär religiös argumentierend die „Reinheit“ und Überlegenheit der eigenen Kultur bzw. des eigenen Volkes verteidigt.

Bei allen Varianten dominiert ein auf innere Homogenität bzw. Vergemeinschaftung abzielendes, antipluralistisches Nationsverständnis. Alle Varianten weisen außerdem einen gegen die etablierten Eliten gerichteten populistischen Stil auf. Bei den einzelnen Ausprägungen gibt es zweifellos Überlappungen und fließende Übergänge. Nimmt man die drei organisatorischen Typen hinzu, so ergibt sich zur groben Strukturierung des Feldes von Akteuren und Organisationen in der rechtsradikalen „Akteursfamilie“ eine Matrix mit ideologischen und organisatorischen Varianten, die in Tabelle 2 auf ausgewählte Länder Westeuropas angewendet wird.

Variationen der radikalen Rechten in Westeuropa

Die Gruppierungen sind in verschiedenen Ländern unterschiedlich stark. Bei der Gegenüberstellung der relativen Stärke einzelner Organisationstypen fällt im westeuropäischen Vergleich ein Muster auf, das hier skizzenhaft zusammengefasst werden soll: Auf der einen Seite findet man eine Gruppe von Ländern, in denen der rechtradikale Parteiensektor stark, der Bewegungssektor jedoch eher schwach ist. Dazu zählen vor allem Dänemark, Österreich, Frankreich, Italien und Belgien (wenn man berücksichtigt, dass in Belgien der *Vlaams Blok/Vlaams Belang* nicht im wallonischen Landesteil antritt und man infolgedessen nur die Wahlergebnisse in Brüssel und Flandern heranzieht). Dem steht auf der anderen Seite mit Deutschland, Großbritannien und Schweden eine Ländergruppe gegenüber, in der es sich eher umgekehrt verhält: ein schwacher oder fragmentierter Parteiensektor korrespondiert mit einem starken Bewegungssektor bzw. Gewaltmilieu.

**Akteure der westeuropäischen rechtsradikalen Familie (1990er-Jahre)
(in Klammer das jeweilige Land in der Abkürzung aus Tabelle 1)**

Tabelle 2

	Parteien-/Wahlkampforganisationen	Soziale Bewegungsorganisationen (SMO)	Subkulturelle Milieus
Faschistisch / autokratische Rechte	NPD/DVU (D) MSI/AN (vor 1995) (I) MSFT (I) BNP (GB)	ANS / FAP, NPD (D) Den Danske Forening (DK) FANE (F)	Neonazis (alle) Skinheads (alle) „Kameradschaften“ (D) Dansk Front / White Pride (DK) FNE (F)
Rassistische / ethnozentristische Rechte	Vlaams Blok / Belang (B) NPD/DVU (D) Republikaner (D) Dansk Folkeparti (DK) Front National (F) Lega Nord (I)	ANS / FAP (D) NPD / DVU (D-Ost) Aarhus Mod Moskéen (DK)	Neonazis (alle) Skinheads (alle) „Kameradschaften“ (D) GUD (F)
Autoritär-populistische Rechte	FPÖ / BZÖ (A) MSI/AN (ab 1995) (I)		
Religiös-fundamentalistische Rechte		Neue Ära (DK) Comités Chrétienté-Solidarité (F)	

Abkürzungen / Übersetzungen:

- AN: Alleanza Nazionale (Nationale Allianz)
- ANS: Aktionsfront Nationale Sozialisten
- BNP: British National Party (britische Nationalpartei)
- BZÖ: Bündnis Zukunft Österreich
- DVU: Deutsche Volksunion
- FANE: Fédération Action National-Européen (National-europäisches Aktionsbündnis)
- FAP: Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
- FNE: Faisceaux nationalistes européens (Nationalistische europäische Faschisten)
- FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs
- GUD: Groupe Union Defense (Union Verteidigungsgruppe)
- MSI: Movimento Sociale Italiano (Italienische soziale Bewegung)
- MS-FT: Movimento Sociale Fiamma Tricolore (Soziale Bewegung – Trikoloreflamme)
- NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschland

Wie ich andernorts gezeigt habe,⁴ lassen sich diese Variationen eher mit kulturellen als mit strukturellen Faktoren erklären. Denn alle vier Länder mit einem starken rechtsradikalen Parteiensektor sind überwiegend katholisch – im Falle Dänemarks protestantisch – und weisen ein vorwiegend kulturelles Nationsverständnis auf. In diesen Ländern ist außerdem mit dem Islam eine nichtchristliche Religion die zweitgrößte Religionsgemeinschaft. Demgegenüber sind die drei Länder mit schwachem Parteien- und starkem Bewegungssektor überwiegend protestantisch und historisch durch ein ethnisches Nationsbild geprägt. Das wird im innerdeutschen Vergleich noch einmal bestätigt: denn in den neuen Ländern, die man als protestantisch oder gar völlig entkirchlicht einstufen kann, ist der Bewegungssektor besonders stark ausgeprägt, während der Parteiensektor vor allem in den alten Ländern, und hier noch einmal besonders im katholischen Süden Deutschlands, besonders stark ist.

Die Wirkung strukturell-institutioneller Faktoren wie die Polarisierung in der Parteienkonkurrenz oder Wahlsysteme (Verhältnis- oder Mehrheitswahlen) ist im Vergleich dieser Länder weniger deutlich. Unter den politischen Gelegenheitsstrukturen kommt der Reaktion anderer politischer Akteure auf die radikale Rechte ein größeres Gewicht zu als etwa dem Wahlsystem: Repression oder Ausgrenzung hemmt die rechtsradikalen Parteien, kann aber nicht verhindern, dass sich der Bewegungssektor vergleichsweise stark entfaltet. Dies wirft wichtige Fragen nach dem richtigen Umgang mit Rechtsradikalismus und nach der Auswahl der Mittel mit Blick auf die beabsichtigten Ziele auf.

4 Minkenberg, Michael (2003a): The West European Radical Right as a Collective Actor: Modeling the Impact of Cultural and Structural Variables on Party Formation and Movement Mobilization. In: *Comparative European Politics* 1, Nr. 2, S. 149–170; Minkenberg, Michael (2008): *The Radical Right in Europe: An Overview*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Die Situation in Osteuropa: Autoritäre Vergangenheit und radikale Systemwechsel

Der Blick auf Osteuropa ist ein wenig dadurch beeinträchtigt, dass hier neue Demokratien analysiert werden, die bisher nicht vergleichbar tiefgehend wie westeuropäische Länder erforscht sind. Dennoch gibt es inzwischen eine Reihe von Daten, die Aufschluss darüber erlauben, inwieweit die Phänomene im Osten mit denen in Westeuropa vergleichbar sind. Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist, dass es sich hier um relativ junge Demokratien mit einer in der Regel nicht demokratischen Vergangenheit handelt. Bis auf die Tschechische Republik und die Slowakei haben alle Nachfolgestaaten des Warschauer Pakts eine autoritäre Vergangenheit auch in der Zwischenkriegszeit. In den Ländern Osteuropas fand in der Regel ein radikaler Systemwechsel mit dem Aufbau politisch relativ neuer Strukturen, unter anderem eines offenen Parteienwettbewerbs, statt.

Osteuropa im regionalen Vergleich

In Osteuropa sollte man einerseits den Blick auf die regionalen Besonderheiten des Phänomens richten sowie andererseits auch nach den Gründen hierfür und für deren qualitative und quantitative Varianz in der Ära des Systemwechsels und der Konsolidierung von jungen Demokratien fragen. So schwankt zum Beispiel die Bandbreite durchschnittlicher rechtsradikaler Wahlerfolge in Osteuropa in den 1990er-Jahren und kurz danach erheblich.

Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien (in %) in ausgewählten Ländern Osteuropas: nationale Parlamentswahlen 1990–2004 (Durchschnittswerte) und Wahl zum Europaparlament 2009

Tabelle 3

	1990–1994	1995–1999	2000–2004	2005–2009	EP 2009
Bulgarien (BG)	.-	.-	.-	8,7	11,9
Polen (PL)	14,1	8,0*	7,9	11,1	1,5
Rumänien (RO)	5,8	9,2	20,9	3,2	8,6
Slowakei (SVK)	5,4	9,1	7,0	11,7	5,5
Slowenien (SLO)	k.A.	k.A.	4,4	5,5	2,9
Tschechische Rep. (CS)	6,8	6,0	1,1	.-	.-
Ungarn (H)	0,8	5,5	4,5	1,7	14,8

Folgende Parteien wurden in die Berechnung einbezogen: Bulgarien: *Ataka*; Polen: *KPN*, *ZChN*, *LPR*, *NOP* (EP 2004); Rumänien: *PUNR*, *PRM*; Slowakei: *SNS*; Slowenien: *SNS*; Tschechische Republik: *SPR-RSC*; Ungarn: *MIÉP*, *Jobbik*.

* geschätzter Anteil der *ZChN* und *KPN*, die 1997 als Partner im Wahlbündnis *Solidarnosc AWS* antraten (Gesamtergebnis 33,8 %)

** Tschechischer Nationalrat

Quelle: siehe Tabelle 1

Der Erfolg rechtsradikaler Parteien in Osteuropa weist folgende regionale Besonderheiten auf:

- In den baltischen Ländern (sowie in Bulgarien bis zum Auftreten von *Ataka* in den Wahlen vom Juni 2005) war bzw. ist keine nennenswerte rechtsradikale Partei zu finden, obwohl die Bedingungen dafür recht günstig waren.
- In Tschechien verfloß ab Ende der 1990er-Jahre der Zulauf für die *Republikaner* fast völlig.
- In Ungarn zeichnet sich mit dem Niedergang von *Csurkas Wahrheits- und Gerechtigkeitspartei* (*MIÉP*) und dem neuerlichen erfolgreichen Auftreten von *Jobbik* (17 Prozent der Stimmen in den Parlamentswahlen von 2010) ein Austausch im rechtsradikalen Parteienlager ab.
- Auf der anderen Seite haben in Rumänien, und abgestuft dazu auch in Polen, derartige Parteien mit zusammengenommen oft zweistelligen Ergebnissen für die Region überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielt.

- In Polen gibt es eine besonders fließende Situation. Die Umstrukturierung des Parteiensystems und die Reorganisation und Umbenennung einzelner Parteien stehen auf der Tagesordnung. Als polnische Besonderheit ist auch das Vorhandensein klerikal-nationalistischer Parteien hervorzuheben. Seit der polnischen Parlamentswahl im Jahr 2001 war bis zur Neuwahl von 2007 die neugegründete religiös-fundamentalistische *Liga der Polnischen Familie* (LPR) im Parlament vertreten. Diese Partei orientiert sich an rechten Ideologen der Zwischenkriegszeit, Roman Dmowski, und ist mit dem ultrakatholischen und antisemitischen Sender *Radio Maryja* verbündet. Die LPR greift zudem auf die Netzwerke älterer rechtsradikaler Parteien (wie ZChN, ROP und SN) zurück.

Die Akteure der radikalen Rechten in Osteuropa

Bei der Beurteilung der Wahlerfolge muss man ferner unterscheiden, mit welchen Parteitypen innerhalb des rechtsradikalen Lagers man es zu tun hat.

- Eine autokratisch-faschistische Rechte, die sich ideologisch an faschistischen und rechtsautoritären Regimen der Zwischenkriegszeit orientiert, war in Rumänien bis zum EU-Beitritt des Landes stark, verzeichnet inzwischen aber deutliche Verluste.
- Weniger faschistisch oder nationalkommunistisch und eher ethnozentristisch/rassistisch sind die rechten Parteien in Ungarn und Tschechien, in der Slowakei und Slowenien.
- In Polen existiert darüber hinaus auch eine religiös-fundamentalistische Strömung.

Daneben muss die bereits angesprochene organisatorische Unterscheidung zwischen Parteien, Bewegungen und subkulturellen Milieus getroffen werden. Bei den einzelnen Ausprägungen gibt es zweifellos Überlappungen und fließende Übergänge, vor allem was die Überschneidung historischer Orientierungen (faschistisch/nationalkommunistische) und aktueller Orientierungen angeht. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über rechtsradikale Akteure in Osteuropa:

**Dominante Akteure der rechtsradikalen Familie in Osteuropa (nach 1989):
Russland (R), Rumänien (RU), Polen (PL), Tschech. Rep. (CR), Ungarn (H)**

Tabelle 4

Ausrichtung der radikalen Rechten	Parteien / Wahlkampforganisationen	Bewegungsorganisationen	Subkulturelle Milieus
Faschistisch-autokratische Rechte	R: LDPR CR: SPR-RSC H: MIÉP	R: Pamjat, RNE PL: PWN-PSN, PNR	Skinheads
Ethnozentristisch/rassistische Rechte	PL: KPN, SN, SO CR: SPR-RSC H: MIÉP	RU: Vatra Romaneasca PL: PWN-PSN, Radio Maryja	Skinheads
Religiös-fundamentalistische Rechte	PL: ZChN, LPR	PL: Radio Maryja	

Abkürzungen:

KPN:	Konfederacja Polski Niepodległej (Konföderation für ein unabhängiges Polen)
LPR:	Liga Polskich Rodzin (Liga der Polnischen Familie)
MIÉP:	Magyar Igazság és Élet Pártja (Ungarische Gerechtigkeits- und Lebenspartei)
MPR:	Miscarea pentru Romania (Bewegung für Rumänien)
PDN:	Partidul Dreapta Nationala (Partei der nationalen Rechten)
PNR:	Polnische Nationale Wiedergeburt
PRM:	Partidul Romania Mare (Partei für ein Großrumänien)
PSM:	Partidul Socialist al Muncii (Sozialistische Arbeiterpartei)
PUNR:	Partidul Unitatii Romane (Partei der Rumänischen Einheit)
PWN-PSN:	Polska Wspólnota Narodowa: Polskie Stronnictwo Narodowe (Polnische Nationale Union)
SPR-RSC:	Sdružení pro republiku – Republikánská strana Československa (Republikaner)
SN:	Stronnictwo Narodowe „Ojczyzna“ (Nationale Front „Vaterland“)
SO:	Samoobrona
Vatra Romaneasca:	Rumänische Wiege
ZChN:	Zjednoczenie Chrześcijańsko Narodowe (Christlich Nationale Union)

Der Sektor der rechtsradikalen Bewegungen und Kleingruppen in Osteuropa ist im Gegensatz zum Parteienspektrum weitgehend unerforscht und es liegen nur wenig gesicherte Kenntnisse vor. Allerdings vermitteln diese das Bild eines in den meisten Ländern der Region existierenden lebhaften und zum Teil sehr gewalttätigen Bewegungssektors, der von einigen zentralen Organisationen wie der *Vatra Romaneasca* in Rumänien oder der *PWN-PSN* und der *PNR* in Polen und der *Ungarischen Garde* (mit Verbindungen zur Partei *Jobbik*) stark geprägt wird. Diese Gruppen sind ideologisch überwiegend als faschistisch-autokratisch einzustufen. Daneben sind „Ideenlieferanten“ zu nennen, wie der ultrakatholische Sender *Radio Maryja* in Polen. Dieser sendet seit Mitte der 1990er-Jahre neben

seinen klassisch katholischen Botschaften auch solche religiös-fundamentalistischen, antimodernen, nationalistischen, fremdenfeindlichen und gelegentlich antisemitischen Inhalts und erreicht mehrere Millionen von Hörer/innen. Über diese Organisationen hinaus gibt es eine wachsende Szene gewalttätiger rechter Gruppen und Skinheads. In polnischen Städten beispielsweise finden regelmäßige Treffen einiger hundert militanter Anhänger/innen statt, genauso wie antisemitische oder faschistische Graffiti an Gebäuden nicht außergewöhnlich sind. Auch in der tschechischen Republik und in Ungarn existiert eine Szene gewaltbereiter rechter Extremist/innen, die oft Roma als ihre Opfer aussuchen und auf ein gewisses Maß an Sympathie ihrer Mitbürger/innen zählen können. Schätzungen über die ungarische Skinhead-Szene weisen für die 1990er-Jahre ca. 4.000 Anhänger/innen aus.

West- und Osteuropa im Vergleich

Die dominanten Kräfte der radikalen Rechten in den osteuropäischen Ländern unterscheiden sich von den meisten westlichen Varianten in organisatorischer und ideologischer Hinsicht:

Die osteuropäische radikale Rechte ist organisatorisch weniger entwickelt als ihr westliches Pendant; ein Schicksal, das sie mit den meisten politischen Parteien in der Region teilt. Deswegen darf sich der Blick auf dieses Phänomen nicht auf die rechten Parteien beschränken, sondern muss auch deren Beziehungen zu den Bewegungen und Milieus berücksichtigen. Ein solcher Blick verdeutlicht, dass der Parteiensektor – sowohl in der Stärke der Wahlerfolge als auch der Organisation gemessen – in den konsolidierten Demokratien Osteuropas (Baltikum, Polen, Ungarn, Tschechische Republik u.a.) schwächer ist als in den meisten westlichen Demokratien, vor allem in Österreich, Belgien oder Frankreich.

Demgegenüber lässt sich die Militanz und Gewaltbereitschaft im Sektor der Bewegungen und Kleingruppen nur schwer schätzen, dieser scheint allerdings im Umfang mit demjenigen westlicher Länder, wo er besonders ausgeprägt ist (Deutschland, Schweden, USA), mindestens ebenbürtig. Internationaler Spitzenreiter dürfte hier das Nicht-EU-Land Russland sein, dessen Demokratiequalität allerdings fragwürdig ist.

Darüber hinaus orientiert sich die radikale Rechte in Osteuropa ideologisch mehr an der Vergangenheit als ihr westliches Gegenüber. Das heißt, sie ist antidemokratischer und militanter. In den meisten Ländern, wo die Demokratie noch nicht „*the only game in town*“ (Juan Linz in deutsch: „nicht die einzige Alternative“) ist, eröffnet dies der radikalen Rechten Möglichkeiten, die sie im Westen nicht hat.

Zugleich ist der politische Raum, zumindest für rechtsradikale Parteien, relativ beschränkt, da Nationalismus die Ideologie nicht nur rechter Parteien, sondern der meisten Hauptakteure durchdringt. Dies ist vor allem auf die Prozesse der Nationsbildung in Osteuropa, das vorherrschende Nationsverständnis und die Besonderheiten des Regimewechsels nach 1989 zurückzuführen.

In weiten Teilen der Region vollzog sich die Herausbildung von Nationalbewusstsein ohne Staat, der ethnische Nationsgedanke bildete sich als vorherrschender Typ heraus. Staatliche Kontinuitäten sind daher kürzer als bei den meisten westeuropäischen Nationen und zudem höchst unterschiedlich entwickelt (z.B. mit Rumänien und Ungarn auf der einen, die baltischen Staaten oder die Ukraine auf der anderen Seite). Als weiteres Merkmal des postsozialistischen Europa kann man die komplexe Konfiguration der Nationen zwischen Nationsbildungsprozessen, nationalen Minderheiten auf eigenem Territorium und Gruppen der eigenen Nation in „externen“ Gebieten hervorheben. In einigen Staaten wie Ungarn und Rumänien spielen sie eine nicht nur für rechtsradikale Parteien wichtige Rolle.

Daneben wirken spezifische kulturelle Faktoren auf die qualitative Ausprägung der radikalen Rechten. In Polen kommt aufgrund der Bedeutung des Katholizismus die Variante der religiös-fundamentalistischen Organisationen hinzu. Die ambivalente Rolle der katholischen Kirche gegenüber dem Antisemitismus mag auch erklären helfen, warum in Polen trotz eines eher schwach ausgeprägten begünstigenden Kontextes die Wahlergebnisse bis vor kurzem recht hoch waren.

Schließlich dominieren eher faschistisch-autokratische Parteien die Szene dort, wo der Regimekonflikt noch nicht überwunden ist (Russland, Rumänien bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts).

Fazit

Eine europaweit vergleichende Erforschung des Rechtsradikalismus bietet aufschlussreiche Einsichten in das Funktionieren etablierter und neuer Demokratien und den Grad an Bedrohung durch die radikale Rechte. Generell liefert eine vergleichende Betrachtung vor allem in den Bereichen der rechtsradikalen Akteure und Gruppen und ihrer Unterstützer/innen Erkenntnisse – etwa über die unterschiedlichen Ausprägungen im Vergleich einzelner Länder. Sehr wichtig ist zudem der Blick auf die Interaktion der radikalen Rechten mit ihrem Umfeld – zum Beispiel die Chance ihrer Duldung durch andere Akteure im demokratischen Spektrum. Hier hat sich in der Tat etwas verschoben. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die Kontextbedingungen sich von den 1980er-Jahren bis heute in Richtung einer größeren statt kleineren Duldung bis hin zur Koalitionsbildung auf nationaler Ebene verschoben haben. Daraus haben sich Anpassungs- oder Gewöhnungsmechanismen ergeben. Nicht zuletzt liefert der Vergleich zwischen Mittel-Osteuropa und dem „Westen“ wichtige Einsichten über die Demokratie allgemein. Denn jenseits der offenbaren Unterschiede in der historischen und situativen Charakteristik einzelner Länder lassen sich auch übergreifende Gemeinsamkeiten identifizieren, etwa hinsichtlich der Beziehungen zwischen parteiförmigem und bewegungsförmigen Rechtsradikalismus oder in den Mustern des Zusammenspiels zwischen radikalen und moderaten politischen Akteuren.

Die Frage nach dem angemessenen staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Umgang mit der radikalen Rechten wird sich nicht beantworten lassen, wenn man keine Differenzierungen zwischen organisatorischen und ideologischen Varianten vornimmt und den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kontext der Mobilisierungsbedingungen ausblendet. Die Variationsbreite des Phänomens, auch die unterschiedlichen Wahlerfolge, spricht gegen monokausale Erklärungen, die etwa die Zuwanderung im Westen oder die autoritäre Vergangenheit im Osten als einzige Verursachungsfaktoren zu erkennen glauben.



Die radikale Rechte in Deutschland: Sie wird verboten und erfindet sich neu

Deutschland wird als Nation aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit mit dem Thema Rechtsextremismus verbunden. Das nationalsozialistische Deutschland hat die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Auslöschung als unwert definierten Lebens propagiert und umgesetzt. Der Holocaust und seine systematische Vorbereitung, aber auch das Wegschauen Vieler hat sich als Schreckensbild und Warnung in europäische Geschichtsbücher eingeschrieben. Warum gelingt es heute keinen rechtsextremen Parteien mehr, in den deutschen Bundestag einzuziehen – während in vielen Parlamenten Europas rechtsradikale Parteien sitzen? Wie hat sich der deutsche Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren entwickelt? Was ist sein aktuelles Erscheinungsbild und welche Tendenzen lassen sich verzeichnen?

Im ersten Teil des Aufsatzes werden die zentralen Akteure des Rechtsradikalismus¹ in Deutschland analysiert: Zuerst politische Parteien und ihre Wähler/innen, dann bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu. Im zweiten Teil werden dann Einstellungen in der Bevölkerung und öffentliche Diskurse, die sich als affin zum Rechtsradikalismus erweisen, beleuchtet. Im dritten Teil schließlich geht es um die Frage, wie real und tragfähig eine transnationale Vernetzung der radikalen Rechten ist. Abschließend werden die Befunde ausgelotet und die aktuelle Bedrohung der pluralen und demokratischen deutschen Gesellschaft durch die radikale Rechte diskutiert.

1 Ich definiere die radikale Rechte nach Michael Minkenberg. Die Familie der radikalen Rechten umfasst auf der ideologischen Ebene: die extreme Rechte, die xenophobe Rechte, die populistische Rechte und die religiös-fundamentalistische Rechte. Auf der organisatorischen Ebene umfasst sie: politische Parteien, bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu. Vgl. den Artikel von Minkenberg in diesem Buch.

I. Akteure

1. Politische Parteien: Rechtsradikale Akteure haben in der Bundesrepublik Deutschland stets an den Nationalsozialismus angeknüpft, Versuche eine moderne rechtsradikale Partei aufzubauen blieben bislang erfolglos.² Die heute einflussreichste rechtsradikale Partei in Deutschland ist die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD). Ihr Erscheinungsbild und ihre Situation sind charakteristisch für die Entwicklung der gegenwärtigen radikalen Rechten. Neben der NPD werden im Folgenden ebenfalls die DVU, die REP und die Pro-Parteien vorgestellt.

NPD: Die NPD gründete sich 1964. Sie schloss sich – zwölf Jahre nachdem die Nachfolgepartei der NSDAP, die *Sozialistische Reichspartei*, verboten wurde – aus mehreren rechtsradikalen Splittergruppen und der (in Rheinland-Pfalz bereits verbotenen) *Deutschen Reichspartei* zusammen. Funktionäre und Mitglieder waren vielfach Alt-Nazis. Das Programm der NPD beinhaltete zunächst eine heterogene Mischung aus nationalsozialistischen, antikommunistischen und zu Beginn auch konservativ-katholischen Elementen. Kernforderungen der Partei waren die deutsche Wiedervereinigung und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Zwischen 1966 und 1968 zog die junge Partei in sieben Landesparlamente ein. Nachdem sie bei den Bundestagswahlen 1969 überraschend an der 5-Prozent-Hürde scheiterte (4,3 Prozent der Stimmen), wurde sie von inneren Richtungskämpfen geschwächt.

Unter ihrem derzeitigen Parteivorsitzenden Udo Voigt (seit 1996) gelang es der NPD, sich von ihrer Bedeutungslosigkeit seit den 1970er-Jahren zu emanzipieren. Noch im Jahr seiner Wahl gab sich die Partei ein neues, bis

2 Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus. Bezüge zum Nationalsozialismus. In: Gehl, Günter (Hg.) (2006): Vor 60 Jahren Kriegsende – Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bertuch Verlag: Weimar, S. 97–114, S. 97–100.

heute gültiges Parteiprogramm³: Es ist nationalistisch und völkisch, enthält antikapitalistische und nationalrevolutionäre Elemente und befürwortet einen nationalen Sozialismus. Die Partei ist offen systemfeindlich und propagiert ein biologistisches Rassekonzept mit daraus abgeleiteten politischen Forderungen (u. a. Enteignung und Ausweisung von Deutschen mit Migrationshintergrund). Unter Voigt knüpfte die NPD neue Netzwerke, insbesondere in „Mitteldeutschland“ – wie sie die fünf neuen Bundesländer nennt – und erschloss sich den Zugang zur sich seit den 1990er-Jahren ausbreitenden rechtsextremen Subkultur. 1998 verabschiedete die Partei auf ihrem Bundesparteitag ein „Drei-Säulen-Konzept“, mit dem sie sich von ihrer althergebrachten Rolle als reine Wahlpartei verabschieden wollte. Für den mittelfristigen politischen Kampf wurden drei strategische Agitationsfelder bestimmt: der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Wähler/Parlamente“.⁴ Hinter dem Konzept steht die Überlegung, dass die NPD nur politische Macht erlangen kann, wenn sie erstens Sympathisant/innen „auf der Straße“ mobilisiert und zweitens ihre völkisch-nationale Bildungsarbeit verstärkt, Parteimitglieder schult und intellektuelle Netzwerke schafft. Drittens wollte die Partei – auf Grundlage der beiden anderen Ziele – Wahlen gewinnen: In einem ersten Schritt kommunale und später dann regionale und nationale Wahlen. Ende 2004 wurde das Konzept um eine vierte Säule ergänzt: Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ soll die extreme Rechte geeint werden. Dahinter steht die Einsicht, dass Wahlerfolge nur durch Kooperation mit anderen Rechtsparteien und den „Freien Kameradschaften“ erzielt werden können. Besonders aktiv geht die ehemalige Altherren-Partei heute auf Jugendliche zu, unter anderem durch Freizeitangebote oder die Verteilung kostenloser CDs. Mit der seit 2006 in verschiedenen Versionen herausgekommenen NPD-Schulhof-CD wirbt sie für rechtsextremes Gedankengut und bezeichnet sich dabei gerne als „die Bewegung“.

3 Vgl. <http://www.npd.de/parteiprogramm/> (31.8.2010).

4 Apfel, Holger (1999): „Alles Große steht im Sturm.“ Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart, S. 469 f., 359 f.



Cover der NPD
Schulhof-CD 2005

Die strategische Ausweitung der NPD von einer klassischen politischen Partei hin zu einer Organisation mit Bewegungskarakter sowie ihr Vorstoß in die Subkultur ist nicht nur zeitgemäß und gerade für junge Menschen attraktiv. Die Integration des subkulturellen und bewegungsförmigen Rechtsextremismus ist auch eine Antwort auf die sehr repressive ausgerichtete rechtsstaatliche Behandlung rechtsextremer Akteure in der Bundesrepublik Deutschland.⁵ Im Wechselspiel mit dem repressiven Staat hat sich der Rechtsextremismus in Deutschland weitgehend seiner festen und damit fassbaren Strukturen entledigt. Die NPD knüpft inzwischen erfolgreich an dieses „Katz-und Maus-Spiel“ an: Sie steigt in die Subkultur ein und versucht, eine auf Provokation bedachte „Gegenwelt“ mitzugestalten. Zudem wird sie zunehmend deutlicher in ihrer prinzipiellen Ablehnung des Grundgesetzes.⁶ Die Partei ist verfassungsfeindlich – dass sie nicht verboten ist, liegt vor allem am Scheitern des ersten Verbotverfahrens (2001–2003) aufgrund von Verfahrensfehlern und an der Befürchtung einiger Innenminister, die NPD könnte mit einem Verbot noch stärker im schwer kontrollierbaren Untergrund agieren.⁷

-
- 5 Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C·A·P Analyse, 2/2008; <http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Analyse-2008-02.pdf> (31.8.2010).
 - 6 Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.
 - 7 Liberale Parteien wie die Grünen sprechen sich meist gegen ein Verbot aus, weil sie andere Konzepte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus für zielführender halten (z.B. Stärkung zivilgesellschaftlichen Gegen-Engagements).

Die NPD bemüht sich allerdings heute auch um Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft. In den sich als abgehängt begreifenden Milieus und Regionen (strukturschwach, Bevölkerungsrückgang) gelingt es ihr, mit nationaler Sozialromantik und Beratungsangeboten auch für breitere Wählerschichten attraktiv zu sein. Im Jahr 2010 verfügt die Partei in einigen Gegenden, vor allem in ostdeutschen Bundesländern, über eine recht aktive und stabile Basis, die sich auch in Mandaten in Städte- und Gemeinderäten manifestiert. Aktuell verbucht sie zudem auf Länderebene Wahlerfolge: in Sachsen (Wahlen 2004: 9,2 Prozent; 2009: 5,6 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (Wahlen 2006: 7,3 Prozent). In Thüringen verfehlte sie 2009 nur knapp den Einzug in den Landtag (2009: 4,3 Prozent). Ihr relativ gutes Ergebnis im Saarland (2004: 4 Prozent) konnte sie 2009 nicht wiederholen.

In jüngster Vergangenheit befindet sich die NPD aus verschiedenen Gründen in einer „Existenzkrise“. Im Frühjahr 2009 verhängte die Bundestagsverwaltung aufgrund gravierender Mängel im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 eine Strafzahlung in Höhe von 1,7 Millionen Euro gegen die Partei. Zudem reichte der Schatzmeister zeitgleich eine Selbstanzeige ein, die nahe legte, dass es auch 2006 Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Seit 2009 bereiten zudem mehrere Innenminister (v. a. SPD-regierter Länder) ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD vor. Obgleich die Partei vom staatlichen Repressionsdruck und auch von internen Kämpfen (zwischen radikalen und gemäßigeren Strömungen) und Skandalen (u. a. Kinderporno-Skandal eines sächsischen Abgeordneten) erschüttert wird, ist die NPD im Jahr 2010 dennoch die erfolgreichste rechtsradikale Partei Deutschlands.

Neben der NPD konnten in den vergangenen Jahren vor allem die *Republikaner* (REP) und die *Deutsche Volksunion* (DVU) Wahlerfolge erzielen. Die Republikaner, aber auch die Deutsche Volksunion, verlieren jedoch seit Jahren an Bedeutung.

Deutsche Volksunion (DVU) – Kooperationen mit der NPD: Die Gründung der DVU ist im Zusammenhang mit einer Fragmentierung und partiellen Radikalisierung des Rechtsradikalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren zu sehen. Die Partei, die sich aus national-konservativen Traditionen speist, wurde 1971 als Verein, 1987 als Partei gegründet. Die DVU wird auch als „virtuelle Partei“ bezeichnet, weil sie über keine aktive Parteibasis verfügt und maßgeblich von ihrem Gründer, Finanzier und ehemaligen Parteivorsitzenden, dem Millionär Gerhard Frey, geführt wird. In den 1990er-Jahren hatte sie eine relativ hohe Anzahl an Parteimitgliedern (1992: 26.000), die aber seit Jahren drastisch schrumpft (2008: 6.000). Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in Nord- und Ostdeutschland. Wahlerfolge verbuchte sie in Schleswig-Holstein (1992: 6,3 Prozent), Sachsen-Anhalt (1998: 12,9 Prozent) und Brandenburg (1999: 5,3 Prozent; 2004: 6,1 Prozent). Nur in Brandenburg gelang ihr 2004 zum zweiten Mal der Einzug in den Landtag. 2009 verlor die DVU ihre dortigen Sitze im Brandenburger Landtag und steuert seither auf die Bedeutungslosigkeit zu. Die kontinuierlichen Erfolge der DVU in der Hansestadt Bremen (1991: 6,2 Prozent; 1999: 3,0 Prozent; 2003: 2,3 Prozent; 2007: 2,7 Prozent) erklären sich aus dem dortigen speziellen Wahlrecht (Wahlerfolg in Bremerhaven reicht für den Einzug) und nicht aus einer breiten Unterstützung durch die Bremer Bürger.

Vor den Landtagwahlen in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2004 trafen DVU und NPD eine Wahlabsprache, den sogenannten „Deutschlandpakt“. Durch den Wegfall rechtsradikaler Konkurrenz sollte das in Deutschland notwendige Überspringen der 5-Prozent-Hürde auf dem Weg in die Parlamente besser möglich sein. Tatsächlich zog die DVU damals in den Brandenburger, die NPD in den Sächsischen Landtag ein. Der Deutschlandpakt wurde jedoch mit dem nicht vereinbarten Antreten der NPD bei den Landtagwahlen in Brandenburg 2009 beendet.

Der gegenwärtige DVU-Parteivorsitzende Matthias Faust hat gemeinsam mit der NPD-Führung im Juni 2010 eine Fusion der Parteien verabredet. Nach heftiger interner Kritik und Versuchen, Faust alle Befugnisse zu entziehen, haben DVU und NPD dennoch eine Mitgliederbefragung zur Fu-

sion durchgeführt, in der über 90 Prozent der Mitglieder der beiden Parteien für die Fusion stimmten.⁸ Im August 2010 ist ein Zusammenschluss beider Parteien unmittelbar absehbar. Parallel zu den Fusionsgesprächen hat sich im Juli 2009 eine Jugendorganisation der DVU, die „Junge Rechte“, gegründet, die mit einem modernen Internetauftritt auf sich aufmerksam macht.

Die Republikaner (REP): Die REP wurden 1983 von Neokonservativen aus Unzufriedenheit mit den konservativen Parteien CDU/CSU gegründet. Sie wollten eine rechtskonservative Wende einleiten. Die Republikaner waren vor allem Mitte der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre unter Führung des charismatischen bayerischen Fernsehmoderators Franz Schönhuber erfolgreich. Ihre Erfolge beschränkten sich auf die alten Bundesländer, Zustimmung kam insbesondere aus Süddeutschland. In Baden-Württemberg erreichte die Partei rund 10 Prozent der Wählerstimmen (1992: 10,9 Prozent; 1996: 9,1 Prozent). Mit dem jetzigen Parteivorsitzenden Rolf Schlierer (seit 1994) hat sich eine eher konservative, weniger radikale Ausrichtung der Partei durchgesetzt. Heute ist die Partei fast bedeutungslos. Sie bekennt sich zum Grundgesetz, fordert allerdings die „Bewahrung der deutschen Heimat“ und richtet sich gegen eine „multikulturelle Gesellschaft“ und einen „Vielvölkerstaat“.

Weitere rechtsradikale Parteien – Die Bürgerbewegung PRO-Köln: Die vielleicht europäisch modernste Variante des Rechtsradikalismus in Parteienform, weil rechtspopulistisch daherkommend, ist die „Bürgerbewegung Pro-Köln“. Sie versteht sich selbst als „populistisch“, als „Bewegung der Bürger/innen“, und stellt das weitverbreitete Angstthema „Islam“ ins Zentrum ihrer politischen Agenda („Gegen die Islamisierung Kölns“). Weitere Feindbilder der Partei sind Roma und Migrant/innen insgesamt, sie werden vor allem als „Kriminelle“ thematisiert. Pro Köln wurde 1996 als Verein gegründet und zur Jahrtausendwende von Aktivist/innen aus

8 NPD: Eindeutiges Votum für Zusammenschluss von NPD und DVU; <http://www.npd.de/html/247/artikel/detail/1655/> (30.8.2010). Die NPD-Mitglieder jedoch unter dem Vorbehalt, durch die Fusion keine weiteren Schulden zu übernehmen.

der rechtsextremen Szene durchdrungen. Im Jahr 2004 gelang mit 4,7 Prozent der Einzug in den Kölner Stadtrat mit vier Mandaten. Ihr Ableger Pro-NRW ist gleichzeitig die flächenmäßige Ausdehnung von Pro-Köln. Die Parteien machen insbesondere durch Initiativen gegen den Bau von Moscheen auf sich aufmerksam.⁹ Pro-Köln ist aktuell die erfolgreichste von diversen rechtspopulistischen und rechtsextremen Wählervereinigungen.

Ähnlich stellt die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ aus Bayern das Thema „Feindlichkeit gegen Moslems“ ins Zentrum ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Der Partei, auch als „Tarnorganisation“ der NPD bezeichnet, gelang der Sprung in die Stadträte von Nürnberg (2008: zwei Mandate) und München (2008: ein Mandat).

Wahlen – Die Bedeutung der lokalen Ebene. Die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien fallen im europäischen Vergleich gering aus. Während die Parteien bei Landtagswahlen und Kommunalwahlen gewisse Erfolge verzeichnen, waren sie auf Bundesebene und bei den Europawahlen (Ausnahme: „Die Republikaner“ 1989: 7,1 Prozent) bislang bedeutungslos.

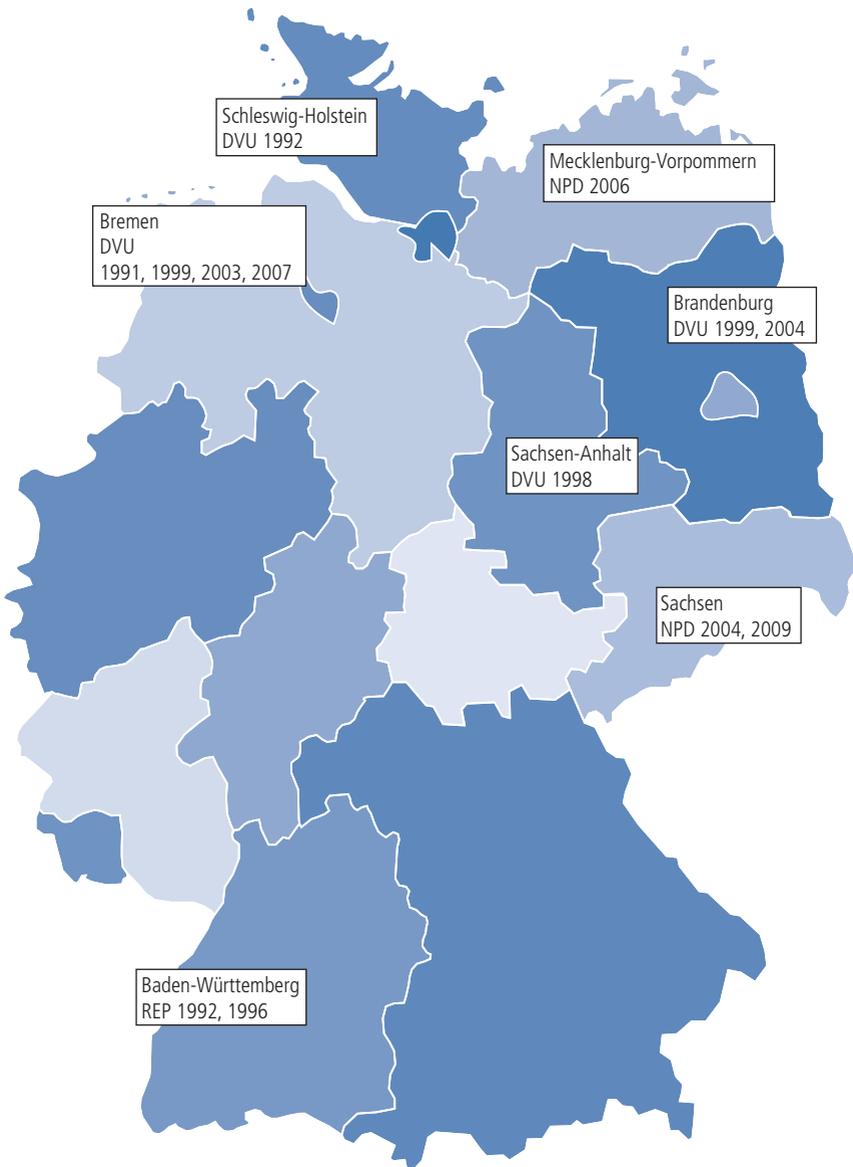
Es sind die kommunalen und regionalen Ebenen, auf denen rechtsradikale Parteien in Deutschland punkten können. Abgeordnete der DVU, NPD, REP sowie der Bürgerinitiative Ausländerstopp und PRO Köln sitzen in einigen Kreistagen, in Stadt- und Gemeinderäten. Begünstigt durch kommunale Wahlregeln, die vielerorts auf die sonst übliche 5-Prozent-Hürde verzichten und bereits bei 2 Prozent oder 3 Prozent kommunalpolitische Mandate vergeben, setzten rechtsradikale Parteien ihren Aufbau der Basis fort. Inzwischen sitzen insgesamt mehr als 200 Abgeordnete rechtsradikaler Parteien in deutschen Kreistagen. Prozentual hohe Erfolge (in Einzelfällen um 10 Prozent bzw. 20 Prozent) konnte die NPD jüngst bei

9 Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Kommunalwahlen in Sachsen (2004: 26, 2009: 72), Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und im Saarland verbuchen. Bei den letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gewann die NPD in einzelnen Gemeinden über 30 Prozent der Stimmen. Dennoch bleibt der Erfolg der rechtsradikalen Parteien insgesamt betrachtet weiterhin begrenzt.

Direkt Politik mitgestalten können die rechtsradikalen Parteien bisher kaum. Der *cordon sanitaire*, an den sich alle übrigen Parteien halten, schließt die radikal Rechten von kooperativem Handeln aus und verwehrt ihnen Positionen in Arbeitsgruppen und Gremien. Ein Ende des *cordon sanitaire* in naher Zukunft ist unwahrscheinlich, gelten Rechtsradikale doch gemeinhin als inakzeptabel. Kurzfristiges gemeinsames Handeln kommt jedoch auf kommunaler Ebene vor: etwa wenn die NPD Themen wie Schulschließungen aufgreift oder den Abbau von Jugendangeboten beklagt. Hier kann es der NPD gelingen, Themen anzusprechen, die gemeinsames politisches Handeln zur Folge haben.

Ob die Erfolge auf kommunaler und regionaler Ebene längerfristig oder gar Vorbote einer Etablierung der radikalen Rechten auf nationaler Ebene sind, muss sich noch zeigen. In der Tat scheinen die Einzüge der NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Erfolge in Thüringen eine beunruhigende, breite und längerfristige Unterstützung der NPD anzuzeigen. Auch die Ergebnisse der jüngsten Bundestagswahl spiegeln diesen Trend: Obwohl die Rechtsradikalen in nationalen Wahlen als chancenlos gelten, konnte die NPD 2009 in Sachsen immerhin 4 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 3,3 Prozent der Wähler/innen für sich mobilisieren (bundesweit: 1,5 Prozent).



Struktur der Wähler/innen: Eine repräsentative Wahlstatistik zu den Landtagswahlen in Brandenburg zeigt ein insgesamt für DVU- und NPD-Wähler/innen charakteristisches Bild: Im Jahr 2004 erreichte die DVU in Brandenburg ihre besten Ergebnisse unter Jungwähler/innen. Bei einem Gesamtergebnis von 6,2 Prozent kam die Partei in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen auf 13,5 Prozent und bei den 25- bis 35-Jährigen auf 11,2 Prozent. Männer stimmten insgesamt fast doppelt so oft rechtsextrem wie Frauen. Bei den 18- bis 25-Jährigen votierten sogar 17,6 Prozent der Männer für die DVU.¹⁰ Charakteristische Daten zum Bildungsstand, Milieu und Beruf der Wähler/innen sind: Schulabschluss der mittleren Reife, größtenteils Auszubildende, Arbeiter/innen sowie (etwas seltener) Arbeitslose.¹¹ Resümieren lässt sich: Die Wähler/innen der rechtsradikalen Parteien sind insgesamt vergleichsweise häufig männlich, gehören der Unterschicht oder unteren Mittelschicht an und sind jung. Selbst in Bundesländern wie Sachsen-Anhalt, wo die DVU nicht in den Landtag einziehen konnte, wählten ca. 10 Prozent der unter 29-Jährigen eine rechtsradikale Partei. Die Wahlkampagnen für junge Menschen scheinen aufzugehen: Die Unterstützer sind jung – sie fühlen sich von der Ablehnung gegebener Verhältnisse und dem propagierten „Nationalen“ und „Sozialistischen“ angesprochen. Was die regionale Verteilung betrifft, erzielten noch bis Mitte der 1990er-Jahre rechtsradikale Parteien in Westdeutschland bessere Ergebnisse als in Ostdeutschland. Seit Ende der 1990er-Jahre ist der Zuspruch im Osten höher als im Westen.

2. Bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu: Inzwischen besteht ein heterogenes Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Angebote in Deutschland, die sich zunehmend herkömmlicher staatlicher Kontrolle entziehen. Die Entwicklungen im subkulturellen und bewegungsförmigen Bereich zeigen die Innovationskraft des (aktio-

10 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (Brandenburg): Landtagswahl 19.9.2004. Repräsentative Wahlstatistik. Potsdam Januar 2005; http://www.statistik.brandenburg.de/six-cms/media.php/4055/BVII2-5_04_online_LTW2004_repräWS_ebook.pdf (25.8.2010).

11 Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen-anhalt/wahl-report/1998/> (31.8.2010).

nistischen) deutschen Rechtsextremismus: Mit der Fragmentierung und Radikalisierung des Rechtsradikalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren bildeten sich nicht allein neue Parteien wie die DVU und die Republikaner, es entwickelte sich auch ein aktionistischer Flügel, aus dem sich – zum Teil terroristisch agierende – neonazistische Kampfgruppen bildeten (u. a. 1973 die „Wehrsportgruppe Hoffmann“). Nach der Wende, Anfang der 1990er-Jahre, nahm alltägliche rechtsradikale Gewalt deutlich zu. „Faschogruppen“, die sich Ende der 1980er-Jahre bereits in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gebildet hatten, agierten offener und auch westdeutsche Kader nutzten die Auflösung der DDR, um in den neuen Bundesländern Strukturen aufzubauen. Nach Anschlagswellen auf Asylbewerberheime in Hoyerswerda und Rostock sowie Morden in Solingen und Mölln wurde eine Reihe rechtsextremer Organisationen verboten. Die Szene reagierte mit einem Strukturumbau und verzichtete fortan auf staatliche Zertifizierung (als Verein o. ä.): Das Konzept der lokal verankerten Kameradschaft, einem Zusammenschluss von etwa 10–30 Personen, und einem nunmehr losen Netzwerk wurde entwickelt. Die „Freien Kameradschaften“ oder deren regionale Einheiten, die „Aktionsbündnisse“, sehen sich als Teil eines „nationalen Widerstands“, einer „rechtsradikalen Einheitsfront“. In Deutschland gibt es etwa 150 regional und überregional agierende Kameradschaften. Hochburg ist Sachsen, wo es etwa 40 Kameradschaften gibt. Die „freien Nationalisten“ führen beispielsweise heidnische Feste (Sonnenwendfeiern) durch, treffen sich zu Konzerten, reisen zu Demonstrationen oder sonstigen rechtsradikalen Veranstaltungen. Vielfach sind sie auch für gewalttätige Übergriffe und für die Etablierung sogenannter „Angstzonen“ („no go areas) verantwortlich.¹² Da sich die „Kameradschaften“ mit ihren losen, „autonomen“ Strukturen staatlicher Repression zum Teil erziehen, wurden erst wenige verboten (etwa die „Kameradschaft Oberhavel“ und die Skinhead-Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“).

12 „Angstzonen“ werden Gegenden genannt, in denen Mitglieder bestimmter (Bevölkerungs-) Gruppen in besonderem Maße mit gewalttätigen Übergriffen rechnen müssen und ihre Sicherheit nicht gewährleistet ist.

Seit ca. 2002 ist zudem eine neue Gruppierung zum festen Bestandteil – und Exportgut – des deutschen Rechtsextremismus geworden: die „Autonomen Nationalisten“. Sie kommen ursprünglich aus Berlin und Dortmund, haben sich aber inzwischen bundesweit verbreitet. Ihre Anhänger/innen sind meist sehr jung (ab etwa 14 Jahre) und übernehmen den Kleidungsstil und zum Teil auch Habitus der linker Gruppierungen, insbesondere des autonomen „Schwarzen Blocks“. Sie kleiden sich schwarz, häufig mit Palästinensertüchern, und nutzen das Internet als Rekrutierungs- und Propagandamedium. Ihre Videos, Chats und Blogs sind modern. Sie distanzieren sich meist nicht vom Nationalsozialismus, sind aber vor allem gegenwartsbezogen: Ihre Themen sind sozial, sie fragen nach Perspektiven für Jugendliche in der heutigen Gesellschaft. Zum Teil ist die Gruppe auch für Jugendliche in prekären Situationen attraktiv: Sie bietet ihnen Unterschlupf (z. B. Übernachtungsmöglichkeiten für Heimkinder) und Beschäftigung. Damit hat ihre soziale Kritik eine reale Basis. Allerdings ist die Fluktuation dieser Gruppe erheblich. Viele verlassen die Szene nach einigen Monaten wieder.

Demonstration
der NPD und
der Autonomen
Nationalisten



Neben Hardcore-Strukturen existiert ein weiteres verbreitetes Phänomen: rechtsradikal geprägte Jugendliche ohne konkrete Gruppenzugehörigkeit. Ein recht breites Angebot an rechtsradikaler Musik, Kleidung, modischen Accessoires und Codes wirkt auf eine zahlenmäßig schwer bestimmbare Menge an Jugendlichen anziehend. Diese Jugendlichen können (noch) nicht zum harten ideologischen Kern gezählt werden. Sie sind von der rechtsextremen Subkultur, ihren Produkten und Angeboten fasziniert. Rechtsradikale Musik ist – nicht zuletzt weil sie qualitativ

„besser“: professioneller? und vielfältiger geworden ist – unter einigen Jugendlichen in den vergangenen Jahren bekannter und beliebter geworden. Das Angebot reicht von Heavy Metal über Rock bis hin zu rührseligen Balladen. Die „Zillertaler Türkenjäger“, „Landser“, „Annett“ und „Faustrecht“ sind einige der beliebtesten „Rechtsrocker“.¹³ Gehört werden aber keineswegs nur deutsche Bands. Weiter haben sich rechtsradikale Läden und Versandhäuser, die modisches Szene-Outfit verkaufen, etabliert: Gern getragen werden gegenwärtig dunkle T-Shirts und Kapuzen-Shirts, Turnschuhe und Hemden mit rechtsradikalen Namen, Codes und Symbolen. Kleidermarken wie Thor Steinar, CONSTAPLE und Walhalla verweisen auf die Zugehörigkeit zur rechtsradikalen Szene. Geschulte Beobachter/innen können vielerorts rechtsradikale Codes entdecken: an Straßenschildern, U-Bahnzugängen oder Hauswänden und eben auch als Accessoires bei ansonsten nicht augenscheinlich rechtsradikalen Jugendlichen.

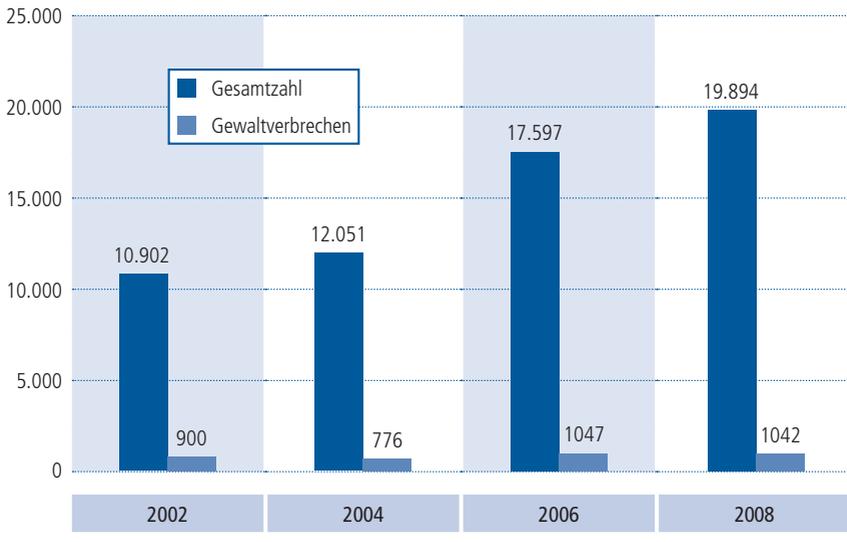
Straf- und Gewalttaten – Opfer: Während politische Parteien in Deutschland meist weniger erfolgreich als im europäischen Ausland sind, „brodelt“ die rechtsradikale Subkultur: Nach der Wende 1989 nahm die Anzahl rechtsradikaler Straf- und Gewalttaten drastisch zu. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ging sie leicht zurück, um dann im Jahr 2000 wieder deutlich zu wachsen. Von 2002 bis 2008 hat sich die Anzahl der Straftaten fast verdoppelt, die Gewalttaten sind um rund 16 Prozent gestiegen (vgl. Grafik 1, S. 73). Gegenwärtig erreichen die erfassten Delikte einen traurigen Rekord: knapp 19.894 Straftaten, davon 1.042 Gewalttaten.¹⁴ Das bedeutet, dass es in der Bundesrepublik Deutschland täglich zu durchschnittlich (mindestens) zwei bis drei gewaltsamen rechtsradikalen Übergriffen kommt. Die Wahrscheinlichkeit, in den neuen Bundesländern Opfer rechtsradikaler Gewalt zu werden, ist drei bis vier Mal so hoch wie im Westen.

13 Schellenberg, Britta: Demokratie und Rechtsextremismus. Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik. Wochenschau Verlag: Schwalbach (im Erscheinen).

14 Wenn nicht anders vermerkt, wird sich bezogen auf: Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 24–33. Ich beziehe mich auf das Jahr 2008, weil für die Daten 2009 noch mit Nachmeldungen zu rechnen ist. Vergleiche mit der Situation vor 2001 sind nur bedingt möglich, da das Bundesamt seine Erfassungsmethodik 2001 geändert hat.

Rechtsradikale Straf- und Gewalttaten

Grafik 1



Etwa die Hälfte der vom Verfassungsschutz für das Jahr 2008 erfassten rechtsextremen Gewalttaten sind fremdenfeindlich (395) oder antisemitisch (44). Ein weiterer beträchtlicher Teil der Gewalt richtet sich gegen (vermeintliche) Linksextremisten (358) und sonstige politische Gegner (76). Es handelt sich bei den Gewalttaten fast ausschließlich um Körperverletzungen. Eine im September 2010 veröffentlichte Studie des Tagespiegel und der ZEIT erfasst 137 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt in zwanzig Jahren bundesrepublikanischer Geschichte (1990 bis 2010).¹⁵ Bemüht man den europäischen Vergleich, so ist rechts-extreme und rassistische Gewalt in Deutschland als hoch einzustufen.

15 Bei weiteren 14 Todesfällen besteht der Verdacht eines rechtsextremen oder rassistischen Hintergrunds. Verantwortliche Journalisten: Frank Jansen, Heike Kleffner, Johannes Radke, Toralf Staud. Vgl. <http://www.zeit.de/themen/gesellschaft/todesopfer-rechter-gewalt/index> (27.9.2010). Vgl. auch Rebecca Forner in Zusammenarbeit mit der Opferperspektive e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung, o. J., Wanderausstellung Opfer rechter Gewalt seit 1990; www.opfer-rechter-gewalt.de (27.9.2010).

Den Löwenanteil der Straftaten machen Propagandadelikte (14.262) aus. Hierzu zählen Aktivitäten (etwa das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole), deren Verbot als Charakteristikum der bundesrepublikanischen „wehrhaften“ Demokratie verstanden werden muss und deren strafrechtliche Ahndung sich auf europäischer Ebene nicht durchsetzen konnte.¹⁶ Im westeuropäischen Vergleich sind Fälle von Nötigung/Bedrohung (144) und Sachbeschädigung (1.197) allerdings ebenfalls relativ hoch. Der Anteil der Volksverhetzung (u. a. Anstiftung zu Rassenhass) unter den Fällen ist beträchtlich. Durchschnittlich wird in Deutschland fast stündlich eine rechtsextreme Straftat erfasst.

II. Einstellungen und Diskurse

Verbreitung rechtsradikaler Einstellungen in der Bevölkerung

Einstellungsuntersuchungen verweisen auf einen Anteil von etwa 8,2 Prozent der Bevölkerung, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Damit ist die Anzahl der rechtsextrem Eingestellten nach einem kontinuierlichen Rückgang seit 2002 im Jahr 2010 erstmals wieder gestiegen. Nach der Studie „Die Mitte in der Krise“ der Universität Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung glauben knapp 35 Prozent, dass die Bundesrepublik Deutschland „durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet“ sei. Jüngst zugelegt haben insbesondere die Dimensionen „Befürwortung einer Diktatur“ (5,1 Prozent), „Chauvinismus“ (19,3 Prozent), „Ausländerfeindlichkeit“ (24,7 Prozent) und „Sozialdarwinismus“ (6,2 Prozent).¹⁸ Die Untersuchung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) von dem Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer hält ähnlich hohe Zustimmungswerte zu fremdenfeindlichen

16 Vgl. entsprechende Diskussionen vor der Verabschiedung des EU-Rahmenbeschlusses 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft.

17 Vgl. Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin, S. 67; <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf> (4.9.2010). Verschiedene Einstellungsuntersuchungen kommen zu Ergebnissen zwischen 5 und 20 Prozent.

18 Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010). Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Ed. Nora Langenbacher, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Äußerungen fest. Die Studie, die jährlich Daten erhebt, zeichnet vor allem eine steile Karriere der Islamophobie in der deutschen Bevölkerung nach. Sie verzeichnet für Deutschland – trotz eines eher geringen Anteils von Muslimen an der deutschen Gesellschaft (rund 5 Prozent) – eine Zustimmung von 46 Prozent zu der Aussage: „Es gibt zu viele Muslime“ in Deutschland, und 52,2 Prozent waren der Ansicht, dass der Islam eine intolerante Religion sei. Damit entsprechen die Meinungen der Deutschen zu Muslim/innen und dem Islam weitgehend denen der ebenfalls in der Untersuchung berücksichtigten restlichen europäischen Länder (Durchschnitt des Ländersamples: 44,2 Prozent; 54,4 Prozent). Allerdings stimmten die deutschen Befragten am seltensten dem Satz „die muslimische Kultur passt gut nach Deutschland“ zu (16,6 Prozent) – damit stehen die Deutschen (im Ländersampledurchschnitt: 31,3 Prozent) der muslimischen Kultur am kritischsten gegenüber.¹⁹ Weiter zeigt die Studie einen Zusammenhang zwischen verschiedenen „menschenfeindlichen“ Einstellungen: Danach richten sich menschenfeindliche Einstellungen auch gegen Obdachlose und Arbeitslose.²⁰ Eine weitere Entwicklung ist zudem in der Verbreitung des „neuen Antisemitismus“ zu sehen, der anders als der „alte“ Antisemitismus nicht mehr offen antisemitische Einstellungen preisgibt, sondern den Vorurteilen gegenüber Juden durch Israelkritik, insbesondere Gleichsetzungen zwischen Israel und dem Nationalsozialismus/Faschismus (auch dann, wenn es nicht um Israel und Israelis, sondern um Juden geht) Ausdruck verleiht.²¹ Trotz eines recht verbreiteten „neuen“ Antisemitismus sind auch die Zustimmungswerte zu offen antisemitischen Äußerungen recht hoch. Der Aussage, „die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks“ und „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, stimmten knapp 15 Prozent der Befragten zu.²²

19 Zick, Andreas; Küpper, Beate (Dezember 2009): Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und Europa. Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Universität Bielefeld; http://www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Islam_GFE_zick.pdf (31.8.2010). Untersuchte Länder: D, GB, F, I, NL, P, PL, HU.

20 Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1–9, Frankfurt am Main 2002–2010.

21 Schellenberg, Britta (Februar 2005): Die Zähigkeit von Vorurteilen. Holocaust-Gedenken immunisiert nicht gegen Antisemitismus. In: Internationale Politik, Nr. 2, S. 48–55.

22 Decker, Oliver et al. a. a. O.

Eine Gefahr für die politische Kultur: ethnisierende und biologisierende Diskurse

Als besonders problematisch, weil rechtsradikale Einstellungsmuster befördernd, müssen aktuelle politische, mediale und öffentliche Diskurse zu den Themen „Migration“, „Ausländer/innen“ und „Islam“ bezeichnet werden. Während die deutsche Gesetzgebung mit dem reformierten Staatsangehörigkeitsrecht (2000) heute einer rein ethnischen Definition deutscher Nationalität widerspricht und auch das Zuwanderungsgesetz (2002/2004) Deutschlands neue Selbstwahrnehmung als Einwanderungsland widerspiegelt, beharrt ein Teil der Medien und der Bevölkerung weiterhin auf einem biologistischen Nationenbegriff. Die Betonung des Migrantensstatus bei bestimmten Deutschen, die damit, obwohl sie Deutsche sind, als „die anderen“ im Gegensatz zu „uns Deutschen“ hervorgehoben werden, ist oft Teil eines nach wie vor weit verbreiteten biologistischen Nationenbegriffs. Auffällig ist auch, dass fremd erscheinende Gruppen (Migrant/innen, Ausländer/innen) in der Berichterstattung – verglichen mit ihrem statistischen Anteil an der Wohnbevölkerung – deutlich überrepräsentiert sind. Sie werden zugleich besonders häufig negativ bewertet. Für das „Ausländerproblem“ wird vielfach das Handeln und Verhalten der Migrant/innen selbst verantwortlich gemacht, etwa durch bestimmte Verhaltenszuordnungen und Marginalisierungen. Sie werden überdurchschnittlich häufig als Kriminelle oder Auslöser von Konflikten dargestellt und seltener als „normale“, in Deutschland lebende Bürger/innen.

Die Ethnisierung oder Biologisierung problematischer gesellschaftlicher Verhältnisse oder individueller Dispositionen begünstigen eine rechts-extreme Wahrnehmung der Wirklichkeit: Konflikte werden als „Überlebenskampf bestimmter Menschengruppen/Rassen“ interpretiert und Individuen wird aufgrund ihrer Kategorisierung in ethnische oder kulturelle Gruppen eine bestimmte Wertigkeit zugesprochen sowie insgesamt Entwicklungsmöglichkeiten abgesprochen. Rechtsradikale docken zudem am provinziellen Wunsch nach Gleichheit und Homogenität, der Verur-

teilung und Ausgrenzung von Heterogenem und Individuellem sowie einer allgemeinen Skepsis gegenüber dem Demokratischen (als System und Lebensform) an.²³

Der soziale und demografische Wandel macht vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Angst. Während einige von den Chancen, die das Informationszeitalter und die globale Welt mit sich bringen, profitieren, fürchten andere, aufgrund dieser Veränderungen den Anschluss zu verlieren. Die Angst hat eine reale Basis, denn ein knappes Viertel der heutigen Schulabgänger/innen wird mit einer mangelnden Kompetenz in den Fertigkeiten des Lesens, Rechnens und naturwissenschaftlichen Fächern entlassen, die sie nur unzureichend befähigt, den Alltag zu bewältigen. Das Kompetenzniveau gilt als unzureichend für eine anschließende Berufsbildung. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen gibt es einen Sockel von knapp 25 Prozent sogenannter „Unvermittelbaren“, die kaum eine Chance haben, jemals erwerbstätig zu werden.²⁴ Ein zunehmender Teil der Bevölkerung empfindet die persönliche Zukunft nicht nur als unsicher, sondern erleidet ganz real ökonomische Einbußen und Prestigeverlust. Rechtsradikale Akteure können mit Protest gegen diese Entwicklungen punkten – wenngleich in Deutschland eingeschränkt, da die Partei DIE LINKE weiterhin als politische Vertreterin sozialer Fragen wahrgenommen wird und entsprechende Wähler/innen binden kann.

23 Zu fremdenfeindlichen Diskursen in der Bundesrepublik Deutschland siehe: Schellenberg, Britta: Country Report: Germany. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh, S. 179–248, S. 215 f.

24 Zu Ergebnissen vergleichender Bildungsuntersuchungen siehe: Schellenberg, Britta (November 2006): Integration ist Integration ist Integration. Deutschlands Einwanderungspolitik: Bildung ist der erste Schritt. In: Internationale Politik, Nr. 11, 61. Jahr, S. 90–96, S. 94.

Schleichende lokale Ausbreitung

Jüngere Veröffentlichungen haben die Ausbreitung des Rechtsextremismus auf lokaler Ebene untersucht. Dirk Borstel attestiert, dass „diverse Regionalanalysen [...] deutliche Hinweise auf eine zunehmende kommunale Verankerung rechtsextremer Strukturen“ geben und eine zunehmende Akzeptanz der Bürger gegenüber rechtsextremen Manifestationen (Organisationen, Parteien) bestätigen. In einigen Gegenden würden Rechtsextreme als „normale“ politische Akteure gelten. Weit fortgeschritten seien solche Tendenzen beispielsweise in zwei ostdeutschen Regionen: in Ostvorpommern und in der Sächsischen Schweiz.²⁵ Bereits 2005 schrieb der Journalist Toralf Staud von einer alltagskulturellen Dominanz rechtsextremer Ideologie in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands und bezeichnete dieses Phänomen als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“.²⁶ Ein Zeichen für die rassistische Prägung und das rechtsextreme Stimmungsbarometer ist neben Wahlerfolgen auch das Wohlbefinden von potenziellen Opfergruppen rechtsradikaler Gewalt. Opferinitiativen beklagen ein Klima rechtsradikaler Gewalt in bestimmten Gegenden und eine schweigende Zustimmung zu den Taten in der örtlichen Bevölkerung. Aus der Arbeit von Vereinen der Opferberatung ist bekannt, dass Opfer rechtsextremer Gewalt in einigen Gegenden keine Unterstützung in ihren Kommunen finden und eine große Hemmschwelle besteht, Probleme mit Rechtsextremismus und Rassismus öffentlich zu thematisieren.²⁷

Losing Formula „Nationalsozialismus“ und Pluralismus: Trotz des aufgezeigten „Potenzials“ rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung haben rechtsradikale Parteien in Deutschland bisher durchweg

25 Borstel, Dierk (2010): Der immergleiche braune Sumpf? Neuere Entwicklungen der rechtsextremen Szene. In: Albrecht, Jan Philip, MdEP (Hg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz: Berlin, S. 9–20, S. 16; http://janalbrecht.eu/wp-content/uploads/2010/07/20100615_strategien_GE_final04-web.pdf (30.8.2010).

26 Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.

27 Grell, Britta et al. (Hg.) (2009): Hate Crime Monitoring and Victim Assistance in Poland and Germany, eds. Więcej, Nigdy and Opferperspektive, Warsaw/Berlin. Vgl. auch: <http://www.opferperspektive.de/> (4.9.2010).

erhebliche Glaubwürdigkeits- und Durchsetzungsschwierigkeiten. Zum einen werden ihnen häufig personelle Inkompetenz, Korruption und persönliche Unzulänglichkeiten vorgeworfen. Zum anderen diskreditiert sie ihre Nähe zum Nationalsozialismus in der Wahrnehmung der meisten. Als „losing formula“ des Rechtsextremismus muss zudem die allgemeine anwachsende Zustimmung zu Pluralität und Individualismus gesehen werden. Einstellungsuntersuchungen zeigen, dass die ältesten Generationen (vor oder während des Nationalsozialismus geboren) stärker zu rechtsextremen Einstellungsmustern neigen als Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren und sozialisiert wurden. Jüngere Generationen sind tendenziell liberaler und weltoffener, wenn auch nicht frei von rechtsextremen Einstellungen.²⁸ Die Shell-Jugendstudie (2010) zeigt, dass die Mehrheit der Jugendlichen dem gesellschaftlichen Wandel insgesamt positiv gegenübersteht. Sogar 84 Prozent verbinden mit der Globalisierung in erster Linie die Freiheit, in der ganzen Welt reisen, arbeiten und studieren zu können. Allerdings stehen Teile der Jugendlichen dem gesellschaftlichen Wandel auch skeptisch gegenüber, 10 Prozent fühlen sich bereits im jugendlichen Alter von ihrer Chancenlosigkeit erdrückt.²⁹

III. Transnationale Vernetzung der radikalen Rechten – tragfähige Bündnisse?

Nicht nur die kommunale Verankerung, auch das transnationale Netzwerk der radikalen Rechten ist im 21. Jahrhundert dichter geworden. Ein besonders relevanter Aspekt der globalen Vernetzung ist das Medium Internet. Der Austausch zwischen Rechtsradikalen, sowohl innerhalb

28 Bergmann, Werner (2001): Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990–2000. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt a. M., S. 41–62.

29 Vgl. http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/downloads/#subtitle_1 (17.9.10).

Deutschlands als auch innerhalb Europas, wird immer üblicher. So ist der zunehmende Gebrauch wie die Internetplattformen *MySpace* und *YouTube* zu beobachten. Auch nutzen Musikgruppen (z. B. nationalsozialistische *Black Metal*-Gruppen) das Internet, um ihre Musik einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Deutschland stellt die zunehmende Anzahl rechtsextremer, deutschsprachiger Internetseiten eine besondere Herausforderung für den Verfassungsschutz dar. Mit dem repressiven Instrumentarium des deutschen Staats kann ihnen nur unzureichend entgegen werden, weil Rechtsradikale hier (etwa durch Zusammenarbeit mit ausländischen Servern) nicht den Regeln des deutschen Rechtsstaats unterworfen sind.

In Deutschland zeigen Events wie das (bis zum Verbot 2005) jährlich stattfindende „Rudolf-Heß-Gedenken“ in Wunsiedel (Bayern), das „Fest der Völker – für ein Europa der Vaterländer“ in Jena bzw. Pößneck (Thüringen) oder der 1. Mai in Berlin (2010) den internationaler werdenden Rechtsradikalismus. Die NPD-Führung ist nicht nur an subkulturellen Veranstaltungen beteiligt, sie versucht auch die Beziehungen zu rechtsextremen Parteien im Ausland zu verbessern und zu vertiefen. Beispielsweise besuchte der Parteivorsitzende Udo Voigt im November 2004 das Europaparlament auf Einladung Alessandra Mussolinis (damals Vorsitzende der rechtsextremen *Alternativa Sociale*, heute Teil von Berlusconi's *Popolo della Libertà*), um eine verbesserte zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Rechtsradikalen Europas anzubahnen.³⁰ Allerdings halten sich einige einflussreiche europäische Parteien bislang strategisch von der rechtsextremen deutschen Partei fern – nicht zuletzt aus Angst vor Prestigeverlust. Bislang ist die NPD nicht Mitglied in Netzwerken erfolgreicher europäischer Wahlparteien, sondern Mitglied in einer extremen

30 Vgl. Grumke, Thomas (2010): Globalisierte Anti-Globalisten. In: Albrecht (Hg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament: Berlin, S. 26.

Poster vom
„Anti-Islam
Kongress“



Spielart des Rechtsradikalismus: der *Europäischen Nationalen Front*, zu der unter anderem auch *La Falange* (ES), *Noua Dreaptă* (RO) und *Forza Nuova* (I) gehören.

Thematisch zeigt sich, dass der Anti-Islamismus ein thematisch verbindender Ausgangspunkt für europäische Kooperationen ist. So beteiligt sich PRO-Köln am europäischen Netzwerk „Cities against Islamisation“, dem auch der belgische *Vlaams Belang* und die österreichische FPÖ angehören. Zu den Anti-Islam-Kongressen (2008 und 2009) in Köln war rechtsextreme Prominenz aus Europa angereist – allerdings konnten sie angesichts tausender Gegendemonstranten in Köln kaum wirksame Publicity entfalten. Im März 2010 organisierte Pro NRW einen „internationalen Kongress für ein europaweites Minarettverbot“ in Gelsenkirchen, wie in Köln waren Vertreter des *Vlaams Belang* und der FPÖ zugegen. Charakteristisch für den nationalsozialistisch geprägten deutschen Rechtsextremismus ist ferner insbesondere der internationale Austausch mit Holocaustleugner/innen – der als Schulterchluss mit moslemischen Antisemit/innen zum Teil erheblich im Kontrast zum Anti-Islamismus der radikalen Rechten steht.

Fazit und Ausblick

Die Entwicklung des deutschen Rechtsradikalismus ist von dem sehr repressiven Umgang staatlicher Akteure mit rechtsextremen Aktivitäten stark beeinflusst worden. Rechtsradikale Organisationsstrukturen und Aktivitäten haben sich stets verändert, angepasst und flexibel gestaltet. Ferner verlegen rechtsradikale Akteure mit der Nutzung des Internets und transnationaler Vernetzung ihre Aktivitäten ins liberalere Ausland und

entziehen sich auch damit der Repression. Diese Entwicklungen, insbesondere vor dem Hintergrund eines jederzeit und allen Orts zugänglichen rechtsradikalen Angebots, stellen die deutsche Gesellschaft und ihre Institutionen vor neue Herausforderungen.³¹

Anders als in den meisten Ländern Europas ist rechtsradikalen Parteien in Deutschland kein Durchbruch auf nationaler Ebene gelungen. Es manifestiert sich aber eine gewisse Verstetigung rechtsradikaler Orientierung in bestimmten Gegenden und Gruppen. So sind Rechtsradikale heute vor allem auf der kommunalen Ebene stark und prägen mancherorts bereits die Interpretation der Wirklichkeit. Entsprechend gewinnt die NPD seit einigen Jahren zunehmend lokale und regionale Mandate, vor allem in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands. Bemerkenswert sind zudem die gemeinsamen Entwicklungsmomente von NPD und rechtsextremer Subkultur seit Ende der 1990er-Jahre. Charakteristisch für den aktuellen deutschen Rechtsradikalismus sind seither eine lebendige Subkultur und diverse bewegungsförmige Organisationen. Die „Freien Kameradschaften“ und auch die „Autonomen Nationalisten“ sind Gruppierungen, die in Deutschland entstanden sind und sich inzwischen auch in anderen Ländern Europas etabliert haben. Charakteristisch ist zudem ein hoher Grad an Gewalttätigkeit der rechtsextremen Szene.

Auf ideologischer Ebene spielen nach wie vor der Antisemitismus und der Glaube an eine existenzielle Bedrohung der deutschen Identität durch verschwörerische Mächte eine dominante Rolle. Soziale Fragen werden als Aufhänger für Kampagnen und Demonstrationen thematisiert, sowohl bei den rechtsradikalen Parteien als auch bei Organisationen und subkulturellen Gruppierungen. Die radikale Rechte könnte weiter an Kraft gewinnen, wenn Vorurteile, Ängste und das Gefühl, Unterworfenen

31 Schellenberg, Britta: Strategies for Combating Right-Wing Populism and Racism. Steps towards a pluralist and humane Europe. In: OSCE/ODHIR (ed.): The Roma: A thorn in the side of new Europe? (im Erscheinen); Bertelsmann Stiftung (ed.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh; Georgi/Hartmann/Schellenberg/Seberich (Hg.) (2005): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

ungerechter Entwicklungen zu sein, in der Bevölkerung wachsen und politische Maßnahmen nicht ausreichend Gegengewicht entfalten. Ein weiterer Trend, von dem rechtsradikale Parteien bislang allerdings nur partiell profitieren (insbesondere Pro Köln), ist eine deutlich über das rechtsradikale Spektrum hinaus in der Bevölkerung verbreitete Feindlichkeit gegenüber Moslems und anderen Bevölkerungsgruppen (u. a. Migranten, Obdachlose). Auch die Tendenz einer Ethnisierung und Biologisierung gesellschaftlicher Problemlagen durch Medien und Vertreter/innen des öffentlichen Lebens ist hoch problematisch. In diesen Diskursen vermischen sich häufig Vorurteile gegen Migrant/innen und Ausländer/innen mit Vorurteilen gegen wenig Gebildete und sozial Schlechtergestellte – die sogenannte Unterschicht. Für die Entwicklung der rechtsradikalen Parteien wie des Rechtsradikalismus insgesamt wird es relevant sein, ob sich demokratische Parteien auch bei konflikthafter Themen in gesellschaftlichen Debatten mit einer menschenrechtlichen und demokratischen Auseinandersetzung durchsetzen oder ob diese Diskurse vorwiegend fremdenfeindlich geführt werden und sich damit fremdenfeindliche Vorurteile leicht in eine Unterstützung für rechtsradikale Akteure transformieren lassen.

Neben diesen günstigen Entwicklungsfaktoren für die radikale Rechte muss allerdings auch konstatiert werden, dass bei einem Teil der Gesellschaft die Wachsamkeit gegenüber rechtsradikalen (oder zumindest neonationalsozialistischen) Bestrebungen in den vergangenen Jahren gewachsen ist – insbesondere im nationalen öffentlich-politischen Raum. Dies ist dem unermüdlichen Engagement von einzelnen Meinungs- und Entscheidungsträgern (Journalisten, Rechtsanwälten, Politikern) sowie der kontinuierlichen Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich durch staatliche Förderprogramme entwickeln und professionalisieren konnten, zu verdanken. Insgesamt ist die deutsche Gesellschaft nicht nur heterogener geworden, sondern auch offener und liberaler. Es kann angenommen werden, dass eine kritische öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der radikalen Rechten, interne Probleme der rechtsradikalen Parteien sowie der fortwährende Repressionsdruck breite Wahlerfolge der radikalen Rechten in Deutschland vorerst verhindern werden.



Die extreme Rechte in Frankreich: Es ist zu erwarten, dass die Landkarte neu gezeichnet werden wird

Die Aktivitäten der extremen Rechten in Frankreich

Eine starke extreme Rechte ist ein dauerhaftes Merkmal der französischen Politik seit der Wahl des ersten Stadtrats von der *Front National* (FN) in der Stadt Dreux im September 1983, nachdem die konservative Partei unter Führung von Jacques Chirac eine Abmachung mit der FN getroffen hatte. Nach dem ersten landesweiten Erfolg der FN bei der Europawahl 1984 beschlossen die gemäßigten rechten Parteien, jegliche Abkommen mit Jean-Marie Le Pen zu verbieten. Nichtsdestotrotz erreichten die Ideen der FN einen weiten Teil der französischen Wählerschaft und haben das politische Programm der Rechten bei Themen wie Immigration, Recht und Ordnung, Multikulturalismus und der Definition der nationalen Identität beeinflusst. Trotz eines kurzzeitigen Rückgangs nach der Wahl von Präsident Sarkozy im Jahr 2007 hat sich die FN in Umfragen 2010 wieder erholt.

Die FN wurde im Oktober 1972 von ehemaligen militanten Mitgliedern der neo-faschistischen Bewegung *Ordre Nouveau* („Neue Ordnung“) gegründet und ist die erste rechtsradikale Partei seit 1945, die über so einen langen Zeitraum bei Wahlen erfolgreich ist. Das liegt zum Teil an Le Pens persönlichem Charisma und seiner Fähigkeit, die verschiedenen und oft miteinander im Konflikt stehenden Fraktionen dieser politischen Familie zu vereinen. Ende 1998, vor dem Bruch zwischen Mégret und Le Pen, hatte die Partei 42.000 zahlende Mitglieder. Zahlen für 2010 sind nicht verfügbar: obwohl die FN behauptet, 60.000 Mitglieder zu haben, ist es unwahrscheinlich, dass die wahre Zahl 15.000 übersteigt. Die Beteiligung an der jährlichen FN-Kundgebung am 1. Mai, die in der Vergangenheit bis zu 10.000 Teilnehmer/innen anlockte, ist auf rund 2.000 gefallen.

Die Situation bei Wahlen

Ab 1984 gewann die FN stetig 10 bis 15 Prozent der Stimmen – eine Situation, die sowohl für DIE LINKE (die viele ihrer Wähler/innen in der Arbeiterklasse verlor) als auch für die konservative Rechte sehr schädlich war. Sie verlor Sitze im Parlament, weil es dem FN-Kandidaten gelang, bei den Parlamentswahlen in vielen Wahlbezirken den zweiten Wahlgang zu erreichen. Der Wahlerfolg der Partei erreichte 2002 seinen Höhepunkt, als Le Pen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl Zweiter nach dem amtierenden Präsidenten Jacques Chirac wurde. Er bekam mit 16,68 Prozent insgesamt 4,8 Millionen der Stimmen. Im zweiten Wahlgang verlor Le Pen jedoch mit 17,79 Prozent gegenüber Chirac, der 82,2 Prozent erhielt.¹ Was damals wie ein Donnerschlag wirkte, sollte im Kontext zweier Faktoren verstanden werden. Erstens, Le Pen wurde Zweiter im ersten Wahlgang, weil es eine ungewöhnlich große Zahl von Kandidaten (16) gab und weil die Stimmen für DIE LINKE und die extreme Linke auf acht Kandidaten verteilt waren. Zweitens, der Führer der FN bekam nicht viel mehr Stimmen im zweiten Wahlgang als im ersten: Alle etablierten politischen Parteien, die Mehrheit der extremen Linken eingeschlossen, forderten ihre Anhänger auf, für Chirac zu stimmen, um einen Sieg Le Pens zu verhindern – obwohl sie die Politik des amtierenden Präsidenten entschieden ablehnten. Das fasst das Hauptproblem der FN zusammen, das bis heute besteht: Die Partei war nie fähig, eine Koalition oder eine Allianz mit einer etablierten Partei des rechten Flügels zu schaffen und ist ein Ärgernis und ein Zufluchtsort für Protestwähler/innen geblieben. Der *cordon sanitaire* („Sicherheitsgürtel“), auf den sich die anderen Parteien ab 1984 gegen die Partei einigten, hielten die FN von der Macht fern – vom Stadtrat bis zur Regierungsebene. Die Folge war, dass es der Partei nicht gelang, Glaubwürdigkeit zu erlangen und einige ihrer Anhänger begannen zu glauben, dass ihre Stimme für die

1 Im zweiten Wahlgang erhielt Le Pen 5,525 Millionen Stimmen, die sich aus seinen Stimmen des ersten Wahlgangs sowie den 666.000 Stimmen für Bruno Mégret und weiteren 55.000 Stimmen zusammensetzten.

FN eine verlorene Stimme sei. Umfragen während der Zeit von 1983 bis 2002 ergaben, dass mehr als 80 Prozent der Wähler/innen in Frankreich der Partei nicht trauen und sie nicht an der Regierung sehen wollen.²

Die Wahlergebnisse für die FN in der Zeit 1992–2007 waren wie folgt:

Regional 1992	13,8 %
Lokal (kantonal) 1992	12,31 %
National 1993	12,7 %
EU 1994	10,5 %
Lokal (kantonal) 1994	9,67 %
Präsidentschaft 1995	15,3 %
National 1997	15 %
Regional 1998	15,4 %
Lokal (kantonal) 1998	13,9 %
EU 1999	5,69 %
Lokal (kantonal) 2001	7,12 %
Präsidentschaft 2002 (zweiter Wahlgang)	16,9 %
National 2002	11,34 %
EU 2004	9,8 %
Regional 2004	14,7 %
Lokal (kantonal) 2004	12,1 %
Präsidentschaft 2007	10,44 %
National 2007	4,29 %
Europäisch 2009	6,47 %
Regional 2010	11,42 %

2 Mayer, N. (2002): Ces français qui votent Le Pen. Paris: Flammarion.

Als sich der ehemalige Innenminister Nicolas Sarkozy 2007 entschloss, für das Präsidentenamt zu kandidieren, wählte er eine Strategie zur Abschöpfung von Stimmen der FN, indem er eine populistische Rhetorik wählte, die einige Aspekte des Programms der extremen Rechten „stahl“, insbesondere Ideen zum Thema Recht und Ordnung, Immigration, multikulturelle Gesellschaft und moralische Werte. Die Folge war, dass der alternde Le Pen (damals 79 Jahre alt) im ersten Wahlgang nur 10,44 Prozent erreichte und Sarkozy (damals 52), 31,18 Prozent bekam.

Etwa 70 Prozent derer, die 2002 Le Pen gewählt hatten, wählten 2007 im zweiten Wahlgang Sarkozy. Das trifft insbesondere für die Mittelschicht zu und für Selbstständige, aber die FN behielt einen wichtigen Teil ihrer Basis in der Arbeiterklasse sowie unter den Arbeitslosen. Dies gilt insbesondere für Gegenden, die von der Industriekrise betroffen waren, wie dem Norden und Osten Frankreichs. Vor den Regionalwahlen 2010 schien es sehr unwahrscheinlich, dass die Partei eine nationale Bedeutung zurückgewinnen könnte, besonders wegen Le Pens Alter und der Zersplitterung innerhalb der FN und auch weil die „*Union pour un Mouvement Populaire*“ (UMP) die konservative Rechte stark dominierte.

Doch dann kam es anders. Die FN erlebte ein unerwartetes Comeback und erhielt landesweit 11,42 Prozent der Stimmen mit Höchstwerten von 20 Prozent für Le Pen in der Region Provence-Côte d’Azur und 18,3 Prozent für seine Tochter Marine in Nord-Pas-de-Calais. Dieses Ergebnis lässt sich folgendermaßen erklären: Zum einen sind Wahlen in der Mitte einer Legislaturperiode immer riskant für die Regierungsparteien und die UMP hat für Sarkozys schwindende Beliebtheit einen hohen Preis gezahlt (in Umfragen im Januar 2010 hatte Sarkozy eine Zustimmungsrate von 32 Prozent, unter den 37 Prozent von Premierminister François Fillon). Untergraben wurde Sarkozys Beliebtheit durch seinen persönlichen Stil, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsrezession, unbeliebte Steuerenkungen für Wohlhabende und starken Widerstand gegen seine Forderung, das Rentenalter anzuheben. Folglich war es der FN erneut möglich, die Protestwähler/innen zu mobilisieren. Zum anderen ist es wichtig zu verstehen, dass es einen inhärenten Unterschied zwischen der Ideologie

der UMP und der FN gibt, der sich in der Wählerschaft widerspiegelt. Während die UMP eine restriktive Einwanderungspolitik eingeführt hat und versucht, Gesetze zu verabschieden, die das Tragen einer völligen islamischen Verschleierung in der Öffentlichkeit verbieten würden, will der/die typische FN-Wähler/in nicht nur einen Einwanderungsstopp. Er will auch, dass der Staat eine Zwangsrückführung von Einwanderern in ihre „Ursprungsländer“ anordnet und in Folge der Schweizer Volksabstimmung über Minarette will er auch, dass der Islam schlicht und einfach verboten wird. Das gleiche betrifft die Bereiche Recht und Ordnung: FN-Wähler/innen reichen härtere Strafen für Täter nicht aus – sie fordern die Rückkehr zur Todesstrafe. Was eine multikulturelle Gesellschaft betrifft, so gibt es einen riesigen Unterschied zwischen einer Betonung der Notwendigkeit, dass sich Einwanderer in die französische Mainstreamkultur integrieren und dem Glauben der extremen Rechten an eine Überlegenheit der „weißen Rasse“ als dem Grundwert der europäischen Identität. Das erklärt, warum die meisten der ethnozentrischen und im autoritären Denken verwurzelten FN-Wähler/innen, die 2007 zu Sarkozy gewechselt haben, zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt sind.

Ebenso wie ein Großteil Westeuropas, hat Frankreich neben der *Front National* andere rechtsextreme Parteien. Das *Mouvement pour la France* (MPF) unter Führung von Philippe de Villiers ist eine erzkonservative Partei, die gegen den Islam, Multikulturalismus und die Europäische Union ist, aber nicht zur extremen Rechten gehört. Unter der Fahne von Declan Ganleys *Libertas*-Bewegung bekam die Partei bei den Europawahlen 2009 4,8 Prozent der Stimmen und fungierte als Bollwerk gegen die FN-Stimmen. Die Tatsache, dass sich die MPF während der Regionalwahlen 2010 mit der UMP verbündete, hat der FN sicherlich geholfen, zusätzliche Stimmen zu gewinnen. Zwei unterschiedliche Allianzen von Parteien am rechten Ende des politischen Spektrums bestritten die Wahlen 2010. Die *Parti de la France* (PDF) kandidierte in vier Regionen unter ihrer eigenen Fahne und in zwei weiteren auf einer gemeinsamen Kandidatenliste mit dem *Mouvement National Républicain* (MNR) und der *Nouvelle Droite Populaire* (NDP) unter Führung des ehemaligen FN-Parlamentsabgeordneten Robert Spieler. Alleine erhielt die PDF zwischen 1,46 Prozent und

3,71 Prozent. Über die gemeinsame Kandidatenliste, mit dem Slogan „Nein zu Minaretten“, kam die Partei auf 2,46 Prozent und 3 Prozent der Stimmen. In drei Regionen stellte der *Bloc Identitaire* Kandidaten auf, zu denen sich ehemalige Dissidenten von FN und MNR gesellten. Sie erhielten 4,98 Prozent im Elsass, 2,69 Prozent in der Provence und 0,61 Prozent im Languedoc. In örtlichen Ersatzwahlen erhielten Kandidaten des *Bloc Identitaire* im Raum Nizza mehr als 5 Prozent der Stimmen.

Die Struktur der extremen Rechten

Politische Parteien

Front National

Die extreme Rechte ist in unzählige rivalisierende Gruppen gespalten, die sich um die Führung dieser Parteifamilie drängeln werden, wenn Le Pen die Präsidentschaft der FN im Januar 2011 abgibt. Was nun auf dem Spiel steht, sind die ideologische Identität sowie die Taktiken der FN für die Präsidentschaftswahlen 2012 und darüber hinaus. Das Ergebnis wird sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem ob Marine Le Pen oder Bruno Gollnisch die Partei übernimmt. Dann werden sich neue Allianzen herausbilden, entweder mit der „modernistischen“ Anschauung Marine Le Pens oder dem „traditionalistischen“ Ansatz Gollnischs. Die Grundprinzipien werden sich jedoch nicht verändern. Sie werden wie immer folgende sein: Populismus; Fremdenfeindlichkeit mit einer sozialen Agenda von „Vorrang für die Franzosen“; Opposition gegen die Europäische Union und die Euro-Währung; und zu guter Letzt Opposition gegen einen „großen Staat“, aber einhergehend mit der Forderung nach besseren Sozialleistungen ausschließlich für „einheimische“ Franzosen. Was sich verändern könnte, ist der Führungsstil. Marine Le Pen neigt viel weniger als ihr Vater oder Gollnisch zu unverhohlenen rassistischen Äußerungen oder sogar dazu, Antisemitismus zu verbreiten und den Holocaust zu leugnen – doch das macht aus ihr noch keinen französischen Gianfranco Fini.



Marine Le Pen



Jean-Marie Le Pen



Bruno Gollnisch

Der offizielle parteiinterne Wahlkampf für das Amt des FN-Parteipräsidenten wurde im September 2010 eröffnet. Zum ersten Mal in der Geschichte der FN wird ihr Vorsitzender von allen zahlenden Parteimitgliedern in einer geheimen Wahl gewählt werden. Im Juni 2010 wurden zwei Kandidaten von jeweils mindestens 20 örtlichen Verbänden der Partei offiziell unterstützt und zur Kandidatur zugelassen. Bruno Gollnisch (geb. 1950) ist Mitglied des europäischen Parlaments und Generalsekretär der FN. Marine Le Pen (geb. 1968), ebenfalls Mitglied des europäischen Parlaments, ist Vizepräsidentin der Partei. Am 30. Juni 2010 kündigte Jean-Marie Le Pen in der Tageszeitung *France-Soir* an, dass er die Kandidatur seiner Tochter unterstützen werde. Aber auch nachdem er abgetreten ist, wird er zweifelsohne weiterhin ein Auge auf die internen Angelegenheiten der Partei behalten.

Andere politische Parteien und rechtsextreme Gruppen

Neben der FN besteht die extreme Rechte aus dem *Mouvement National Républicain* (MNR), der *Parti de la France* (PDF) und dem *Bloc Identitaire*. Das MNR wurde 1999 von Bruno Mégret, dem ehemaligen zweiten Mann der FN, in Folge einer Abspaltung gegründet. Unter Führung von Annick Martin erhielt die Partei 2007 nur 0,39 Prozent der Stimmen und besteht fast überhaupt nicht mehr. Die *Parti de la France* wird von Carl Lang geführt, einem ehemaligen Generalsekretär der FN, der die Partei 2008 verließ. Sie ist eine Splitterpartei, die im Januar 2009 hauptsächlich zu

dem Zweck ins Leben gerufen wurde, sich auf Le Pens voraussichtlichen Ruhestand auszurichten. Die PDF ist eine Mischung aus erzkonservativen ehemaligen FN-Mitgliedern, katholischen Fundamentalisten und Neofaschisten. Der *Bloc Identitaire*, der im Oktober 2009 als politische Partei gegründet wurde, wird von Fabrice Robert angeführt. Die Partei hat ihre Ursprünge in der Familie der nationalistisch-revolutionären Parteisplintergruppen und hat sich zu einer populistischen Bewegung entwickelt, die mit Slogans des Europäischen Nationalismus wie jene, die von der *Lega Nord* verbreitet werden, sowie gegen den Islam agiert. Sie distanziert sich von der traditionellen extremen Rechten und konzentriert sich auf kulturelle oder ethnische Identitätswerte. Dem ersten Parteitag des *Bloc Identitaire* wohnten ausländische Vertreter der *Lega Nord*, des radikalen Flügels der Schweizer SVP und der *Plataforma per Catalunya* bei. Der *Bloc Identitaire* ist zweifelsohne die innovativste rechtsextreme Gruppierung, was Ideologie und politische Taktik betrifft. Er versucht, vom französischen „jakobinischen“ Nationalismus abzurücken und örtliche, regionalistische Gruppen zu fördern, während er Distanz zu populistischen und rassistischen Orientierungen von Bewegungen wie Pierre Vials *Terre et Peuple* hält. Im Juni 2010 erregte der *Bloc Identitaire* beträchtliches Medieninteresse, indem er gemeinsam mit der säkularistischen, links-alternativen Gruppe *Riposte Laïque* in Paris eine Veranstaltung mit dem Ziel organisierte, die Bürger auf die „Islamisierung“ der französischen Hauptstadt aufmerksam zu machen. Unter den anderen Gruppen sollten wir die *Nouvelle Droite Populaire* erwähnen, seit Januar 2008 ein Teil der „Städte gegen Islamisierung“-Gruppierung, die Kontakt zur Pro-Köln Bewegung hat.

Jedes Mal, wenn die Beliebtheit der FN stieg, verlor die außerparlamentarische extreme Rechte militante Mitglieder. Die Unsicherheit über die Zukunft der FN hat zu einer begrenzten Neubelebung neofaschistischer Gruppen geführt: die zu Gewalt neigenden Straßenpöbler der *Groupe Union Défense* (GUD), die im Oktober 2009 wieder gegründet wurde, *Renouveau Français*, eine katholisch-faschistische Gruppe, die Verbindungen zur österreichischen *Nationalen Volkspartei* hat, und das *Oeuvre*

française unter der Führung von Pierre Sidos. Die jährliche Straßenkundgebung der Rechtsradikalen in Paris am 9. Mai 2010 belegte das Aufkommen einer kleinen, aber wachsenden unabhängigen, nationalistischen Gruppe, *Autonome Nationalisten*, in der Hauptstadt und im Osten Frankreichs, unter dem Einfluss der gleichartigen deutschen Bewegung. Die extreme Rechte in Frankreich zeigt folgende markante Merkmale auf: eine Nazi Skinhead-Bewegung von momentan weniger als 1.000 Mitgliedern (aber mit zunehmendem Zulauf in Nordfrankreich), die hauptsächlich durch die *Hammerskins* repräsentiert wird und zu einem weit kleineren Maß durch Gruppen, die *Blood and Honour* angegliedert sind; die verbleibenden intellektuellen Einflüsse von monarchistischen und katholisch-fundamentalistischen Gruppen (verkörpert in den Überresten der royalistischen *Action française* und der ultra-traditionalistischen *Fraternité Sacerdotale St. Pie X*); und zuletzt die Tatsache, dass die Neue Rechte und insbesondere ihr Hauptdenker Alain de Benoist ihre Opposition gegen die FN geäußert haben und ausschließlich auf einer meta-politischen Ebene aktiv sein wollen.³

Trotz dieser Abspaltung können wir sagen, dass die Agenda der Neuen Rechten einen enormen Einfluss bei der Formung der Ideologie der *Front National* in den 1970er-Jahren und bis Mitte der 80er-Jahre hatte. Mehrere prominente Figuren des Think Tanks der neuen Rechten *GRECE (Groupe-ment d'études et de Recherche pour la Civilisation européenne)* wechselten zur FN, unter ihnen Pierre Vial, Yvan Blot, Jean-Claude Bardet und Jean-Yves Le Gallou. Sie brachten mit sich eine klare und intellektuelle Definition von Volkzugehörigkeit, Antiegalitarismus sowie organisiertisch sozioökonomisches Gedankengut.

3 Obwohl er regelmäßig für die „Junge Freiheit“ schreibt, ist de Benoist kein nationalistischer Konservativer und versucht sich vom politischen rechten Flügel zu distanzieren. Sein Denken wird jedoch zentral von der Konservativen Revolution beeinflusst.

Soziale Bewegungen

Die extreme Rechte hat fast überhaupt keinen Einfluss auf soziale Bewegungen: Die Versuche der FN, Mitte der 90er-Jahre Gewerkschaften und Verbände zu schaffen, versagten hoffnungslos aufgrund fehlender Unterstützung und fehlender rechtlicher Anerkennung. Die Jugendorganisation der Partei (*Front National de la Jeunesse*), die als Ausbildungsstätte für zukünftige Parteiführer dient und immer eine Brutstätte radikaler Ideologien war, hatte nie mehr als 1.800 Mitglieder. Sie wird derzeit von David Rachline geleitet und unterstützt hauptsächlich Marine Le Pen. Die FN hat keinen Einfluss im akademischen Leben oder in den Medien und unterhält keinen Think Tank. Im Mai 2010 gab jedoch Louis Aliot, ehemaliger Generalsekretär der FN und ein Unterstützer von Marine Le Pen bekannt, dass er einen Think Tank der FN mit dem Namen *Idées-Nation* gründen werde, um ihre Kandidatur zu unterstützen. *Fondation Polemia* unter Führung von Jean-Yves Le Gallou kann als der Think Tank der *Identité*-Bewegung gesehen werden, während der *Club de l'Horloge* die Ideen des nationalistisch konservativen rechten Flügels verbreitet. Die Zahl der rechtsextremen Veröffentlichungen, die am Zeitungsstand und in rechtsradikalen Buchläden (abgesehen von Versandhandel oder online) verkauft werden, ist fallend, bleibt jedoch weiterhin größer als in den meisten europäischen Ländern (sechs Publikationen; ein dutzend Buchläden). Die *Front National* hat in Folge der Kürzungen von öffentlichen Geldern aufgrund ihres schlechten Wahlergebnisses 2007 völlig aufgehört, Zeitungen herauszugeben – mit Ausnahme von zwei Publikationen, die nur per Abonnement erhältlich sind und die im besonderen Kontext des internen Wettbewerbs um die Parteipräsidenschaft herausgegeben werden: *Nation Presse Info* unterstützt Marine Le Pen, während *Droite Ligne Gollnisch* unterstützt. Dieser hat auch die Unterstützung der wöchentlichen *Rivarol*, die seit 1951 an Zeitungsständen verkauft wird und eine extrem anti-zionistische Publikation ist, die Holocaustleugnern Redefreiheit gewährt. Die Zahl der rechtsextremen Webseiten scheint nicht nennenswert zu wachsen; nur einige wenige haben ein professionelles Design und bieten innovative Inhalte. Unter ihnen sind: www.nationspresse.info, www.voxnr.com, <http://fr.novopress.info> und <http://zentropa.splinder.com>.

Die extreme Rechte ist eine Art Gegengesellschaft mit eigenen Codes und Traditionen, die überwiegende Mehrheit der FN-Wähler/innen hat jedoch keine Verbindung zu ihr. Der/die durchschnittliche FN-Wähler/in fühlt sich zutiefst von den Eliten und sozialen Bewegungen entfremdet. Wenn sich die Möglichkeit nicht bietet, für die FN zu stimmen (was in den Gemeindewahlen 2008 der Fall war, als die Partei in keiner der großen Städte Kandidaten aufstellte), tendiert er dazu abzuwandern. Umfragen zeigen zudem, dass der/die durchschnittliche FN-Wähler/in nicht religiös ist, obwohl viele FN-Parteifunktionäre in den 1980er- und 1990er-Jahren katholische Traditionalisten waren.

Internationale Netzwerke

Die FN war treibende Kraft hinter einer Welle ähnlicher Parteien, die in Westeuropa entstanden, und letztendlich übernahm sie die Führung der extremen Rechten in Westeuropa von der ehemaligen italienischen rechtsextremen Partei MSI. Auf ihrem Weg von einer extremistischen Randgruppe zur wichtigen Partei übernahm die FN schon bald die Führung als der helle Stern der europäischen extremen Rechten. Das erklärt zum Teil, warum Le Pen nach dem ersten Wahlerfolg 1984 begann, über Ideen zum Aufbau eines transnationalen Netzwerks sowohl innerhalb des Europäischen Parlaments als auch darüber hinaus nachzudenken. Die letzte Gruppierung dieser Art war *Identité, Tradition, Souveraineté*, die von Januar bis November 2007 im Europäischen Parlament existierte, aber ähnlich wie frühere Gruppen aufgrund interner Streitigkeiten zerfiel. Diese Versuche, unter dem Namen „Euro-Nat“ ein transnationales Netzwerk von Parteien sowie eine Dachorganisation in Straßburg zu schaffen, sind im Allgemeinen falsch interpretiert worden. Als der MSI in den 1970er-Jahren das *Eurodroite*-Netzwerk unterstützte, nützte ihm das sehr wenig. Damals war dieser Schritt in erster Linie von einem Engagement in Ländern getragen, in denen die extreme Rechte schwach war, um „den Glauben zu verbreiten“ und sie dort am Leben zu halten, wo sie bedroht war wie in Griechenland oder Spanien nach dem Kollaps der Diktaturen. Im Gegensatz dazu wurden die FN-geführten Gruppen nur gegründet, um die völlig fehlende Glaubwürdigkeit der Partei an der

„Heimatfront“ auszugleichen. Auf diese Weise versuchte man als eine Partei zu erscheinen, die viele hochrangige oder Mainstream-Verbindungen im Ausland hat. Die internationalen Kontakte der FN wurden ohne Bezug zu ihrer ideologischen Aussagekraft oder praktischen Relevanz organisiert und die Partei wusste scheinbar sehr wenig über einige ihrer ausländischen Partner: 1996 war der FN-Beauftragte für die Kontakte der Jugendorganisationen von Euro-Nat nicht in der Lage, die ideologischen Zugehörigkeiten der portugiesischen Bewegung richtig zu definieren, die zu dem Netzwerk gehörte. Die FN hat keinen ernsthaften Willen gezeigt, ein transnationales Netzwerk auf einer ideologischen Basis aufzubauen. Sie ist sich wohl bewusst, dass dies eine unmögliche Aufgabe wäre. Der wahre Grund für diese Kontakte war, Le Pens Ego zu kräftigen, indem er gleichgesinnte Politiker traf, die Teil einer regierenden Koalition waren wie in Österreich, Rumänien, der Slowakei und Russland, oder wie im Fall von Flandern potenziell die wichtigste politische Kraft in der Regierung werden könnten. Der einzige ernsthafte Aspekt an der Gruppierung im Europäischen Parlament ist, dass der FN dadurch wichtige finanzielle und administrative Ressourcen gewährt wurden, die sie zur Rekrutierung von Mitarbeitern, zur Veröffentlichung von Propaganda oder zur Organisation von Veranstaltungen nutzte. Dies war tatsächlich nützlich für die Partei auf nationaler Ebene.

Das momentane transnationale Netzwerk der FN ist die *Allianz der europäischen nationalen Bewegungen*, die am 24. Oktober 2009 unter dem Vorsitz von Bruno Gollnisch gegründet wurde. Die Gründungsmitglieder der Allianz sind *Jobbik*, die Bewegung für ein besseres Ungarn, die italienische *Fiamma Tricolore*, die *Sverigedemokraterna* aus Schweden, die *Front National* aus Belgien, die *British National Party*, die *Partido Nacional Renovador* aus Portugal, das *Movimento Social Republicano* aus Spanien und die *ukrainische Svoboda*-Partei. Neuen Europaparlamentsbestimmungen zufolge benötigt das Netzwerk 25 Europaparlamentsmitglieder aus sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten, um eine parlamentarische Gruppe bilden zu können. Es ist auch unwahrscheinlich, dass die Aktivitäten der Allianz die Popularität der Partei steigern werden: Im August 2010 sollte

sich die Partei in Japan auf Einladung der örtlichen rechtsradikalen Partei *Issuikai* treffen. Abgesehen von der Allianz unterhält die FN enge Beziehungen zu mehreren gleichgesinnten Parteien in ganz Europa wie der FPÖ (insbesondere durch Andreas Mölzer). Andere erfolgreiche Parteien wie die Partei von Geert Wilders in den Niederlanden und die skandinavischen Populisten lehnen eine Zusammenarbeit mit der FN ab, weil sie diese als außerhalb des Mainstream stehend betrachten. 2009 sonderte sich *Vlaams Belang* inoffiziell von der FN ab, nachdem sie seit den 1980er-Jahren sehr eng mit ihr zusammen gearbeitet hatte.

Die internationalen Netzwerke der außerparlamentarischen extremen Rechten sind informeller Art. Die neofaschistische Dachorganisation *Europäische Nationale Front* (ENF), die *Renouveau Français*, *Forza Nuova* und die NPD umfasst, scheint nicht weiter aktiv zu sein.

Soziale Gesinnung

Die Aktivitäten der extremen Rechten sollten im Kontext der wachsenden Zahl rassistischer/antisemitischer Vorfälle seit den 1990er-Jahren gesehen werden. Die jährliche Bestandsaufnahme der *Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme* (CNCDH) verzeichnete in Frankreich 467 rassistische Vorfälle im Jahr 2008 und 1.026 im Jahr 2009, hauptsächlich Aggressionen und Drohungen gegenüber arabisch-muslimischen und afrikanisch-karibischen Gemeinden.

Paradoxerweise bedeutet dies nicht, dass die französische Gesellschaft intoleranter wird. Die gleiche Untersuchung zeigte, dass 2009 54 Prozent der Befragten angaben, sie seien „überhaupt nicht rassistisch“, ein Anstieg von 2 Prozent gegenüber 2008. Auf der anderen Seite stimmten 49 Prozent zu, dass „es zu viele Einwanderer in Frankreich gibt“ und 50 Prozent sagten, dass in Fällen, in denen Integration nicht funktioniert, die Hauptschuld bei den Einwanderern läge, weil sie die französische Lebensweise nicht annähmen. Nichtsdestotrotz werden einige ethnische



Rechte Parolen auf einer Synagoge in Frankreich

Minderheiten weiterhin Opfer spezieller Vorurteile: Die Umfrage belegte, dass 69 Prozent der Befragten „Roma“ für „eine abgeschottete Gruppe“ halten und 44 Prozent hatten eine ähnliche Meinung über Muslime. 29 Prozent sehen die Juden als eine vom Rest der Gesellschaft isolierte Gruppe, und Juden sind vermehrter Gewalt von Seiten einer Minderheit der Bevölkerung ausgesetzt, die einen nordafrikanischen Migrationshintergrund hat. Die Frage nach ihren größten Problemen im Alltagsleben beantworteten 60 Prozent der französischen Befragten mit „Arbeitslosigkeit und Angst vor Verarmung“ (Terrorismus: 11 Prozent; religiöser Fundamentalismus: 10 Prozent; Einwanderung: nur 7 Prozent). Der Einfluss der Rechtsextremen wird im negativen Image des muslimischen Glaubens sichtbar: 30 Prozent der Befragten hatten eine negative Haltung gegenüber dem Islam und 73 Prozent sahen das Tragen eines Hijab als ein Problem. In allen Fällen korrelieren Vorurteile gegenüber Minderheiten stark mit dem Wählen von rechtsextremen und traditionellen rechten Parteien; aber auch damit, männlich, Rentner oder Teil der Arbeiterklasse mit einem niedrigen Bildungsniveau und unterdurchschnittlichem Einkommen zu sein. Der Bericht merkt auch an, dass es einen drastischen Anstieg der Zahl antisemitischer Vorfälle gibt, die von 459 im Jahr 2008 auf 815 im Jahr 2009 stiegen, hauptsächlich als Folge von Massenmobilisierung gegen Israels Operation *Cast Lead* in Gaza durch die außerparlamentarische Linke und die islamistische Bewegung. Während ein erheblicher Teil der rassistischen Vorfälle gegenüber Musli-



Wahlposter der
Front National:
„Verteidigt unsere
Farben“

men scheinbar von rechtsextremen, jungen Menschen begangen wurde, die Neonazi-Symbole benutzten, hat die überwiegende Mehrheit der antisemitischen Vorfälle keinen rechtsradikalen Hintergrund. Da das französische Gesetz es jedoch verbietet, die Ethnizität und Religion von Bürgern festzuhalten und sie in Statistiken zu benutzen, ist es unmöglich zu beweisen, dass die Mehrheit der Täter aus der muslimischen Gemeinde kommt. Angesichts der langen Tradition eines deutlichen Antisemitismus in der extremen Rechten in Frankreich ist ein Teil der extremistischen Gruppen nun anti-jüdisch und anti-Israel. Andere jedoch, wie der *Bloc Identitaire* und Marine Le Pen selbst haben die anti-jüdischen/anti-zionistischen Vorurteile aus ihrem Programm gestrichen. Im Gegensatz dazu war die *Parti Antisioniste* (PAS), die in den Europawahlen 2009 im Raum Paris kandidierte (sie bekam 1,23 Prozent der Stimmen) eine ungewöhnliche Mischung aus Islamisten, linksradikalen Antizionisten und neofaschistischen Antisemiten, die sich unter der Führung des Komikers Dieudonné gesammelt hatten. Obwohl die sogenannte Rot-Grün-Braune Allianz nicht wirklich existiert, gibt es doch zunehmend Verbindungen zwischen der radikalen Rechten und extremen Antizionisten. Im April 2010 hielt der iranische Botschafter in Frankreich einen Vortrag vor einem gemischten Publikum aus Linken, Islamisten und Neofaschisten in einem Pariser Versammlungsraum, der einem der Köpfe von *Renouveau Français* gehört. Das Treffen war von „Flash“ organisiert worden, einer vierzehntätigen, national-revolutionären Zeitschrift; unter den Teilnehmern war auch Thomas Werlet, Anführer der winzigen *Parti Solidaire Français*, einer dezidiert antijüdischen Aktivistengruppe.

Zielgruppen

Soziologisch betrachtet stammten die Wähler/innen von Le Pen oder der FN in Wahlen zwischen 2002 und 2007 aus den folgenden Verhältnissen:

	Präsidentschaft 88	Präsidentschaft 95	Präsidentschaft 02	Präsidentschaft 07
Insgesamt	15	15	17	11
Geschlecht				
Männlich	18	19	20	12
Weiblich	11	12	14	9
Alter				
18–24	14	18	13	10
25–34	15	20	17	10
35–49	15	16	18	11
50–64	14	14	20	12
65 und älter	16	10	15	9
Beruf				
Bauer	10	10	22	10
Manager	19	19	22	10
Mittlere Führungskraft	14	4	13	7
Einfache Angestellte	14	18	22	12
Arbeiter	17	21	23	16
Arbeitslos	17	28	20	11
Sektor				
Privat	16	16	20	12
Öffentlich	14	14	14	11
Bildung				
Grundschule	15	17	24	13
Sekundarschule	17	20	21	13
Sekundarschule -Niedrigerer Abschluss	13	12	15	8
Sekundarschule – höherer Abschluss	10	13	11	3
Universitätsabschluss	9	4	7	4
Katholische Religion				
Grad des Praktizierens ⁴				
Hoch	13	8	12	5
Niedrig	13	13	18	10
Nicht praktizierend	16	19	20	12
Keine Religion	10	14	15	12

- 4 Die oben genannten Daten beziehen sich auf das Ausmaß des religiösen Glaubens und die Einhaltung von Vorgaben der katholischen Kirche: Hoch; Niedrig; Kein Befolgen religiöser Regeln, angegeben als „keine Religion“. Es liegen keine Daten für andere Religionen vor.

Die Tabelle kann folgendermaßen interpretiert werden: Die FN ist überwiegend eine männliche Partei – die Kluft zwischen den Geschlechtern wird mit der Zeit nicht kleiner, obwohl Marine Le Pen jetzt die Medienbeauftragte und Hauptsprecherin der FN ist. Die Hauptanhängerschaft der Partei sind mittleren Alters oder Rentner. Ihr Einfluss auf junge Leute wird durch das negative Image einer Partei begrenzt, die von einem alten Mann geführt wird, der der einzige noch lebende gewählte Politiker ist, der schon während der Vierten Republik im Parlament saß. Der/die durchschnittliche FN-Wähler/in hat ein niedriges Einkommen, ein niedriges Bildungsniveau und einen niedrigen sozialen Status. Er ist nicht religiös praktizierend. Die überwiegende Mehrheit der FN-Wähler/innen kommt aus einem katholischen Umfeld, wenngleich es einige protestantische Hochburgen in der Region Elsass gibt. Die Zahl der FN-Wähler/innen innerhalb der jüdischen und muslimischen Bevölkerung bleibt unter 5 Prozent, trotz Le Pens Bemühungen, die Stimmen der Einwanderer der zweiten Generation in den Vororten während seines Wahlkampfes 2007 zu gewinnen. Diese Zahl wird wahrscheinlich noch weiter zurückgehen, da die Partei im Wahlkampf 2010 das Thema „Islamisierung“ betont hat.

Die Hauptthemen der FN-Propaganda haben sich kaum verändert seit die Partei 1972 gegründet wurde. Einwanderung und Mobilisierung gegen den „Niedergang“ der Nation sind die Hauptthemen, zusammen mit der Belohnung von harter Arbeit und einer Politik der Vergabe von Sozialleistungen ausschließlich an „einheimische“ Franzosen. Danach kommt die Wertschätzung von Kleinunternehmen, unternehmerischem Können und der Leistungsgesellschaft, was einer Partei zugute kommt, deren Wählerschaft sich in der Arbeiterklasse und unter den Selbstständigen findet. Recht und Ordnung (die Wiedereinführung der Todesstrafe inbegriffen) kommt an dritter Stelle. Die FN hat auch dadurch Stimmen gewonnen, dass sie sich gegen die Eliten und gegen Korruption positionierte und sich als die einzige Alternative zur „bande des quatres“ darstellte (die „Bande der Vier“, bestehend aus der konservativen und liberalen Rechten, der Mitte-Rechten und der Sozialistischen Partei).

Aussichten für die extreme Rechte

Die *Front National* befindet sich seit einigen Jahren wegen Le Pens schlechtem Wahlergebnis bei der Präsidentschaftswahl 2007 und aufgrund der darauf folgenden Kürzungen öffentlicher Gelder auf dem absteigenden Ast. 2010 war sie gezwungen, ihr überproportioniertes Hauptquartier zu verkaufen, einen Teil ihrer festen Mitarbeiter zu entlassen und ihre Kampagnen zurückhaltender zu gestalten. Das Image der Partei wurde durch interne Streitigkeiten über Le Pens Nachfolge als Parteivorsitzender geschädigt. Doch Sarkozys Sieg über die FN war kurzlebig, wie sich herausstellte. Denn die konservative Rechte unterschätzte den Ärger der Wähler/innen über eine Regierung, die nicht die Versprechen erfüllt, die sie 2007 zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation gemacht hatte. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass der FN-Kandidat 2012 die zweite Wahlrunde erreichen wird, ist nun klar, dass die Partei den Führungswechsel überleben wird. Das erste (und wahrscheinlichste) Szenario ist, dass Marine Le Pen Parteivorsitzende werden wird und dann versucht, das Image der Partei auf eine Art zu verändern, die viele Anhänger als „moderat“ ansehen werden. Das bedeutet, dass sie die wirklichen, unerbittlichen Ideologen und Militanten verlieren könnte und neue Wähler/innen aus dem rechten Mainstreamspektrum anziehen müsste, insbesondere Frauen und junge Menschen. Das zweite Szenario ist, dass Bruno Gollnisch den Vorsitz übernehmen wird. In diesem Fall wird die FN eine ausgegrenzte Bewegung bleiben; den Grundprinzipien der extremen Rechten treu, jedoch unfähig, sich über ihren momentanen Zustand hinaus zu entwickeln. Wer auch immer gewinnt, es besteht die Möglichkeit einer Spaltung – wenngleich das Scheitern von MNR und PDF andeuten, dass wahrscheinlich keine Splitterpartei neben der *Front National* überleben könnte. Zumindest nicht, solange Jean-Marie Le Pen noch am Leben ist. Es ist wichtig zu verstehen, dass Marine Le Pen nicht vorhat, eine Fini-artige Strategie zu verfolgen falls sie die Nachfolgerin ihres Vaters wird. Während sie bei Themen wie Antisemitismus und dem Zweiten Weltkrieg anderer Ansichten ist als ihr Vater, hat sie in keiner Weise vor, die Grundlagen der FN-Ideologie bei Fragen wie Immigration,

Opposition gegen den Islam, Multikulturalismus sowie Recht und Ordnung zu verändern. Wie auch immer die FN sich entwickelt, ihre Politik wird wahrscheinlich eine Mischung aus traditionellen, rechtsextremen Positionen und den Mainstreamtaktiken von Parteien wie der *Lega Nord* oder der *Dansk Folkeparti* sein.

Was auch immer passieren wird, Le Pens Ruhestand wird zweifelsohne die politische Landkarte der extremen Rechten Frankreichs neu zeichnen.





Die Situation der extremen Rechten in Großbritannien

Traditionelle Perspektiven für die Analyse der extremen Rechten in Großbritannien

Bis vor wenigen Jahren wurde die Position der extremen Rechten in Großbritannien gewöhnlich im Kontext der vermeintlichen „Britischen Außergewöhnlichkeit“ analysiert. Die Annahme war, dass Großbritannien (das Nordirland nicht einschließt) im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Europas gegen extrem rechte Politik weitgehend unanfällig sei. Parteien dieser Art, die in den 1930er-, den 1950er- sowie den 1960er- und 1970er-Jahren aktiv waren, hatten zu diesen Zeiten einen gewissen Zulauf und politischen Einfluss, aber sie erwiesen sich als vergänglich und schufen keine Basis, die in der Gesellschaft verwurzelt war.¹

Die Notwendigkeit einer neuen Perspektive?

Während sich die britische Situation von Ländern wie Frankreich oder Belgien in der Tat unterscheidet, bedarf jeglicher Anspruch auf Außergewöhnlichkeit seit 2000/2001 einer Einschränkung im Hinblick auf das Auftreten der *British National Party* (BNP) in einigen Ortschaften, obgleich

1 Dieses Argument und die angeblichen Gründe für Großbritanniens Außergewöhnlichkeit werden in mehreren Quellen dargelegt, zum Beispiel: Eatwell, R. (1992): Why has the extreme right failed in Britain. In Hainsworth, P. (Ed.): The Extreme Right in Europe and the USA. London: Pinter, pp. 175–192; Eatwell, R. (2000): The extreme right and British exceptionalism: the primacy of politics. In Hainsworth, P. (Ed.): The Politics of the Extreme Right: From the Margins to the Mainstream. New York: Pinter, pp. 172–192; und Husbands, C. T. (1994): Following the „continental model“?: implications of the electoral performance of the British National Party. New Community, 20(4), 563–579.

sie aktuell die einzige rechtsextreme britische Partei von Bedeutung ist. Die Partei wurde 1982 als eine Abspaltung der sich auflösenden, älteren *National Front* (NF) gegründet. Es war jedoch erst durch die Wahl von Nicholas Griffin zum Vorsitzenden der BNP, der 1999 den alternden John Tyndall (1934–2005) ersetzte, dass die Partei ein gewisses Maß an politischer Glaubwürdigkeit und Zulauf erreichte. Dies geschah trotz andauernder Streitigkeiten innerhalb der Partei und obwohl zu verschiedenen Zeiten einige ihrer örtlich bekanntesten Aktivisten die Partei verließen. Seit seinen frühen Tagen in der NF blickt Griffin auf eine lange Geschichte als Aktivist in der extremen Rechten Großbritanniens zurück. Die Wählerbasis der BNP hat Ähnlichkeiten mit der Wählerbasis der alten *NF*, ist überproportional männlich, größtenteils aber nicht ausschließlich weiß, gehört zur Arbeiterklasse oder dem Kleinbürgertum und konzentrierte sich bis vor kurzem an ganz bestimmten Orten: Städte in Lancashire wie Burnley und Oldham; Städte in Yorkshire wie Bradford, Keighley und Dewsbury; Stoke-on-Trent in den nördlichen West Midlands; Birmingham sowie einige Städte in dessen Umgebung wie Dudley; gewisse Teile Londons, insbesondere das innere und äußere East London; sowie Teile des angrenzenden Essex. Hinsichtlich der gewonnenen Sitze war dieser Erfolg bis 2008 auf Kommunalwahlen auf unterster Ebene sowie Nachwahlen begrenzt.

Ausmaß und grundlegende Charakteristika der Unterstützung für die BNP in Großbritannien

Dennoch gelang es der BNP bei einer Wahl im Mai 2008, die nach dem Prinzip des Verhältniswahlrechts durchgeführt wurde, eines ihrer Mitglieder in die *London Assembly* zu wählen. Dieser Sieg basierte auf 5,3 Prozent der Stimmen aus dem gesamten Verwaltungsgebiet von Greater London (3,9 Prozent der Wahlberechtigten). Unter der Wählerschaft, die sich über das Londoner Kerngebiet der BNP, das innere und äußere East London erstreckt, erhielt die BNP 9,8 Prozent der Stimmen. Die *NF* erhielt weitere 1,3 Prozent (3,9 Prozent bzw. 0,5 Prozent aller Wahlberechtigten).

Im Juni 2009 gelang es der BNP dann bei den Europawahlen, zwei Europaabgeordnete zu stellen: Griffin selbst aus dem Wahlkreis North West England sowie Andrew Brons aus dem Yorkshire- & Humber-Wahlkreis. Die mangelnde Beliebtheit der regierenden Labor Party sowie eine allgemeine Enttäuschung über die großen Parteien kamen der BNP dabei zugute. Die Partei gewann die Sitze mit einem Ergebnis von jeweils 8,0 bzw. 9,8 Prozent der abgegebenen Stimmen (2,6 und 3,2 Prozent der Wahlberechtigten). Während man in der Vergangenheit davon ausgegangen ist, dass die landesweite Unterstützung für die extreme Rechte wahrscheinlich unter 1 Prozent liegt, ist das Wahlergebnis der BNP bei den Europawahlen von 2009 viel beunruhigender. Es zeigt, dass es der Partei selbst in den schwächeren Wahlkreisen in gewissem Maße gelungen ist, sich über ihr Kerngebiet hinaus auszubreiten. Ihre gesamte landesweite Unterstützung in den Europawahlen von 2009 lag bei 6,0 Prozent (2,1 Prozent der Wahlberechtigten). Im Wahlkreis South East England, wo die BNP keine nennenswerte politische Macht darstellt, hat sie nichtsdestotrotz 4,4 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten (1,7 Prozent der Wahlberechtigten).

Die meisten normalen Meinungsumfragen berichten nicht gesondert über den Rückhalt der BNP. Trotzdem gib es Hinweise darauf, dass solche Umfragen – die auch die Unterstützung für die BNP gezielt erfassen – die potenzielle Macht der Partei beträchtlich unterschätzen. Im Oktober 2009 wurde unter speziellen Umständen eine landesweite Umfrage durchgeführt (vermutlich über Internet oder Telefon), da sie nach dem Auftritt des BNP-Vorsitzenden in einer beliebten BBC-Fernsehsendung (s.u.) erfolgte. Diese ermittelte eine Unterstützung von 3 Prozent für die BNP – im Gegensatz zu den 2 Prozent der Vormonate.² Dieselbe Umfrage ergab außerdem, dass es 22 Prozent der Befragten „ernsthaft in Erwägung ziehen würden“, in einer zukünftigen lokalen, allgemeinen oder Europawahl für die BNP zu stimmen. 43 Prozent teilten einige der Ansichten der

2 Prince, R. (23. Oktober 2009): One in five „would consider voting BNP“ after Nick Griffin Question Time appearance, Daily Telegraph online, www.telegraph.co.uk, accessed 1. November 2009.

BNP, „hegten allerdings keine Sympathien für die Partei selbst“. Ein hoher Anteil von 12 Prozent gab an, der BNP gänzlich zuzustimmen, wobei 38 Prozent den Ansichten der Partei vollkommen widersprachen. Zwei Drittel gaben an, sie würden die Partei auf keinen Fall wählen. Einige dieser Zahlen mögen alarmierend erscheinen, aber die Umstände der Umfrage deuten darauf hin, dass man sie mit Skepsis oder zumindest mit Vorsicht betrachten sollte. Zieht man die Ergebnisse der Europawahl 2009, aber auch der Nachwahlen zu dieser Zeit in Betracht, lägen die „tatsächlichen“ Zahlen der BNP-Unterstützer Ende 2009/Anfang 2010 vermutlich bei 4 Prozent in Großbritannien und minimal höher in England alleine.

Tatsächlich bieten die nationalen und lokalen Wahlen vom 6. Mai 2010 eine exzellente und sehr zeitnahe Gelegenheit, den tatsächlichen Rückhalt der BNP in Großbritannien einzuschätzen. Hierbei handelte es sich um eine Wahl ohne den etwas künstlichen Kontext einer zweitrangigen Wahl, wie es beispielsweise bei den Wahlen zum Europaparlament von 2009 der Fall war. Analytisch hilfreicher ist die Tatsache, dass diese Ergebnisse auch einen ausgezeichneten Indikator dafür liefern, wo sich die relativen Hochburgen der BNP jetzt befinden, und somit, welche Faktoren für die Unterstützung der Partei verantwortlich sind. Während der Parlamentswahlen von 2010 stellte die BNP Kandidaten in 338 der 632 Wahlbezirke in England, Wales und Schottland auf – die bisher umfangreichste Teilnahme einer rechtsextremen Partei an Parlamentswahlen. Sie übertraf sogar die der NF, die 1979 in 303 Wahlbezirken kandidierte. Fast alle Kandidaturen der BNP fanden in England, 12 in Wales (von insgesamt 40 Wahlbezirken) und 13 in Schottland (von insgesamt 59 Wahlbezirken) statt. Insgesamt gewann die Partei 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, obwohl die Zahl in England geringfügig höher war (3,9 Prozent). Alle abgegebenen Stimmen für die BNP in Schottland und die meisten in Wales lagen unter dem nationalen Durchschnitt. Dieser stimmt weitgehend mit dem überein, was man aus einer Reihe von Quellen hätte schließen können. Dazu gehören Meinungsumfragen, die hinsichtlich der nachweislichen Unterbewertung des Rückhalts der

BNP während der vergangenen Jahre berichtet wurden, als die Öffentlichkeit für die Partei nicht sonderlich sensibilisiert war.

Die Wahlergebnisse der BNP in den Parlamentswahlen 2010 wurden von den Kommentatoren weitgehend als Rückschlag interpretiert, da sie weder bedeutende Ergebnisse erzielte noch einen der angestrebten Sitze gewann – obwohl sie deutlich besser abschnitt, als die NP bei der Parlamentswahl 31 Jahre zuvor (der nächstliegenden relevanten Vergleichsbasis). Diese erreichte in 303 umkämpften Wahlbezirken nur 1,3 Prozent. Dennoch, der Anstieg auf 3,8 Prozent mag zum Teil auf die anhaltende Tendenz einer Entfremdung zwischen Wählerschaft und den großen Volksparteien zurückgehen. Dieses Phänomen ist ein viel diskutiertes Merkmal der politischen Soziologie Großbritanniens seit mehr als vier Jahrzehnten.³

Interessant ist allerdings, wo die Unterstützung für die BNP andauert, wo sie zurückgegangen ist und wo sie sich in den letzten Jahren erstmals entwickelt hat. Die East-End-Wahlbezirke im inneren London, traditionell das Kerngebiet der Rechtsextremen, sind viel multikultureller und toleranter geworden. Unterdessen hat sich diese Art von rechtsextremem Rückhalt in bestimmte, weiter außerhalb gelegene Londoner Arbeitervororte verlagert und ist nun in Wahlbezirken wie Barking – Griffins Wahlbezirk und somit wichtigster Abgeordnetensitz für die BNP – sowie den benachbarten Orten Dagenham und Rainham zu beobachten. In Dagenham und Rainham erreichte die BNP 2010 in der Tat ihre besten Wahlergebnisse mit jeweils 14,6 bzw. 11,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Unterstützung im nahegelegenen Thurrock (7,9 Prozent) sowie in Hornchurch & Upminster (6,4 Prozent) spiegelt ebenfalls diese Abwanderung aus den inneren Bezirken Ost Londons wider.

3 Als ein Beispiel der vielen typischen Diskussionen dieses Phänomens, siehe: Denver, D. (2007): *Elections and Voters in Britain*. 2nd ed, Basingstoke: Palgrave Macmillan), pp. 72–74.

Anderenorts bleibt die Unterstützung für die BNP noch in Teilen von West Midlands bestehen, wo es seit langem eine gewisse Neigung zu rassistischer Politik gab. Beispiele hierfür sind die Wahlbezirke West Bromwich West und Walsall North (jeweils 9,4 bzw. 8,1 Prozent). In den letzten Jahren hat sich die BNP auch in Stoke-on-Trent eine Basis aufgebaut, früher bekannt als Großbritanniens führende Töpferwarenstadt. Schon früher hatte sie hier einige Kommunalmandate gewonnen. Die Partei hatte gewisse Erwartungen für die Wahlen dort. Wenn sie schon nicht gewinnen würde, dann wollte sie zumindest ein beeindruckendes Ergebnis erzielen, insbesondere in den zentralen und südlichen Wahlbezirken von Stoke-on-Trent. Das letztendlich erreichte Ergebnis lag mit 7,7 und 9,4 Prozent deutlich über dem nationalen Durchschnitt, war aber weniger, als sich die Partei erhofft hatte. Gebiete in Lancashire, in denen die Partei seit langem Unterstützung genießt, sind auch weiterhin relative Hochburgen, wenngleich weniger als noch vor einigen Jahren. Ashton under Lyne (7,6 Prozent), Blackley & Broughton (7,2 Prozent), Burnley (9,0 Prozent), Heywood & Middleton (7,0 Prozent), Makerfield (7,4 Prozent) und Oldham West & Royton (7,1 Prozent) sind die wichtigsten Beispiele für Unterstützung in diesen Gegenden. In West Yorkshire, dem ehemaligen Zentrum der britischen Wollindustrie, wo die *NF* früher gute Ergebnisse erzielt hatte, gibt es ebenfalls Beispiele relativer Stärke der BNP: Batley & Spennings (7,1 Prozent), Hemsworth (7,0 Prozent), Leeds Central (8,2 Prozent), Leeds East (7,8 Prozent) und Morley & Outwood (7,2 Prozent).

Vielleicht am bemerkenswertesten an den Wahlergebnissen von 2010 ist jedoch die Entwicklung von einigen Teilen South Yorkshires zu einer Gegend, in der die BNP mit die meiste Unterstützung überhaupt erhielt. In einer Reihe von parlamentären Wahlkreisen in diesen Gegenden erzielte die BNP einige ihrer besten Ergebnisse: Barnsley Central (8,9 Prozent), Barnsley East (8,6 Prozent), Normanton, Pontefract & Castleford (8,4 Prozent), Rotherham (10,4 Prozent), Rother Valley (7,7 Prozent), Sheffield Brightside & Hillsborough (7,8 Prozent) und Wentworth & Dearne (7,6 Prozent). Das ist genau der Teil des Landes, der wahrscheinlich am härtesten und am längsten von den Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierung in den 1980er- und 1990er-Jahren getroffen wurde.

Hier lag bis zum weitreichenden Mienenschließungsprogramm und den Deindustrialisierungsprozessen dieser Jahre das Herz der Britischen Kohle- und Stahlindustrie.

Der sichtbarste Erfolg der BNP in den vergangenen zehn Jahren bestand darin, Abgeordnetensitze auf der Kommunalebene zu gewinnen, die durch Wahlen auf der Grundlage von „Wards“ vergeben wurden. „Wards“ sind geografische Einheiten, aus denen ein (oder manchmal mehrere) Kommunalratsmitglieder gewählt werden. Vor den letzten Kommunalwahlen, die ebenfalls am 6. Mai 2010 abgehalten wurden, hatten Mitglieder der BNP insgesamt 57 örtliche Ratssitze inne (alle in England). Dies stellt eine weitaus beeindruckendere Leistung dar als die Ergebnisse irgendeiner vorhergehenden rechtsextremen Partei, ist jedoch nichtsdestotrotz nur ein winziger Teil der mehr als 22.000 Sitze dieser Art. Die BNP hat nur drei Stadtverordnete auf der nächst höheren Ebene, dem County – in Lancashire, Leicestershire und Hertfordshire (letzteres nördlich von London). Diese lokalen Wahlen wurden am 6. Mai 2010 nach dem Mehrheitswahlrecht abgehalten, was ein Nachteil für kleinere Parteien ist. Von den insgesamt 57 Sitzen in Gemeindevertretungen, die die BNP vor den Wahlen hatte, musste sie im Mai 2010 28 verteidigen. Die Partei verlor all diese Sitze bis auf zwei, womit ihr zurzeit insgesamt 31 solcher Sitze bleiben. In Barking & Dagenham hatte die Partei zuvor zwölf Sitze, die sie 2006 gewonnen hatte. Sie hatte sich erhofft, bei der Wahl den Rat einzunehmen, aber stattdessen verlor sie alle zwölf Abgeordnetensitze.

Es ist nicht schwer, einige der Faktoren aufzuzeigen, die für den Rückschlag der BNP mitverantwortlich waren – selbst wenn es nicht einfach ist, deren jeweilige relative Bedeutung zu beurteilen. Es gab eine sehr starke antifaschistische Kampagne gegen die BNP, insbesondere in Barking & Dagenham, und diese Mobilisierung von antifaschistischen Aktivisten muss Auswirkungen gehabt haben.⁴ Doch auch andere Faktoren sollten nicht außer Acht gelassen werden: Die lokalen Wahlen und die landes-

4 Für Details, siehe: Lowles, N. (Juni 2010): Routed. Searchlight, pp. 420, 4–7, und allgemein unter: www.hopenothate.org.uk.

weiten Wahlen fanden am selben Tag statt, womit die Wähler/innen an beiden Wahlen zugleich teilnehmen konnten. Dadurch fiel die Wahlbeteiligung höher aus als dies bei solchen Wahlen gewöhnlich der Fall ist. Die normalerweise geringere Beteiligung bei Lokalwahlen hat in der Vergangenheit den rechtsextremen Parteien hinsichtlich der Stimmenanteile geholfen, selbst wenn das nur in Situationen der Fall war, wo die örtliche oder nationale Stimmung ihnen sowieso zugute kam. hinzu kommt die Ernüchterung der Wähler. Einige BNP-Funktionäre sind zweifelsohne gewissenhaft ihren Verpflichtungen nachgekommen, andere jedoch nicht – sie nahmen nicht an Ratsversammlungen teil oder gingen nicht auf die individuellen Anliegen ihrer Wählerschaft ein. Folglich waren ehemalige Wähler enttäuscht, dass ihre Stimme, obwohl sie zur Wahl ihres Kandidaten geführt hatte, nicht zu einer merklichen Verbesserung der eigenen Situation geführt hatte – die die Wähler/innen überhaupt erst zu ihrer Wahl bewegen hatte.

Die BNP und ihre Resonanz in den Medien

Die Erfolge der BNP bei der Europawahl im Jahr 2009 und die Tatsache, dass sie auch jetzt in England immer noch klar die fünftgrößte Partei ist (nach den drei traditionellen Parteien sowie der United Kingdom Independence Party), hat die übliche Vorgehensweise der politischen Mitte und der Mainstream-Medien, die BNP nicht als einen der ihren zu behandeln, durcheinandergebracht. Begleitet von viel Protest lud die *British Broadcasting Corporation* (BBC) Griffin im Oktober 2009 zu „Question Time“ ein, einer der führenden wöchentlichen Fernsehsendungen über das aktuelle Zeitgeschehen mit Studiopublikum (an wechselnden Orten befragen Mitglieder einer interessierten Öffentlichkeit allwöchentlich ein Forum aus Prominenten, gewöhnlich bestehend aus führenden Politikern der wichtigsten Parteien oder andere Personen des öffentlichen Lebens, zu aktuellen politischen Themen). Begleitet von heftiger medialer Diskussion erschien Griffin am Donnerstag, den 22. Oktober 2009, und war gezwungen, sich einigen schwierigen Fragen des Moderators und anderer Mitglieder des Forums zu stellen. Obwohl die BNP laut Um-

Wahlposter
der BNP:
„Der neue
Kampf für
Großbritannien:
Ja zum Vorrecht
für Briten!“



frageberichten direkt nach der Sendung erhöhten Zulauf bekam und die Partei mehrmals behauptete, sie hätte 3.000 bis 4.000 Anfragen für neue Mitgliedschaften erhalten, war man sich generell einig – später auch innerhalb der BNP selbst – dass der Auftritt dem Image der Partei nicht dienlich war.

Es ist das soziopolitische Umfeld der Gegenden, in denen die Partei Rückhalt genießt, das der BNP hilft. Je nach Zeit und Kontext stützte sich die BNP auf Anti-Einwanderer-, Anti-Asylbewerber-, Anti-Moslem- und Anti-Asiaten-Kampagnen. Wirkung zeigte dies in den Gemeinden Lancashire und Yorkshire, die im vorigen Jahrzehnt Konflikte zwischen Weißen und Asiaten erlebten. Zudem herrscht dort tendenziell ein hohes Maß an Segregation, die nur wenig Kontakt zwischen Weißen und anderen ethnischen Gruppen zulässt. Die zunehmende Unterstützung der BNP, die während der Europawahlen von 2009 zu beobachten war, könnte jedoch zumindest in diesem Fall bedeutet haben, dass das normale Maß an sozialem Determinismus bei der Unterstützung der BNP weniger wurde, da sich aus weiten Teilen der Gesellschaft diejenigen, die diese phobischen Ansichten vertreten, zur BNP hingezogen fühlten. Trotz alledem legt das markantere geografische Muster der Unterstützung der BNP während der Parlamentswahlen 2010 nahe, dass ein gewisses Maß an sozialem Determinismus bei der Unterstützung der BNP wieder eine größere Rolle spielte.

Die Gefahr für die demokratische Politik, die von den Rechtsextremen in Großbritannien ausgeht, liegt in dem Risiko, die Unterstützung der BNP zu banalisieren. Gemeint ist damit die Auffassung eines Teils der Wählerschaft, dass es normal sei, die extreme Rechte zu wählen, selbst wenn es eine nicht ganz salonfähige, wagemutige oder unkonventionelle Demonstration von Ablehnung gegenüber dem politischen System ist. Es ist genau diese Stimmung, vor der einige Politiker der Labor Party schon seit geraumer Zeit warnen. Insbesondere jene, die eine ausgeprägte rechtsextreme Stimmung in ihren Gemeinden sehen. Aber es ist mit Sicherheit falsch zu behaupten, es handele sich um ein nationales Phänomen, dass Rechtsextremismus als Banalität betrachtet wird. Dennoch kann dies zweifelsohne in solchen Gegenden ein lokaler Faktor sein, in denen die BNP stark Fuß gefasst hat.

Andere rechtsextreme Phänomene in Großbritannien

Die BNP war in letzter Zeit die einzige bedeutende, rechtsextreme, politische Partei in Großbritannien. Allerdings besteht auch die NF – deren Blütezeit in den 1970er-Jahren lag – weiterhin, auch wenn sie seit langem deutlich von der BNP überschattet wird. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2010 hatte die NF zunächst die Absicht, in 25 Wahlbezirken einen Kandidaten aufzustellen. Letztendlich gelang es ihr jedoch nur in 17 Wahlbezirken. Diese waren ziemlich weiträumig über das Land verteilt und die BNP-Kandidaten erhielten in diesen Wahlbezirken im Durchschnitt nur 1,4 Prozent der Wählerstimmen. Es wurde behauptet, dass einige unzufriedene, ehemalige BNP-Anhänger zur NF abgewandert seien, aber hierbei handelt es sich weitgehend um ein Aktivisten-Phänomen.

Es gibt auch einige Nischen-Aktivitäten, die ein paar rechtsextreme Sympathisanten anziehen, unter anderem Unterstützer einiger Fußballklubs und Anhänger von White-Power-Rockmusik. Diese Erscheinungen treten jedoch nicht in der breiten Gesellschaft auf. Eine Ausnahme bildet eine Gruppierung, die sich selbst *English Defense League* („Englische Verteidigungsliga“) oder EDL nennt (mit einer kleinen walisischen Nebengruppierung, der *Welsh Defence League*). Seit dem Sommer 2009 hat die EDL

durch Medienberichte über ihre Aufmärsche in Städten und Gemeinden mit einer großen muslimischen Bevölkerung große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Die Gruppe nimmt nicht an Wahlen teil, sondern beschränkt ihre Aktivitäten auf kontroverse Aufmärsche, die bisher in Birmingham, London, Leeds und an anderen Orten stattgefunden haben und die oft mit Gewalt zwischen Anhängern der EDL und ihren Gegnern verbunden waren. EDL und BNP haben gleichermaßen versucht, sich öffentlich voneinander zu distanzieren. Dessen ungeachtet gibt es Beweise dafür, dass in einigen Gegenden EDL-Aktivisten auch in der BNP und als Fußball-Hooligans aktiv sind. Trotz ihrer Behauptung, nur gegen islamistischen Extremismus zu sein, wird die Gruppe von Kritikern einer generellen Islamphobie bezichtigt. Der mutmaßliche Vorfall, der zur Gründung der EDL geführt haben soll, war eine kleine, aber lautstarke Kundgebung einiger islamistischer Extremisten. Diese demonstrierten gegen das 2. Bataillon des Royal Anglian Regiment, als dieses am 10. März 2009 mit einem Marsch durch die Gemeinde von Luton öffentlich seine Rückkehr aus dem Irak feierte. Wie weiter unten erörtert wird, könnte dieser Gruppierung angesichts des Rückschlags der BNP bei den Wahlen 2010 bald mehr Bedeutung in der Öffentlichkeit zuteil werden. Es gibt etliche weitere rechtsextreme Gruppierungen, die jedoch allesamt unbedeutend sind.

Die Struktur rechtsextremer Unterstützung

Offizielle rechtsextreme politische Parteien versuchen hauptsächlich, auf der Basis ethnischer Ausweisung und Ausgrenzung Unterstützung zu gewinnen (obwohl auch an anderen traditionellen Interessen des rechten Flügels festgehalten wird), wobei sich eine bestimmten Hierarchie des Engagements für Parteien dieser Art erkennen lässt. Diese reicht von einem Kern der Aktivisten bis hin zum Randbereich der weniger engagierten Unterstützer.⁵

5 Weitere Kategorien wären nötig, um andere Typen der rechtsextremen Bewegung jenseits politischer Parteien zu erfassen.

- Rechtsextremer Aktivismus von Personen, die Treffen besuchen, an Aufmärschen teilnehmen, bei Wahlen helfen und sich sogar als Kandidaten aufstellen lassen.
- Passive Mitgliedschaften von denen, die sympathisieren, aber nicht im tatsächlichen Aktivismus involviert sind.
- Beharrliche und loyale Wähler/innen solcher Parteien.
- Gelegentliche, periodische und einmalige Wähler/innen solcher Parteien.
- Sympathisanten solcher Parteien, die solche Parteien aber nicht wirklich wählen.
- Menschen, die mit der Politik solcher Parteien teilweise oder im Ganzen sympathisieren, diese Parteien ansonsten jedoch nicht unterstützen.

Die ersten vier Kategorien würden beispielsweise die 22 Prozent in der oben behandelten Umfrage umfassen, die es ernsthaft in Erwägung ziehen würden, die BNP zu wählen. Die letzte Kategorie könnte den 43 Prozent entsprechen, die einige Anliegen der BNP teilen, jedoch niemals für sie stimmen würden.

Dennoch gibt es Gründe, anhand derer sich darlegen lässt, dass die britische Bevölkerung im allgemeinen einer ethnischen Ausgrenzung nicht übermäßig zugetan ist – wie auch immer ihre vorübergehenden Versuche geartet sein mögen. Umfragewerte können als eine nur oberflächliche Reflektion der wahren Ansichten der erwachsenen Bevölkerung angesehen werden; trotzdem sollte man sie nicht abtun. Eine Bürgerbefragung von 2007/2008 ergab, dass 82 Prozent der Bevölkerung in England ihre Gesellschaft als zusammenhängend wahrnehmen. Sie gaben an, dass ihr lokales Umfeld ein Ort sei, an dem Menschen verschiedener Herkunft gut miteinander auskommen. 80 Prozent der Befragten gaben an, regelmäßig aussagekräftigen Austausch mit Menschen einer anderen ethnischen oder religiösen Herkunft zu pflegen.⁶

6 Lloyd, C. (2009): Citizenship Survey. London: National Centre for Social Research; <http://www.natcen.ac.uk/study/citizenship-survey-2007-08/findings#chapter1>.

Nichtsdestotrotz, die Hinweise, dass innerhalb der britischen Bevölkerung zum Teil gezielte Feindseligkeit oder zumindest Unbehagen gegenüber asiatischen und muslimischen Menschen besteht, kann nicht gänzlich unberücksichtigt gelassen werden. Die besten, aktuellsten und verlässlichsten Daten, die über solche Einstellungen zur Verfügung stehen, stammen aus der jährlichen *British Social Attitudes*-Umfrage; in diesem Fall aus derjenigen, die zwischen Juni und November 2008 durchgeführt wurde.⁷ Die Studie befragte die Probanden in Bezug auf ihre Gefühle gegenüber verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen. Als Messinstrument wurde ein sogenanntes „Gefühlsthermometer“ mit einer Skala von 0 bis 100 verwendet. Ein Ergebnis von 50 deutete auf eine anzunehmende Gleichgültigkeit gegenüber der entsprechenden Gruppe hin, obwohl diese Antwort zweifelsohne auch von vielen gewählt wurde, die lediglich keine Vorurteile dieser speziellen Gruppe gegenüber hegten. Null bezeichnete extrem feindselige Gefühle und alles unter 50 feindliche Gefühle unterschiedlich starker Ausprägung. Die Werte von 51 bis 100 bedeuteten zunehmend positive Gefühle. Es war nicht überraschend, dass „weiße Menschen“ am besten bewertet wurden. Nur 2 Prozent der Befragten gaben irgendeinen Grad von feindseligen Gefühlen dieser Gruppe gegenüber an und 42 Prozent lagen bei 50 Prozent, also Indifferenz.⁸ Auf schwarze und jüdische Menschen richteten sich begrenzt feindselige Gefühle von 11 bzw. 14 Prozent der Befragten. 49 Prozent waren beiden Gruppen gegenüber indifferent. Bei asiatischen und insbesondere bei muslimischen Menschen waren die Prozentzahlen negativer Gefühle jedoch merklich höher und sogar noch deutlicher ausgeprägt, wenn Asiaten in dieser Gruppierung nicht berücksichtigt wurden. 21 Prozent aller Befragten äußerten ein gewisses Maß an negativen Gefühlen gegenüber Asiaten, bei Muslimen waren es bis zu 35 Prozent. Die Werte für

7 Siehe National Centre for Social Research (2010): *British Social Attitudes Survey 2008*; <http://www.britisocatt.com>.

8 Diese und die folgenden Zahlen in diesem Absatz umfassen die Befragten aller ethnischen Gruppen in der Umfrage. Bei der Befragung gaben sie selbst an, zu welcher ethnischen Gruppe sie sich zählen. Ihre prozentualen Anteile waren: in irgendeiner Form weißen Ursprungs: 91 Prozent; in irgendeiner Form schwarzen Ursprungs: 2 Prozent; in irgendeiner Form asiatischen Ursprungs: 5 Prozent; und gemischten oder anderen Ursprungs: 2 Prozent.

Indifferenz lagen bei jeweils 46 bzw. 41 Prozent. Somit hegten fast zwei Fünftel der nichtmuslimischen Befragten ein gewisses Maß an negativen Gefühlen gegenüber Muslimen. Obwohl dieses Ergebnis zweifelsohne eine soziale Tatsache ist, konnte die BNP (abgesehen von der lokalen Ebene) dies allgemein kaum in Unterstützung für die Partei umwandeln – das haben die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt.

Die Wechselbeziehungen zwischen Rechtsextremen, dem Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Der Kern des rechtsextremen Rückhalts ist mit Sicherheit zahlenmäßig eher gering – die Unterstützung am Rand jedoch höchst zahlreich. Es mag gesetzliche Initiativen geben, die darauf abzielen, die pro-rechtsextremen Sympathien in diesem Bereich zu reduzieren (z. B. in nationalen Einwanderungsrichtlinien oder Initiativen für Belange wie städtische Erneuerung, die gezielt an bestimmten Orten eingesetzt werden können). Doch die meisten Aktivitäten des Staats zielen darauf ab, den Kern der extremen Rechten zu bekämpfen und haben nur wenig Einfluss auf die viel größere Anzahl von passiven Anhängern oder Sympathisanten. In der Tat hat sich bei der letzten Analyse herausgestellt, dass die Optionen des Rechtsstaats, mit Parteien wie der BNP umzugehen, eher begrenzt sind und dass es für den Staat dementsprechend schwierig ist, die Unterstützung der Wähler/innen für die extreme Rechte aktiv zu verringern. Natürlich können Aktivisten, die das Gesetz brechen, durch das Zivil- oder Strafrecht angemessen bestraft werden. Staatliches Handeln dieser Art ist jedoch weitgehend irrelevant im Hinblick auf die Frage, wie man die weitreichende Unterstützung der Wähler/innen reduzieren kann. Das Ausmaß des staatlichen Handelns ist diesbezüglich auch dahingehend begrenzt, dass eine Politik, die Anhänger der extremen Rechten gerne umgesetzt sehen würden (wie Bevorzugung von Weißen bei der Verteilung lokaler Ressourcen wie Sozialwohnungen oder Plätzen an staatli-

chen Schulen) schlicht rechtswidrig wäre. Selbst ein Kriterium wie die Zeit, die jemand bereits in einer Gemeinde gelebt hat (als Ersatz für ein ethnisches Kriterium), kann unter bestimmten Umständen rechtswidrig sein, da es sich hierbei um eine indirekte Diskriminierung handelt.⁹

Wir können die gesellschaftliche Position der BNP untersuchen, indem wir uns ansehen, wie der Staat und seine zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der Partei umgehen und umgekehrt.

Oben wurde der Fall einer quasi-staatlichen Interaktion mit der BNP erörtert: Griffins Auftritt in einer Fernsehsendung. In der Regel sind jedoch die Gelegenheiten, bei denen die BNP von den staatlichen Organen integriert wird, selten und ohne große Auswirkungen. Es gab einige Diskussionen, als 2009 der BNP-Abgeordnete der *London Assembly* und 2010 die beiden BNP-Europaparlamentarier zu einer Gartenparty in den Buckingham Palace eingeladen wurden. Die Einladung Griffins zur Gartenparty wurde jedoch zurückgezogen, nachdem er diese in den Medien für die Behauptung genutzt hatte, die Einladung sei ein Zeichen für die Akzeptanz derjenigen, die die BNP gewählt hatten. Andrew Brons, sein Kollege aus dem Europaparlament, nahm an der Gartenparty teil, wurde Berichten zufolge jedoch gemieden. Die meisten Initiativen von Seiten des Staats und seiner Organisationen oder auch von Akteuren der Zivilgesellschaft wie zum Beispiel von Gewerkschaften, sind gegen die BNP gerichtet.

9 Siehe Husbands, C. T. (2002): Combating the extreme right with the instruments of the constitutional state: lessons from experiences in western Europe. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 4(1), S. 52–73 [Link: www.uni-bielefeld.de/ikg/jkg/1-2002/husbands.pdf].

Initiativen von Akteuren des Nationalstaats gegen die BNP

Initiativen gegen die extreme Rechte von Seiten des Staats entstanden hauptsächlich aufgrund von Statuten oder auf Grundlage des Strafrechts. Obwohl das Innenministerium eine Überwachungseinheit besitzt, wurden staatliche Überwachung und Beobachtung der BNP zumindest bis vor kurzem nicht proaktiv durchgeführt, sondern größtenteils durch konkrete Vorfälle ausgelöst – im Gegensatz zum langfristigen Interesse des Staats an potenziellen islamistischen Terroristen. Gesetzliche Bestimmungen gegen die Anstiftung zu Rassenhass (und, seit Oktober 2007, Anstiftung zu Hass aufgrund religiöser Überzeugung) sind das wichtigste Mittel, das der Staat gegen die offenkundigeren Äußerungen rechtsextremer Ansichten einsetzt. Dennoch gab es kaum Anklagen, sie beschränkten sich auf die berüchtigtsten Beispiele und zudem nur auf einzelne Straftäter. Es gab keine ächtenden Prozesse gegen rechtsextreme Parteien oder Organisationen per se, während eine beachtliche Zahl von Organisationen verboten wurde, die angeblich islamistischen Terror unterstützen.

Polizisten ist es ausdrücklich verboten, Mitglied der BNP oder ähnlicher rechtsgerichteter Gruppen zu werden. Eine BNP-Mitgliederliste, die 2009 im Internet auftauchte, entlarvte nichtsdestotrotz den einen oder anderen Polizisten als Mitglied. Das Verbot mag einige Polizisten davon abgehalten haben, der Partei beizutreten oder vielleicht sogar den einen oder anderen BNP-Sympathisanten davon, der Polizei beizutreten, mehr aber auch nicht. Gefängniswärtern ist eine Mitgliedschaft ebenfalls verboten, aber es hat wiederholt starken Verdacht gegeben, dass einige unter ihnen rechtsgerichtete Sympathien hegen. Es gab auch einige Diskussionen unter Lehrern darüber, ob eine Mitgliedschaft in der BNP verboten sein sollte, aber bisher ist dies noch nicht geschehen. Diese Fragen haben jedoch den Reiz der BNP kaum geschmälert und für manche Menschen ist sie sogar attraktiver geworden.

Vor kurzem wurde ein weiteres britisches Staatsorgan gegen die BNP tätig, die Gleichheits- und Menschenrechtskommission (*Equality and Human Rights Commission* oder *EHRC*), Englands Einrichtung zur Durch-

setzung der Gleichstellungsgesetze. Am 22. Juni 2009 verlangte die Kommission unter Anwendung des Rassengleichheitgesetzes von der BNP, ihre Satzung zu ändern, nach der lediglich Weiße Parteimitglied werden können. Diese Bestimmung betrachtete die *EHRC* als Kriterium der Rassendiskriminierung. Die BNP beantragte eine kurze Fristverlängerung, die ihr bewilligt wurde. Nachdem die endgültige Antwort der Partei als unzureichend eingestuft wurde, eröffnete die Kommission am 24. August 2009 ein Verfahren hinsichtlich der Satzung und der Mitgliedschaftskriterien der Partei. Die Kommission war insofern erfolgreich, dass die damaligen Mitgliedschaftskriterien der BNP als direkte, rassistische Diskriminierung eingestuft wurden. Die BNP erkannte, dass eine Revision dieser Kriterien nötig sein würde und so wurde ein von Griffin erarbeiteter Änderungsentwurf auf einer Sonderversammlung am 14. Februar 2010 den Parteimitgliedern präsentiert. Im März wurde diese überarbeitete Version, die unter anderem ein langes prüfendes Aufnahmegespräch mit neuen angehenden Mitgliedern vorsah, vom Gericht als indirekt rassendiskriminierend beurteilt (d. h. die Kriterien waren so gewählt, dass sie von Mitgliedern einer ethnischen Gruppe viel leichter erfüllt werden konnten als von Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen). Die neue Version verlangte von Mitgliedsanwärtern, „jegliche Art von Integration oder Assimilation“ abzulehnen, was für Menschen in einer Partnerschaft unterschiedlicher ethnischer Herkunft als weniger wahrscheinliche Option gesehen wurde. Während offensichtliche indirekte Diskriminierung im Gegensatz zur direkten Diskriminierung im Englischen Gesetz erlaubt sein kann, solange sie sich objektiv rechtfertigen lässt, gelang es der BNP nicht, eine solche Rechtfertigung zu liefern. Griffins weitere Versuche, die Satzung der Partei zu überarbeiten, wurden als reine Kosmetik angesehen und vor Gericht abgelehnt. Die Angelegenheit bleibt ungelöst, wobei rechtliche Schritte gegen Griffin aufgrund von Missachtung eines Gerichtsbeschlusses möglich sind.¹⁰

10 Walker, P. und Taylor, M. (9. Mai 2010): BNP faces legal threat amid new racism claims over re-drafted constitution. In: The Guardian online, www.guardian.co.uk, abgerufen am 17. Juni 2010.

Diese Aktion der *EHRC* hatte zweifelsohne eine gewisse Wirkung, da sie die BNP unter Druck setzte und die Partei gezwungen war, Gelder für die Verteidigung vor Gericht aufzuwenden. Der Gesamt- oder Langzeiteffekt ist jedoch fraglich. Abgesehen von der medialen Aufmerksamkeit gibt es kaum Anzeichen oder Prognosen dafür, dass das Verfahren der BNP wirklich schaden wird. Eine ethnisch vielfältige Organisation wird sie ohnehin nie werden. Diese Satzungsänderung, wie auch immer ihre endgültige Form aussehen mag, wird mit Sicherheit nur widerwillig akzeptiert werden. Ihre einzige öffentliche Auswirkung mag bislang gewesen sein, dass ein, zwei ältere, verbitterte, anti-moslemisch eingestellte asiatische Briten Mitglied werden, weil sie immer noch aufgebracht sind über die Massaker im Rahmen der Teilung Indiens 1947. Die Mehrheit der Parteimitglieder wird sie jedoch lediglich tolerieren. Diese Art formalen Handelns ist wahrscheinlich die direkteste Möglichkeit des Staats, in die Angelegenheiten einer Partei wie der BNP einzugreifen, für die ein tatsächliches Verbot keine wirkliche Option ist, egal welche abscheulichen Merkmale sie besitzt.

Aktionen gegen die BNP durch Gewerkschaften und Bezirksverwaltung: „Ausgrenzen“ über den Rechtsweg

Im Jahr 2007 hat die Gewerkschaft der Zugfahrer, die *Association of Locomotive Engineers and Firemen* (ASLEF), erfolgreich eine Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (ECHR) gewonnen. Demnach verpflichtet Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention die Gewerkschaft, keine Mitglieder zu akzeptieren, die rechtsextremen Parteien angehören und öffentlich eine Politik und Ansichten verfechten, die gegenüber ihren eigenen Gewerkschaftsregeln und Haltungen zu multikulturellen Themen feindlich eingestellt sind.¹¹ Die

11 Der Aktenname des Falls ist: *Associated Society of Locomotive Engineers & Firemen v United Kingdom* [2007] EHRR, App No 11002/05, [2007] All ER (D) 438 (Feb).

britische Regierung reagierte darauf, indem sie die Gesetzgebung änderte, die sie aus der Ära der vorherigen konservativen Regierung geerbt hatte. Diese untersagte, die Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit zu einer politischen Partei als Entscheidungskriterium zu verwenden, wenn es darum geht, wer einer Gewerkschaft beitreten darf. Die Art und Weise, wie diese Entscheidung im englischen Gesetz durch Sektion 19 des *Employment Act* 2008 umgesetzt wurde, war jedoch durch Ausnahmeregelungen und Einschränkungen gekennzeichnet. Kritiker/innen behaupten, dass das Gesetz quasi funktionslos sei und diese Maßnahme kaum eine wesentliche Wirkung erzielen wird.

Der Ausschluss von BNP-Aktivisten ist eine Sache, die sowohl für Gewerkschaften als auch für einige Arbeitgeber interessant sein könnte. Noch vor dem ECHR-Urteil von 2007 war das Zivilrecht gelegentlich bereit, unter bestimmten Bedingungen Gewerkschaften zu unterstützen, die BNP-Aktivisten mit der Begründung ausschließen wollten, ihre politischen Ansichten stünden im Gegensatz zu den erklärten Zielen und der Politik der Gewerkschaft.

Unter ganz bestimmten Umständen schützt das Gesetz auch das Recht der Arbeitgeber, rechtsextreme Angestellte zu entlassen, deren politische Ansichten oder Aktivitäten sich störend auf die vollständige und ordnungsgemäße Ausübung ihrer Arbeit auswirken. Der bedeutendste Fall betraf eine Kommunalbehörde, die erfolgreich einen öffentlich bekannten BNP-Aktivisten entließ. Dieser war als Busfahrer angestellt und fuhr oft Kinder zur Schule und zurück, die einer ethnischen Minderheit angehören.¹² Das englische Fallrecht, das sich mit der Kündigung von Arbeitsverhältnissen befasst, bewertet die Frage der Fairness gemäß einer „Reihe vernünftiger Antworten“, die dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen. Demnach hat das Gericht die Entlassung eines öffentlich bekannten

12 Der Aktenname des Falls ist: *Redfearn v Serco Ltd trading as West Yorkshire Transport Service* [2006] Court of Appeal, EWCA Civ 659, [2006] IRLR 623.

BNP-Aktivisten als „vernünftig“ akzeptiert, dessen Beruf ihn regelmäßig mit Menschen in Kontakt bringt, die er möglicherweise nicht im Land sehen möchte.

Allerdings kann das „Ausgrenzen“ der BNP durch Organe oder Beauftragte des Staats nicht immer effektiv durchgeführt werden, insbesondere in Kommunalbehörden, wo BNP-Abgeordnete im Amt sind. Durch ihre legale Wahl haben solche Stadtverordneten bestimmte staatliche Vorrechte, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Man erwartet von ihnen, dass sie sowohl die Interessen derer vertreten, die sie gewählt haben, als auch derer, die sie nicht gewählt haben. Eine Politik, die ihnen die Gelegenheit nimmt, ihre Aufgaben als Stadtverordnete auszuüben, wäre kontraproduktiv und sicherlich unrechtmäßig.

Die BNP im internationalen Kontext

Die Haltung der BNP in internationalen Fragen ist interessanterweise ambivalent. Sie hat sich weit weniger als Teil eines ethnischen Europa-Projekts etabliert als einige der anderen westeuropäischen, rechtsextremen Parteien. Das mag teilweise daran liegen, dass die Anhänger der Partei heute weniger die Immigration aus ehemaligen britischen Kolonien stört, als vielmehr die Immigration aus Teilen Osteuropas. Darüber hinaus besteht bei vielen in der extremen Rechten weiterhin ein starkes Misstrauen gegenüber allen Aspekten Europas.

Griffin ist auf jeden Fall viel vertrauter im Umgang mit nicht europäischen, rechtsextremen Gruppen. Er pflegt beispielsweise bestätigte Beziehungen zu Anführern eher zwielichtiger Teile der extremen Rechten in den USA. Gemeinsam mit Mitgliedern anderer rechtsextremer europäischer Gruppen schickte die BNP Berichten zufolge im August 2010 einen Repräsentanten nach Japan, um dort mit einer japanischen rechtsextremen Gruppe Kontakte zu knüpfen.¹³

13 Williams, D. (August 2010): BNP joins far-right junket to Japan, 422, 20–1.

Andererseits versucht Griffin als Mitglied des Europaparlaments, sich selbst im Zentrum der europäischen extremen Rechten zu positionieren – sogar als Nachfolger in der Rolle Jean-Marie Le Pens. Die *Allianz der Europäischen Nationalbewegungen* (AENM) ist eine Dachorganisation nicht institutionell miteinander verbundener, rechtsextremer Europaparlamentsabgeordneter. Sie ist dadurch geschwächt, dass sie derzeit nur acht Abgeordnete aus drei verschiedenen Ländern im Europaparlament hat, wobei Griffin angeblich die Vize-Präsidentschaft dieser Gruppe anstrebt.¹⁴

Diskussion und Schlussfolgerung

Der Rückschlag, den die BNP während den Kommunal- und Parlamentswahlen 2010 erlitt, mag trügerische Hoffnungen für jegliche Prognosen über den langfristigen Rückgang der extremen Rechten in Großbritannien bergen. Tatsächlich hatte er einige Folgen: So gab Griffin seine Absichten bekannt, 2013 von seinem Amt zurückzutreten. Allerdings diente dies mit großer Wahrscheinlichkeit nur dazu, einer möglichen Anfechtung seiner Führungsposition durch eine von mehreren wetteifernden Splittergruppen innerhalb der BNP zuvorzukommen. Zu einer solchen Anfechtung kam es dann trotzdem und im August 2010 liefen angeblich Vorbereitungen für eine Wahl zum Parteivorsitz, obwohl Griffin die Kampagne seines schärfsten Konkurrenten zu stören versucht hatte.¹⁵

Der Grund für eine insgesamt vorsichtige Prognose zur Zukunft der extremen Rechten in Großbritannien ist folgender: Während einige der weniger engagierten Unterstützer der Partei weggefallen sind, könnten engagierte rechtsextreme Aktivisten (wenngleich eine viel kleinere Anzahl von

14 Williams, D. (August 2010): Griffin looks to Europe. Searchlight, 422, p.11.

15 Gable, S. (August 2010): Griffin plays dirty to cling on to BNP leadership. Searchlight, 422, pp. 4–10.

Individuen) durch die Rückschläge der BNP motiviert sein, ihre Energien in alternative und militantere, rechtsextreme Aktivitäten fließen zu lassen.

Das war eine Folge der Niederlage der früheren FN nach den Parlamentswahlen 1979, die Margaret Thatchers konservative Partei gewann. Die NF löste sich in verschiedene Gruppierungen auf und einige derer, die sich ernsthaft der extremen Rechten verschrieben hatten, richteten ihre Aufmerksamkeit dann auf extremere und (gewöhnlich) nicht wählbare Organisationen der 1980er-Jahre, wie das *British Movement* („Britische Bewegung“) und *Column 88* („Kolonne 88“).

Es gibt sicherlich einige vorläufige Hinweise darauf, dass sich dieses Verhaltensmuster eventuell nach den Wahlen 2010 wiederholen wird. Mehr denn je scheint die BNP vor der Auflösung zu stehen und Griffins Position und Staus könnten geschwächt sein.¹⁶ Die momentan naheliegendste Alternative, zu der enttäuschte BNP-Wähler abwandern könnten, ist die *English Defence League* (EDL). Das ist die bereits erwähnte Organisation, die erst im März 2009 mit dem angeblichen Ziel gegründet wurde, mittels Straßenkundgebungen gegen „militanten Islamismus“ in Großbritannien zu demonstrieren. Diese Organisation unterscheidet sich ein Stück weit vom *British Movement* der 1980er- und zweifellos von der bewusst geheimen *Column 88* durch die öffentliche Art ihrer Aktionen, besonders durch Aufmärsche und Demonstrationen in Städten in ganz England und Wales mit nennenswerten muslimischen Bevölkerungsanteilen.¹⁷ Gegenden wie Bradford (in West Yorkshire), Dudles (in den West Midlands), Cardiff (in Wales) und Tower Hamlets (ein Bezirk in Londons East End) haben alle beachtliche muslimische Minderheiten und waren 2010 Ziele von EDL-Demonstrationen, obwohl eine Demonstration ab-

16 Lowles, N. (June 2010): Defeated. Searchlight, 420, pp. 8–12.

17 Es gab sogar eine verifizierte BBC-Reportage über eine sehr kleine Gruppe von Fußballfans, die dreist genug war, während der Weltmeisterschaft in Südafrika T-Shirts mit EDL-Motiv zu tragen.

gesagt wurde, die im Juni 2010 in East London geplant war. Wie bereits dargelegt, haben EDL und BNP in der Vergangenheit jeweils unabhängig voneinander versucht klarzustellen, dass sie nichts miteinander zu tun haben. Dennoch gibt es zweifelsohne Überschneidungen bei der Unterstützung von EDL-Aktivisten. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht weist darauf hin, dass die EDL einige tausend Aktivisten im Land hat, die bereit sind, an Aufmärschen und Demonstrationen teilzunehmen, wenn diese in verschiedenen Städten organisiert werden. Verurteilte Fußball-Hooligans und Anhänger militanter, rechtsextremer Gruppen fühlen sich Berichten zufolge zu dieser Sache hingezogen. Die EDL soll zudem einen starken Rückhalt unter Armeeangehörigen haben.¹⁸ Es wird sich zeigen, ob die EDL eine bedeutende Präsenz etablieren kann; entweder auf der Straße in bestimmten Gegenden oder sogar als Interessengruppe, die für das Establishment interessant wird. Auf jeden Fall deutet alles an den momentanen Aktivitäten der EDL darauf hin, dass sie versucht, ehemalige BNP-Aktivisten und -Anhänger anzuziehen und dass es sie wahrscheinlich noch einige Jahre geben wird.

Obwohl die Präsenz der extremen Rechten, besonders in Form der BNP, zurückgegangen sein mag, bedeutet dies weder, dass die BNP sich nicht erholen könnte, noch (selbst wenn sie wie die NF der 1970er-Jahre in der Bedeutungslosigkeit versinkt) dass ähnliche Organisationen nicht entstehen und die günstige Situation nutzen könnten, um rassistische Wähler zu mobilisieren.

Es stimmt, dass die BNP viel mehr Teil der Mainstream-Politik geworden ist als es die FN je war. Die BNP mag jetzt weniger Gemeinderäte haben als in der Zeit vor Mai 2010, sie hat jedoch immer noch einen Abge-

18 Taylor, M. (28 May 2010): English Defence League: inside the violent world of Britain's new far right. The Guardian online, www.guardian.co.uk, abgerufen am 17. Juni 2010.

ordneten in der *London Assembly* und zwei Abgeordnete im Europaparlament. Darüber hinaus ist die britische Wahlpolitik im Vereinigten Königreich angesichts des Koalitionsergebnisses der Parlamentswahlen von 2010 im Wandel begriffen. Der Juniorpartner der regierenden Koalition, die *Liberal Democrats* („Liberaldemokraten“), setzen sich seit langem für eine Verfassungsänderung hinsichtlich des nationalen Wahlsystems ein. Ihr Ziel ist es, eine Form von Verhältniswahlrecht zu etablieren. Es ist klar, dass jede extreme Form eines Verhältniswahlrechts, auf nationaler oder regionaler Ebene, durchaus dazu führen könnte, dass die BNP einige Parlamentssitze gewinnt; ungeachtet des kürzlich erlittenen Rückschlags und der geäußerten Absichten Griffins, 2013 als Parteiführer zurückzutreten. Die Form eines alternativen Wahlsystems, die am wahrscheinlichsten eingeführt werden wird, ist ein Alternativwahl-System innerhalb einzelner Wahlkreise, das den Vorlieben der Wähler bei den Zweitstimmen etwas mehr Gewicht geben würde. Falls die Volksabstimmung zu einer Veränderung führt, so ist es doch unwahrscheinlich, dass sie ein alternatives Wahlsystem hervorbringen wird, von dem kleine rechtsextreme Parteien in großem Maße profitieren würden.

Daher bleibt ein bedeutender Wahlerfolg der BNP oder einer ähnlichen Partei unwahrscheinlich. Rechtsextreme Aktivitäten jedoch könnten sich in anderen Formen manifestieren. Es scheint wahrscheinlich, dass sich in Großbritannien auch langfristig das historische Muster der vergangenen Jahrzehnte, bei dem die Unterstützung für die extreme Rechte immer wieder abebbte und aufkeimte, auch in Zukunft fortsetzen wird. Es könnte sein, dass die BNP zersplittert, wie bereits einige ihrer Vorgänger. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass die BNP langlebiger sein könnte als frühere Parteien. Seit 2000 hat die Partei viel Widerstand überwunden und bis 2010 keine ernsthaften Rückschläge erlitten. Was auch immer ihr Schicksal sein wird: Es ist genauso gut möglich, dass die Themen, die ihren Aufstieg begleitet haben, bestehen bleiben und sich intensivieren,

wie sie sich auch abschwächen können. Die langfristige Wirtschaftsprognose ist nicht optimistisch und das Anti-Islam-Gefühl sowie die allgemeine Islamophobie werden wahrscheinlich auf abseh-bare Zeit starke, mobilisierende Faktoren bleiben.



Rechtsextremismus und -populismus in den Niederlanden: Nichts gelernt

Stellen Sie sich ein Flugblatt vor, das verkündet: „Die fünfte Kolonne der Muslime erobert Europa. Bald leben wir in Eurabien unter dem Gesetz der Scharia.“ Oder stellen Sie sich ein Flugblatt vor, auf dem zu lesen ist, dass „die weltweite Verschwörung der Juden, dieses dreckige Ungeziefer, das immer wiederkehrt, um unsere Gesellschaften zu verpesten, wieder die Kontrolle über die Banken und die Wirtschaft übernommen hat“. In den Niederlanden hätten beide Flugblätter einen öffentlichen Aufschrei gegen die Autoren zur Folge, da wir das Jahr 1989 schreiben und wir gerade aus unserer Zeitmaschine gestiegen sind, um Zeugen der darauf folgenden Protestmärsche und bevorstehenden Verhaftungen jener Neonazis zu werden, die diese Flugblätter verteilt haben. Dies waren die guten alten Zeiten, als die extreme Rechte klein war, als es keinen offen zur Schau gestellten Mainstream-Rassismus und -Antisemitismus gab und jede Äußerung oder jedes Anzeichen von Diskriminierung sofort von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen sowie allen aufrechten Demokraten attackiert wurde. In jenen Tagen war die Unterstützung der Rechte von Wirtschaftsmigranten oder *Gastarbeitern*, wie sie damals genannt wurden, die Norm und nicht die Ausnahme. In Westeuropa glaubte jeder, der auf der linken Seite des politischen Spektrums stand, an eine Zukunft, in der Gleichberechtigung herrscht und die frei von Diskriminierung ist, während jene auf der rechten Seite, die sich nicht öffentlich äußerten, als Rassisten oder zumindest als Apologeten gebrandmarkt wurden. Während der 1980er-Jahre erhielten antirassistische und antifaschistische Gruppen umfangreiche Unterstützung seitens der Bevölkerung. Dies ging so weit, dass Antirassismus in den Niederlanden die Norm wurde und jegliche abweichenden Stimmen sofort als rassistisch oder faschistisch abgestempelt wurden.

Zeitsprung

Stellen Sie sich eine Webseite vor, die verkündet: „Die fünfte Kolonne der Muslime erobert Europa. Bald leben wir in Eurabien unter dem Gesetz der Scharia.“ Oder stellen Sie sich ein Weblog oder ein Internetforum vor, wo es heißt, „die weltweite Verschwörung der Juden, dieses dreckige Ungeziefer, das immer wiederkehrt, um unsere Gesellschaften zu verpesten, hat wieder die Kontrolle über die Banken und die Wirtschaft übernommen“. Viele Menschen würden der ersten Aussage zustimmen oder sich zumindest nicht dadurch provoziert fühlen. Und die zweite Aussage würde nicht die Empörung hervorrufen wie früher. Jüdische Gemeinschaftsgruppen und die Überbleibsel antirassistischer Organisationen würden versuchen, etwas zu unternehmen, und der Rest der Bevölkerung würde nur mit den Schultern zucken und das Ganze ignorieren. In diesem Fall sind wir nicht mit der Zeitmaschine unterwegs – wir befinden uns in der Gegenwart, wir schreiben das Jahr 2010, es ist die Ära nach dem 11. September, den Anschlägen von Madrid und London und dem Mord an Theo van Gogh. Heute leben wir mit der Angst vor islamistischem Terrorismus. Der Islam wird in Europa zunehmend als Bedrohung wahrgenommen, nicht nur von der wieder erstarkten extremen Rechten, sondern auch von populistischen Parteien und einem Teil der gesellschaftlichen Mitte.

Entwicklung der extremen Rechten: die 1980er- und 1990er-Jahre

Die jüngere Geschichte des Rechtsextremismus in den Niederlanden beginnt in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre. In den späten 1980er-Jahre und frühen 1990er-Jahre erlebten die Niederlande ein Wiedererstarken rechtsextremer Gruppen. Obwohl die meisten dieser Gruppierungen politische Ziele hatten, war die *Centrum Partij* (Zentrumspartei, CP) die einzige, die einen ernsthaften Versuch unternahm, an Wahlen teilzunehmen. Angeführt wurde die Partei von Hans Janmaat, einem desillusionierten Lehrer für Sozialkunde. Er gründete die Partei, nachdem er bereits Mitglied der meisten Mainstream-Parteien in den Niederlanden gewesen

war. Die Agenda der *Centrum Partij* war einfach und rassistisch: Ausländer sind schuld an allem Übel des Landes. Schon bald sah sich die CP mit Schwierigkeiten konfrontiert, da sie versuchte, das gesamte Spektrum rechter Extremisten, von Hardcore-Neonazis bis zu „gemäßigten“ Muslimen-Hassern und Ausländerfeinden, zu „vereinen“. Ein Auseinanderbrechen war unvermeidlich. Die erste Splittergruppe gründete eine neue Partei, die *Centrum Party 86* (CP '86), die sich aus radikalen Rechten, gewaltbereiten und kaum verhohlenen Neonazi-Sympathisanten zusammensetzte. Die extremere CP '86 gewann vier Sitze bei den holländischen Kommunalwahlen im Jahr 1990 und fünf Sitze 1994, scheiterte jedoch aufgrund interner Radikalisierung. Sie wurde 1998 per Gerichtsbeschluss offiziell als kriminelle Organisation eingestuft und verboten.

Aus den moderateren Teilen der Partei bildeten sich die *Centrum Democraten* (Zentrumsdemokraten), die versuchten, mit einem gemäßigteren Themenkatalog das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen. Ihr Programm war fremdenfeindlich, chauvinistisch, gegen Schwarze gerichtet und teilweise antisemitisch. Obwohl die Wählerbasis der *Centrum Democraten* relativ klein war, gelang es ihnen, in einige holländische Stadträte gewählt zu werden. Auf dem Höhepunkt ihrer Popularität im Jahr 1994 hatten sie landesweit insgesamt 77 Sitze und gewannen außerdem drei Sitze bei den im selben Jahr stattfindenden Parlamentswahlen. Interessanterweise wurden die *Centrum Democraten* im Vorfeld der Kommunal- und der Parlamentswahlen von mehreren investigativen Journalisten infiltriert. Dies führte zu einer Flut von Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften sowie einer Fernsehdokumentation über den Ortsverband der Partei in Amsterdam, in der einer der Kandidaten für den Stadtrat sich damit rühmte, eine Anlaufstelle für Drogenabhängige aus Surinam angezündet zu haben. Obwohl er gewählt wurde, hatte er keine Gelegenheit mehr, seinen Platz im Stadtrat einzunehmen: Er wurde wegen Brandstiftung verhaftet, verurteilt und ins Gefängnis geschickt. Vor den Wahlen im Jahr 1994 hatten die Medien kaum über Rechtsextremismus berichtet. Nach 1994 änderte sich das kurzfristig, doch nachdem sich der erste Schock, eine rassistische Partei im Parlament zu haben, gelegt hatte, ver-

loren die Medien das Interesse und hörten auf, darüber zu berichten. Tatsächlich wurde seitens der Medien eine wirkungsvolle Nachrichtensperre zur extremen Rechten verhängt, die zur Folge hatte, dass die *Centrum Democraten* bei den Parlamentswahlen alle ihre Sitze verloren. Von diesem Rückschlag konnten sie sich nie erholen.¹

Hardcore-Extremisten: ohne öffentliche Unterstützung, aber mit Erfolg

Zwischen 1998 und 2007 konnte die extreme Rechte in den Niederlanden keine Fortschritte machen. Es existierte lediglich eine kleine, in sich geschlossene Gruppe von etwa 500 Hardcore-Extremist/innen, die sich ständig gegenseitig bekriegten und von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen in den Niederlanden erfolgreich gestört wurden. Zu jener Zeit hatte die extreme Rechte weder eine charismatische Führungspersönlichkeit noch einen klassischen „starken Mann“ vorzuweisen. Deren sichtbare Hardcore-Aktivitäten, in erster Linie vom Typus „Sieg Heil“-Skinhead, fanden wenig Anklang in einer holländischen Öffentlichkeit, die von Schuldgefühlen über den Holocaust geplagt war. Aus einigen kleinen Splittergruppen formierten sich neue politische Parteien, die einige Sitze in Stadträten gewannen, doch der angestrebte Durchbruch blieb aus. Stattdessen verabschiedeten sich die eingefleischten Anhänger von der Idee, jemals in eine demokratische Struktur gewählt zu werden und konzentrierten sich fortan auf den Aufbau radikaler Aktivistenbewegungen. Bis heute konnten sie eine Gruppe junger Anhänger um sich scharen, hauptsächlich über das Internet. Hierzu zählen etwa 1.000 junge Hardcore-Neonazis und circa 10.000 Sympathisan-

1 De Centrumdemocraten (CD) electoraal: Kroniek extreemrechts 1945–2003. Anne Frank Foundation, Amsterdam.

<http://www.monitorracisme.nl/content.asp?PID=182&LID=1>

Donselaar, Jaap van (2000): *Monitor Racisme en Extreemrechts*. 3rd report, Leiden: Universiteit Leiden, S. 43.

ten – eher unerheblich angesichts einer niederländischen Gesamtbevölkerung von 17 Millionen. Dies gibt dennoch Anlass zur Sorge, denn eine Reihe wissenschaftlicher und Regierungsstudien belegen eine schnelle Radikalisierung dieser jungen Extremisten. Darüber hinaus wird ein Anstieg von Hassverbrechen verzeichnet, die einen Neonazi-Hintergrund haben und sich gegen einzelne Personen richten.² Außerdem gelang es einem Teil der Hardcore-Szene, der in der *Aktionsgruppe Nationale Volks Unie* (NVU) vereint ist, den mehrheitlich vertretenen Grundsatz holländischer Bürgermeister, keine rechtsextremen Demonstrationen in ihren Städten zu erlauben, erfolgreich anzufechten. Indem sie vor Gericht das Recht auf freie Meinungsäußerung einforderte und tatsächlich gewann, veränderte die NVU die gesamte Dynamik. Seitdem erlauben Bürgermeister alle rechtsextremen Demonstrationen und Gegendemonstrationen, versuchen jedoch, die Demonstranten zeitlich und räumlich voneinander zu trennen und sich eher auf die öffentliche Ordnung als auf ideologische Inhalte zu konzentrieren.³

Der neue Schauplatz: natürlich der Mainstream!

Unterdessen erging es dem Populismus wesentlich besser. Die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), angeführt vom extravaganten, charismatischen Pim Fortuyn, war eine populistische Partei mit fremdenfeindlichen Zügen und einer anti-islamischen Haltung. Fortuyn, Professor, Journalist und offen homosexuell, war zuvor Mitglied in den meisten Parteien in den

-
- 2 Dutch Ministry of Internal Affairs: Actieplan polarisatie en radicalisering 2007–2011. S. 4, 5. Anne Frank Foundation, Amsterdam: Kroniek racistisch en extreemrechts geweld 1945–2008 – Toename en verharding, <http://www.monitorracisme.nl/content.asp?PID=316&LID=1> and Anne Frank Foundation, Amsterdam: Kroniek racistisch en extreemrechts geweld 1945–2008 – Respons op racistisch geweld. <http://www.monitorracisme.nl/content.asp?PID=307&LID=1>. Landelijk expertisecentrum van Art. 1, Anne Frank Stichting. Universiteit Leiden: Monitor Rasendiscriminatie 2009, S. 143–149. <http://www.art1.nl/scripts/download.php?document=843>.
- 3 Anne Frank Foundation, Amsterdam: Jurisprudence demonstrations extreme-right in the Netherlands; <http://www.monitorracisme.nl/content.asp?PID=230&LID=1>.

Niederlanden gewesen. Im Jahr 2002 wurde ihm die Führung der *Leefbaar-Partei* angeboten, einer neuen Partei mit leichtem Hang zum Populismus. Fortuyn nahm an und konnte mit klassisch einfachen Lösungsangeboten für komplizierte Sachverhalte schnell Erfolge bei der Bevölkerung verzeichnen. Als er jedoch in einem Interview bekannt gab, den ersten Artikel der holländischen Verfassung – der das Recht auf Gleichheit und den Schutz vor Diskriminierung gewährleistet – abschaffen zu wollen, warf ihn die Führung der *Leefbaar-Partei* hinaus. Unbeirrt davon rief Fortuyn nur wenige Tage später seine eigene Partei ins Leben, die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), wobei er die Mehrheit der Anhänger der *Leefbaar* mitnahm und öffentlich erklärte, er „plane, Ministerpräsident zu werden“. Am 6. Mai 2002, einige Tage vor den Parlamentswahlen, wurde Fortuyn von einem radikalen Tierschützer ermordet. Dennoch entschied die Regierung, die Wahlen wie geplant stattfinden zu lassen und die LPF gewann 26 Parlamentssitze. Die neu gebildete Koalition aus LPF, Konservative Liberalen und Christdemokraten hielt nur 86 Tage. Nach zahlreichen internen LPF-Problemen verließen die Konservativen, Liberalen und die Christdemokraten das Kabinett, was zu Neuwahlen führte. Die LPF zog mit nur acht Sitzen ins neue Parlament ein und verschwand 2006 endgültig von der politischen Bühne.

Die Weichen waren jedoch gestellt. Fremdenfeindlicher Populismus war fortan kein Tabu mehr und obwohl seitdem keine rechtsextremen Gruppen ins Parlament einzogen, wuchs die Unterstützung für rechtes Ideengut in den vergangenen zehn Jahren, besonders unter jungen Leuten, die sich unter dem Einfluss des Internets und der Anwerbung von Neonazi-Gruppierungen zunehmend radikalisieren. Gleichzeitig wächst die Unterstützung für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter den Mitgliedern der gesellschaftlichen Mitte, was tatsächlich noch gefährlicher ist.

Wilders, eine „Erfolgsgeschichte“

Der wichtigste Neueinsteiger an der populistischen Front in den Niederlanden ist Geert Wilders, ehemaliges Mitglied der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, die er 2004 aufgrund der offenen Haltung der Partei zum geplanten Beitritt der Türkei zur Europäischen Union verließ. Fortan äußerte sich Wilders im Parlament als Ein-Personen-„Gruppe“ anti-islamisch und anti-muslimisch. Zunächst tat er dies quasi in Eigenvertretung, doch seit den Wahlen von 2006 ist seine neue Partei, die *Partij voor de Vrijheid* (PVV), mit neun Sitzen im Parlament vertreten. Wilders äußert sich sehr freizügig zu einer Reihe von Themen wie Immigration, Redefreiheit, den fundamentalen Glaubensinhalten des Islams und dem Verhalten junger Marokkaner in den Städten. Sein kontroverser, aber harmloser Film über den Islam in den Niederlanden, *Fitna*, löste 2008 weltweit eine heftige Debatte aus. Am 21. Januar 2009 wurde Wilders vom Berufungsgericht in Amsterdam wegen „Anstiftung zu Hass und Diskriminierung“ angeklagt. Der Fall soll im Herbst 2010 verhandelt werden.

Wilders wurde zudem die Einreise nach Großbritannien zwischen dem 12. Februar und dem 13. Oktober 2009 verboten, da das britische Innenministerium seine Anwesenheit als „Bedrohung einer der grundlegenden Interessen der Gesellschaft“ ansah. Das Verbot wurde nach Wilders' Einspruch aufgehoben. Er besuchte Großbritannien am 16. Oktober 2009.

Vor dem Hintergrund der anti-muslimischen Stimmung in den Niederlanden und andernorts nach den Anschlägen vom 11. September 2001

Geert Wilders





Wahlplakat der PVV mit Wilders:
„Mehr Sicherheit, weniger Migranten“

wuchs Wilders' Popularität rapide von Monat zu Monat. Sein Vorgehen ist einfach. Er lässt sich auf keine Debatten ein. Er macht kurze, prägnante Aussagen, sowohl im als auch außerhalb des Parlaments: Beispielsweise behauptet er, der Koran sei ein faschistisches Buch, das verboten werden sollte; oder er fordert ein Ende der Einwanderung von Muslimen und kündigt an, alle Paragraphen gegen Diskriminierung aus dem holländischen Strafgesetzbuch streichen zu wollen („Weil ich diskriminieren WILL“).

Wilders' Rhetorik und seine Art, Debatten zu führen, erinnern in hohem Maße an die Nazizeit. Er meint, Muslime sollten die Straßen mit Zahnbürsten reinigen, genauso wie die Juden, die kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 in Wien dazu gezwungen wurden, die Straßen mit kleinen Bürsten zu säubern. Wenn Wilders darauf angesprochen wird oder Menschen versuchen, mit ihm über irgend einen bestimmten Punkt zu diskutieren, verweigert er jede Debatte und behauptet, sein Gegenüber würde Unsinn erzählen oder sei geisteskrank, verrückt oder ein Mitglied der „linken Kirche“. Er beschuldigte seinen Hauptgegner, den politischen Führer der Liberaldemokratischen Partei D66, Alexander Pechthold, öffentlich im Parlament, ein Verbündeter von Theo van Goghs Mörder zu sein. Den Minister für Integration nannte er „völlig verrückt“. Mit seiner aggressiven Rhetorik und seiner eigenartigen blondierten Frisur könnte er der Spross aus einer bizarren Verbindung von Mozart und Joseph Goebbels sein.

Von dem Moment an, als Wilders' Popularität wuchs, bestritt er jegliche Verbindungen zur extremen Rechten. Er präsentiert sich als entschiedener Unterstützer Israels, behauptet, er wünsche keinen Kontakt zu Neonazis und nennt sich selbst einen „Freund des jüdischen Volkes“. Wilders reist regelmäßig nach Israel und besucht jedes Mal Freunde wie den ultrarechten Politiker Avigdor Lieberman oder rechte Siedler im Westjordanland. Über Jahre wurde allgemein angenommen, dass seine pro-israelische und pro-jüdische Haltung eine reine Pose sei, eine praktische Art und Weise, Skinheads von seiner Partei fern zu halten. Doch scheint Wilders ein Doppelspiel zu spielen: Mitglieder des Europäischen Parlaments aus seiner Partei sollen an einem Treffen parteiunabhängiger rechtsextremer MdEPs teilgenommen haben, bei dem auch Holocaust-Leugner wie Jean Marie Le Pen, Nick Griffin und andere anwesend waren.⁴

Wilders' PVV ist keine politische Partei im herkömmlichen Sinne. Sie hat keine Mitglieder und keine Parteistruktur; es handelt sich lediglich um eine Stiftung mit Geert Wilders als einzigem Vorstandsmitglied. Seine Parlamentarier wurden alle von Wilders ausgewählt und von ihm persönlich dazu eingeladen, für einen Sitz zu kandidieren. Wilders lehnt eine demokratische Parteistruktur ab, da er dadurch seine Führungsposition gefährdet sieht. An Parteiversammlungen dürfen die Medien nicht teilnehmen; die Teilnehmer dieser Versammlungen dürfen nicht darüber sprechen. Wie andere populistische Führer auch, hält Wilders die uneingeschränkte Führungsmacht und die totale Kontrolle für unabdingbar.

Wilders und die Medien

Wilders und seine Gruppe profitieren von der Aufmerksamkeit anderer und der Behauptung, schikaniert zu werden. Gleichzeitig versuchen sie, beständig zu beweisen, sie würden von anderen Parteien und jenen, die Wilders als „Mitglieder der linken Kirche“ bezeichnet – was letztlich je-

4 „Who do you think you are kidding?“ In: The New Statesman, 23. July 2009.
<http://www.newstatesman.com/uk-politics/2009/07/party-griffin-bnp-european>.

den einschließt, der ihn kritisiert – „verleumdet, dämonisiert und ignoriert“. Ihm ist es gelungen, die „extreme, prägnante Aussage“ zu einer Kunstform zu erheben, und die holländischen Medien überschütten ihn mit Aufmerksamkeit. Wilders Taktik funktioniert folgendermaßen: Er versendet eine SMS oder Twitter-Nachricht, die besagt, dass Muslime am Verkehrsstauprobem im Land schuld seien. Die Medien veröffentlichen diese aberwitzige Behauptung und fordern Politiker/innen und Expert/innen dazu auf, sie zu kommentieren. Auf diese Art und Weise wird das Thema die Medien für einige Tage beherrschen. Natürlich wird Wilders sich weigern, irgendwelche Interviews zu geben oder seine Idee im Fernsehen zu diskutieren. Dann wird er eine neue Nachricht verschicken, in der er behauptet, jeder, der seine Idee kritisiere, würde versuchen, ihn zu dämonisieren und ihm das Recht auf freie Meinungsäußerung abzusprenken. Das Ergebnis ist maximale Aufmerksamkeit für ihn selbst und für seine Partei sowie eine wachsende Unterstützung seitens der Bevölkerung. Vielen erscheint Geert Wilders als ein „Mann des Volkes“, der sich traut, Dinge öffentlich auszusprechen, die sonst niemand offen sagen würde: die „Wahrheit über die Muslime, die versuchen, das Land zu übernehmen“.

Wilders' Einfluss auf die Politik

Einige Zeit lang versuchten die anderen Parteien im holländischen Parlament, Wilders entweder zu ignorieren oder ihn ernst zu nehmen und sich auf eine Debatte mit ihm einzulassen. Nach vier Jahren, in denen diese Ansätze kaum erfolgreich waren, entschlossen sich die anderen Parteien schlussendlich zum Frontalangriff, indem sie jede Bemerkung der *Partij voor de Vrijheid* analysierten und anfochten, um das komplette Fehlen jeglicher realer Ideen, Pläne oder Lösungen auf Seiten von Wilders und seiner Partei aufzudecken. Leider scheint dies bislang wirkungslos gewesen zu sein. Wie so oft hat die Unterstützung von Populismus oder Extremismus zum Teil nicht mit Logik oder einer thematischen Auseinandersetzung zu tun – sie ist rein emotional. Ein erheblicher Teil der holländischen Gesellschaft empfindet, dass Wilders Recht hat, dass Muslime

eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellen, dass DIE LINKE die Medien kontrolliert und dass sämtliche Maßnahmen zur Integration von Migranten in die Gesellschaft ein „linkes Hobby“ seien. Untersuchungen zeigen, dass 16 Prozent der PVV-Wähler/innen eine höhere Bildung haben; die meisten sind männliche Atheisten. Umfragen ergaben, dass sie von der Politik enttäuscht⁵ oder „hedonistisch und konservativ, nur an sich selbst interessiert“⁶ sind. Diese Wähler/innen haben kein Vertrauen in das sogenannte „multikulturelle Establishment“, weil sie dieses Establishment für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich machen, vor allem aber für die Anwesenheit derjenigen, die sie für die Hauptschuldigen halten: die Muslime.

Mitte 2009 verschärfte Regierung und Politiker angesichts der Umfrageergebnisse, die die PVV als stärkste Partei des Landes mit 32 Sitzen im Parlament sahen, ihre Rhetorik zu Immigration und Sicherheit – zwei Hauptthemen der PVV – und riefen öffentlich finanzierten Antirassismus-Organisationen hinter vorgehaltener Hand, weniger deutlich gegen Populismus, die LPF, Pim Fortuijn, Wilders und die PVV vorzugehen. Das Innenministerium beauftragte den bekannten Rechtsextremismus-Experten und Anthropologen Jaap van Donselaar und den Terrorismus-Experten Professor Bob de Graaff von der Universität Leiden sowie Hans Moors, einen Experten zum Thema Radikalisierung von der Universität Tilburg, einen Forschungsbericht zur Radikalisierung von 2006 zu aktualisieren.⁷ In dem Bericht wird Geert Wilders PVV als „radikale Partei des neuen rechten Flügels“ beschrieben. Als der Bericht veröffentlicht wurde, erregte dies nicht nur die Missgunst von Wilders und seinen Anhängern, es stellte sich auch heraus, dass die Staatsbeamten des Innenministeriums, die die Experten beauftragt hatten, ebenfalls nicht über das Ergeb-

5 Vgl. http://www.volkskrant.nl/binnenland/article1152465.ece/Wilders_scoort_bij_hoger_opgeleide_kiezer.

6 Vgl. http://www.volkskrant.nl/binnenland/article1152465.ece/Wilders_scoort_bij_hoger_opgeleide_kiezer.

7 Drs. Hans Moors en Mr. drs. Lenke Balogh (IVA), Dr. Jaap van Donselaar en Prof.dr. Bob de Graaff (CDH), IVA/University of Tilburg, 27.01.2010 – Polarisatie en radicalisering in Nederland; <http://www.nuansa.nl/uploads/eb/a0/eba0dd6c540e2e2785a204a38eb0aef6/verkenning-polarisatie-en-radicalisering.pdf>.

nis des Berichts erfreut waren.⁸ Ein Mediensturm brach los, bei dem sich das halbe Land darüber freute, dass Wilders endlich als Rechtsextremist entlarvt wurde, während die andere Hälfte den Bericht als „unwissenschaftlich“ bezeichnete. Politiker hielten sich bedeckt, um „nicht von Wilders der „Dämonisierung“ angeklagt zu werden. Allein der Parteiführer der D66, Alexander Pechtold, der Geert Wilders bereits seit Jahren offen als Rechtsextremisten bezeichnet hatte, erklärte freimütig, der Bericht gebe ihm Recht.⁹ Die Botschaft war klar: Die Moral wurde aufgegeben und die Lehren der Vergangenheit vergessen. Die Jagd nach PVV-Wählerstimmen hatte begonnen.

Kommunalwahlen 2010

Am 3. März 2010 fanden Wahlen für die holländischen Stadträte statt. Die PVV nahm lediglich in zwei Städten teil, Almere und Den Haag. Wilders wollte den Fehler der LPF vermeiden, die 2002 in aller Eile gänzlich unqualifizierte Kandidaten aufgestellt hatte. Er entschied sich, nur eine kleine Zahl von Kandidaten persönlich auszuwählen, die von zweien seiner Mitstreiter aus der PVV-Parlamentsfraktion angeführt werden sollten. Wilders organisierte Workshops für die Kandidaten und unterrichtete sie höchstpersönlich in der Hoffnung, alle abweichenden Meinungen im Keim zu ersticken. Am 3. März gewann die PVV neun Sitze im Stadtrat von Almere und acht Sitze in Den Haag. Wilders und seine Anhänger waren euphorisch. Sietse Fritsma, Fraktionsführer der PVV in Den Haag, ließ verlauten: „Jetzt werden wir die anderen Parteien in den Wahnsinn treiben.“ Doch trotz der lauten Töne und der Versprechen, dass sich vieles ändern würde, gelang es der PVV weder in Almere noch in Den Haag, eine Koalition mit anderen Parteien zu bilden. Das von Wilders propagierte Kopftuchverbot stellte nur eines von vielen Problemen dar. Ganz im Sinne populistischer Parteien, wollte die PVV zu diesem frühen

8 Vgl. <http://www.mareonline.nl/categorie/achtergrond/artikel/0910/19/06/>.

9 Vgl. http://www.volkskrant.nl/archief_gratis/article1344282.ece/We_konden_niet_om_Wilders_heen.

Zeitpunkt noch keine Kompromisse eingehen, besonders nicht angesichts der anstehenden Parlamentswahlen im Juni 2010. Als jedoch die Umfragewerte der PVV sanken, da der Eindruck entstanden war, Wilders strebe nicht wirklich eine Regierungsbeteiligung an, änderte er seine Haltung und behauptete, alles sei ein Missverständnis gewesen.

In der Zwischenzeit hatte Wilders hart an der Zusammenstellung seiner Liste für die Parlamentswahlen gearbeitet und obwohl das Auswahlverfahren für die Kandidaten angeblich sehr streng war, ergaben sich dennoch mehrere Probleme. Einer der PVV-Kandidaten, ein ehemaliger Sicherheitswachmann für die jüdische Gemeinde in den Niederlanden, hatte eine Geldstrafe für unerlaubtes Führen einer Waffe erhalten, ein Bagatelldelikt. Doch berichteten die Medien kurz darauf, er habe eine Petition beim Verband der Jüdischen Gemeinden der Niederlande eingereicht, „alle Juden auszuschließen, die dem UN-Goldstone-Bericht zustimmen“.¹⁰ In einer E-Mail, die angeblich der Presse zugespielt wurde, beschrieb er sie als „jämmerliche kleine Juden“. Innerhalb weniger Tage zog er seine Kandidatur für die PVV zurück und erklärte, er wolle „nicht die nächsten vier Jahre lang unter ständiger Beobachtung stehen“. Zwei weitere Kandidaten stiegen kurz darauf aus dem Rennen aus, einer wegen gefälschter biografischer Angaben, ein weiterer wegen Betrugsvorwürfen. Raymond van Roon, Fraktionsführer der PVV in Almere, geriet ebenfalls in die Schusslinie, als eine antifaschistische Forschungsgruppe Texte fand, die er 1971 als junger Mann geschrieben und veröffentlicht hatte. In diesen Texten hatte er seine Bewunderung für das faschistische „Regime der Obristen“ in Griechenland ausgedrückt und mit der Idee eines Militärputsches in den Niederlanden gespielt. Außerdem war er kurzfristig Mitglied der rechtsextremen *National Security Brigade* (Nationale Sicherheitsbrigade). Im Sommer 1971 hatte er in einer Anzeige in der

10 Ein 2009 veröffentlichter Bericht der Vereinten Nationen, der nach seinem Autor, Richard Goldstone, benannt wurde: Fact Finding Mission on the Gaza Conflict: http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/9/docs/UNFFMGC_Report.pdf.

Presse zum Aufbau einer „rechtsextremen Bürgerwehr gegen Chaos und Subversion“ aufgerufen. De Roon und Wilders spielten dies als jugendliches Fehlverhalten herunter und De Roon konnte seinen Sitz im Stadtrat behalten und weiter für die Parlamentswahlen auf der PVV-Liste kandidieren. Interessant ist jedoch, dass De Roon im Januar 2010 einen Vorschlag zur Gründung von „städtischen Kommandotrups zur Sicherung der öffentlichen Ordnung“ vorlegte.

PVV-Kandidaten: ein schwieriger Haufen

In der langen Phase zwischen den zwei Wahlen musste Geert Wilders hart daran arbeiten, seine Kandidaten auf Kurs zu halten. Nicht alles verlief nach Wunsch, selbst in seinem engsten Kreis nicht. Hero Brinkman, ein ehemaliger Polizeibeamter und einer von Wilders Beratern, hatte ein Alkoholproblem, das mehrere Skandale auslöste. Unter anderem kam es zu einer Prügelei in Nieuwspoort, eine bei Journalisten beliebte und viel frequentierte Bar des holländischen Parlaments, wo Brinkman versuchte, einen Barmann zu schlagen, weil dieser ihm weitere Getränke verweigerte. Der Vorfall brachte ihm den Spitznamen „Drinkman“ ein. Beim zweiten Skandal ging es um Drohungen gegen den Miteigentümer seines Hauses, einen Bauunternehmer, der bei de Roon eingezogen war und eine Hälfte des Hauses renovierte. Es gab Streit ums Geld und gegenseitige Drohungen und die Polizei musste mehrmals in der Woche einschreiten – ein weiteres öffentliches Desaster für die PVV. Die Situation beruhigte sich schließlich und Hero Brinkman kündigte an, dem Alkohol vollständig abzuschwören – doch dann platzte die nächste Bombe: In Missachtung der PVV-Vorgabe eines permanenten Medienboykotts erschien Brinkman eine Woche vor den Parlamentswahlen im Fernsehen und gab seinen Bedenken Ausdruck, die PVV sei keine demokratische Partei, sie habe gar keine Mitglieder, und er wünsche sich eine richtige Parteistruktur und auch eine „PVV-Jugendbewegung“. Alle warteten gespannt, was passieren würde. Es schien, als sei dies das Ende von Hero Brinkman. Es ist allgemein bekannt, dass Geert Wilders keinen Wider-

spruch und keine Konkurrenz für die Führung der PVV duldet. Doch Brinkman erklärte deutlich, Wilders würde ihm keine Probleme bereiten (obgleich er mit dem Interview so lange wartete, bis es zu spät war, ihn von der Liste der Kandidaten zu streichen). Tatsächlich entschied Geert Wilders, so kurz vor den Wahlen den Schein zu wahren. Am Tag nach Brinkmans Fernsehauftritt erklärte Wilders – plötzlich sehr kooperativ gegenüber der Presse – alles stünde zum Besten in seiner Partei und Brinkman hätte selbstverständlich das Recht, seine Meinung zu äußern. Er fügte sogar hinzu, dass „die Idee einer demokratischen Struktur für die PVV“ nach der Wahl intern diskutiert würde.

Vorläufig war so ein weiteres Problem der PVV entschärft. Es wird allgemein vermutet, dass Hero Brinkman nach den Wahlen nicht lange als PVV-Parlamentarier tätig sein wird.

Die Parlamentswahlen von 2010

Schließlich kam der Tag, den einige Menschen in den Niederlanden, insbesondere Muslime, gefürchtet hatten: die Parlamentswahlen vom 9. Juni 2010. Ein Blick auf das Wahlprogramm der PVV bot ausreichend Anlass zur Sorge: unter anderem forderte es ein Verbot des Koran, eine

Geert Wilders
(PVV) und Mark
Rutte (VVD),
Ministerpräsident
der Niederlande



ethnische Registrierung aller Bürger und eine Steuer auf das Tragen dieser „Kopflumpen“ (Kopftücher). Möglicherweise war es ein kurzzeitiges Aussetzen seines Verstandes, das den Vorsitzenden der Konservativen Liberalen (VVD), Mark Rutte, zu dem Kommentar bewog: „Die PVV ist eine ganz normale Partei.“

Am Wahltag wurde kurz nach Mitternacht deutlich, dass es ein großer Erfolg für Wilders werden würde. Dies wurde durch die am Morgen des 10. Juni veröffentlichten Ergebnisse bestätigt: 24 Parlamentssitze für die PVV. Die christdemokratische CDA unter dem scheidenden Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende verlor die Hälfte ihrer Sitze, ein Sturz von 41 auf 21 Sitze. Die Sozialdemokraten der PvdA erhielten 30 Sitze und lagen so nur knapp hinter dem großen Gewinner, der konservativ-liberalen VVD, die von 22 auf 31 Sitze stieg und damit die stärkste Partei im Parlament wurde. Sofort wurden Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Im Verlauf der Wahlkampagne hatte der politische Führer der VVD, Mark Rutte, verlauten lassen, es „sei falsch, die PVV zu ignorieren“, womit er eine frühere Haltung im Parlament wieder aufgriff: „Ignoriere die PVV-Wähler nicht, denn sie haben echte Anliegen.“ Die erste Aussage war ein kaum getarnter Versuch, „abtrünnige“ VVD-Wähler zurückzugewinnen, die zweite eine halbherzige Bemühung, die PVV kalt zu stellen, indem man den Klagen der Wähler über Islam, Integration und Sicherheit Gehör schenkt, ob diese nun gerechtfertigt sind oder nicht. Andere Parteien wie die Sozialdemokraten, die Grünen Linken und die Liberaldemokraten der D66 sprachen sich offen gegen eine Koalition mit der PVV aus. Allein die Christdemokraten und die radikale Sozialistische Partei gaben bekannt, sie würden sich alle Optionen offen halten. Mark Rutte von der VVD fand jedoch klare Worte. Er bekräftigte seine Beschreibung der PVV als „normale Partei“ und erklärte offen seine Präferenz für eine Koalition mit Wilders und den Christdemokraten, die eine dünne Mehrheit von 76 der 150 Sitze im Parlament erzielen würde. Die PVV und die VVD lagen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen nicht weit auseinander. Geert Wilders war früher sogar Mitglied der VVD gewesen. Offensichtlich machthungrig, entschied Wilders bereits am Morgen nach den

Wahlen, einen der wichtigsten Konfliktpunkte mit der VVD zum Thema Steuervorteile für Hauseigentümer fallen zu lassen, obgleich er diesen Punkt noch am Abend zuvor verteidigt hatte. Diese klassische Kehrtwende, die laut Wilders von seinen Wählern mitgetragen werden würde, markierte einen ersten Riss in der populistischen Rüstung der PVV. Plötzlich zeigte die PVV ein Verhalten, das sie immer lautstark von sich gewiesen hatte: der Kompromiss, der verachtete Modus Operandi der Demokratie.

Die VVD, plötzlich stärkste Partei im Parlament, beauftragte einen Parlamentarier aus ihren Reihen, um mögliche neue Koalitionen auszuloten, wobei eine Koalition aus VVD, PVV und CDA ganz oben auf der Liste stand. Gespräche wurden geführt, doch die Christdemokraten der CDA, die die Hälfte ihrer Sitze eingebüßt hatten, verhielten sich zögerlich. Ein Großteil ihrer christlichen Wählerschaft lehnt Wilders und seine Partei hartnäckig ab und würde eine Koalition mit der PVV nicht tolerieren. Eine lokale Parteigröße formulierte es so: „Dieser Mann und seine Partei passen nicht zu unserer Weltanschauung.“

Jüngste Entwicklungen

Ein Großteil des Monats Juli 2010 wurde mit dem Versuch verbracht, eine „Lila-Plus“-Koalition aus Sozialdemokraten, der Grünen Linken, den Liberaldemokraten der D66 und der VDD zu bilden, wobei Mark Rutte immer noch seiner bevorzugten Schwarz-Blau-Christlichen Koalition nachtrauerte. Am 20. Juli scheiterten die Gespräche aufgrund von Discrepanzen in Finanzfragen. Die VVD wollte schwerwiegende finanzielle Kürzungen, während die Sozialdemokraten für moderate Einschnitte stimmten. An diesem Punkt beauftragte Königin Beatrix Ruud Lubbers, den ehemaligen christdemokratischen Ministerpräsidenten¹¹, Hohen

¹¹ 1982–1994.

Flüchtlingskommissar des UNHCR und aktiven holländischen Staatsminister, zu vermitteln und die Möglichkeiten einer Mehrheitskoalition auszuleuchten. Überraschenderweise untersuchte Lubbers, der sich in der Vergangenheit gegen die PVV ausgesprochen und dazu sogar eine Broschüre¹² veröffentlicht hatte, auch die Möglichkeit einer Koalition aus VVD, CDA und PVV. Er zog sogar eine Minderheitsregierung der Liberalen und Christdemokraten mit Unterstützung der PVV in Betracht. Als nächstes beauftragte die Königin Ivo Opstelten, den Vorsitzenden der VVD, die Machbarkeit dieser Konstellation zu untersuchen. Verhandlungen wurden für Montag, den 9. August angesetzt, wobei bereits deutlich war, dass die Parteien eine solche Minderheitenkoalition anstreben würden. Geert Wilders, der wiederholt darauf hingewiesen hatte, seine Partei würde die Regierung auf diese Weise unterstützen wollen, war besonders enthusiastisch. In dieser Konstellation würde er in den Genuss aller Vorteile der Regierung kommen, ohne jedoch die Verantwortung tragen zu müssen, wie es seine viel bewunderten Freunde der dänischen *Volksparty* bereits seit 2000 praktizierten. Wilders stellte in Aussicht, die meisten politischen Entscheidungen der CDA und VVD zu unterstützen. Er erklärte aber auch, dass man sich bei Themen, bei denen diese beiden Parteien nicht mit der PVV übereinstimmten, insbesondere ihrer anti-islamischen Rhetorik, darauf einigte, sich uneinig zu sein, während es Wilders auch weiterhin erlaubt sein würde, sich im Parlament anti-muslimisch zu äußern.

Das Land schien den Atem anzuhalten. Bald wurde klar, dass diese Regierungsform nicht nur negative Auswirkungen für die in den Niederlanden lebenden Muslime haben würde, sondern auch für die gesamte Bevölkerung. Die VVD und die CDA beabsichtigten umfangreiche Kürzungen, die sich vor allem auf die unteren und mittleren Einkommensgruppen, also nach wie vor den größten Teil der Bevölkerung auswirken würden. Wilders würde dem vermutlich nicht widersprechen, doch wären seine Wähler damit nicht glücklich. Die schlimmste aller Optionen

12 Lubbers, Rund (2007): *De vrees voorbij. Een hartenkreet*. Amsterdam: Uitgeverij De Bezige Bij.

schien hier in Aussicht zu stehen. Natürlich bestand immer die Möglichkeit, dass die Gespräche scheitern könnten. Während die VVD mit Geert Wilders kein Problem mehr zu haben schien, waren die Mitglieder der CDA noch lange nicht überzeugt, obwohl ihr politischer Führer, Maxime Verhagen, die meisten seiner früheren Bedenken bezüglich der PVV in einem ziemlich scheinheiligen Ansatz verschwinden ließ. Er verkündete: „Da es keine formelle Koalition mit der PVV geben wird, sondern nur Unterstützung seitens der Partei, kann die CDA ihren Prinzipien treu bleiben.“ Jedoch regte sich innerhalb der CDA erneut wachsender Widerstand gegen Verhagens Standpunkt und die mögliche „Quasi-Koalition“ mit der PVV. Die endgültige Entscheidung sollte auf dem CDA-Kongress fallen, der nach dem Abschluss der Verhandlungen stattfinden sollte. Es bestand also immer noch die Möglichkeit, dass Geert Wilders am Ende leer ausgehen würde.

Ausblick

Was lernen wir aus all dem? Zum einen, dass Mark Rutte und seine VVD sich für nichts mehr zu schade sind. Sie war die einzige Partei, die von vornherein eine Koalition mit Wilders befürwortet hatte. Wie Rutte mittlerweile darstellt, gaben die Ähnlichkeiten in den Wahlprogrammen der Parteien zum Thema Migranten und Sicherheit hierfür den Ausschlag. Zwar wurde die Wahlkampagne zum Großteil von der Wirtschaftskrise beherrscht, doch hingen die Begriffe „Integration“ und „Islam“ immer in der Luft. Die Tatsache, dass eine fremdenfeindliche, rechtsextreme und schlicht undemokratische Partei als normal bezeichnet wird, sagt viel über den eigenen Standpunkt aus. Das einzige prominente VVD-Mitglied, das offen gegen Rutes Flirt mit Wilders protestierte, war Frans Weisglas, ehemaliger Präsident des Repräsentantenhauses, der sich bei zwei Gelegenheiten entsprechend äußerte.¹³

13 Vgl. <http://www.nu.nl/nieuws/2267246/weisglas-fel-coalitie-met-pvv.html>;
http://www.trouw.nl/nieuws/politiek/article3148171.ece/Weisglas__te_weinig_bezwaren_VVD_tegen_PVV.html.

Die zweite Lektion, die wir hieraus lernen können ist, dass der linke Flügel nicht geschlossen genug auftritt, um eine Koalition mit der PVV zu verhindern. Die Sozialdemokraten der PvdA, die Sozialistische Partei SP, die Grüne Linke und die links-liberale D66 hatten zusammen ausreichend Sitze (65 der 150), um an die Christdemokraten heranzutreten (21) und somit die PVV und die VVD am Regieren zu hindern. Leider zeigte der Vorsitzende der PvdA, Job Cohen, kein Interesse daran, erneut gemeinsam mit den Christdemokraten zu regieren – die Wunden der vorherigen Koalition waren noch zu frisch – und nach Ansicht von Alexander Pechtold von der D66 war die Sozialistische Partei „zu radikal“. Die Sozialdemokraten und die anderen linken Parteien konnten nicht über ihren eigenen Schatten springen – eine Situation, die auf internationaler Ebene zur Tradition geworden zu sein scheint.

Die dritte Lektion ist, dass die Niederlande, die schon immer dazu neigten, ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg als freiwillige Helfer der Nazis bei der „Endlösung der Judenfrage“ zu verleugnen, sich nun vollständig von den „politisch korrekten“ Ketten der Vergangenheit freigemacht zu haben scheinen. Die PVV, CDA und VVD sind nicht die einzigen Parteien, die daran Schuld tragen. Die anderen Parteien haben ebenfalls entschieden, dass es leichter ist, ein Supermarkt zu sein, in dem sich Wähler je nach Bedarf bedienen können. Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass der Gesellschaftsvertrag auch beinhaltet, dass es zeitweilig moralisch richtig ist, mit den Wählern uneins zu sein, mit ihnen zu streiten und sie zu belehren. Doch möchte unsere politische Elite nicht als Elite verstanden werden – sie möchten nur, dass der Wähler alle vier Jahre eine Münze in den entsprechenden Schlitz wirft. Was ist aus den Warnungen der Vergangenheit geworden? Was mit der Erhebung der Massen? Oder der Erschaffung einer besseren Welt? Aus diesem Blickwinkel sind dies alte, abgedroschene sozialistische Ideen!

Mittlerweile haben die Niederlande ihren Anspruch, ein leuchtendes Vorbild für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Antirassismus zu sein, vollständig aufgegeben. Wir können wieder in unsere Zeitmaschine steigen und die Tür fest verschließen. Einige meinen vielleicht, der nächste Halt könnte Berlin, die Weimarer Republik, 1932 sein ... Hoffentlich dauert es aber noch lange, bis wir dort ankommen – wenn überhaupt. Lasst uns dafür sorgen, dass es nicht so weit kommt!





Die extreme Rechte in Italien

Die extreme Rechte in Italien weist ganz besondere Charakteristika auf, sowohl in ideologischer Hinsicht als auch in ihrer Politik und sogar darin, wie sie sich selbst zwischen rechts und links einordnet.

Italien ist nämlich die einzige westliche Demokratie, wo man – von 1945 bis 1994 ununterbrochen – in den Institutionen des Gesamtstaats und auch in denen der Peripherie eine politische Kraft feststellen kann, die sich eindeutig auf den Faschismus zurückführen lässt – und die darauf stolz ist. Ein halbes Jahrhundert lang (und darüber hinaus) war die Rechte gleichbedeutend mit Faschismus, ohne dass man allerdings dabei zwischen extremer und moderater Rechten unterschieden hätte, geschweige denn zwischen ihrer parlamentarischen und ihrer außerparlamentarischen Erscheinungsform. Als solche hat sie sich immer als eine Kraft gezeigt, die nicht nur gegen das System gerichtet war, sondern auch den demokratischen Institutionen die Loyalität verweigerte.

Sie war systemfeindlich, da sie ein Konzept von Staat und Gesellschaft vertrat, das sich radikal von der bestehenden Ordnung unterschied: sie lehnte den Aufbau der parlamentarischen Institutionen ab und bevorzugte ein Präsidialregime; sie lehnte das politische System ab, das nach ihrer Ansicht als Parteienherrschaft disqualifiziert war, und sie war gegen die kapitalistische Ordnung der Wirtschaft; an ihrer Stelle wollte sie einen korporativistischen „dritten Weg“ verfolgen, der auf der „vollendeten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren“, zwischen Arbeitern und Arbeitgebern basierte.

Sie war illoyal, indem sie die republikanische Ordnung als das direkte Ergebnis des schändlichen „Verrats“ an der Nation vom 8. November

1943 diskreditierte. Darüber hinaus verfolgte sie eine politische Initiative, die darauf ausgerichtet war, der neuen, aus den antifaschistischen Parteien hervorgegangenen Führungsschicht keinerlei Anerkennung zuzugestehen; ebenso wenig den demokratisch-parlamentarischen Institutionen, da man diese von Grund auf verdächtigte, die ursprüngliche Vision von der Nation als organischer Gesamtheit aufgegeben zu haben, wie sie dem Faschismus eigen und nicht reduzierbar sei auf ein individualistisches oder ein Klassenkonzept der Gesellschaft.

Daraus folgte zweierlei. Zum einen war der Begriff der Rechten im demokratischen Sprachgebrauch unanwendbar geworden, was dazu führte, dass keine Partei des sogenannten „Verfassungsbogens“¹, auf dem sich die antifaschistische Republik gründete, je bereit gewesen wäre, sich als „Rechts“ zu bezeichnen. Selbst die Democrazia Cristiana, die sich doch stabil als Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr etabliert hatte und die so im System faktisch die Funktion eines rechten Pols erfüllte, hat sich stets geweigert, sich als rechts zu bezeichnen. Sie nahm für sich in Anspruch, ihre Berufung im Sinne der berühmten Definition ihres Gründers Alcide De Gasperi zu sehen als „Mitte, deren Blick nach links gerichtet ist“. Auf der anderen Seite stand die Rechte beständig im Verdacht, Impulse – und oft auch Initiativen – zu fördern, die auf Umsturz zielten, einen Putsch planten oder Terroranschläge vorhatten. Angefangen 1964 mit dem umstrittenen „Plan Solo“, bei dem die Waffengattung der Carabinieri dazu bereit gewesen wäre, die militärische Kontrolle des Staats sicherzustellen, indem sie die sogenannten „neuralgischen Zentren“ besetzen und vor allem die politisch als „am gefährlichsten“ eingestuften Persönlichkeiten festnehmen und schnell wegbringen sollte, bis hin zu der berühmten „Strategie der Spannung“, die um die Mitte der 1960er-Jahre die Stabilität und möglicherweise sogar den Bestand der demokra-

1 Der Ausdruck „Verfassungsbogen“ bezeichnet die Parteien, die 1948 die Verfassung der Italienischen Republik ausgearbeitet und gemeinsam verabschiedet haben (Democrazia Cristiana – DC, Partito Comunista Italiano – PCI, Partito Socialista Italiano – PSI, Partito Socialista Democratico Italiano – PSDI, Partito Liberale Italiano – PLI, Partito Repubblicano Italiano – PRI). Von den ersten Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg blieb also nur die neofaschistische Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) vom Verfassungsbogen ausgeschlossen – Anm. d. Ü.

tischen Institutionen in Gefahr brachte. Es ist kein Zufall, dass bis in die 1980er-Jahre keine demokratische (oder antifaschistische) Partei je bereit gewesen wäre, auch nur eine öffentliche Begegnung – geschweige denn irgendeine Form der Zusammenarbeit – mit dem *Movimento Sociale Italiano* (MSI) zu akzeptieren. Nie hat die DC einen Schritt unternommen, der in irgendeiner Form zur Legitimation der neofaschistischen Partei beigetragen hätte, obwohl sie die ganzen 1950er-Jahre hindurch gern von der parlamentarischen Unterstützung der Rechten, sowohl von MSI als auch von monarchistischer Seite, profitiert hat (einer lediglich duldbaren Unterstützung wohlgermerkt und vor allem in keiner Weise verabredet), um ihre unsicheren Regierungsmehrheiten zu sichern. Die gleiche DC, die mit dem MSI auf lokaler Ebene in halb Italien zahlreiche Formen der administrativen Zusammenarbeit praktiziert hat. Nicht einmal die PLL, seit Amtsantritt des Vorsitzenden Giovanni Malagodi (1954–1972) ein Erzfeind jeder wie immer gearteten Öffnung nach links, ist je der Versuchung erlegen, sich auf lokaler Ebene durch die neofaschistische Partei unterstützen zu lassen; sie ist von der öffentlichen Meinung als rechter Flügel des politischen Spektrums (allerdings loyal gegenüber den Institutionen) wahrgenommen worden – und sie hat sich auch entsprechend verhalten.

Von der alten neofaschistischen Rechten zur neuen neopopulistischen Rechten

Mit dem Beginn der 1980er-Jahre beschleunigte sich, wenn auch unter ständigem *stop and go*, der „lange Marsch des italienischen Neofaschismus durch die Institutionen“ – und es zeigten sich auch erste konkrete Ergebnisse; bis dahin war er hin- und hergerissen zwischen dem Versuch eifriger Wahrung der eigenen nostalgischen Identität und dem Bestreben, sich in irgendeiner Form in das demokratische Spiel einzubringen und so endlich aus dem Ghetto der illegitimen Existenz herauszufinden. Die Partei verwässerte ihre inhaltlichen und symbolischen Bezüge zum Faschismus. Gleichzeitig befreiten die demokratischen Kräfte sie vom Ausschluss aus dem demokratischen Zusammenhang – auch DIE LINKE (PRI, PSI,

PCI) und einige institutionelle Amtsträger (vom designierten Ministerpräsidenten Bettino Craxi, der 1983 bei der Bildung seiner ersten Regierung in die Sondierungen die Fraktion des MSI einbezog, bis hin zum Staatspräsidenten Pertini, der sich, ebenfalls 1983, zum Totenbett des in Rom ermordeten jungen MSI-Anhängers Paolo di Nella begab). Die ideologische „Temperatur“ sank zwar, die ideologische „Distanz“ zu den anderen Parteien blieb jedoch bestehen.

Auf dieser Grundlage vollzog sich eine Entwicklung, die langsam, aber unumkehrbar, im Laufe etwa eines Jahrzehnts dazu führte, dass aus der extremen eine gemäßigte Rechte wurde, die nicht mehr illoyal ist, sondern die Institutionen anerkennt, die nicht mehr nationalistisch, sondern europäisch denkt. Durch den Prozess der Erneuerung änderte sich sowohl das ideologische Erbe als auch das politische Programm und sogar die Selbsteinordnung im Links-Rechts-Schema verschob sich zunehmend zur Mitte hin. In dem Maße, wie sich die „originären Ziele“ seiner Identität aufzulösen begannen und sogar seine historische Rolle als alternative Kraft gegenüber den Parteien des „Verfassungsbogens“ schwand, suchte der MSI nach neuen Bindungen und Tendenzen, zunächst auf dem einzigen Feld, wo sich ihm einige Möglichkeiten für einen Neubeginn außerhalb der traditionellen Pfade des Neofaschismus zu bieten schienen: in Europa, in Richtung auf die Neue Rechte hin, die auf dem Alten Kontinent beginnt, die Themen der „Anti-Politik“ erfolgreich aufzugreifen, des Protests gegen Parteienherrschaft, gegen ausländische Zuwanderer und für die Forderung nach mehr Sicherheit. Etwa ein Jahrzehnt lang schien sich die alte neofaschistische Rechte neu zu erfinden, indem sie sich modernisiert und zur neuen neo-populistischen Rechten wurde. Ein überzeugender Beleg dafür ist die Entdeckung von *Le Pens Front National* durch den MSI. Nach seinem Aufstieg zum *Star* am europäischen Firmament der Neuen Rechten war dieser mehrfach ein mit Applaus empfangener Gast der Partei.

Das Thema „Zuwanderung“: Reminiszenz an Faschismus und Systemkritik?

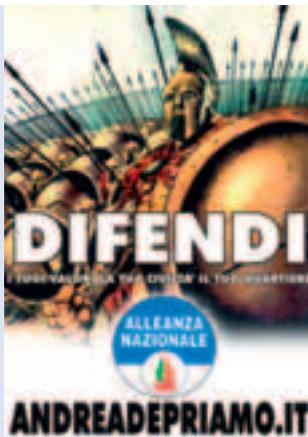
Der Prozess der vollständigen Einmündung in demokratische Bahnen trifft beim heikelsten Thema, der Zuwandererfrage, auf einige Schwierigkeiten. Die neu gegründete Rechte ist bestrebt, eine Neubewertung zu erreichen, weg von der gegen das System gerichteten zur systemkonformen Version. Im Wesentlichen behält sie die vorherige Logik ihrer Argumentation bei. Es werden nur die typisch „anderen“ Tendenzen weggelassen, die ihr bis kurz zuvor noch dazu gedient hatten, ihre betonte „Andersartigkeit“ aufrechtzuerhalten. Es bleiben die Hinweise auf die „großen Migrationsströme von den afrikanischen, nahöstlichen oder balkanischen Küsten“, auf den „sehr starken Geburtenzuwachs“ und auf den „hohen Grad der wirtschaftlichen Unterentwicklung“ dieser Völker. Der Unterschied ist, dass diese Hinweise nicht mehr dazu dienen, der „Kultur des Materialismus“ den Prozess zu machen, die sich aus der „neuen Aufklärung“ speist, sondern jetzt eingeführt werden in ein Projekt zur Bewahrung des trotz „zahlreicher noch bestehender Widersprüche so besonderen [...] Entwicklungsmodells“, das wir „in unserem Land“ haben.

In den folgenden vier Jahren wich die neue Gruppierung im Wesentlichen nicht von dieser Linie ab. Soweit möglich, versuchte sie, mit ihren Ideen den höchsten Grad an Zustimmung in der öffentlichen Meinung zu erreichen, vor allem in Augenblicken großer Dramatik, wie zum Beispiel im Dezember 1997, als die Einwanderungsfrage nach der Anlandung von tausend Kurden an der kalabrischen Küste in eine neue Phase eintrat, was als der gefürchtete Vorbote weiterer unkontrollierbarer Wellen von „Desperados“ angesehen wurde. Die Bedrohung durch illegale Einwanderung wurde nun nicht mehr nur als spezifischer Bezugspunkt in der innerparteilichen Diskussion benutzt, sondern diente jetzt als eines der zahlreichen Argumente, mit denen man die Mehrheit von Mitte-Links bekämpfen wollte. Der Akzent wurde auf den „Niedergang der öffentlichen Ordnung“ gelegt, auf den Zusammenhang zwischen der Anwesenheit der Illegalen und der Kriminalität, auf den instrumentalen

Charakter des mittlerweile fortgeschrittenen Regierungsvorhabens zur Anerkennung des Wahlrechts für die Immigranten (das als plumper „Stimmenfang“ gebrandmarkt wurde) sowie auf den „Schutz der Schwächsten“, den die Rechte für sich in Anspruch nahm.

Um gegen die Politik der Regierung in diesen Fragen zu opponieren, geht man heute nicht mehr auf die Straße und verzichtet auch meistens auf das Arsenal des ausländerfeindlichen Protests. Man beruft sich im Grunde lediglich auf die europäischen Normen. Zumindest ist das der Fall, wenn im Senat das Einwanderungsgesetz diskutiert wird. Das Hauptargument gegen die Regierung lautet, sie setze „die Normen der Europäischen Union nicht um“ und man vergesse, dass die europäischen Behörden auch vor kurzem wieder die Mitgliedstaaten aufgefordert hätten, „bei der Gewährung des Asylrechts Vorsicht walten zu lassen“ und gleichzeitig empfohlen hätten, „die Eingewanderten aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft, die kein Recht zum Aufenthalt im Gebiet der Gemeinschaft haben, unverzüglich auszuweisen“. Wenn es eines Beispiels für Italien bedarf, findet man dies in Frankreich, aber es ist nicht mehr das Frankreich Le Pens, sondern das von Juppé.

Finis Partei, die 1995 aus dem MSI hervorgegangene *Alleanza Nazionale* (AN), ließ sich selbst in Fällen „wütender Proteste“ gegen die Anwesen-



Wahlplakat der *Alleanza Nazionale* (National Alliance):
„Verteidige Deine Werte, Deine Kultur und Deinen Bezirk“

Wahlplakat der Forza Nuova (FN):

„Bestimmte Menschen wollen, dass unsere Bezirke in die Hände von Ausländern und Drogendealern fallen

Andere wollen Ordnung und Sicherheit. Schließt unsere Grenzen.“

Alien's deportation Special acts



heit der Zuwanderer nicht dazu hinreißen, auf die Protestwelle aufzuspringen, wie es noch wenige Jahre zuvor der Fall gewesen war. Das kann man anlässlich der Unruhen in San Salvario in Turin oder in der Via Meda in Mailand belegen. Ihr Presseorgan brachte die Nachricht nicht auf der ersten Seite. Sie wies ihr einen Platz im Inneren zu, und zwar im Lokalteil. Und mehr noch: Sie vermied sogar Bewertungen, die mit Protestaufrufen verwechselt werden könnten und entschied sich lieber dafür, die Vertreter der aufgebrachtten Einwohner zu Wort kommen zu lassen; außerdem bemühte sie sich um eine „unaufgeregte Darstellung“. Der Protest richtete sich nicht gegen die Fremden aus Ländern außerhalb der EU, sondern gegen Drogenhandel und Kriminalität; dafür spreche jedenfalls, dass die Demonstranten auch die ordentlich registrierten Zuwanderer eingeladen hätten, sich dem Protest anzuschließen. Zum eigentlichen Angeklagten wurde die Regierung. „Uns reicht es mit der Illegalität“, erklärte der Vorsitzende des Comités von San Salvario. „Wir sind es leid, Opfer von Einbrüchen und Gewalt zu sein, die wir den Behörden melden, ohne dass uns jemand anhört“, und „der Staat ist nicht vorhanden“.

Finis Partei lieferte einen weiteren Beweis guten Willens, als eine Verordnung zur Legalisierung illegaler Zuwanderer, die *Sanatoria Dini*, in Gesetzesform verabschiedet werden sollte. Die AN beklagte den offensichtlichen Mangel an Kooperationsbereitschaft bei der Regierung Prodi

gegenüber den Vorschlägen der Opposition, als sie sich nicht bereit zeigte, irgendeinen Änderungsvorschlag am Gesetzestext zu akzeptieren, indem sie sofort die Vertrauensfrage damit verband. Die neue Argumentationsstrategie lag auf halbem Wege zwischen einem (starken) Verweis auf den Unwillen einer öffentlichen Meinung, die die Fremden ablehnt, und einer (schwachen) Bereitschaft zu einer Politik für deren Integration; sie ist treffend in der Losung ausgedrückt, die im November 1996 ausgegeben wurde: „So viel Solidarität wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig.“ Die Integrationskraft des politischen Systems scheint zu guter Letzt über die Instrumentalisierung der Proteste gegen die Immigranten als Mittel zum Kampf gegen dieses System gesiegt zu haben.

Von der Systemopposition in die Regierung: Die erste Partei der rechten Mitte

Auch wenn man die Widerstände der zahlreichen unverbesserlichen Nostalgiker, die geistigen Vorbehalte vieler und die wirren ideologischen Weltbilder ihres intellektuellen Umfelds berücksichtigt, entwickelte sich die AN jedenfalls rasch weiter, um als echte demokratische Kraft glaubwürdig zu erscheinen und erreichte schließlich den Zusammenschluss mit Berlusconi's Partei *Forza Italia*, womit im März 2009 (erstmal in der Geschichte der Republik) eine einzige Partei der rechten Mitte entstanden ist: das „Volk der Freiheit“ (*Popolo della libertà*). Es war, wie gesagt, ein Weg nicht ohne Widersprüche und mit manchen hartnäckigen Versuchen, Überzeugungen, die bis dahin gegolten hatten, zu verteidigen. Noch im Sommer 1993, mitten in der aufsehenerregenden Wendung zu liberaldemokratischen Ufern, bekräftigte die Partei „die Unmöglichkeit des Zusammenlebens zwischen den Entrechteten aus Nicht-EU-Ländern und denen, die versuchen, [...] die eigenen Ressourcen zu verteidigen“. „Es bedurfte der Volksaufstände von Genua, von Stornara [Provinz von Foggia in Apulien], von Villa Literno [Provinz Caserta in Kampanien], um die vielen ‚Gutmenschen‘ davon zu überzeugen, dass die Politik der offenen Tore nicht mehr das geeignete Mittel ist, den Einwanderungsstrom zu kanalisieren“, schrieb die Parteizeitung.

Die Demokratie wird von den Erben der italienischen extremen Rechten jedenfalls so überzeugt angenommen, dass sich einige der bekanntesten Exponenten der alten neofaschistischen Partei als Wortführer für eine Rechte hervortun, die nicht nur mit alten Einflüssen aus der Zeit des Faschismus (Nationalismus, Korporativismus, „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus etc.) aufräumt, sondern selbst die jüngsten Themenschwerpunkte zurückweist, die sich die populistische Rechte in Europa zu eigen gemacht hat: Protest gegen Immigranten, Bedrohung der Sicherheit, Parteienkritik, Ablehnung der europäischen Bürokratie und der Banken etc. An ihre Spitze setzte sich der letzte Parteichef des MSI, Gianfranco Fini, als Nachfolger eingesetzt durch den historischen MSI-Chef Giorgio Almirante, der seine Fehler in der Zeit der *Repubblica Sociale Italiana* (1943–1945) nie bereut hatte: der gleiche Fini, der noch 1990 so weit gegangen war, mit einer Unterschriftenaktion zu drohen, um das sogenannte Martelli-Gesetz (*legge Martelli*) zu revidieren (das Gesetz hatte für illegal anwesende Zuwanderer zum ersten Mal die Möglichkeit geschaffen, ihren Status zu legalisieren); gleichzeitig sollte ein Volksentscheid verlangt werden, der das Gesetz abschaffen sollte für den Fall, dass das Parlament es nicht revidiert.

Der ideologische Wandel ist so radikal gewesen, dass sich die gleichen früheren MSI-Leute – in ihrer Operationsbasis, der Stiftung *Fare Futuro* (die Zukunft gestalten) – für eine Verfassungsänderung stark machen, die im Einvernehmen mit der linken Opposition auf eine Gesellschaft abzielt, die die Verdienste der Menschen würdigt, auf eine bioethische Politik, die mehr als bisher die Rechte des Individuums achtet, auf eine Einwanderungspolitik, die darauf gerichtet ist, die neu Angekommenen zu integrieren – statt sie zu marginalisieren, geschweige denn sie abzuschieben, wie das ein kürzlich verabschiedetes Gesetz der Regierung Berlusconi vorschreibt –, indem man ihnen die Staatsbürgerschaft bereits nach fünf Jahren Aufenthalt zuerkennt (anstatt wie gegenwärtig üblich nach zehn Jahren) und denen, die in Italien geboren sind, automatisch den italienischen Pass ausstellt. Zwar fehlte es auch innerhalb der AN nicht an Stimmen und an Triebkräften, vor allem an der Parteibasis und in vielen Bereichen der Peripherie, die sich die neuen Protest-

gründe zu eigen machten, auch weil sich in der politischen Auseinandersetzung die Stimmung gegen die Zuwanderer machtvoll durchzusetzen begann. So kam es, dass der Sprecher der AN, Maurizio Gasparri, „mehr Härte bei der Abschiebung“ der illegalen Einwanderer forderte und den Vorschlag, den Zugewanderten auch das Wahlrecht zuzugestehen, als „eine unsinnige Hypothese“ bezeichnete, während andere seiner Parteifreunde – wir sprechen von 1995–1996 – von „umgekehrtem Rassismus“ redeten. Mancher forderte sogar, „ein Nottelefon zur Verteidigung der Weißen“ einzurichten. Die früheren MSI-Leute haben jedoch weder die Absicht noch die Kraft, sich zu Sprechern der anschwellenden Proteste zu diesem Thema zu machen, denn sie fürchten, diese Welle könnte sie in eine Richtung treiben, in die sie nicht wollen. Dessen ungeachtet ist die extreme Rechte seit der Auflösung des MSI auf der Suche nach ihrer eigenen Identität.

Wo bleibt die extreme Rechte?

Es gibt jetzt weder innerhalb des politischen Systems noch in der öffentlichen Meinung einen einzigen anerkannten Akteur (wie ihn in der Vergangenheit der MSI verkörpert hatte), der für diesen Bereich und diese politische Richtung stünde, eine Richtung, die sogar bedeutende Anhänger/innen auch in Italien aufweist – niemand will diese Rolle einnehmen, während sich DIE LINKE schwer tut, die extreme Rechte zu identifizieren. Den neuen Vertreter vermutet sie jeweils in jeder der drei Parteien, die bis zur Gründung des PDL die rechte Mitte bevölkern. Einmal war es die *Lega Nord* (durch ihre Fremdenfeindlichkeit), dann war es AN (wegen ihrer faschistischen Vergangenheit, die sie nie wirklich aufgegeben habe) und schließlich Forza Italia (wegen ihres Populismus).

Im Gegensatz zu den anderen demokratischen Ländern Europas gelingt es hier nicht, diese Ursachen sozialen Unbehagens zu einem klaren politischen Thema werden zu lassen. Sie führen also nicht zur Wiederbelebung einer Rechten faschistischer Prägung (abgesehen von Minderheiten, die es nicht bis ins Parlament schaffen, wie etwa das *Movimento*

Sociale – *Fiamma Tricolore* des früheren Anhängers der *Repubblica Sociale Italiana* (1943–1945) Pino Rauti, der sich vom alten MSI bei der Gründung der AN abgespalten hatte, oder *Forza nuova* von Roberto Fiore und Massimo Morsello, um nur die repräsentativeren zu erwähnen, außerdem die neonazistischen *Naziskin*); dieses Unbehagen trägt aber ebenso wenig zum Entstehen einer Rechten der post-materialistischen Art bei. Es wird von keiner der Parteien als spezifischer Schwerpunkt aufgegriffen; es erreicht nicht die Ebene der wichtigen Themen auf der Agenda der nationalen Politik. Der Hauptgrund, weshalb dieses Unbehagen nicht in offener Weise politisiert wird, liegt, wie mehrfach betont wurde, in der Tatsache, dass es in Italien eine reflexbedingte Art von Reaktion gibt, die für jedes Verhalten und/oder jede politische Gruppe automatisch zur Disqualifizierung führt, wenn sie dem historischen Erbe des Faschismus zugerechnet werden könnten.

Die Lega Nord

Im Laufe der Zeit hat sich die Partei des Umberto Bossi, die *Lega Nord* immer stärker zum politischen Unternehmen auf einigen der wichtigsten Konfliktfelder der extremen Rechten in Europa entwickelt. Es ist in der Tat nicht zu bezweifeln, dass die Lega Nord die Politik gegen die Zuwanderer – zusammen mit dem Protest gegen die Steuerpolitik und die Sicherheitspolitik – zu ihrem hauptsächlichen Streitthema gemacht hat. Gleichermaßen steht fest, dass die Ablehnung von Ausländern bei den Wahlscheidungen der Lega-Wähler/innen von Anfang an eine herausragende Bedeutung hatte. Aber die von Bossi angeführte Partei hat die Feindseligkeit gegen die Zuwander/innen gleichwohl nicht von Anfang an zum ersten Ziel und Qualifikationsmerkmal der Bewegung gemacht. Sie hat in ihrer Geschichte häufig die Schwerpunkte gewechselt, auf die sie ihren Wahlerfolg gründen wollte. Sie ist jedoch nie zugunsten des Neofaschismus noch des Antisemitismus abgebogen. Und sie hat ihrer Konzeption von Gemeinschaft nie ein biologisches *Ethos* verliehen.

Die Lega Nord ist im Nordteil Italiens und in Gebieten entstanden, die zu den am weitesten entwickelten und modernsten des Landes gehören und sie hat sich auch (fast) ausschließlich dort ihr Stammgebiet erhalten. Zu ihren Hauptanliegen zählen seit ihrer Entstehung auch die Bewahrung des Territoriums, sein materielles Wohlergehen und die dort vorhandenen traditionellen Werte. Sie hat sich immer als politischer Ausdruck des Volks in der Po-Ebene dargestellt, für das sie sich freigebig „eine eigene Tradition ausdenkt“. Dies ist das Thema, an dem entlang sich ihre Entwicklung vollzieht. Zunächst Anhängerin einer föderalistischen Reform des Staats (1992–1993), hat sie später ihre Forderungen radikalisiert, indem sie eine offene Abspaltung des Nordens verlangte (1996), um sich dann zur Vorkämpferin der Dezentralisierung zu machen (1997–1998) und zuletzt die *devolution*² zu verlangen, bevor sie wieder föderalistisch wurde, als sie erneut in die Regierung eintrat (2001–2006 und wieder ab 2008).

Es ist aufschlussreich, was in der ersten Nummer des Monatshefts *Lombardia Autonomista* stand, das noch vor der Entstehung von Bossis Partei für die *Padani* sprach, die Einwohner der Po-Ebene, und das viele Jahre lang das einzige Kommunikationsmittel der neuen politischen Formation für ihre Mitglieder war:

Lombardi, „[...] Egal, wie alt Ihr seid, welcher Beschäftigung Ihr nachgeht, welche politische Meinung Ihr vertretet. Was zählt, ist, dass Ihr – wie wir alle – *Lombardi* seid. Nur das ist wirklich wichtig und es ist die Zeit gekommen, sich daran zu erinnern und dem einen politischen Ausdruck zu geben [...] heute gehört die Lombardei nicht mehr den *Lombardi*, *Padania* [die Po-Ebene] gehört nicht mehr den Einheimischen. Sie ist nur ein geografischer Begriff ohne politische Bedeutung, ein Territorium, das rechtlos ist gegenüber der Überflutung durch andere. Seine Bevölkerung ist eine Menge von

2 Übertragung von Kompetenzen des Zentralstaats auf die Regionen, Provinzen und Kommunen; seit 1997 neben dem Begriff „Dezentralisierung“ in Gebrauch in Anlehnung an die Übertragung von Kompetenzen des Zentralparlaments von London auf das neue Parlament von Schottland – Anm. d. Ü.

Leuten ohne politische Identität, anonym eingegliedert in einen gescheiterten Nationalstaat, der uns mit in seinen Abgrund reißt ohne Ausweg und ohne Hoffnung.“

Die führenden Leute der Lega wissen sehr wohl, dass es eine Sache ist, *Padanien* zu verteidigen, etwas anderes aber, dem Vorwurf der Xenophobie ausgesetzt zu sein. Deshalb waren sie immer darauf bedacht, ihre Fremdenfeindlichkeit von einem grundsätzlichen Motiv zu einem der Opportunität umzudefinieren. Im Bewusstsein der Gefahr, in die Falle der Disqualifizierung und Verantwortungslosigkeit zu geraten, haben sie mit gekonnten rhetorischen Wendungen immer wieder versucht, die Anschuldigung, sie versteckten hinter dem praktischen Schirm des Antifaschismus in Wahrheit antidemokratische Verhaltensweisen, an ihre Kritiker zurückzugeben, für die das nun wirklich zutrefte. Die wahren Zerstörer der Grundlagen des zivilen Miteinanders seien also die Anhänger einer Politik der „offenen Tore“ für Menschen von außerhalb der EU. „Die Zuwanderung aus der Dritten Welt zersetzt die Gesellschaft und führt zum Faschismus.“ – „Die Autonomie ist [...] die sauberste Form, Partei zu ergreifen.“ Dies sind nur zwei Parolen, an denen jedoch gut zu sehen ist, wie die Lega sich immer bemüht hat, den hinderlichen Ruf der neofaschistischen Rechten oder jedenfalls des Rassismus loszuwerden.

Vor allem muss man die Sprache in Betracht ziehen, die sie gebraucht. Unter diesem Gesichtspunkt können die Äußerungen einiger führender

Wahlplakat der Lega Nord:

„Vermutet, wer wird der letzte sein?
Für das Recht auf Wohnung, Bildung,
Arbeit und Gesundheit
Lasst uns rechts halten auf dem Weg
zu Monregalesi“ (Lega Nord und
Padanesische Jugendorganisation)

Monragelese ist der Name der Region rund
um Mondovi (Piedmont, Provinz Cuneo)



Personen der Lega angeführt werden. Als Beleg sollen hier ein Bürgermeister einer großen Stadt und zwei Europaabgeordnete herausgegriffen werden. Der Erste Bürger von Treviso, Giancarlo Gentilini, hat es im Jahr 2000 während einer öffentlichen Rede gewagt, die Eingewanderten aus Drittweltländern mit „Häschen“ zu vergleichen, „auf die die Jäger Schießübungen machen können“. Diese Einladung zur Jagd auf Ausländer hat ihm zwar einen Strafprozess eingebracht, bei dem er jedoch freigesprochen wurde.

Nicht weniger schauerliche Äußerungen verdanken wir Boso. Dieser Vertreter der Lega wurde zumindest wegen eines schockierenden Vorschlags berühmt: den Schwarzen Fußabdrücke abzunehmen und sie zur Wahl auf den Montblanc zu schicken. Zwei weitere Aufforderungen zur Ausländerverfolgung können nicht unerwähnt bleiben: Das „Spiel“ namens „Lass den Illegalen abprallen“ (*Rimbalza il clandestino*), das der Sohn von Bossi, künftiges Regionalratsmitglied der Lombardei, auf Facebook vorgeschlagen hat, um die illegal Eingewanderten zu „verscheuchen“, sowie der Aufruf „Illegal Eingewanderte: Foltert sie! Es ist Notwehr!“, der auf einem Flugblatt erschienen ist, auch auf einer Seite von *Facebook* publiziert, die von der Lega stammt.

Einführung von Maßnahmen gegen außereuropäische und illegale Zuwanderer

Neben den Aufrufen zählen auch die Fakten. Auf nationaler Ebene gibt es mindestens zwei Maßnahmen zur Diskriminierung der außereuropäischen Zuwanderer, die auf eine dringende Forderung seitens der Lega hin verabschiedet wurden: Das *Bossi-Fini*-Gesetz und die Sicherheitsverordnung. Das Gesetz mit dem Namen seiner Erstunterzeichner, des Chefs der Lega und des damaligen Vorsitzenden der *Alleanza nazionale* (AN), ist im Jahr 2002 verabschiedet worden und sieht vor, die Aufenthaltserlaubnis, die Wohnsitzgenehmigung und die italienische Staatsbürgerschaft nur Ausländern zu erteilen, die eine Arbeitsstelle oder ein Einkommen nachweisen können, das für ihr wirtschaftliches Auskommen

ausreichend ist. Diese Vorschrift erlaubt obendrein die Ausweisung von Amts wegen mit Begleitung zur Grenze durch die öffentliche Gewalt sowie in internationalen Gewässern die Abschiebung ins Herkunftsland. Das sogenannte „Sicherheitspaket“, das in diesem Jahr verabschiedet wurde, führt in die Rechtsordnung den Straftatbestand der *clandestinità*, des illegalen Aufenthalts, ein. Nicht weniger diskriminierend sind Maßnahmen, die dazu dienen, die außereuropäischen Zuwanderer für den Fall der Arbeitslosigkeit von „jeder Form der Unterstützung zum Lebensunterhalt“ auszuschließen.

An der Peripherie wurden von einzelnen Gemeindeverwaltungen oft besonders schikanöse Vorkehrungen beschlossen. Sie reichen vom „Kampf gegen das Ausspucken“, bei dem präzisiert wird, dies sei „eine Verhaltensweise, die bei den Bengalen üblich ist“ (Monfalcone in Friaul) bis zur Aufforderung, dem Antrag auf Wohnungsgenehmigung ein polizeiliches Führungszeugnis beizufügen (Ospitaletto, Brescia), von der Inspektion der Wohnungen von „Verlobten“ (Cernobbio, Como) zur Verweigerung von Unterstützung von Arbeitslosen (Brignano, Gera d’Adda), von der strikten Verweigerung von Unterkunft für Ausländer in öffentlichen Einrichtungen (Prato) bis zur *Operation White Christmas*, die so genannt wird, weil vorgeschlagen wurde, am Weihnachtstag die Ausländer im Stadtgebiet zu kontrollieren, ob sie eine gültige Aufenthaltserlaubnis haben (Coccaglio, Brescia) bis schließlich hin zur Einführung nächtlicher Streifengänge, um nur die jüngsten Maßnahmen anzuführen.

Ein italienischer Sonderweg?

Muss man also folgern, die Lega sei die italienische Version der extremen Rechten in Europa? Es ist schwer, auf diese Frage eine eindeutige Antwort zu geben. Der italienische Fall weist einige Besonderheiten auf, die man nicht einfach auf das klassische Modell der fremdenfeindlichen Partei zurückführen kann. Zweifellos stimmt es, dass sich auch auf der italienischen Halbinsel deutliche Tendenzen von Neopopulismus, gegen Zuwanderer, von Fremdenfeindlichkeit und von *law and order* zeigen; es

stimmt aber auch, dass bisher keine Partei diesen politischen Raum für sich beansprucht oder ihn ausdrücklich besetzt hat, noch hat eine sich diese Forderungen *in toto* als ihr spezifisches Charakteristikum zu eigen gemacht. Nur die Lega Nord zeigt eine scharfe zuwandererfeindliche Haltung mit offen fremdenfeindlichen Spitzen und hat außerdem eine klare Neigung, das Thema der Sicherheit zu betonen. Um den Druck zu verringern, scheinen sie trotzdem ihren politischen Realismus zu bemühen, sobald sie Regierungsverantwortung haben (einer ihrer Exponenten, Maroni, bekleidet heute das Amt des Innenministers) und mehr die opportunistische als die ideologische Seite ihres Kampfes zu betonen. Die Partei von Bossi ist als Regionalpartei entstanden und ist es auch geblieben, sowohl was ihre territoriale Zugehörigkeit betrifft als auch mit Blick auf ihre politische Identität. Ihre Zentralen, ihre Mitglieder, ihre Anhänger und ihre Wähler sind (fast) ausschließlich im Norden verwurzelt (und dort vor allem im Veneto, in der Lombardei und in Piemont). Zugleich ist ihr ureigenstes Bestreben noch immer die Verteidigung der materiellen und ideellen Anliegen des *padanischen Volkes*: dies ist eine unbestimmte Kategorie, die auch historisch keine Begründung hat, wenn man so will, die jedoch eine „nördliche Frage“ aufwirft: Sie setzt einen Zustand des Leidens für eine Teil des Landes voraus, zu dessen Befreiung sie sich als ihre eigentliche Aufgabe verpflichtet hat.

Eine ideologische Partei, wenn es darum geht, das Wir-Gefühl ihrer Anhänger zu stärken und ihren Kampfgeist zu stimulieren, wie es sich für eine „Massenpartei“ gehört (die einzige, die in Italien noch vorhanden ist), die aber fähig ist, eine realistische und sogar opportunistische Partei zu werden, wenn sie die Verantwortung in örtlichen Gemeinden übernimmt, bis hin zum Übergreifen in die Wählerschaft der Rechten und der Linken. Dies gelingt, weil sie sich – wie scharf beobachtet wurde – „einer Sprache zu bedienen weiß, die fremdenfeindlich und aggressiv ist, wenn sie Oppositionspartei ist, aber eine reformistische Strategie anwendet, wenn sie der Regierung angehört“. Als Minderheit auf nationaler Ebene entwickelt sie dort, wo sie Fuß fasst, eine „mehrheitliche Anziehungskraft“. Es gelingt ihr also, auf der Rechten konkurrenzfähig zu sein bis

hin zur Vorrangstellung gegenüber dem Popolo della libertà im Norden (im Veneto hat sie bei den Regionalwahlen vor wenigen Monaten mit 35 Prozent die Partei Berlusconis um gut 10 Prozent überholt); aber auch auf der Linken, und zwar gerade wegen ihrer ausgeprägten Fähigkeit, sich in den örtlichen Gemeinden zu behaupten. Auch aus diesem Grund erregt sie Interesse – und fast Neid – sogar bei der Linken, die sich im Norden außer um ihre Wählerschaft auch um ihre politischen Tugenden gebracht sieht, die einst das Kapital des PCI ausmachten: das heißt, zugleich „Kampfpartei und Regierungspartei“ zu sein. Gerade diese Eigenschaft ist es, weshalb sie in letzter Zeit fähig ist, bei Wahlen über die Grenzen der Po-Ebene hinaus bis in die traditionell „roten“ Gebiete vorzudringen, wo historisch andere politische Lager gegen DIE LINKEN Kräfte keine Chance hatten. Bei den Wahlen im vergangenen März hat die Lega in der Emilia Romagna über 13 Prozent erreicht und war sogar in der Toskana und in den Marken erfolgreich, wo sie ehrenvolle 6 Prozent erhalten hat. Als (beinahe) Vormacht im Norden, konkurrenzfähig in Mittelitalien, erweist sich die Lega an der Wende des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts auch in der nationalen Regierung als angesehen und einflussreich.

Begriffserläuterung:

- MSI Movimento sociale italiano (Italienische soziale Bewegung)
- AN Alleanza Nazionale (nationale Allianz)
- FI Forza Italia! (Kraft Italien, auch: Italien vor! oder Vorwärts Italien!)
- PDL Popolo della libertà (Volk der Freiheit)
- DC Democrazia Cristiana (Christliche Demokratie)
- PCI Partito comunista italiano (Kommunistische Partei Italiens)
- PSI Partito socialista italiano (Sozialistische Partei Italiens)
- PSDI Partito socialista democratico italiano (Sozialdemokratische Partei Italiens)
- PRI Partito repubblicano italiano (Republikanische Partei Italiens)
- PLI Partito liberale italiano (Liberale Partei Italiens)



Transformationen und „direkte“ Erfolge am rechten Rand: Die Schweiz als Vorbild in Europa?

Am 29. November 2009 sprachen sich 57,5 Prozent der Schweizer Stimmbürger für die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ aus. Damit sollte in der Bundesverfassung festgeschrieben werden, dass in der Schweiz keine Minarette mehr gebaut werden dürfen. In den internationalen Medien wurde das Abstimmungsergebnis heftig diskutiert und als ausgrenzend, diskriminierend und fremdenfeindlich taxiert.¹ Die „New York Times“ nannte das Resultat „a vote for intolerance“ und sah in ihm „a strong and urgent message [...] for all Western nations where Islamic minorities have been growing in numbers and visibility, and where fear and resentment of Muslim immigrants and their religion have become increasingly strident and widespread“.² Bereits die im Vorfeld der Abstimmung durchgeführte Kampagne, die Symbole der Bedrohung verwandte, hatte für Empörung gesorgt. Besonders provozierend war ein Plakat, das raketenförmige Minarette auf einer Schweizer Flagge zeigte, mit einer Frau mit Niqab, einem Gesichtsschleier, im Vordergrund. Die rechtspopulistischen Parteien in Europa jedoch zeigten sich begeistert vom Abstimmungsergebnis und forderten ähnliche Maßnahmen in anderen Ländern.³ Auch das Anti-Minarett-Plakat fand Beifall und wurde in eigenen Kampagnen imitiert, so vom *Front National* in Frankreich und von der Partei *Pro NRW* in Deutschland.

-
- 1 Siehe u. a. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. November 2009; Süddeutsche Zeitung vom 30. November 2009; Der Standard vom 30. November 2009; Libération vom 30. November 2009; Le Monde vom 1. Dezember 2009.
 - 2 New York Times vom 30. November 2009; [dt. Übersetzung: „eine Abstimmung für Intoleranz“, „eine starke und dringende Botschaft [...] an alle westlichen Nationen, wo islamische Minoritäten zahlenmässig zugenommen haben und sich Angst und Ressentiments gegen muslimische Einwanderer und deren Religion zusehends verbreitet und verstärkt haben.“
 - 3 NZZ am Sonntag vom 13. Dezember 2009.



Wahlplakat der SVP

Die Minarett-Initiative ist keine Ausnahme in der Schweiz: Es gibt eine lange Tradition des Rechtspopulismus. Die schweizerische direkte Demokratie ist sehr wichtig für rechtspopulistische Mobilisierungen und es gibt immer wieder fremdenfeindliche Argumentationen in migrationspolitischen Debatten. Die Initiative ist so vor dem Hintergrund historischer Kontinuitäten zu sehen. Die federführenden Akteure kamen aus der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) und der *Eidgenössisch-Demokratischen Union* (EDU), beide Teil des in der Schweiz seit den 1960er-Jahren bestehenden rechtspopulistischen Parteienlagers. Die im Rahmen der Anti-Minarett-Kampagne verwendeten Parolen wie die „schleichende Islamiisierung der Schweiz“ erinnern an die „Überflutungsthesen“, die in den 1960er- und 1970er-Jahren von rechtspopulistischen Parteien gegen die Einwanderung aus Italien verwendet worden waren. Auch das Anti-Minarett-Plakat stand inhaltlich und grafisch in der Tradition politischer Kampagnen, wie sie seit den 1990er-Jahren von der SVP geführt worden waren und die wegen ihres provokativen Stils und ihrer xenophoben Inhalte regelmäßig öffentliche Kontroversen ausgelöst hatten.⁴

4 Zu erwähnen sind beispielsweise die „Schäfchen“-Plakate von 2007. Vgl. Artikel von Minkenberg in diesem Band, Abbildung S. 41.

Wie stark rechtspopulistische Kampagnen das Einstellungsklima in der Bevölkerung prägen und so das Entscheidungsverhalten der Wähler beeinflussen, zeigt die Analyse der Abstimmung über das Minarett-Verbot. Die Behauptungen der Initiatoren, Minarette seien „Symbole der Islamisierung“ und es gehe um die „Verteidigung des christlichen Glaubens“, wurden von 38 Prozent der Befürworter/innen des Verbots als Hauptmotive für ihr Entscheidung angegeben. 81 Prozent der Ja-Stimmenden waren mit der Begründung einverstanden, mit der Initiative müsse ein Zeichen gegen die zunehmende Verbreitung des Islams in der Schweiz und in Westeuropa gesetzt werden.⁵

Alle Strömungen am schweizerischen rechten Rand blicken auf eine lange Geschichte zurück, insbesondere die kulturell-diskursiv agierende, sogenannte Neue Rechte, die sich wie auch in anderen westeuropäischen Ländern Ende der 1960er-Jahre formierte und deren Entwicklung sich immer wieder mit der rechtspopulistischer Parteien überschneiden hat. Auch die Anfänge der extremen Rechten reichen in die unmittelbare Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, wobei sie bis in die 1980er-Jahre hinein vor allem im Untergrund agierte und kaum von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Seither hat sich die extreme Rechte als Subkultur etabliert, die jugendkulturelle Dimensionen aufweist und durch einzelne Organisationen, Ideologen und Publikationen eine gewisse Struktur erhält.

Die rechtspopulistischen Parteien, die Neue Rechte und die extremen Rechten schöpfen mit ihren ausgrenzenden und antiegalitären Ideen alle aus ähnlichen ideologischen Quellen. Verschieden sind ihre Aktivitäten und die Strategien, die sie anwenden, um ihre politischen und ideologischen Ziele zu verfolgen, sowie die Positionen, die sie in der Gesellschaft und im politischen System der Schweiz einnehmen.

5 Hirter, Hans; Vatter, Adrian (2009): Analyse der eidg. Abstimmung vom 29. September 2009. Bern, S. 31, 33.

Rechtspopulistische Außenseiterparteien mit direktdemokratischer Macht

Am 2. Juni 1970 votierten 46 Prozent der Stimmbürger für die Volksinitiative „Gegen die Überfremdung“, die eine Beschränkung des Ausländeranteils auf 10 Prozent forderte, was die Ausreise eines Drittels der Schweizer Bevölkerung zur Folge gehabt hätte. Nach heftigen Debatten im Vorfeld beteiligten sich ganze 74,1 Prozent der Stimmberechtigten an der Abstimmung, die höchste Beteiligung seit 1947. Frauen durften damals noch nicht wählen. Die Initiative war von der *Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat* (NA) eingereicht worden, einem 1961 gegründeten Bürgerkomitee, das sich im Laufe der 1960er-Jahre zu einer politischen Partei mit festen Strukturen entwickelt hatte und sich bis heute in der schweizerischen Parteienlandschaft hält. 1967 eroberte die NA mit James Schwarzenbach, einer der ersten rechtspopulistischen Führungsfiguren im Nachkriegseuropa, erstmals einen Sitz im nationalen Parlament. Hauptziel der NA war die Eindämmung der Einwanderung und die Verringerung des Ausländeranteils. Ihre Begründung laut dem Parteiorgan 1968: Die Schweiz werde von „fremdländischen Arbeitern“ überschwemmt und die hohe Natalität der Migrantinnen führe dazu, dass das Land von „einer ausländischen Geburtenlawine“ überrollt werde.⁶

Die Abstimmung von 1970 gilt als politisches Initialereignis für den Rechtspopulismus in der Schweiz. Zum einen setzte er sich damit, wenn auch noch mit wenigen Wählerstimmen, in der schweizerischen Parteienlandschaft fest. Zum anderen hatten die rechtspopulistischen Akteure die Macht der direkten Demokratie im Zusammenhang mit migrationspolitischen Fragen entdeckt. Zum Lager der Rechtspopulisten gehörten neben der NA die seit 1964 in Genf als Anti-Establishment-Partei auftretende *Vigilance* und die 1971 als Abspaltung von der NA von James Schwarzenbach gegründete *Schweizerische Republikanische Bewegung* (SRB). 1975 kam die EDU hinzu, die im Laufe der 1980er-Jahre zu einer protes-

6 Volk + Heimat, Nr. 7, Juli 1968, S. 3.

tantisch-fundamentalistischen Partei mutierte und zunehmend gegen muslimische Migranten und den Islam im Allgemeinen Stellung nahm.⁷

Die Zersplitterung des rechtspopulistischen Parteienlagers verstärkte sich, als 1985 die *Autopartei Schweiz* (APS) und 1991 die *Lega dei Ticinesi* gegründet wurden. Während Anti-Establishment-Haltung, radikale Kritik an der Migrationspolitik der Regierung und die Ablehnung des Beitritts der Schweiz zu supranationalen Organisationen gemeinsame Charakteristika der Parteien waren, zeichneten sie sich durch programmatische Spezialisierungen aus. So hatte die APS eine antiökologische Speerspitze, die EDU wollte christlich-religiöse Werte stärker in Politik und Gesellschaft einbringen und die *Lega* betrieb eine regionalistisch orientierte Identitätspolitik. Das bis dahin beste Wahlergebnis erreichte das rechtspopulistische Lager bei den Nationalratswahlen von 1991, als die vier Parteien APS, Lega, EDU und NA, die sich 1990 in *Schweizer Demokraten* (SD) umbenannt hatten, auf einen Wähleranteil von 10,9 Prozent und 16 der 200 Sitze im Nationalrat kamen.

Die Außenseiterrolle in der parlamentarischen Arena kompensierten die rechtspopulistischen Splitterparteien durch den regelmäßigen Gebrauch der Mittel direkter Demokratie. Damit gelang es ihnen trotz ihrer marginalen parteipolitischen Stellung, sowohl bestimmte Themen breit zu diskutieren und ihre Anliegen in weiten Teilen der Bevölkerung bekannt zu machen, als auch *Agenda-Setting* zu betreiben und Druck auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben. Direktdemokratische Aktivitäten waren auch Mobilisierungsmomente, die zur Stärkung der Identität und der internen Kohäsion der Parteien beitrugen. Sie ermöglichten Kooperationen innerhalb des Parteienlagers, was besonders für die Kleinparteien mit

7 So warnte ihr Parteipräsident 1990 anlässlich der Abstimmung über eine Liberalisierung des Kirchengesetzes im Kanton Bern davor, es sei „geradezu gefährlich, die islamische Gefahr für unser Land herabzuspielen“; EDU-Standpunkt, Nr. 5, Mai 1990, S. 1. Siehe auch Skenderovic, Damir (2006): Feindbild Muslime: Islamophobie in der radikalen Rechten. In: Altermatt, Urs; Delgado, Mariano; Vergawen, Guido (Hg.): Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag. München, S. 79–95.

ihren relativ schwachen Parteiorganisationen und dem begrenzten Kreis von Parteiaktivisten wichtig war. Von 1968 bis 1990 lancierten die rechts-populistischen Parteien allein zu migrationspolitischen Fragen neun Volksinitiativen, von denen sechs zur Abstimmung kamen. An der Urne wurden sie zwar alle abgelehnt, zum Teil sogar mit überaus großen Mehrheiten, aber auf den Verlauf der schweizerischen Migrationspolitik hatten sie durchaus Einfluss. Das verdeutlicht beispielsweise die Volksinitiative von 1970, die dazu beitrug, dass die Regierung von der eher liberalen Rotations- zur restriktiveren Stabilisationspolitik überging.⁸

Wandel und Aufstieg der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Seit Anfang der 1990er-Jahre hat sich das rechtspopulistische Lager in der Schweiz grundlegend verändert. Es weist mit der Dominanz der SVP erstmals ein hohes Maß an parteipolitischer Kohäsion auf. Die seit den 1910er-Jahren als rechtskonservative Kraft im schweizerischen Parteiensystem agierende SVP vollzog ab 1991/1992 einen strukturellen und programmatischen Wandel, der mit jenem der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) nach der Machtübernahme 1986 durch Jörg Haider zu vergleichen ist.⁹ Der außergewöhnliche Aufstieg der SVP zur weitaus wählerstärksten Partei der Schweiz macht sie zu einem Erfolgsbeispiel des neuen Rechtspopulismus in Europa.

Nach über 50 Jahren langer Stagnation erhöhte die SVP ihren Anteil in den Nationalratswahlen von 11,9 Prozent (25 Sitze) im Jahr 1991 auf 28,9 Prozent (62 Sitze) im Jahr 2007, ein in der schweizerischen Wahlge-

8 Mahnig, Hans; Piguët, Etienne (2003): Die Immigrationspolitik der Schweiz von 1948 bis 1998. Entwicklung und Auswirkungen. In Wicker, Hans-Rudolf; Fibbi, Rosita; Haug, Werner (Hg.): Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms „Migration und interkulturelle Beziehungen“. Zürich, S. 65–108, hier 78ff.

9 Zur Entwicklung der SVP seit Anfang der 1990er-Jahre siehe Mazzoleni, Oscar (2008): Nationalisme et populisme en Suisse. La radicalisation de la „nouvelle“ UDC. 2. überarb. Aufl., Lausanne 2008; Skenderovic, Damir (2009): The Radical Right in Switzerland. Continuity and Change, 1945–2000. New York, Oxford, S. 123–172.

schichte nach 1919 einmaliger Wählerzuwachs. Auch in kantonalen Parlamentswahlen verdoppelte die SVP nahezu die Anzahl ihrer Sitze von 297 (1991) auf 554 (2010). Die Gewinne in den Nationalratswahlen gingen zum einen auf Kosten der beiden Mitte-Rechts-Parteien, der *Freisinnig-Demokratischen Partei* (FDP) und der *Christlichdemokratischen Volkspartei* (CVP), die seit 1991 zusammen 8,7 Prozent verloren hatten, zum anderen auf Kosten der SD, APS und *Lega*, deren Wählerstärke insgesamt ebenfalls um 8,7 Prozent zurückgegangen war und die von der SVP weitgehend verdrängt worden waren. Die Führungsriege der *Freiheits-Partei Schweiz* (FPS), wie sich die APS ab 1994 nannte, trat zudem in den späten 1990er-Jahren größtenteils zur SVP über. Angesichts dieser Wahlerfolge erlangte die SVP 2003 vorübergehend einen zweiten Bundesratsitz und sprengte damit die seit 1959 bestehende „Zauberformel“, die einen festen Regierungsproporz zwischen den vier Großparteien FDP, CVP, SVP und der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* (SPS) festgelegt hatte. Gegen den rechtspopulistischen Kurs der Partei, auf den die Landespartei unter der Ägide von Christoph Blocher und der Zürcher Kantonalpartei eingeschwenkt war, regte sich zwar regelmäßig parteiinterner Widerstand, insbesondere aus den Kantonen Bern und Graubünden. Dabei ging es jedoch in erster Linie um Fragen des Stils und Auftretens und weniger um politische Inhalte und eine ideologische Neuausrichtung der Partei. Eine interne Flurbereinigung fand mit der Gründung der *Bürgerlich-Demokratischen Partei Schweiz* (BDP) 2008 statt, der sich dissidente SVP-Mitglieder anschlossen und die inzwischen in 14 der 26 Kantone vertreten ist.

Im Vergleich zu den Splitterparteien besaß die SVP bedeutend bessere Voraussetzungen bezüglich organisatorischer Strukturen, parteiinterner Kohäsion und Mobilisierungsfähigkeit. Da die SVP keine neu gegründete Partei war, verfügte sie am Anfang ihres Transformationsprozesses bereits über feste Parteistrukturen, die sie dann stark ausbaute. Neben zahllosen neuen lokalen Parteisektionen gründete sie zwischen 1991 und 2001 zwölf neue Kantonalparteien und war damit in allen Kantonen vertreten. Die Ausdehnung der ursprünglich vor allem in den protestantischen Regionen der deutschsprachigen Schweiz verankerten Partei erstreckte sich auf katholische Gebiete und die Westschweiz. Im Gegensatz zu den oft

durch interne Streitigkeiten geschwächten Splitterparteien überwand die SVP parteiinterne Divergenzen durch eine straffe Parteiführung und einen zuweilen autoritären Führungsstil der Parteispitze. Sie konnte zudem auf bedeutende finanzielle Ressourcen zurückgreifen, die weit über jene der anderen Großparteien hinausgingen. Die SVP setzte das Geld dafür ein, ihre Kampagnenführung und ihr politisches Marketing zu professionalisieren.¹⁰ Mit einer stark medienorientierten politischen Kommunikation und provokativen Kampagnen lag die Partei auch im Trend der zunehmenden Medialisierung der Politik, die in der Schweiz im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien später stattfand. Insgesamt ist es der SVP gelungen, eine für das schweizerische föderalistische Parteiensystem außergewöhnliche „Nationalisierung“ der Partei durchzuführen, indem sie die nationale Parteiorganisation stärkte, eine gemeinsame politische Agenda profilierte und die eidgenössischen Wahl- und Abstimmungskampagnen vereinheitlichte.

Wie für die Splitterparteien stellt die direkte Demokratie auch für die SVP eine bedeutsame Opportunitätsstruktur dar. 1992 lancierte sie mit der Volksinitiative „Gegen illegale Immigration“ erstmals in ihrer Parteigeschichte ein Volksbegehren und entwickelte sich in der Folge zu einer „Abstimmungspartei“.¹¹ Die SVP nutzt den politischen und diskursiven Handlungsspielraum, der sich durch die Instrumente der direkten Demokratie ergibt. Dieser ermöglicht der Partei, zu bestimmten Themen Argu-

10 Zwischen 1996 und 1998 hat die SVP 8,8 Millionen Franken für ihre Kampagnen aufgewendet, während es bei der FDP 5,8 Millionen, der SPS 4,6 Millionen und der CVP 2,8 Millionen waren. Laut Schätzungen hat die SVP allein für den Wahlkampf bei den Nationalratswahlen von 2007 10 Millionen Franken ausgegeben, was ein Mehrfaches der anderen Partei darstellte; siehe Neue Zürcher Zeitung vom 22. März 2000; Udris, Linards (2007): Medienwahlkampf 2007. Alles drehte sich um die SVP. In: Medienheft, 28. Dezember 2007.

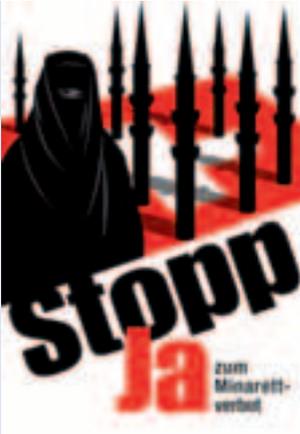
11 Hinzu kamen bisher die folgenden vier eidgenössischen Initiativen: „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds – Goldinitiative“ (Abstimmung 2002), „Gegen Asylrechtsmissbrauch“ (2002), „Für demokratische Einbürgerungen“ (2008), „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“ (hängig). Daneben war die SVP federführend bei mehreren Referendumskampagnen, so bei den beiden Bürgerrechtsreformen (2004), dem Schengen-Abkommen (2005) oder der Ausweitung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien (2009).

mente und Deutungen zu verbreiten und gesetzliche Lösungsvorschläge zu präsentieren, was sich insbesondere in der Migrationspolitik als erfolgreich erwiesen hat. Außerdem gibt es im System der direkten Demokratie ein beträchtliches Potenzial an oppositioneller Politik. Es erlaubt gesellschaftlichen und politischen Gruppen, punktuell und zielgerichtet ihren Widerstand anzubringen, ohne aber eine grundsätzliche Systemopposition zu betreiben. Dies ermöglicht der SVP, eine Doppelrolle als Oppositions- und Regierungspartei zu spielen, indem sie Volksabstimmungen als symbolträchtige Momente nutzt, um sich als Kritikerin der *classe politique* und als vertrauenswürdige „Vertreterin des Volkes“ zu präsentieren, gleichzeitig aber auch als Bundesratspartei an der politischen Macht zu partizipieren. Auch der nach der Abwahl von Christoph Blocher als Bundesrat im Jahre 2007 von der Partei ausdrücklich erklärte „Gang in die Opposition“ erwies sich als vorübergehend und nicht prinzipiell, denn bereits 2008 kehrte die SVP mit der Wahl von Ueli Maurer, einer der Hauptfiguren der Transformation der Partei, in den Bundesrat zurück.¹²

Agenda und Wählerschaft der SVP

Wie bei anderen rechtspopulistischen Parteien besteht die *winning formula* der SVP in der Verbindung einer nationalistischen und identitätspolitischen Agenda in der Migrations- und Europapolitik mit neoliberalen Positionen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Wie für den Populismus kennzeichnend, gehören der Appell an das „Volk“ und an ein „Wir-Gefühl“ sowie kontinuierliche Attacken gegen gesellschaftliche Eliten wie Politiker, Intellektuelle und Wissenschaftler zum strategischen Repertoire der SVP. Sie dienen ihr dazu, sich vom sogenannten Establishment abzugrenzen und sich als einzig wahre Volksvertreterin zu präsentieren. Besondere Aufmerksamkeit schenkt die SVP seit Anfang der 1990er-Jahre der Einwanderung, nachdem dieses Thema sie bis dato augenscheinlich

12 Church, Clive H.; Vatter, Adrian (2009): Opposition in Consensual Switzerland: A Short but Significant Experiment. In: Government and Opposition, 44/4, pp. 412–437.



Plakat der Campagne
„Ja zum Minarettverbot“
in der Schweiz

nur wenig interessiert hatte.¹³ Neben den klassischen migrationspolitischen Themen wie Regulierung und Limitierung der Einwanderungszahlen fokussiert sich die SVP vor allem auf die Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie auf Fragen der Integration. Die Vorstöße der SVP bezüglich Asyl und Asylsuchenden zielen darauf, die Thematik als problematisch und konfliktbeladen darzustellen, was die stetige Verwendung der „Missbrauchs“-Metapher verdeutlicht. Zudem operiert die SVP mit kulturalistischen Argumentations- und Deutungsmustern, die die Unvereinbarkeit kultureller und religiöser Identitäten hervorheben, um dann vor kulturellen Konflikten zu warnen und die Nicht-Integrationsfähigkeit bestimmter Einwanderungsgruppen zu betonen.¹⁴

Verschiedene, seit den 1990er-Jahren durchgeführte Umfragen konstatieren, dass die Bedeutung tatsächlicher oder vermeintlicher kultureller Unterschiede in der Art und Weise, wie Migranten von der Schweizer

13 Zur Migrationsagenda der SVP siehe Skenderovic, Damir; D’Amato, Gianni (2008): Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Zürich.

14 Seit Ende der 1990er-Jahre wendet die SVP kulturalistische Argumentation insbesondere im Zusammenhang mit muslimischer Immigration an. Siehe dazu die von der SVP der Stadt Zürich 1999 herausgegebene programmatische Schrift „Konzept für eine Zürcher Ausländerpolitik“.

Bevölkerung wahrgenommen werden, aufgenommen hat. So waren in einer Umfrage von 1994 34 bzw. 32 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Ausländer aus Serbien bzw. Bosnien „in der Schweiz eigentlich fehl am Platz“ seien; 1997 stiegen die Anteile auf 43 und 42 Prozent. In einer 2000 veröffentlichten Umfrage geben 40 Prozent der befragten Schweizer an, keine Kosovo-Albaner als Nachbarn haben zu wollen. In einer Erhebung von 2007 meinten 45 Prozent der Befragten, sie hätten lieber keinen Kosovo-Albaner als Familienmitglied. Diese Hinweise auf weitverbreitete kulturalistisch begründete Haltungen gegenüber Migration spiegeln sich auch in den Ergebnissen einer Umfrage von 2006 wider: 66 Prozent der Frauen und 59 Prozent der Männer waren skeptisch, dass ein *modus vivendi* mit Migranten, die einen anderen kulturellen Hintergrund hätten, gefunden werden könne.¹⁵ Seit den 1990er-Jahren ist auch ein Anstieg generell skeptischer Haltungen gegenüber Migration festzustellen, was ebenso nicht zuletzt mit der Stärkung der SVP und ihren Antiimmigrationskampagnen zusammenhängt. Während in einer Umfrage von 1994 33 Prozent der Befragten Maßnahmen zur Reduktion des Ausländeranteils in der Schweiz forderten, waren es 1997 schon 46 Prozent. In einer 2006 publizierten Umfrage gaben 59 Prozent der Befragten an, dass die heutige Zahl der Ausländer „an Grenzen stoße“. In der gleichen Erhebung waren 43 Prozent der Ansicht, Ausländer würden den schweizerischen Sozialstaat ausnutzen. Das letzte Ergebnis ist ein Zeichen dafür, dass die erwähnte „Missbrauchs“-Rhetorik der SVP Früchte trägt.¹⁶

Betrachtet man die Studien zur SVP-Wählerschaft, so zeigt sich, dass das Sozialprofil im Laufe der 1990er- und 2000er-Jahre bedeutend vielfältiger geworden ist. Die Partei hat aufgrund ihrer massiven Stimmgewinne bei

15 Rolf Nef, UNIVOX-Kultur, I E-97, Zürich [1997], 3f.; Claude Longchamp, Jeannine Dumont, Petra Leuenberger (2000): Einstellungen der SchweizerInnen gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Holocaust. Bern, S. 11; Claude Longchamp et al. (2007): Kritik an Israel nicht deckungsgleich mit antisemitischen Haltungen. Antisemitismus-Potenzial neuartig bestimmt. Bern, S. 24; Sandro Cattacin et al. (2006): Monitoring Misanthropy and Rightwing Extremist Attitudes in Switzerland. Genf, p. 31.

16 Nef, UNIVOX-Kultur, op. cit., S. 10ff.; Cattacin et al., Monitoring Misanthropy, op. cit., S. 27.

fast allen sozialen Gruppen an Boden gewonnen.¹⁷ Während die SVP weiterhin auf ihre traditionellen Wähler aus ländlichen Regionen zählen konnte, die mehrheitlich männlich waren, der alten Mittelschicht angehörten und eher selbstständig erwerbstätig waren, erlebte sie einen starken Zuwachs in der Arbeiterschaft, bei Wählenden aus unteren und mittleren Einkommensklassen und mit niedriger und mittlerer formaler Bildung, sowie bei Bewohner/innen städtischer Gebiete und bei Katholiken. Auffallend ist die relativ gleichmäßige Verteilung der Einkommensklassen in der SVP-Wählerschaft, die somit nur begrenzt dem Profil von sogenannten Modernisierungsverlierern und sozioökonomisch benachteiligten Gesellschaftsgruppen entspricht. Vielmehr verdeutlichen die Wahlerfolge der SVP, dass mit der auch von anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa angewandten Verknüpfung neoliberaler Positionen mit nationalistischen und ausgrenzenden Forderungen sowohl besser als auch schlechter situierte Wähler angesprochen werden.

Die Neue Rechte: Von der Kultur zur Politik

Wie auch in anderen westeuropäischen Ländern gibt es in der Schweiz seit Ende der 1960er-Jahre eine Neue Rechte, die sich um Zirkel, Zeitschriften und Verlage gruppiert und eine Vielfalt an Intellektuellen, Autoren und Publizisten versammelt.¹⁸ Doch im Gegensatz zu Frankreich oder Deutschland ist es ihr in der Schweiz kaum gelungen, sich als intellektuell eigenständige und theoretisch innovative Denkströmung zu

17 Zum Wandel der Wählerschaft der SVP siehe u. a. Kriesi, Hanspeter, et al. (Hg.) (2005): *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich; Blanchard, Philippe: „Nouvelle“ UDC: nouvelle électeurs? Évolution de 1995 à 2003. In: Mazzoleni, Oscar; Gottraux, Philippe; Péchu, Cécile (Hg.) (2007): *L'Union démocratique du centre: un parti, son action et ses soutiens*, Lausanne, S. 155–180; Seitz, Werner; Schneider, Madeleine (2007): *Die Wählerinnen und Wähler unter der Lupe. Eine Analyse anhand der Befragungsdaten der Schweizer Wahlstudie „SELECTS“ (Nationalratswahlen 1995–2003)*, Neuenburg.

18 Zur Neuen Rechten in der Schweiz siehe Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland*, op. cit., pp. 173–273.

etablieren und Debatten in Zeitungsfeuilletons oder akademischen Kreisen zu beeinflussen. In den transnationalen Austausch von Ideen und Deutungen eingebettet, beschränkt sich die schweizerische Neue Rechte in erster Linie darauf, Argumente und Konzepte der Neuen Rechten Westeuropas aufzunehmen und für Verhältnisse und Diskussionen in der Schweiz zu adaptieren. Dieser Ideenimport hat insbesondere in der deutschsprachigen Schweiz, wo die Neue Rechte zunehmend Parteipolitik und intellektuelle Arbeit sowie politische und publizistische Öffentlichkeit zu verbinden sucht, Auswirkungen auf die politische Agenda der rechtspopulistischen Parteien.

Beispielhaft zeigt sich das parteipolitische Engagement der Neuen Rechten in der Deutschschweiz bei der Zeitung „Schweizerzeit“, die 1979 als Nachfolgeblatt von James Schwarzenbachs „Der Republikaner“ gegründet worden war und zur neokonservativen Strömung der Neuen Rechten gehört. Seit Ende der 1980er-Jahre ist die Zeitung eng mit dem Zürcher Flügel der SVP verbunden und unterstützt dessen migrations- und außenpolitische Agenda. Ihr Chefredakteur gehörte zu den treibenden Kräften der Minarett-Initiative und ließ im Vorfeld der Abstimmung zahlreiche Artikel in der „Schweizerzeit“ abdrucken, die sich antiislamischer Stereotype und Klischees bedienten und Ressentiments gegen Muslime schürten. Bereits 2004 hatte er vor der Abstimmung über zwei Bürgerrechtsvorlagen erklärt, dass „via forcierter Einbürgerungen nachweisbar eine rasche Muslimisierung der Schweiz“ stattfinde.¹⁹ Die „Schweizerzeit“ hat auch eine wichtige Brückenfunktion zur Neuen Rechten in Deutschland. Autoren von deutschen Zeitschriften wie „Junge Freiheit“, „Criticón“ und „Mut“ schrieben für die Zeitung, während umgekehrt Redakteure und Autoren der „Schweizerzeit“ Beiträge für Zeitschriften der deutschen Neuen Rechten, insbesondere für die „Junge Freiheit“ verfassten.

19 Schweizerzeit, Nr. 19, 3. September 2004, S. 1.

Zur neokonservativen Richtung zählt auch die 1968 gegründete *Stiftung für abendländische Besinnung* (STAB), die sich vor allem im intellektuellen und kulturellen Leben betätigt. Sie publiziert Schriften und vergibt den hochdotierten STAB-Preis, beispielsweise 1997 an den umstrittenen deutschen Verhaltensforscher und Konrad-Lorenz-Schüler Irenäus Eibl-Eibesfeldt. Der Gründer und langjährige Vorsitzende der STAB argumentierte in kulturell-differenzialistischer Manier, als er schrieb, die Stiftung sehe „in der Pflege der kulturellen Identität ein Mittel zur Erhaltung der ethnischen Mannigfaltigkeit“ und dass man berücksichtigen müsse, dass „[b]esonders Einwanderer aus islamischen Ländern“ nicht bereit seien, „auf ihre Eigenart oder gar auf ihren Glauben zu verzichten“.²⁰

Neben den Neokonservativen hat die Neue Rechte in der Deutschschweiz mit den Ökologen und den Nationalisten zwei weitere Strömungen. Die in den 1970er-Jahren aufgekommene ökologische Richtung steht ebenfalls den rechtspopulistischen Parteien nahe, ursprünglich insbesondere der *Nationalen Aktion*, mit der sie national-ökologische Argumente teilt, die den Schutz des „Lebensraums“ der nationalen Gemeinschaft in den Vordergrund stellen und bevölkerungspolitische Forderungen mit restriktiven Positionen in der Migrationspolitik verknüpfen.²¹ Die nationalistische Strömung konzentriert sich auf außenpolitische Themen, bei denen sie seit Mitte der 1980er-Jahre isolationistische und identitätspolitische Positionen vertritt und mit rechtspopulistischen Parteien im Rahmen direktdemokratischer Kampagnen zusammenarbeitet.²²

20 Jenny, Hans (1998): Um was es geht. Reflexionen zum Gedankengut der Stiftung für Abendländische Besinnung (STAB). Zürich, 50, S. 87.

21 Die 1971 gegründete Vereinigung Umwelt und Bevölkerung/Association Ecologie et Population (ECOPOP), die sich in bevölkerungspolitischen Fragen engagiert, erklärte beispielsweise, dass aus „ökologischer Sicht die Schweiz kein Einwanderungsland bleiben“ dürfe; siehe ECOPOP (1992): Thesen zur schweizerischen Migrationspolitik. Bern, S. 10.

22 Zu den einflussreichsten Gruppierungen zählt die mitgliederstarke Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), die eng mit der SVP verflochten ist und in mehreren Abstimmungskampagnen gegen die Mitgliedschaft der Schweiz in supranationalen Organisationen eine wichtige Rolle spielte.

In der französischsprachigen Schweiz verfolgte die Neue Rechte lange Zeit die Strategie der sogenannten Metapolitik, wie sie von der französischen *Nouvelle droite* in ihrem „Kulturkampf von rechts“ umgesetzt wurde. Sie besagt, dass es opportun sei, mit kultureller und intellektueller Arbeit die geistige Welt der Menschen zu verändern, was sich dann zwangsläufig auch auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auswirke.²³ Dieses Vorgehen entspricht auch dem klassischen Verständnis der Aufgaben eines Intellektuellen, der sich nicht den institutionellen Mitteln der Politik zuwenden, sondern sich vielmehr dem diskursiven und publizistischen Engagement verschreiben sollte. Bis in die 1990er-Jahre hinein konzentrierten sich dementsprechend die Interessen der Neuen Rechten in der Westschweiz auf kulturelle, intellektuelle und akademische Gebiete.

Neben der konterrevolutionären Strömung, die Aufklärung, Französische Revolution sowie die „Kulturrevolution von 1968“ für die Irrwege der modernen Gesellschaft verantwortlich macht, gehören auch die Integristen dazu, die sich nicht nur mit theologischen Fragen und innerkirchlichen Angelegenheiten befassen. Vielmehr sehen ihre Anhänger Religion, Politik und Gesellschaft als eng miteinander verknüpfte Bereiche, in denen Hierarchie, Autorität und Tradition als Prinzipien durchzusetzen seien. Die Drehscheibe des internationalen Integristismus liegt in der Schweiz, verkörpert durch die 1970 gegründete *Priesterbruderschaft St. Pius X* und ihr Priesterseminar im Walliser Dorf Ecône.²⁴ Internationales Aufsehen erregte die Priesterbruderschaft 2009 durch Äußerungen eines ihrer vier Bischöfe, der die Existenz von Gaskammern in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern leugnete. Die Pius-Bruderschaft hat weltweit mehr als 100.000 Anhänger und hat im Laufe der letzten 40 Jahre in der Westschweiz zahlreiche Gruppierungen, Publikationen und Verlage mit ihrem autoritären und antiegalitären Gedankengut be-

23 Taguieff, Pierre-André (1994): *Sur la Nouvelle droite. Jalons d'une analyse critique*. Paris.

24 Schifferle, Alois (2009): *Die Pius-Bruderschaft. Informationen – Positionen – Perspektiven*. Kevelaer.

einflusst und auch regelmäßig zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung genommen. So rief die Schweizer Sektion der Priesterbruderschaft 2009 in einem Kommuniké dazu auf, die Minarett-Initiative zu unterstützen, um der Propagierung der islamischen Doktrin Einhalt zu gebieten.²⁵

Schließlich ist als dritte Richtung der Neuen Rechten in der Westschweiz die *Nouvelle droite* zu nennen. Sie ist mit der gleichnamigen Strömung um das *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne* (GRECE) in Frankreich und ihrem Vordenker Alain de Benoist verbunden und bemüht sich seit den frühen 1980er-Jahren, durch die Propagierung neopaganistischer Ideen das indoeuropäische Erbe wiederzubeleben. Damit will sie ein hierarchisch strukturiertes Gesellschaftsmodell als Alternative zu den auf jüdisch-christlichen Prinzipien basierenden, egalitär-universalistischen Traditionen Europas anbieten. Lange Zeit trat die *Nouvelle droite* mit Zirkeln wie dem *Cercle Thule*, dem *Cercle Proudhon* und der *Association des Amis de Robert Brasillach* auf, die neurechte Literatur anboten, Veranstaltungen mit Vertretern der europäischen Neuen Rechten organisierten und Publikationen herausgaben. Seit Ende der 1990er-Jahre haben sich auch Anhänger der *Nouvelle droite* dem rechtspopulistischen Parteienlager angenähert und einige begannen, sich im Bereich parteipolitischer Arbeit zu engagieren.²⁶

25 Für Auszüge aus dem Kommuniké siehe das Internetorgan der Priesterbruderschaft St. Pius X: DICI. Documentation – Information – Catholiques – Internationales, <http://www.dici.org/actualites/suisse-la-construction-de-minarets-desormais-interdite-constitutionnellement> [1. Juli 2010].

26 Prominentes Beispiel ist ein führender Vertreter der Westschweizer *Nouvelle droite*, der als Generalsekretär der Genfer SVP waltete und 1999 auf der kantonalen Parteiliste für den Nationalrat kandidierte. Nach heftiger Kritik in den Medien erreichte die SVP-Schweiz von der Genfer Sektion seinen Parteiausschluss; siehe u. a. *Le Temps* vom 3. September 1999 und 13. September 1999.

Die extreme Rechte: am Rand von Politik und Gesellschaft

Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern wie Deutschland und Italien konnten rechtsextreme Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg im schweizerischen Parteiensystem keinen Fuß fassen.²⁷ Zwar gab es vereinzelte Parteien, die an lokalen und nationalen Parlamentswahlen teilnahmen, doch sie hatten keine bedeutsamen Wahlerfolge. So ist der politische Einfluss der extremen Rechten in der Schweiz bis heute äußerst gering geblieben. Die extreme Rechte besteht aus einer ausdifferenzierten, meist lose organisierten Subkultur, der gemäß Schätzungen der staatlichen Behörden 1.200 Personen angehören.²⁸ Am größten bisher beobachteten Aufmarsch im Rahmen einer rechtsextremen Mobilisierung im Jahr 2005 nahmen etwa 700 Personen teil.

Diese Zahlen stehen in Kontrast zu Ergebnissen einer Umfrage von 2005 unter rund 3.000 Jugendlichen, die sich in einer nachobligatorischen Ausbildung befanden und zwischen 16 und 20 Jahren alt waren. 9,6 Prozent der Befragten gaben an, mit rechtsextremen Gruppen zu sympathisieren oder ordneten sich selbst diesen Gruppen zu. Zudem ist einer von zehn Befragten bereits Opfer rechtsextremer Gewalt gewesen.²⁹ Der markante Unterschied zwischen den Zahlen weist darauf hin, dass es neben den organisierten Rechtsextremen eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher gibt, die über verschiedene Berührungspunkte mit dem Rechtsextremismus verfügen. Dies gilt vor allem für Kleidungsstile, Verhaltenskodizes und Musikinteressen. Auch in den von Ausgrenzung gekennzeichneten Einstellungen gegenüber Migranten und in einem ausgeprägten Nationalismus manifestieren sich Gemeinsamkeiten mit der extremen Rechten. Oftmals nennen sich diese strukturell nur lose mit der extremen Rechten

27 Für einen historischen Überblick zur organisierten extremen Rechten in der Schweiz nach 1945 siehe Skenderovic, Damir (2009): Organised Right-Wing Extremism in Switzerland: An Overview Since 1945. In: Marcel Alexander Niggli (Hg.): Right-wing Extremism in Switzerland. National and International Perspectives. Baden-Baden, pp. 28–38.

28 Bundesamt für Polizei (2009): Bericht Innere Sicherheit 2008. Bern, S. 41.

29 Schmid, Martin; Storni, Marco (2009): Jugendliche im Dunkelfeld rechtsextremer Gewalt. Viktimisierungsprozesse und Bewältigungsstrategien. Zürich.

verbundenen Jugendlichen „Patrioten“. Bisher fehlen weitgehend Forschungen zu diesem Phänomen, ebenso genauere Angaben zu dessen Ausmaß.³⁰

Die extreme Rechte in der Schweiz reicht von international vernetzten Negationisten über gut organisierte, durch autoritäre Führung gekennzeichnete Gruppierungen bis hin zu schwach strukturierten, hauptsächlich von männlichen Jugendlichen geprägten Skinhead-Szenen. Diese Ausdifferenzierung begann in den 1980er-Jahren und verlief in etwa analog zur Entwicklung in den meisten westeuropäischen Ländern. Ihre Hauptmerkmale sind die starke Verjüngung des rechtsextremen Lagers, die bereits Mitte der 1980er-Jahre einsetzte und vom Aufkommen der rassistischen Skinheadbewegung geprägt war. In der Folge entwickelte sich die extreme Rechte zu einer ausdifferenzierten Subkultur, die mittels neuer Kommunikationsmittel wie dem Internet Teil des globalisierten Rechtsextremismus wurde und in den vergangenen Jahren mit dem Verkauf von CDs, Kleidung und anderen Propagandamaterialien kommerzialisiert worden ist. Außerdem ist eine erhöhte Gewaltbereitschaft zu beobachten. Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden und jüdische Institutionen sowie Gewalt gegen Migranten und politische Gegner wurden zu Elementen rechtsextremer Mobilisierung.

Wie in anderen westeuropäischen Ländern kommt es in der Schweiz immer wieder zu Diskussionen über das Verhältnis rechtspopulistischer Parteien zur extremen Rechten. Während in den 1980er-Jahren und Anfang der 1990er-Jahre vor allem die *Nationale Aktion* im Fokus stand, verschob sich die öffentliche Aufmerksamkeit ab der zweiten Hälfte der 1990er zusehends auf die SVP.³¹ Kritiker werfen der Partei eine unzurei-

30 Insgesamt ist die Datenlage zur extremen Rechten in der Schweiz schwach, da Rechtsextremismus von Behörden und Öffentlichkeit kaum als langfristiges Problem angesehen wird; siehe Skenderovic, Damir (2010): Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schweiz: Akteure, Massnahmen und Debatten. Bern.

31 Udris, Linards; Imhof, Kurt; Ettinger, Patrik (2009): New Chances for Attracting Attention. The Extreme Right and Radical Right in Swiss Public Communication, 1960-2005. In: Marcel A. Niggli (Hg.): Right-wing Extremism in Switzerland: National and International Perspectives. Baden-Baden, S. 41-57.

chende Demarkation gegenüber rechtsextremen Akteuren vor. Exponenten der SVP hingegen betonen, die Partei grenze sich ausdrücklich von der extremen Rechten ab, und weisen darauf hin, gerade die SVP trage viel zur Eindämmung des Rechtsextremismus bei, denn sie werfe Fragen auf, die die Bevölkerung beschäftigten. Der Blick auf das Beziehungsfeld zwischen rechtspopulistischen Parteien und der extremen Rechten in den vergangenen 40 Jahren zeigt, dass zum einen beide Strömungen als Mitglieder der politischen Familie der radikalen Rechten ähnliche ideologische Referenzpunkte und gesellschaftspolitische Vorstellungen haben. Zum anderen sind sie im Sinne eines kollektiven Akteurs miteinander verbunden, was sich durch organisatorisch-strukturelle Netzwerke und personelle Interaktionen ausdrückt. Dabei handelt es sich zumeist um punktuelle Beziehungen, die selten in kontinuierliche, strukturell gefestigte Kooperationen münden.

Fazit: Dominanz und Integration des Rechtspopulismus

Die Rechtspopulisten haben in der Schweiz eine dominante Stellung am rechten Rand des politischen Spektrums inne. Während die Gruppierungen und Szenen der extremen Rechten krasse Außenseiterpositionen in Gesellschaft und Politik einnehmen und die parlamentarisch agierenden Parteien sich von diesen ausdrücklich abgrenzen, sind rechtspopulistische Parteien als Teilnehmer im Parteienwettbewerb und politischen System akzeptiert und im Fall der SVP darüber hinaus an der Koalitionsregierung beteiligt. Die Beziehung zwischen der Neuen Rechten und den Rechtspopulisten ist stark durchlässig und von Zusammenarbeit geprägt, wobei vor allem die ideologische Zuliefererfunktion der Neuen Rechten bei der Formulierung rechtspopulistischer Argumentationen und Deutungen zu gesellschaftlichen Fragen von Bedeutung ist.

In Europa nimmt der schweizerische Rechtspopulismus eine Vorläuferrolle ein. Außer in Frankreich, wo Mitte der 1950er-Jahre kurzzeitig die *Poujade*-Bewegung aufgekommen war, haben sich in keinem europäischen Land so früh nach dem Zweiten Weltkrieg und mit solcher Be-

ständigkeit Bewegungen am rechten politischen Rand formiert, die sich nicht direkt auf faschistische Vorbilder beriefen. In der Schweiz ist es sieben rechtspopulistischen Parteien gelungen, in das nationale Parlament einzuziehen, mehr als in jedem anderen europäischen Land. Zudem verfügt die Schweiz mit der SVP über die wählerstärkste rechtspopulistische Partei in Westeuropa.

Der seit Anfang der 1990er-Jahre stark zunehmende Rückhalt des Rechtspopulismus in der schweizerischen Bevölkerung, der in den Wahlerfolgen der SVP seinen Niederschlag fand, lässt sich mit der in der Wahlforschung verbreiteten These erklären, dass in der Schweiz wie in anderen westlichen Demokratien die traditionellen soziostrukturellen Konfliktlinien merklich abgenommen haben. An deren Stelle ist in den 1990er-Jahren ein neuer, sogenannter Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt getreten, der das Wahlverhalten der Stimmbürger zusehends beeinflusst. In dieser Hinsicht ist es der SVP gelungen, mit einer europa- und ausländerfeindlichen Politik die vermeintlichen Verlierer/innen von Globalisierungs- und Modernisierungsprozessen anzusprechen. Es ist jedoch zu bedenken, dass ein großer Teil der SVP-Wähler/innen nicht zur Gruppe der wirtschaftlich Benachteiligten gehört. Zudem spielen Parteien in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte eine zentrale Rolle und üben damit einen nachhaltigen Einfluss auf Entscheidungsmotive der Wähler/innen aus. Entsprechend hat die SVP mit ihren identitätspolitischen Positionen in Fragen der europäischen Integration und Migration maßgeblich zur Wirkungsmächtigkeit des neuen Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikts beigetragen.

Die Stärke des Rechtspopulismus in der Schweiz hängt vor allem auch mit der Offenheit des politischen Systems zusammen. Die institutionelle Gelegenheitsstruktur der direkten Demokratie wird von den rechtspopulistischen Parteien äußerst rege genutzt. Zwischen den 1960er-Jahren und 2010 reichten sie auf eidgenössischer Ebene 18 Volksinitiativen ein und brachten 15 Referenden zustande. Es erstaunt nicht, dass auch andere rechtspopulistische Parteien in Europa die direkte Demokratie als ideales

politisches System anpreisen und damit ihrem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den Vermittlungsformen repräsentativer Demokratie Ausdruck verleihen. Aus ihrer Sicht sind direktdemokratische Entscheidungen nicht nur die einzig wirkliche Willenskundgebung des „souveränen Volkes“ und somit der unmissverständliche Ausdruck der *volonté générale*, sondern auch ein klarer Mehrheitsentscheid, der nicht auf ausgehandelten Kompromissen der politischen Elite basiert.

Das traditionsreiche System der schweizerischen Konkordanzdemokratie, in dem die Einbindung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den Prozess der Entscheidungsfindung zentral ist, bietet außerdem die Grundlage für die integrative Strategie gegenüber der SVP, die sich von der Demarkationsstrategie eines *cordon sanitaire* unterscheidet. Als Mitglied in zahlreichen kantonalen und kommunalen Exekutivgremien und seit 1929 im Bundesrat stellt die SVP seit langem ihre Regierungsverantwortung unter Beweis und wird entsprechend von den etablierten Parteien nicht als Paria-Partei wahrgenommen. Obwohl sie gelegentlich den konfrontativen Stil, die Polarisierungsstrategie und die Obstruktionspolitik der SVP verurteilen, bezweifeln bisher weder die beiden Mitte-Rechts-Parteien FDP und CVP noch die Sozialdemokraten die Modalitäten der Konsensdemokratie grundsätzlich. Fraglich ist jedoch, inwieweit das appellative Festhalten an Konkordanz und Konsens angesichts schwelender sachpolitischer und ideologischer Divergenzen in erster Linie den Zweck parteipolitischen Machterhalts erfüllt und auf Kosten antidiskriminierender Prinzipien gegenüber der schweizerischen Migrationsgesellschaft geht.



Rechtsextremismus in Spanien: Zwischen parlamentarischer Bedeutungslosigkeit, Rechtspopulismus und rassistischer Gewalt

Sie waren wegen Anstachelung zum Rassenhass, Waffenbesitz und Bildung einer „illegalen Vereinigung“ (*Asociación Ilícita*) angeklagt: Anfang Juni 2010 wurden in Madrid 14 Mitglieder der spanischen Skinheadsektion *Blood and Honour* (B&H) zu Haftstrafen zwischen einem und dreieinhalb Jahren verurteilt, außerdem wurde die Auflösung der Organisation verfügt. Damit wurde zum dritten Mal in Spanien eine Neonaziorganisation als „illegale Vereinigung“ verurteilt. Auch wenn das Gericht im Strafmaß unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft blieb, setzte es mit der Verurteilung ein Zeichen. Experten hoffen, dass der Richterspruch künftig als Referenz dient.¹ Bisher sorgte sich die Öffentlichkeit wenig angesichts der Präsenz rechtsextremer Organisationen, Strafen gab es kaum.

Dimensionen des Rechtsextremismus in Spanien

„Das Thema Rechtsextremismus interessiert die heutigen Politiker kaum. Es gibt keinerlei präventive Politik“, meint der spanische Journalist Xavier Vinader. Laut ihm ist der Rechtsextremismus „eine Gefahr, die da ist, aber halb versteckt und immer dazu bereit, jedwede sich bietende Gelegenheit am Schopf zu packen“. Glücklicherweise hätte sie jedoch zur Zeit keinerlei soziologische Bedeutung im politischen Panorama Spaniens, so Vinader. „Allerdings bläst der Wind in den Reihen der konservativen Parteien stark in die rechte Richtung.“² Rechtsextreme Parteien konnten bei

1 El País vom 06.07.2010, Entrevista Esteban Ibarra, Movimiento contra la Intolerancia, www.elpais.com, eingesehen 06.07.2010.

2 Gespräch der Autorin mit Xavier Vinader am 09.06.2010 in Barcelona.

den Wahlen zum spanischen Parlament im Jahr 2008 lediglich 0,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.³ Dennoch gehört rassistische Gewalt gegen Migranten, Homosexuelle, Obdachlose und andere zum gefährlichen Alltag. Die Nichtregierungsorganisation *Movimiento contra la Intolerancia* (MCI), die seit acht Jahren im Bereich der Rechtsextremismusprävention und Toleranzförderung arbeitet, registrierte mehr als 80 Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1991 und beziffert die Vorfälle mit rassistischem, rechtsextremem, homophobem oder antisemitischem Hintergrund auf 4.000 pro Jahr.⁴

Es gibt von staatlicher Seite keine konkreten Erhebungen über rechtsextremistische Gruppen, ihre Mitglieder/innen und Wähler/innen. Schätzungen zufolge existieren etwa 70 Gruppierungen, darunter 20 Parteien. Laut Polizeiangaben haben diese insgesamt 10.000 Mitglieder. MCI nennt diese Zahl als Minimum.⁵ „15.000 Mitglieder ist die realistischere Schätzung, wenn man sogenannte ultrarechte Fußballfans mit einrechnet“, sagt MCI-Vorsitzender Esteban Ibarra. Der Frauenanteil in der Szene beträgt etwa 20 Prozent. Welche Funktionen und Positionen die Frauen einnehmen, ist unbekannt.

Die Vernetzung und Agitation im Internet hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Mehr als 200 spanische Webseiten verbreiten rechtsextreme und rassistische Inhalte, mehrere spanische Online-Versandhäuser verkaufen entsprechende Kleidung, Bücher und Musik. Es gibt über 60 aktive spanische Rechtsrock-Bands, die insgesamt mehr als 20 Konzerte jährlich geben, die sogar teilweise öffentlich im Internet beworben werden.⁶

3 Büttner, Frauke (2008): Wahlschlappe in Spanien, *Der Rechte Rand* 112, Mai/Juni 2008.

4 *Movimiento contra la Intolerancia* (2010): *Informe Raxen Especial 2010. Ofensiva Xenófoba durante la crisis económica*. Madrid, *Movimiento contra la Intolerancia*, S. 52, 58. Zur Arbeit des MCI siehe Büttner, Frauke (2010): Handeln für Toleranz und gegen Rechtsextremismus in Spanien – Ansätze des „*Movimiento contra la Intolerancia*“. In: Spöhl, Holger/Kolls, Sarah (Hg.): *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt am Main, Peter Lang, S. 177 ff.

5 Duva, Jesús: 10 000 ‚ultras‘ unidos por la xenofobia. *El País*, 08.10.2006, eingesehen 02.07.2010, sowie *Movimiento contra la Intolerancia 2010*, S. 58.

6 *Movimiento contra la Intolerancia 2010*, S. 39.

Demonstration der
„Movimiento Social
Republicano“,
26. Juni 2010 in
Zaragoza.

Slogan: „Arbeiten:
Besser ein Recht als eine
Pflicht“. „Kapitalismus
kann nicht reformiert
werden. Er kann nur
zerstört werden.“



Rechtsextreme Organisationen und ihre Erscheinungsformen

Die rechtsextreme Szene Spaniens kann in drei Spektren unterteilt werden, wobei die Grenzen zum Teil fließend sind: (1) Nostalgische franquistische, falangistische und ultrareligiöse Organisationen und Parteien, (2) rassistische und ethnozentristische Parteien sowie (3) neonazistische, nationalrevolutionäre Parteien und Organisationen sowie parteiungebundene Kräfte wie rechtsextreme Skinheads und ultrarechte Fußballfans.

Im Spektrum der nostalgischen und falangistischen Organisationen ist die 1933 gegründete *Falange Española de las JONS* (FE de las JONS) die älteste und bei gesamtspanischen Wahlen derzeit stimmenstärkste rechtsextreme Partei. Bei den Wahlen zum spanischen Senat und Abgeordnetenhaus im Jahr 2008 erzielte sie 0,05 Prozent. Die einzige rechtsextreme Partei, die nach dem Tod des Diktators Francisco Franco im Parlament vertreten war, war *Fuerza Nueva* („Neue Kraft“), die 1979 unter Führung des Faschisten Blas Piñar ein Abgeordnetenmandat erhielt. In *Fuerza Nueva* hatten sich mehrere ultrarechte, falangistische Strömungen organisiert, nachdem die franquistische Einheitspartei *Movimiento Nacional*

(„Nationale Bewegung“) per Regierungsdekret aufgelöst worden war.⁷ Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1982 verlor Blas Piñar zahlreiche Wähler an die rechtskonservative *Alianza Popular*.

Derzeit gibt es 13 Falange-Abspaltungen⁸, die sich auf den Falange-Gründer José Antonio Primo de Rivera und den National-Syndikalismus beziehen. Sie vertreten die Idee eines politischen Systems, das auf einem starken Staat mit einer nationalen vertikalen Einheitsgewerkschaft basiert, in der sowohl Arbeitnehmer/innen als auch Arbeitgeber/innen vertreten sind. Zur nostalgischen Rechten gehören sich am Franquismus orientierende Organisationen wie *Confederación Nacional de ex Combatientes* („Nationaler Verband ehemaliger Kämpfer“) und Stiftungen wie *Fundación Francisco Franco*. Parteien wie *Alternativa Española* und *Movimiento Católico Español* schlagen die Brücke zum katholisch-fundamentalistischen Spektrum. Rassistische, ethnozentristische und neonazistische Parteien und deren Jugendorganisationen sowie parteiungebundene Kräfte entstanden in den 1990er- und 2000er-Jahren. Ihr gemeinsamer Nenner sind massive Hetze und Polarisierung gegen Migrant/innen.

Prägend für die Entstehung und inhaltliche Ausrichtung vieler ultrarechter Gruppierungen in Spanien war die Vereinigung *Circulo Español de Amigos de Europa* (CEDADE, „Spanischer Kreis der Freunde Europas“), die 1966 im damals noch franquistischen Spanien ihre Aktivitäten begann und sich erst 1993 auflöste. Unter ihrem Dach sammelten sich Falangisten und ehemalige Kämpfer der „División Azul“, ehemalige SS- und Gestapo-Offiziere und Neonazis. Journalist und Buchautor Joan Cantarero sieht in ihrem Verschwinden „nicht das Ende, sondern den Anfang des aktivsten Neonazismus in Spanien“.⁹ Mitte der 1990er-Jahre entstanden unter Mitwirkung ehemaliger CEDADE-Aktivisten Parteien wie die rechtsextreme *Democracia Nacional* (DN) oder die sich offen

7 Bernecker, Walther L. (1997): Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München. Beck'sche Reihe, S. 226.

8 Vgl. <http://servicio.mir.es/registro-partidos/index.htm>, Abruf am 24.11.2009.

9 Cantarero, Joan (2010): S. 24.

Webseite der
Democracia Nacional:

„Benehmt Euch oder
zieht Euch zurück!“
Initiative gegen die
hohe Kriminalitätsrate
unter Ausländern



auf nationalsozialistische und faschistische Strömungen beziehende *Alianza por la Unidad Nacional*, heute *Alianza Nacional* (AN). Andere Ex-CEDADE-Kader wie Pedro Varela Geiss investierten in die überparteiliche Ideologearbeit. Varela Geiss eröffnete die *Libreria Europa*, eine Buchhandlung in Barcelona, in der NS-verherrlichende Literatur verkauft wird.

Eine der jüngeren Parteien ist das nationalrevolutionäre *Movimiento Social Republicano* (MSR), das sich als patriotisch-sozialistische Alternative darstellt, teilweise Erscheinungsformen autonomer Nationalisten aufweist und radikalste Teile der neonazistischen Szene integriert. Wie eng die Verbindungen sind, zeigte sich im Juni 2010 im „Blood and Honour“-Prozess: 17 der 18 Angeklagten hatten einige Jahre zuvor auf Wahllisten der MSR kandidiert.¹⁰ MSR-Vorsitzender Juan Antonio Llopart war im September 2009 als Geschäftsführer des Verlags *Ediciones Nueva Republica* wegen Rechtfertigung des nationalsozialistischen Völkermords verurteilt worden.¹¹ Die MSR ist ein Wahlbündnis mit *España 2000* und der 2006 gegründeten *Frente Nacional* (FN) eingegangen, in deren populistischen Diskursen die Gefährdung der nationalen Identität durch Einwanderung im Mittelpunkt steht. Dieses Bündnis ist der zweite Versuch, eine gemein-

10 El País vom 05.07.2010: El líder de la organización nazi Blood & Honour, condenado a tres años de cárcel, Abruf 06.07.2010, sowie Peris, Joana 12.06.2010, Juicio a un brazo político de los neonazis. <http://www.diagonalperiodico.net> eingesehen am 07.06.2010.

11 Amical de Mauthausen y altres camps, SOS Racisme-Catalunya, 08.10.2010: Comunicat davant la sentència de la Secció X de l'Audiència Provincial de Barcelona del procés judicial de la Llibreria Kalki, <http://www.sosracisme.org/accions/comunicat.php?doc=185&cat=0>, eingesehen 15.06.2010 sowie La Vanguardia, 08.10.2009, lavanguardia.es, eingesehen am 15.06.2010.

same Wahlplattform zu bilden. Der erste Versuch, an dem 2000 statt der FN die *Democracia Nacional* beteiligt war, scheiterte kläglich.

Im rassistischen, ethnozentristischen Spektrum, das meist darauf bedacht ist, sich nicht mehr offen demokratiefeindlich zu gerieren,¹² gibt es neben rechtsextremen Parteien wie FN und *España 2000* die rechtspopulistische katalanische *Plataforma de Catalunya* (PxC), die versucht, sich außerhalb eines Rechts-Links-Diskurses darzustellen. Die 2002 von Josep Anglada-i-Ruis, einem ehemaligen Aktiven der *Fuerza Nueva*, gegründete Partei konnte 2007 ihre Stimmen im Vergleich zur vorhergehenden Wahl verdreifachen und 17 Abgeordnete in Kommunalparlamente entsenden.¹³

Über die in Parteien organisierten Rechtsextremen hinaus gibt es in Spanien ein breites Spektrum freier Kräfte. Dieses umfasst neonazistische, nationalrevolutionäre und patriotische Organisationen, rechtsextreme Skinheads, politisch-kulturelle Gruppen und ihre Netzwerke. Es gibt viele rechtsextreme „jugendkulturelle Erlebnisswelten“, deren Veranstaltungen meist wenig offensichtlich im halb- oder nichtöffentlichen Raum stattfinden. Über Konzerte und Demonstrationen besteht teilweise eine enge Anbindung an die Parteien DN, MSR und AN. Auch das Problem ultrarechter „Fußballfans“ ist seit Jahren virulent. Viele der jährlichen 4.000 „Hassverbrechen“ („Hate Crimes“) gehen auf ihr Konto.¹⁴

12 Eine solche Tendenz beschreibt auch Michael Minkenberg in: Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin: Europa auf dem ‚rechten‘ Weg? Rechtsextremismus in Europa. Impulse gegen Rechtsextremismus 2/2010, S. 3.

13 Fernandez, David 23.04.2010: Ultras europeos financian la lista de Plataforma de Catalunya. Diagonal Nr. 124, Casals Meseguer, Xavier 2009: La Plataforma per Catalunya: la eclosión de un nacional-populismo catalán (2003–2009), WP Nr. 274, Institut de Ciències Politiques I Socials, Barcelona 2009.

14 Cantarero, Joan (2010): S. 95; Movimiento contra la Intolerancia (2005): Racismo y violencia ultra en el futbol. Madrid, S. 7 ff.

Zielgruppen, zentrale Themen und Strategien

Das konservative, nationalistische und ultrakatholische Spektrum ist Zielgruppe der nostalgischen und falangistischen extremen Rechten. Die national-syndikalistisch orientierten falangistischen Gruppen richten sich mit ihrer Ansprache auch an Arbeitnehmer/innen. Diese sind insbesondere bezüglich „Arbeitsmarkt“-Themen ebenfalls Adressat/innen der rassistischen und ethnozentristischen Rechten. Schwerpunktmäßig werben Letztere jedoch gezielt um Jugendliche. Wichtige Rekrutierungsorte sind Konzerte, Demonstrationen und Fußballstadien. Der rechtspopulistischen PxC ist es gelungen, die übliche Klientel zu durchbrechen und Wähler aus verschiedensten politischen Bereichen und Altersstufen einzubinden.¹⁵

Das Hochhalten traditioneller Werte wie Familie und christliche Religion steht häufig im Mittelpunkt der franquistischen, ultrareligiösen und falangistischen Parteien und Organisationen. In allen Spektren finden sich deutliche Positionierungen gegen Abtreibung und Homosexualität. Zum Beispiel führte *FE des las JONS* anlässlich der geplanten Liberalisierung des Abtreibungsrechts eine Gegenkampagne durch, die neonazistische AN polarisierte am internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie auf einem Plakat gegen Homosexualität.

Die Glorifizierung des Franco-Regimes erfährt ihren Höhepunkt jedes Jahr um den 20. November, dem Todestag Francisco Francos und des Falange-Gründers José Antonio Primo de Riveras. In der nahe Madrid gelegenen Grabstätte „Tal der Gefallenen“ werden Gedenkmärsche und -messen veranstaltet, oftmals begleitet von faschistischer Symbolik. Da diese jedoch seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur historischen Erinnerung“¹⁶ auf dem Gelände selbst verboten ist, hoben Aktivisten im November 2009

¹⁵ Erra, Miquel/Serra, Joan (2008): S. 13.

¹⁶ Zur Debatte um das Gesetz und die Erinnerungspolitik siehe Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2008): Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2008. Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim (2008): S. 339–355.

eben vor dem Eingang ihren Arm zum faschistischen Gruß. Auf den Internetseiten der Organisationen des freien Spektrums gibt es Berichte über die Gedenkveranstaltungen. Dennoch nehmen nicht viele Menschen aus diesem Spektrum teil. Jüngere Parteien wie die nationalrevolutionäre MSR, die antikapitalistische und ökologische Themen besetzt, beziehen sich nicht mehr auf den Franquismus.

Im Spektrum der neonazistischen, nationalrevolutionären Parteien und ungebundener Kräfte steht massive antisemitische Agitation auf der Tagesordnung. Auf ihren Internetseiten präsentieren sie entsprechende Karikaturen, Boykottaufrufe gegen Israel und Links zu antisemitischen Veranstaltungen. Gerne beziehen sich die Gruppierungen auf den Nationalsozialismus. So fanden sich beispielsweise in den Publikationen der im Juni 2010 verurteilten spanischen Sektion von B&H Laudatien auf Adolf Hitler und Rudolf Hess.

Bei fast allen auf Landesebene aktiven Parteien ist die Verteidigung der „spanischen nationalen Einheit“ Konsens. Auf den Internetseiten der Falanges stehen Stellungnahmen gegen das katalanische Autonomiestatut und für die nationale Einheit Spaniens. Die neonazistische AN lancierte in Katalonien Aufkleber mit der Aufschrift: „Lass dich nicht zum Schweigen bringen. Sprich Spanisch. Rebelliere!“¹⁷ Die MSR hingegen fordert in ihrem Programm die Anerkennung der „Völker die Spanien formen und ihrer verschiedenen Traditionen, Sprachen und Kulturen“.¹⁸

Soziale Gerechtigkeit ist ein weiteres wichtiges Thema der extremen Rechten in Spanien. Sie ist meist damit verknüpft, sich als politische Alternative zur Regierung darzustellen. Parteien wie *Falange Auténtica* forderten im Wahlkampf 2008 „mehr Demokratie“, eine „bessere Verteilung des Reichtums“ und „mehr solidarischen Patriotismus“. Während

17 Alianza Nacional 12.09.2009:
http://www.lostuyos.net/index.php?option=com_content&view=article&id=187:ino-tecalles&catid=58:campanas&Itemid=2, Abruf am 18.11.2009.

18 Movimiento Social Republicano 2008: MSR. La alternativa para el siglo XXI. Molins de Rei, Ediciones Nueva República, S. 22.

die meisten falangistischen Parteien rassistische Argumentationsmuster vermeiden oder gar ablehnen, beschreibt *La Falange* (FE), die in dem Spektrum die radikaleren Kräfte bündelt, Einwanderung als Bedrohung für die „nationale Identität“.¹⁹

Aggressive, versteckte und offene rassistische Agitation ist kennzeichnend für die ethnozentristische, rassistische und nationalrevolutionäre, neo-nazistische Rechte. Soziale und ökonomische Probleme werden ethnisiert. In Zeiten von Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit ist das virulenter denn je. „Lösungen“ werden in Form einer mehr oder weniger umfangreichen Ausgrenzung von Migrant/innen aus Arbeitsmarkt, Sozial- sowie Gesundheitsleistungen propagiert, begleitet von Parolen wie „Die Spanier zuerst!“.

MSR, *España 2000* und FN kündigten angesichts der Kommunal- und Generalwahlen im Herbst 2010 eine gemeinsame Kampagne an, in der sie ihre Vorschläge zum Umgang mit der Krise und „deren Zusammenhang mit der Korruption des Systems und der Einwanderung“ darlegen wollen.²⁰ Eine FN-Demonstration vom April 2010 zeigte diese Motivation deutlich. Im Rahmen der Demonstration begründete *España 2000* ihre Rücktrittsforderung an Regierungschef Zapatero nämlich damit, dass er verantwortlich für Korruption und „massive Einwanderung“ und damit die Krise sei.²¹ In den vergangenen Jahren demonstrierten immer mehr rechtsextreme Gruppen in Arbeitervierteln mit hohem Migrantenanteil, beispielsweise in Valencia und Madrid. So sollten neue Anhänger mobi-

19 Vgl. Cantarero, Joan (2010): S. 92 sowie FE/La Falange 07.06.2008, Ideas aprobadas en el Congreso Nacional Extraordinario de FE-La Falange el 7 de Junio del 2008, www.lafalange.org, eingesehen 07.07.2010.

20 Vgl. Erklärung vom 23.05.2010 auf Homepage *España 2000*, 31.05.2010: Comunicado conjunto de España 2000, Frente Nacional y Movimiento Social Republicano, <http://www.esp2000.org/comunicados/1133-comunicado-conjunto-de-espana-2000-frente-nacional-y-movimiento-social-republican.html>, eingesehen 07.07.2010.

21 Demonstrationsaufruf von *España 2000* auf Homepage Frente Nacional 07.04.2010: http://www.frentenacional.es/sec_notasprensaview.php?co_codigo=702, eingesehen 07.06.2010. sowie El País 19.04.2010: La lluvia puede con la manifestación del Frente Nacional, www.elpais.com, eingesehen 07.06.2010.

lisiert und Menschen mit Migrationshintergrund direkt in ihrem Wohnumfeld eingeschüchtert werden.

Auch das Thema Kriminalität wird ethnisiert, indem Migranten und Muslime als Gefahr für die Sicherheit dargestellt werden. Die Mobilisierung gegen Moscheebauten ist aktuell eines der zentralen Themen der verschiedenen Gruppierungen von Rechtspopulisten bis Neonazis. Vertreter von PxC behaupten, sie seien nicht generell gegen Einwanderung, sondern „gegen die Installierung von muslimischen Einwanderern in unserem Land“. Die katalanische Partei machte jedoch die Forderungen nach einer generellen Begrenzung der Migration und nach der Kürzung von Sozialleistungen für Migranten zu einem zentralen Thema.²² Experten sehen in der Strategie, populäre Themen für rechtsextreme Positionierungen zu nutzen, eine Gefahr.²³

Bei Kampagnen gegen den Islam werden auch Motive von anderen europäischen Parteien entliehen. So kopierte die DN das Motiv der Anti-Minarett-Kampagne zum Bürgerentscheid in der Schweiz 2009. Die Parteien platzieren ihre Kampagnen strategisch günstig zu einem Zeitpunkt, an dem die Diskussion über den Umgang mit muslimischen Mitbürgern auf der öffentlichen Agenda steht. Gestärkt wird der anti-islamische Diskurs in Spanien auch durch andere Parteien. Die Volkspartei *Partido Popular* (PP) veranstaltete so zum Beispiel eine Unterschriftenaktion gegen den Bau einer Moschee in Badalona bei Barcelona.²⁴

Weiterhin ist Europa für viele Parteien aus den rechtsextremen Spektren ein wichtiger Referenzpunkt. Der MSR beispielsweise dient das sogenannte „Europa der Völker“ als politischer Bezugspunkt. Die sich mit schwarz-roter Flamme im Logo rebellisch gebende Partei setzt sich für ein „indo-

22 Erra, Miquel/Serra, Joan (2008): Tota la veritat sobre Plataforma per Catalunya. L'ultradretà Josep Anglada al descobert. Badalona, Ara Llibres S. L., S. 74, S, 7879 f.

23 Casals Meseguer, Xavier (2009): La Plataforma per Catalunya: la eclosión de un nacional-populismo catalán (2003–2009): WP Nr. 274, Institut de Ciències Polítiques i Socials. Barcelona, S. 23/24 sowie Gespräch mit Vinader, Xavier 2010.

24 Marín, Angel 11.02.2009, ABC: El PP de Badalona promueve una campaña contra una mezquita. <http://www.abc.es/20090211/catalunya-catalunya/badalona-promueve-campana-contra-20090211.html>, Abruf 07.06.2010, sowie Garcia, Jesus 14.09.2009, El País, Sin mezquitas en mi barrio, www.elpais.com, Abruf 06.07.2010.

europäisches“ Europa ein, das auf „Blutsrecht“ basieren soll.²⁵ Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird explizit abgelehnt. Zur EU-Parlamentswahl 2009 kandidierten mehrere Parteien aus dem rechtsextremen Spektrum. Sie wollen auf nationaler und europäischer Ebene institutionell repräsentiert sein, obwohl sie die EU in ihrer derzeitigen Form als Institution grundsätzlich ablehnen. Bei den parteigebundenen Kräften ist derzeit eine Strategie der Normalisierung zu beobachten, auch wenn diese wie beim MSR mit stark polarisierenden, radikalen Positionen einhergeht.

Wahlerfolge und politische Einstellungen in der Bevölkerung

Von einer parlamentarischen Repräsentanz sind die spanischen Rechtsextremisten derzeit weit entfernt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 erhielten rassistisch-ethnozentristische, ultrakatholische und falangistische Parteien insgesamt etwa 60.000 Stimmen.²⁶

Bei den spanischen Parlamentswahlen im März 2008 waren die Ergebnisse ähnlich. Hier vereinten neun Parteien aus dem rechtsextremen Spektrum insgesamt 50.000 Stimmen auf sich (0,2 Prozent). Vorne lag die FE de las JONS (13.000 Stimmen), dicht gefolgt von der DN mit knapp über 12.500 Stimmen. Bei den Kommunalwahlen 2007 gelang rund 50 Abgeordneten der Einzug in verschiedene Rathäuser.²⁷ 17 der 50 waren Mitglieder der PxC, die 12.400 Stimmen erhielt.²⁸ Bei der Wahl zum katalanischen Parlament im Herbst 2010 zog die PxC nicht ins Parlament ein.

Zwar sind 0,2 Prozent der Stimmen auf Landesebene marginal, dennoch muss die Bedeutung des Rechtsextremismus auch im Zusammenhang

25 MSR, Ponencia sobre Europa: <http://www.msr.org.es/>, Abruf am 18.11.2009.

26 Vgl. Elecciones Parlamento Europeo 2009 08.06.2009: <http://elecciones.mir.es/resultados2009/99PE/DPE99999TO.htm> ,eingesehen am 18.11.2009, sowie antifeixistes.org vom 09.06.2009; http://www.antifeixistes.org/3271_lextrema-dreta-puja-europa-60000-vots-lestat-noves-estrategies-dels-ultrasespanyols.htm, eingesehen am 18.11.2009.

27 Ministerio de Trabajo y Inmigración (Hg.) (2008): Cea Dáncona, María Angeles/Vales Martínez, Miguel S.: Evolución del racismo y la xenofobia en España. Informe 2008. Madrid, S. 290.

28 Vgl. <http://www.elmundo.es/especiales/2008/02/espana/elecciones2008/resultados/congreso/globales/>, Abruf 06.07.2010 sowie Fernandez, David 23.04.2010: Ultras europeos financian la lista de Plataforma de Catalunya. Diagonal Nr. 124.

mit sogenannten Hassverbrechen und den Einstellungen der Menschen in Spanien betrachtet werden. Virulent dabei ist zum einen die unvermindert hohe Anzahl von gewaltsamen Angriffen mit rechtsextremem und rassistischem Hintergrund. MCI konstatiert derzeit eine rechtsextreme Agitation neuer Qualität und spricht von einer „xenophoben Offensive im Kontext der ökonomischen Krise“²⁹.

Zum anderen haben mehrere Studien gezeigt, dass viele Spanier die Einwanderung in ihr Land ablehnen. Laut der letzten Umfrage des „Centro de Investigaciones Sociológicas C.I.S.“ („Zentrum für Soziologische Studien“) waren im Jahr 2008 77 Prozent der Befragten der Ansicht, es lebten zu viele Immigrant/innen in Spanien. 42 Prozent der Befragten fanden die Einwanderungsgesetzgebung zu tolerant.³⁰

Auch die Ablehnung von Moscheebauten und das Verständnis für eine solche Ablehnung sind gestiegen. In der C.I.S.-Untersuchung von 2007 fanden 39 Prozent der Befragten Proteste gegen den Bau einer Moschee in ihrem Viertel akzeptabel. Zwei Jahre zuvor hatten 30 Prozent dieser Aussage zugestimmt. Immerhin 29 Prozent der Studienteilnehmer/innen konnten sich 2007 vorstellen, dass eine Partei Akzeptanz findet, die propagiert, Immigrant/innen anderer ethnischer Herkunft oder Religion verursachten soziale Probleme.³¹

Alarmierende Ergebnisse brachte 2008 eine Umfrage unter 23.000 Schüler/innen der Sekundarstufe und 6.000 Lehrer/innen zu Tage: Fast zwei Drittel der Befragten lehnten eine Zusammenarbeit mit Marrokanern und Roma ab. Über die Hälfte der Schüler/innen würden nicht mit jüdischen Schüler/innen das Pult teilen wollen. 8 Prozent sympathisierten mit rechtsextremen/rassistischen Gruppen. Jedoch sprachen sich 90 Prozent explizit gegen solche Gruppen aus.³²

29 Movimiento contra la Intolerancia 2010, S. 3.

30 Ministerio de Trabajo y Inmigración (Hg.) (2009): Cea Dáncona, María Angeles/Vales Martínez, Miguel S.: Evolución del racismo y la xenofobia en España. Informe 2009. Madrid, S. 44, 74.

31 Ministerio de Trabajo y Inmigración 2008, S. 30, 35, 183, 165, 293.

32 Movimiento contra la Intolerancia 2008: Informe Raxen Nr. 39, Madrid, September 2008, S. 46 ff.

Alianza Nacional bei
einer Demonstration
am 13. Februar 2009
in Dresden:
„Ihr mögt die Mauern
zerstören aber niemals
die Herzen“



Im internationalen Vergleich ist Spanien einer im Frühjahr 2008 durchgeführten Studie des US-amerikanischen Pew Research Centers zufolge Spitzenreiter in Bezug auf antisemitische und islamophobe Tendenzen: 46 Prozent der befragten Spanier/innen äußerten Ablehnung gegenüber Juden, gegenüber Muslimen waren es sogar 52 Prozent.³³

Internationale Vernetzung im Zeichen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit

Spanische Rechtsextremisten kooperierten und kooperieren immer noch unter anderem mit Altnazis, die ungestört in Spanien residier(t)en, sowie mit italienischen Neofaschisten. Seit 2004 arbeiten die deutsche NPD und *FE/La Falange* offiziell zusammen. Sie gründeten gemeinsam die Internetplattform *European National Front*.³⁴ NPD-Vertreter reisen regelmäßig zu den Gedenkveranstaltungen rund um den 20. November nach Madrid, spanische Neonazis besuchen Demonstrationen und Konferenzen im Ausland. In Deutschland nahmen einige der im B&H-Prozess verurteilten Spanier im Jahr 2004 am Hess-Marsch in Wunsiedel teil, Vertreter von AN marschierten im Februar 2009 in Dresden, Mitglieder von *FE/La Falange* reisten zum 1. Mai 2010 nach Berlin.

33 17.09.08, Unfavorable Views of Jews and Muslims on the Increase in Europe; <http://pewglobal.org/reports/cache.php?ReportID=262>, Abruf am 24.11.2009.

34 Grumke, Thomas (2009): Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten. In: Angelika Beer (Hg.): Europa im Visier der Rechtsextremen. Die Grünen/Europäische Allianz im Europäischen Parlament. Berlin, S. 15.

In den vergangenen Jahren haben sich rassistische und ethnozentristische Parteien verstärkt um internationale Vernetzung bemüht. NPD-Vorsitzender Udo Voigt speiste im November 2009 in Madrid mit führenden Aktivisten von *España 2000*, FN und MSR. Am gleichen Wochenende fand in einem Madrider Hotel eine Veranstaltung mit Manuel Canduela von *Democracia Nacional*, Roberto Fiore von der italienischen *Fuorza Nuova* und Nick Griffin von der *British National Party* statt, die von MSR-Mitgliedern gestört wurde. Die DN ist seit 2005 Mitglied der europäischen Plattform *Euronat* und offenbar in engerem Kontakt mit der im Oktober 2009 in Budapest gegründeten *Europäische Nationale Bewegung* (ENB).³⁵ Der DN-Vorsitzende reiste 2008 zum letztlich verhinderten Anti-Islam-Kongress der rechtspopulistischen Bürgerbewegung „pro Köln“. Vertreter der PxC nahmen im Frühjahr 2010 an der Anti-Minarett-Konferenz in Gelsenkirchen teil, kurz darauf traf PxC-Vorsitzender Josep Anglada in Wien Vereinbarungen mit der FPÖ. Berichten zufolge hofft er auch auf Unterstützung durch die italienische *Lega Nord*, die französische *Front National* und den schwedischen Multimillionär Patrick Brinkmann.³⁶ Zweifellos ist der Ausbau internationaler Kontakte im Hinblick auf logistische und politische Unterstützung für die spanischen Rechtsextremisten und Rechtspopulisten von hoher Bedeutung. Auch künftig wird eine Vertiefung der internationalen Beziehungen erwartet.

Schlussfolgerungen

Eine Repräsentanz der spanischen rechten Parteien auf parlamentarischer Ebene ist bislang kaum vorhanden und bis auf Erfolge vor allem bei Kommunalwahlen nicht so schnell zu befürchten. Es ist jedoch zu bedenken, dass die Ursachen für die aktuelle Schwäche des rechtsextremen Parteien-

35 Eurorex.info 2009: Europa: Rechtsextremes Netzwerk in Budapest gegründet; <http://www.eurorex.info/2009/10/24/europa-rechtsextremes-netzwerk-in-budapest-gegrundet/>, Abruf am 24.11.2009.

36 Fernandez, David 23.04.2010: Ultras Europeos financian la Lista de Plataforma de Catalunya. diagonalperiodico.net, Abruf 06.07.10 sowie Cantarero, Joan/Gayo, Alberto: Los que pagan a los Ultras españoles. Interview.es, 10.05.2010.

spektrums veränderbaren Einflussfaktoren unterliegen. Personeller Mangel und interne Zerstrittenheit gehören ebenso zu diesen wie die Annahme, dass die Volkspartei *Partido Popular* als starke parlamentarische Kraft Stimmen aus dem rechten Spektrum an sich bindet. Diese und weitere Faktoren können das tatsächliche Potenzial rechtsextremer und rassistischer Politikkonzepte verdecken. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass entsprechende Einstellungsmuster in der Bevölkerung vorhanden sind.

Die größte Gefahr geht derzeit sicherlich vom auf populistische Diskurse setzenden, rassistisch-ethnozentristischen Spektrum in seiner ganzen Bandbreite aus, das mit seinen islamfeindlichen, versteckt und offen rassistisch begründeten Politikkonzepten an diese Einstellungsmuster anknüpfen könnte.

Die Parteien und Organisationen aus dem an Franco orientierten nostalgischen und dem falangistischen Spektrum sind aktuell kein politisch relevanter Faktor in Spanien. Es ist davon auszugehen, dass ihre Bedeutung weiter nachlassen wird, zumal viele ihrer Mitglieder schon sehr alt sind. Dennoch gibt es immer wieder Kampagnen und Themen, an die vor allem das ultrakatholische Spektrum gut anknüpfen kann, wie beispielsweise Großdemonstrationen gegen Abtreibung und homosexuelle Ehen.

Die Parteien und parteiungebundenen Organisationen aus dem neonazistischen und nationalrevolutionären Spektrum entfalten mit ihrer rassistischen Agitation und Aktion eine gefährliche Dynamik, die sich bislang vor allem mit Propaganda, Ausgrenzung sowie massiven Angriffen verschiedener Art äußert.

Erforderlich ist eine klare Analyse und Benennung rechtsextremer Erscheinungsformen und deren konsequente Anwendung sowie der Auf- und Ausbau neuer und vorhandener staatlicher sowie zivilgesellschaftlicher Maßnahmen. Um die demokratiegefährdenden Phänomene ebenso wie die zunehmende internationale strategische Vernetzung wirkungsvoll eindämmen zu können, ist eine Intensivierung des Austauschs auf europäischer Ebene im Hinblick auf Analyse, Prävention und Intervention unabdingbar.



Die radikale Rechte in Bulgarien: ATAKA – Aufstieg, Fall und Nachspiel

Neue Phase: Nationalistische und soziale Forderungen

In Hinblick darauf, wie sich das Verhältnis zwischen der türkischen Minderheit und den Bulgaren im Sog der Veränderungen nach 1989 gestaltete, halten sich die Bulgaren generell für eine sehr tolerante Gesellschaft. Bulgarien gelang es, ein ganz anderes Modell als das seiner westlichen Nachbarn zu entwickeln, die weit mehr Spannungen haben. Bulgarien schaffte es, ein sehr tolerantes ethnisches Modell zu installieren, ohne echte Spannungen zwischen Bulgaren und der türkischen Minderheit. Angesichts der historischen Verhältnisse und der Tatsache, dass Bulgarien ein Land ist, in dem nicht nur verschiedene Ethnien, sondern auch verschiedene Religionen – mit einer großen muslimischen Population – beheimatet sind, verfolgen viele Beobachter/innen, darunter westliche Politiker/innen und Sozialwissenschaftler/innen, diese positive Entwicklungen voller Interesse.

Bis 2005, fast 15 Jahre nach den postkommunistischen Veränderungen in Bulgarien, gab es weder eine Partei noch eine signifikante politische Bewegung im Land, deren Aktivitäten und Ideologie auf Hass, Ausschluss oder Nichtakzeptanz anderer Bevölkerungsgruppen basierten. Deshalb war der erste Wahlerfolg der *Ataka*-Partei eine große Überraschung für die meisten Bulgaren. Es ist interessant, dass einer der wichtigsten ideologischen Punkte des politischen Programms der *Ataka*-Partei eine Mixtur von nationalistischen und ideologischen Forderungen ist. Es wird häufig der Versuch unternommen, die rechtsextremen Flügel in Europa über einen Kamm zu scheren, doch in Wirklichkeit haben die rechtsextremistischen Bewegungen in den verschiedenen Ländern ganz unterschiedliche Wurzeln. Vielleicht sind diese unterschiedlichen Wurzeln die Erklärung dafür, dass es so schwierig ist, eine generelle Antwort auf diese Bewegungen zu finden – es ist eigentlich nicht möglich, in jedem Land zu den gleichen Gegenmitteln zu greifen.



АТАКА
Emblem

Атака: Этносичес Project der Aggression

Im Fall Bulgariens gab es eine Mischung aus starken nationalistischen Forderungen und einer Ideologie, die auf der Enttäuschung basiert, die viele Bulgaren hinsichtlich der Veränderungen in ihrem Land empfanden. Dies mündete in den unerwarteten Erfolg von *Атака*, deren Aufstieg interessanterweise erst rund drei Wochen vor den Wahlen 2005 begann. Keine einzige Meinungsumfrage hatte diesen Trend anfangs erkannt. Erst eine Woche vor den Wahlen sagten einige Meinungsforscher voraus, dass *Атака* der Einzug ins Parlament gelingen könnte. Doch *Атака* schaffte weit mehr – sie gewann mehr als 8 Prozent der Stimmen.

Das war ein wahrer Schock für die demokratischen Parteien in Bulgarien. Erstens, weil es alle überraschte, und zweitens schockierte *Атака* mit ihrer Sprache, mit der sie sich in der bulgarischen Politik vorstellte, vor allem die sogenannten traditionellen Parteien. *Атака* hat eine aggressive Spra-



Атака-Протестmarsch vor der türkischen Botschaft.
Bannertext:
„136 Jahre seit dem Meuchelmord an Vassil Levski durch die türkische Brut.“

che eingeführt, vor allem in Bezug auf Roma, Homosexuelle und Politiker. Typische *Ataka*-Slogans enthalten Aussagen wie: „Alle Roma sind kriminell“, „Homosexuelle sind krank“, und „Politiker grunzen wie Schweine“. Eine solch brutale Sprache existierte in den 15 Jahren bulgarischer Demokratie nicht. Heute ist die bulgarische Bevölkerung nicht mehr geschockt – sie hat sich an diese Art der Sprache gewöhnt. Jedenfalls bewirkte der Gebrauch dieser rohen Sprache erst einmal, dass der Eindruck entstand, *Ataka* und ihre Führer seien die einzigen, die die Dinge realistisch sähen, die sich verständlich ausdrückten und dass alle anderen logen, einfach nur, weil sie sich einer überhöflichen Sprache bedienten, während *Ataka* „Klartext“ mit der Bevölkerung sprach.

Dieses Verhalten verstärkte sich, nachdem *Ataka* ins Parlament eingelegen war und an Einfluss gewann. Der Parteivorsitzende Siderov wurde Zweiter in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2006, eine ähnliche Situation wie in Frankreich, als Jean-Marie Le Pen es in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen schaffte.

In Bulgarien war das ein klares Zeichen dafür, dass es die traditionellen Parteien, und zwar nicht nur die rechten, sondern auch DIE LINKEN, versäumt hatten, der *Ataka*-Bewegung direkt und effektiv entgegenzutreten.

Glücklicherweise blieb der Einfluss von *Ataka* marginal und gewann nur rund 8 bis 9 Prozent der Wählerstimmen. Ein Grund dafür war der große interne Konflikt der Partei: Es gab ernsthafte Spannungen, persönlich wie politisch, hinsichtlich der Vorgehensweise der Partei – genau wie bei anderen Parteien dieser Art.

Der aktuelle Einfluss der Partei basierte immer stark auf der Popularität ihres Vorsitzenden, Volen Siderov. Ohne ihn wäre *Ataka* spürbar schwächer. Siderov gehörte den demokratischen Kräften in den frühen Jahren der postkommunistischen Veränderungen an, bis er die *Ataka*-Partei und sein „Projekt“ aus der Traufe hob. Sein gegenwärtiges politisches Verhalten steht in diametralem Widerspruch zu dem, wofür er in den frühen 1990er-Jahren stand.

**Wahlergebnisse der wichtigsten politischen Parteien in Bulgarien
(Parlamentswahlen 1990–2009, % der gültigen Stimmen)¹**

Tabelle 1

Partei	Juni 1990	Okt. 1991	Dez. 1994	April 1997	Juni 2001	Juni 2005	Juli 2009
Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) und Wahlallianzen	47,15	33,14	43,58	22,07	17,15	30,95	17,70
Union der Demokratischen Kräfte (SDS) und Wahlallianzen	36,20	34,36	24,17	52,26	18,18	7,68	6,76
Bulgarische Volksunion der Landwirte (BZNS)	8,0	3,9	–	–	–	–	–
Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS)	6,03	7,55	5,43	7,60	7,45	12,81	14,50
Nationale Bewegung Simeon II (NDSV, NMSP)	–	–	–	–	42,74	19,88	3,02
Ataka	–	–	–	–	–	8,14	9,36
Demokraten für ein Starkes Bulgarien	–	–	–	–	–	6,44	–
Bulgarischer Nationalbund (BNS)	–	–	–	–	–	5,19	–
Bürger für die Europäische Entwicklung Bulgariens (GERB)	–	–	–	–	–	–	39,70
Ordnung, Gesetz und Gerechtigkeit	–	–	–	–	–	–	4,13

Die nachfolgende Tabelle zeigt, auf welche Gruppen der Bevölkerung die Partei und ihr Führungspersonal bei den Parlamentswahlen 2009 eine besondere Anziehungskraft ausübten. Zusammengefasst kann man sagen, dass die *Ataka*-Wähler in der männlichen Bevölkerung in der Altersgruppe über 61 überrepräsentiert waren. Unterrepräsentiert waren sie in Sofia, unter den besser Gebildeten, den Frauen und der Bevölkerungsgruppe mit Roma- oder türkischer Herkunft.²

1 Die Stammdaten der offiziellen Bulletins der Central Electoral Commission in Sofia. Siehe Genov, Nikolai (März 2010): *Radical nationalism in contemporary Bulgaria*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Bulgarien, S. 14.

2 Genov, a.a.O., S. 15.

Stimmen für Ataka (in %)³

Tabelle 2

a) Nach Siedlungstyp

Sofia	Kreisstadt	Kleinstadt	Dorf
4,7	10,0	10,0	10,0

b) Nach Alter

18 - 30	31 - 40	41 - 50	51 - 60	61+
8,7	7,7	8,6	9,3	11,5

c) Nach Bildungsabschluss

Höhere / Universität	Gymnasium / Oberschule	Hauptschule / niedriger
6,2	10,9	10,0

d) Nach Geschlecht

Männlich	Weiblich
11,8	7,0

e) Nach ethnischen Gruppen

Bulgarisch	Türkisch	Roma	Andere
10,7	0,8	1,7	7,8

Die *Ataka*-Partei konnte seit den ersten Wahlen für das Europäische Parlament in Bulgarien auch eine relativ starke Rolle im Europäischen Parlament und auf europäischer Ebene spielen. *Ataka* erlangte drei Sitze von 18 und war Gründungsmitglied der Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ im Europäischen Parlament. Heute stellt *Ataka* zwei von 17 bulgarischen Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Allianz mit einer Fernsehstation

Ein anderer Grund für den Erfolg von *Ataka* ist, dass die Partei und ihr „Projekt“ von Anfang an von einer populären Fernsehstation unterstützt wurden. Ja, die Popularität der Partei war sogar eng verknüpft mit dem Erfolg dieser Fernsehstation. Hier sehen wir ein Beispiel für die Macht der Medien in Bulgarien: Dies berührt die Frage der Pressefreiheit und des

3 Die Daten wurden von der Alfa Research Agency for market and social research in Sofia gesammelt und verarbeitet. Siehe Genov, a.a.O., S. 14 f.

Ausmaßes dieser Freiheit in Relation zur Verbreitung der speziellen Attitüde, Sprache und der Ideen von *Ataka*. Bei der betreffenden Fernsehstation handelt es sich um einen Kabelkanal mit ziemlich ausgedehntem Sendebereich. Im Wahlbezirk, in dem ich zum ersten Mal zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt wurde – das war 2005 –, konnte dieser Kanal in einem Teil der Region fast überall empfangen werden. Um ihren Einfluss zu veranschaulichen, ist es sinnvoll, zwei benachbarte Ortschaften zu vergleichen. Eine der Ortschaften konnte diese Fernsehstation empfangen, die andere nicht. Nach Verkündung der Wahlergebnisse wurde schnell klar, dass die Gemeinde, die den Fernsehkanal empfangen konnte, in hoher Prozentzahl für *Ataka* gestimmt hatte: 15 bis 20 Prozent. Im Nachbarort konnte *Ataka* nur ein paar einzelne Stimmen für sich verbuchen. Dieses Beispiel zeigt den Zusammenhang zwischen Medien und rechtsextremen Parteien und demonstriert ihren starken Effekt bei diesen Wahlen im Besondern.

Allgemeiner Einfluss der Rechtsextremen auf Regierung und Gesellschaft

Eine andere wichtige Frage, die viele Länder betrifft, ist die Verbindung zwischen der rechtsextremen und den populistischen linken Bewegungen. Daran ist klar zu erkennen, dass beide Flügel eine bestimmte Wählergruppe ansprechen, die mal für den rechtsextremen, mal für den populistischen linken Flügel stimmt. Dies gilt auch für viele andere Länder. Im speziellen Fall Bulgariens ist *Ataka* nicht in der Regierung und auch nicht in einer formalen Koalition mit einer Regierungspartei – sie behauptet jedoch, die Regierung habe ihre volle Unterstützung und sie sei eigentlich Teil der regierenden Mehrheit, ohne offiziell der Koalition anzugehören. Das ist eine neue Entwicklung, die impliziert, dass die Partei in der Lage sei, im nationalen Parlament eine eigene Rolle zu spielen. Obwohl nicht Teil der Regierung, unterstützt sie diese voll und ganz. Die Partei übt demzufolge Einfluss auf aktuelle Regierungsangelegenheiten aus, kann also sichtbar und nachdrücklich öffentlich agieren. Demzufolge konnte diese rechtsextreme Partei das politische Leben in Bulgarien seit 2005 insgesamt beeinflussen. Und dies ist nicht Vergangenheit: *Ataka*

übt nachwievor Einfluss auf die Politik aus, und es wird nun schwierig sein, diesen Prozess umzukehren.

Allerdings ist *Ataka* nun, da sie die Regierung unterstützt, in den Augen der Wähler nicht mehr die einzige und authentische Opposition des „Systems“ und verliert zusehends an Zustimmung. Dieser Trend ist nicht überraschend und reflektiert ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern; sind sie erst einmal parlamentarische Kraft oder nehmen gar Regierungspositionen ein, sind diese Parteien nicht mehr in der Lage, ihre einfachen Antworten auf komplizierte Fragen in die Praxis umzusetzen, was ihnen den Todesstoß versetzt.

Volen Siderov
unterstützt formal die
künftige Regierung
von Boyko Borisov
und seine Partei
(Juli 2009).



Was die aggressive Sprache anbelangt, so ist es interessant, dass sich der von dieser rechtsextremen Partei eingeführte Sprachstil nie normalisiert hat. GERB, die gegenwärtig regierende Partei in Bulgarien, ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei, aber sogar der Vorsitzende dieser regierenden Partei und selbst der Premierminister Borisov sprechen eine ähnlich aggressive Sprache. Diese Art der Sprache erinnert stark an die brutale Ausdrucksweise, die von Volen Siderov, dem rechtsextremen Führer von *Ataka*, eingeführt wurde. Das ist ein weiterer Grund für die abnehmende Unterstützung für Siderov – es gibt einen neuen Helden im politischen Leben, und die moderateren Anhänger von *Ataka* wechseln einfach auf die Seite von Borisov. *Ataka* verblasst allmählich, aber die Narben im politischen System Bulgariens werden bleiben.



Invenier:

Participants:

Key messages:

we need better documentation
of results

Identität und Bigotterie: Nationalistischer Populismus und die extreme Rechte im heutigen Polen

Nationale Identität

Die nationale Identität Polens schwankt zwischen den gegensätzlichen Alternativen von Einbeziehung und Ausschluss. Einerseits bekräftigten die polnische Verfassung von 1997 sowie die Mehrheit der Gesetze, dass alle Bürger/innen gleiche Rechte haben, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft oder Religion. Andererseits gibt es Berichte von staatlichen Stellen in Polen, die informelle Erhebungen zur religiösen Identität durchführten. Es gab beispielsweise Fälle in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, wo Menschen im Rahmen ihrer Antragstellung, als Polen anerkannt zu werden, dazu aufgefordert wurden, katholische Gebete aufzusagen, um ihre Zugehörigkeit zur polnischen Kultur zu beweisen. Auch fundiertes Wissen über katholische Feiertage und die Biografie von Papst Johannes Paul II musste bewiesen werden.¹

„Polnisch bedeutet katholisch“

„Die polnische Identität ist schon immer mit der Kirche verbunden gewesen, genauso wie die Sprache, in der man mit Gott spricht, schon immer Polnisch war.“ Diese Aussage machte Alicja Grześkowiak, Präsidentin des polnischen Senats, in einer Ansprache über Polinnen und Polen, die im Exil in Kasachstan leben.² Diese quasi-offizielle Sichtweise

-
- 1 Kowalczyk, B.: Nie wiesz, od kiedy JP II był papieżem, nie będziesz Polakiem; http://www.pardon.pl/artykul/6858/nie_wiesz_od_kiedy_jp_ii_byl_papiezem_nie_bedziesz_polakiem> abgerufen am 16. November 2008.
 - 2 „Kronika senacka.“ Diariusz Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 47 (5. October 1999); <http://www.senat.gov.pl/K4/DOK/DIAR/47/4707.htm>> abgerufen am 20. August 2008.

der nationalen Identität könnte man als einen symbolischen Punktsieg für die Idee des „katholischen Polen“ betrachten. Diese ausschließende Vorstellung eines „katholischen Polen“ war die Grundlage der politischen Ideologie von Roman Dmowski, dem Gründer der Nationaldemokratischen Bewegung vor dem Zweiten Weltkrieg.

Am 7. Januar 1999 stimmte das polnische Parlament mit überwältigender Mehrheit für eine Resolution, die das politische Erbe von Dmowski rühmte (311 Abgeordnete stimmten dafür, 35 dagegen, 54 enthielten sich). Der Beschluss erwähnt weder Antisemitismus noch andere kontroverse Themen, die das Bild des nationalistischen Führers unter Umständen getrübt hätten. Noch bedeutsamer war, dass Vertreter aller politischen Fraktionen im Parlament, einschließlich der Mitte und der linken Parteien, die Resolution unterstützten. Auch Józef Oleksy, ehemaliger Premierminister und einflussreicher Kopf der postkommunistischen Sozialdemokrat/innen, sprach sich für die Resolution aus. Oleksy betonte, dass er im Namen der gesamten Partei spreche.³ Diese Tatsache zeigt die Schwäche – vielmehr das völlige Fehlen – einer eigenen Geschichte der polnischen Sozialdemokrat/innen. Sie sind sogar so weit gegangen, Dmowskis ausgrenzende, ethnisch-religiöse Definition der polnischen Identität zu akzeptierten.

Währenddessen wurden soziale Proteste oftmals durch rechtsradikale und nationalistische Rhetorik ausgedrückt.⁴ So formulierte beispielsweise Zygmunt Wrzodak, der Anführer der Gewerkschaft *Solidarität*, den sozialen Konflikt radikal im Kontext der nationalen Identität:

„Wir erleben eine große Schlacht um Polen. Die vereinten Kräfte der Linken befinden sich in einem heftigen Kampf gegen die katholische, polnische Nation. Das Ziel der Nihilisten ist es, unseren Stolz und unsere nationalen Hoffnungen aus den Herzen und der Seele der Polen zu tilgen. Unser Vaterland wurde durch die heilige Taufe geboren. Unser Selbstverständnis als Polen ist untrennbar mit

3 Pankowski, R. (1999): „Sejm mówi ,tak‘.“ Nigdy więcej 10.

4 Ost, D. (1999): *The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational. The Radical Right in Central and Eastern Europe Since 1989*, ed. Ramet, S. P. University Park: Pennsylvania State University Press, p. 106.

unserem katholischen Glauben verbunden. Das ist der Grund dafür, dass die gewaltigen Mächte des Roten Bösen, die versuchen Polen und die Polen zu zerstören, unsere Kirche und unseren heiligen Glauben angreifen.“⁵

Wrzodak wurde später zu einem wichtigen Anführer der *Liga Polskich Rodzin* (*Liga der polnischen Familien* – LPR) und wurde 2001 über die Liste der LPR ins Parlament gewählt und 2005 wiedergewählt.

Die Nationale Wiedergeburt Polens (NOP): Gewalt und das Hakenkreuz – für die Rechte keine Gräueltaten

Gewalttätige, rechtsextreme Gruppen haben von ähnlichen Phrasen profitiert. Die bedeutendste ist die *Nationale Wiedergeburt Polens* (*Narodowe Odrodzenie Polski* – NOP), die seit den späten 1980-er Jahren sowohl auf der Straße als auch unter Jugendlichen eine der dynamischsten rechtsradikalen Organisationen ist.⁶ Damals begann sie, Skinhead-Gruppen zu infiltrieren und stachelte diese an, politische Feinde anzugreifen. Die NOP rekrutierte einige hundert Aktivisten in ganz Polen; 1999 zitierte Szymon Rudnicki Schätzungen von 1.000 bis 1.500 Mitgliedern,⁷ die meisten von ihnen aus der Nazi-Skinhead-Szene. Die meisten von ihnen waren zwischen 20 und 30 Jahre alt, unter ihnen sowohl junge Männer aus der Arbeiterklasse als auch Studenten. Die Organisation warb oft in Fußballstadien um Mitglieder. Die NOP schöpfte ihre Kraft aus der antisemitischen Kultur, die viele Sportstadien in Polen zunehmend dominierte. Rivalisierende Gruppierungen bezeichneten die gegnerischen Klubs regelmäßig als „jüdisch“, um sie zu beleidigen. Viele der NOP-Aktivitäten fanden auf der Straße statt, was oft zu Gewalt und körperlichen Angriffen auf vermeintliche Feinde der Bewegung führte.⁸

5 Wrzodak, Z. Wrzodak (1997): Poznań: Wydawnictwo Wers, S. 5.

6 Pankowski, R. und Kornak, M. (2005): „Poland.“ *Racist Extremism in Central and Eastern Europe*, ed. Cas Mudde, London-New York: Routledge, S. 161–163.

7 Rudnicki, S. (November 2000): *Nationalismus und Extremismus im Polen von heute und ihre historischen Wurzeln*. *Transodra* 21, S. 17.

8 Kornak, M. *Brunatna Księga* (2009): Warszawa: Collegium Civitas und Stowarzyszenie Nigdy Więcej.

Die NOP begann, ein faschistisches Symbol zu benutzen – „die Hand mit dem Schwert“, auch als „Phalange“ bekannt. Die NOP verkündete, dass ihr Hauptprogrammziel die „nationale Revolution“ sei, was eine gewalttätige Machtübernahme andeutete. Einem Programmpunkt zufolge werde die nationale radikale Machtübernahme „mit Gewalt geschehen – Blut wird fließen“.⁹ Die Gruppe versprach, alle politischen Organisationen zu verbieten, die sie als „anti-national“ einstufte, einschließlich der Gruppen, die eine EU- und NATO-Mitgliedschaft Polens unterstützten. Die Parteizeitschrift *Szczerbiec* schlug vor, Guerilla-Methoden gegen in Polen stationierte NATO-Truppen einzusetzen. Sie rief auch dazu auf, dass polnische Freiwillige auf der Seite des serbischen Militärs gegen den NATO-Einsatz kämpfen sollten.¹⁰ Ende der 1990er-Jahre zog die NOP besonders durch das Leugnen des Holocausts Aufmerksamkeit auf sich und veröffentlichte und vertrieb mehrere geschichtsrevisionistische Bücher.

Die NOP ist offiziell als politische Partei registriert und genießt alle Vorzüge staatlicher Unterstützung, die politischen Parteien von Gesetzes wegen zustehen – trotz wiederholter Forderungen von Seiten der Öffentlichkeit und der Medien, sie zu verbieten. Im Jahr 2010 wurden endlich rechtliche Schritte für ein Verbot der NOP durch die Behörden eingeleitet, aber die Partei ist noch immer aktiv.

Das Wichtigste ist, dass die NOP zum polnischen Ableger der *International Third Position* (ITP, später umbenannt in *Europäische Nationale Front* – ENF) wurde, einem internationalen Verbund europäisch-neofaschistischer Organisationen. Angeführt wird dieser von Roberto Fiore, dem Mitbegründer des italienischen Flügels des Verbundes, der *Forza Nuova* (Neue Kraft – FN). Einem Kommentar in „Searchlight“ zufolge, einer monatlich erscheinenden internationalen Zeitschrift, die Neofaschismus in ganz Europa beobachtet, sind „von allen außerparlamentarischen rechten Extremist/innen in Europa die politischen Soldaten der FN und ITP die-

9 Sitnik, K. (1994): *Zasady Rewolucji Narodowej*. *Szczerbiec* 11.

10 Pankowski, R. (2009): *Myslałem wtedy: Dawniej Polacy walczyli w zbrojach, dzisiaj walczą w glanach* – wywiad z Pawłem Bolkiem. *Nigdy Więcej* 17.

jenigen [...], die jetzt die größte Gefahr darstellen.“¹¹ Die NOP organisierte internationale, ideologische und paramilitärische Ausbildungen für Mitgliedergruppen der ITP/ENF, unter ihnen auch die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD). Ein Sprecher der NPD sagte, er sei zufrieden, denn „zum ersten Mal seit 1936 sitzen deutsche und polnische Nationalisten am gleichen Tisch“. Er versuchte auch, die Kriegsschuld des Dritten Reichs herunterzuspielen, indem er sagte, dass während des Zweiten Weltkriegs „beide Seiten Fehler gemacht“ hätten.¹² Die nationalistische Glaubwürdigkeit der NOP wurde erheblich beschädigt, nachdem die antifaschistische Zeitschrift „Nigdy Więcej“ diese Kooperation in Polen bekannt machte. Die NOP zerstritt sich daraufhin mit der NPD über Themen wie die polnische Kontrolle über die ehemaligen „ostdeutschen“ Gebiete, was später sogar zu einer Spaltung der ENF führte.¹³

Die NOP bezeichnet sich selbst als eine antisemitische und rassistische, revolutionäre Gruppe, die in ihren alltäglichen Aktivitäten zu politischer Gewalt neigt und deren Ziel ein gewaltsamer Sturz der Demokratie ist. Trotz alledem hatte die Partei Verbindungen zum politischen Mainstream. Das Beispiel der NOP kann als Warnsignal verstanden werden, dass selbst der radikalste Ausdruck von revolutionärem Nationalismus der polnischen Rechten nicht zuwider ist. Ein Beispiel ist Michal Kamiński, Mitglied der NOP von 1989 bis 1990. Als Aktivist des rechten Mainstreams wurde er später bekannt dafür, unverhohlen den Slogan „Polen für die Polen“ zu benutzen, während er in der ethnisch vielfältigen Region Bialystok Wahlkampf betrieb. Noch berüchtiger wurde er durch seine Reise nach London, um dem ehemaligen chilenischen Präsidenten Augusto Pinochet Tribut zu zollen, während dieser dort inhaftiert war. Kamiński wurde später für die Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (*Recht und Gerechtigkeit* – PiS) zuerst ins polnische Parlament und später ins Europaparlament gewählt. 2009 wurde er Vorsitzender der *Europäischen Konservativen und Reformisten* (EKR) im Europäischen Parlament.

11 „Editorial.“ Searchlight, Januar 2000.

12 Pankowski, R. (2000/2001): NOP, patrioci i folksdojcz. Nigdy Więcej 12.

13 Mieśnik, P.: „Oni już tu są!“ In: Trybuna vom 21. September 2006.

Das neue Jahrtausend: der Aufstieg der Rechtsextremisten als politische Kraft

Die polnische extreme Rechte war bis 2001 so gut wie unbedeutend im politischen Mainstream. Aber zu diesem Zeitpunkt hatte sie eine beträchtliche kulturelle Akzeptanz und teilweise auch gesellschaftliche Legitimität erreicht, die zum Aufbau politischer Organisationen genutzt werden konnte. Diese kulturellen Ressourcen erwiesen sich als sehr nützlich, dem nationalistischen Populismus 2001 den Weg in den politischen Mainstream zu ebnen. Als dieser seine ersten Sitze im Parlament gewann, und noch tiefgreifender, als er 2005 erstmals die politische Landschaft Polens dominierte.

Radio Maryja: die Schaffung einer breiteren Bewegung

Das katholisch-nationalistische *Radio Maryja* wurde von Pater Tadeusz Rydzyk gegründet, einem Mitglied des Ordens der Redemptoristen. Eine landesweite Sendelizenz ermöglichte es dem Sender, Millionen von Zuhörer/innen zu erreichen, womit er zu einem der größten nationalen Medien wurde. Die Zuhörer/innen waren mehrheitlich ältere Rentner/innen, von denen viele auf dem Land lebten. Der Sender war eine Plattform für religiöse Botschaften, aber *Radio Maryja* etablierte sich auch als eine wichtige politische Kraft mit einer klaren ausländerfeindlichen und antisemitischen Agenda. Seit seiner Gründung hat *Radio Maryja*, sowohl verdeckt als auch offen Inhalte verbreitet, die auf nationalistischem Extremismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien basieren. Analysen bestätigen „Antisemitische Inhalte, die von *Radio Maryja* gesendet werden, hässliche Stereotypisierung und Verschwörungstheorien [...] und Behauptungen, dass die Juden für die Unterdrückung während der kommunistischen Ära verantwortlich gewesen seien sowie Vorwürfe, dass die Juden den Holocaust als Druckmittel benutzen, um Entschädigungszahlungen von Polen zu bekommen.“¹⁴ *Radio Maryja* förderte

14 Anti-Defamation League (2006): Poland: Democracy and the Challenge of Extremism. New York: Anti-Defamation League, 4.

unmittelbar eine Reihe von rechtsgerichteten Gruppen. Diese Unterstützung gipfelte in verschiedenen Appellen im Jahre 2001, für die *Liga der polnischen Familien* und seit 2005 für die Partei *Recht und Gerechtigkeit* zu stimmen. Auf einer anderen Ebene hatte der Sender eine ähnlich wichtige Rolle beim Agenda-Setting: Er legitimierte den Diskurs der extremen Rechten zu verschiedenen Themen und verbreitete ihn weithin.

Radio Maryja stärkte Polens radikale Rechte. Es bot der Bewegung eine wertvolle Möglichkeit, sich zu präsentieren, sowie ein Forum für interne und externe Kommunikation, einen Ort, an dem kulturelle Ressourcen mobilisiert werden konnten. Am Ende war es ein Wendepunkt – der Sender schuf die Kultur für eine breitere Bewegung. Unter der Führung des charismatischen Paters Tadeusz Rydzyk ist *Radio Maryja* zu einer echten, eigenständigen sozialen Bewegung geworden, die großen politischen Einfluss hat. *Radio Maryjas* Aufstieg innerhalb der Kirche ist ähnlich verlaufen. Es ist von einer relativ marginalen Nebenrolle zu einer führenden Stimme innerhalb der polnischen katholischen Kirche aufgestiegen.

Polnische Politik im Stil der Boulevardpresse

Eine weitere kulturelle Veränderung geschah bis Mitte 2000 und hat ohne Zweifel den Ausgang politischer Ereignisse beeinflusst. Aufgrund vermehrten Wettbewerbs zwischen den Medien entstand eine neue Form der Massenkommunikation in Polen, die Boulevardpresse. Die Tageszeitung „Fakt“, vom Axel Springer Verlag herausgegeben und ihrem deutschen Pendant der „Bild Zeitung“ nachempfunden, veränderte die Medienlandschaft. „Fakt“ wurde schnell zur meistverkauften Zeitung Polens. Obwohl sie einem deutschen Verlag gehört, vermied es „Fakt“ interessanterweise in keiner Weise, nationalistische und insbesondere anti-deutsche Gefühle anzufachen. Dieser einfache, aggressive journalistische Stil wurde seither als die „Boulevardisierung“ der polnischen Politik bezeichnet. Cas Mudde hat aufgezeigt, dass sich verändernde Medienlandschaften Auswirkungen auf die Zunahme des Populismus in Westeuropa gehabt haben, nicht zuletzt aufgrund zunehmender Kommerzialisierung, „was zu einem Kampf um Leser und Zuschauer und folglich einer Konzentration

auf die extremeren und skandalöseren Aspekte der Politik geführt hat¹⁵.“ Vor diesem Hintergrund wurde die Auffassung vertreten, dass sensationalistische Berichterstattung über Politik 2005 ein entscheidender Faktor für den Wahlerfolg der populistischen Parteien war.

Wahlergebnisse von rechtsgerichteten Parteien (Parlamentswahlen)

Tabelle 1

Partei \ Jahr	2001	2005	2007	2009 (Europawahlen)
LPR	8,30 %	7,97 %	1,30 %	(als Libertas) 1,14 %
PiS	9,50 %	26,99 %	32,11 %	27,40 %
Samoo Brona	10,50 %	11,41 %	1,53 %	1,46 %

Extremisten werden Teil des politischen Mainstreams

Zwei nationalistisch-populistische Parteien, die *Liga polnischer Familien* (LPR) und *Samoobrona*, bildeten daraufhin eine Koalitionsregierung mit der rechten, konservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit*. Am 5. Mai 2006 wurde die endgültige Zusammensetzung der Koalition verkündet. Der Vorsitzende von *Samoobrona*, Andrzej Lepper, und der LPR-Vorsitzende Roman Giertych wurden gemeinsam zu stellvertretenden Premierministern ernannt, zusätzlich wurde Lepper Landwirtschaftsminister und Giertych Bildungsminister. Mitglieder von *Samoobrona* erhielten zudem die Ressorts „Wohnungsbau“ und „Soziales“. Die LPR erhielt das neu geschaffene Ministerium für Seewirtschaft; Minister wurde der 28 Jahre alte Rafał Wiechecki, ein LPR-Jugendaktivist mit einer Vergangenheit als Fußball-Hooligan. Dies führte zur weit verbreiteten Auffassung, dass Extremisten dabei waren, Teil des politischen Mainstreams zu werden.

Die Nominierung von Roman Giertych zum Bildungsminister jedoch führte zu den heftigsten Protesten. Es wurde zu spontanen Demonstrationen aufgerufen und in Offenen Briefen gegen die Nominierung pro-

15 Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39:4, S. 553.

testiert. Viele hunderttausende von Unterschriften wurden gesammelt, unter ihnen viele von Mitgliedern der intellektuellen Elite Polens. Nachdem die extremistischen Parteien offiziell der Koalition beigetreten waren, verwies Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz in einem Interview mit einem Journalisten der italienischen Tageszeitung „*Corriere della Sera*“ auf die Eingliederung der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) in die Regierung. Marcinkiewicz behauptete, dass die extremistische Partei dadurch „zivilisiert“ worden sei.

„Es ist nicht das erste Mal, dass Parteien mit populistischen Ideen einer Regierung eines europäischen Staates beigetreten sind. Ich denke dabei an Österreich. Unsere Situation ist identisch.“¹⁶

Radio Maryja schaffte den symbolischen Rahmen für die Koalition und Pater Tadeusz Rydzyk half dabei, die Partner zusammenzubringen. Bis 2006 gelang es der Koalition aus PiS-LPR-*Samoobrona*, als das natürliche Spiegelbild ideologischer Konvergenz zu erscheinen. Man könnte sagen, dass es nicht mehr darum ging, dass zwei extremistische Parteien eine Koalition mit einer demokratischen Partei der Mitte eingingen, sondern dass sich drei Parteien mit unterschiedlich starkem populistischem und nationalistischem Einschlag für eine gemeinsame Vision einer radikalen, anti-liberalen Transformation verbündeten. Die PiS-LPR-*Samoobrona*-Koalition hielt kaum ein Jahr, bis zum Sommer 2007. Während dieser kurzen Zeit hat sie das Land nicht grundlegend verändert. Die Koalition hatte zum Beispiel nicht genügend Sitze im Parlament, um Verfassungsänderungen durchzubringen. Einen Großteil ihrer Zeit an der Macht war sie mit internen Streitereien und Konflikten beschäftigt, was am Ende zu ihrem Sturz führte.

Nichtsdestotrotz hat die Kaczyński-Regierung in Polen Spuren hinterlassen. Ihr unmittelbarer Effekt lässt sich eher an dem rhetorischen Klima

16 „Wywiad z premierem Kazimierzem Marcinkiewiczem w „*Corriere della Sera*“, 14. Juni 2006. Webseite des polnischen Außenministeriums; <http://www.msz.gov.pl/Wywiad,z,premierem,Kazimierzem,Marcinkiewiczem,w,Corriere,della,Sera,6441.html> abgerufen am 28. Januar 2009.



Die Never Again Association protestiert gegen Rechtsextremismus und Rassismus: „Nie mehr Nazismus auf Allegro.“ Allegro ist der größte Internetshop in Ost-Zentral-Europa und wird oft von Neonazis benutzt.

beobachten, das sie geschaffen hat, als an irgendeiner konkreten Politik oder an institutionellen Veränderungen. In seiner Rolle als Premierminister und PiS-Chef hat Jarosław Kaczyński klargestellt, dass er sich mit der Idee einer polnischen Identität identifizierte, wie sie von *Radio Maryja* propagiert wird. Eine solche Art von Nähe zwischen der Regierung und der sozialen Bewegung, die von *Radio Maryja* gefördert wurde, hatte es vorher noch nie gegeben. Während dieser Zeit tat *Radio Maryja* nichts, um seine radikal nationalistische und insbesondere antisemitische Ideologie zu dämpfen. Ein Beispiel ist *Radio Maryjas* regelmäßiger Kommentator Stanisław Michalkiewicz, der vormals für die LPR für das Parlament kandidiert hatte. Am 27. März 2006 verlas er im Radio eine vehement antisemitische Ansprache, die unter anderem folgende Äußerungen enthielt:

„Wir hatten Vorfälle, wo Juden im Konzentrationslager Auschwitz eine Szene gemacht haben, die Übertreibung des Vorfalles in Jedwabne und jetzt die Vorbereitungen für die Propagandaveranstaltung in Kielce, die an den Jahrestag des sogenannten ‚Pogroms‘ erinnern soll. [...] Die amerikanische Presse [wird] von der Holocaust-Industrie beherrscht [...]. ‚Toleranz‘ bedeutet in Wirklichkeit, den jüdischen Standpunkt zu akzeptieren, während ‚Dialog‘ bedeutet, sich nach den Launen der Holocaust-Industrie zu richten. ‚Gazeta Wyborcza‘ spielt eine

entscheidende Rolle in diesem Prozess der Zähmung. Dies ist ein einzigartiges Beispiel der jüdischen fünften Kolonne in Polen. [...] die Manager der Holocaust-Industrie versuchen, Dollars vom polnischen Staat zu erpressen.“¹⁷

Eine der ersten Entscheidungen der PiS an der Macht war es, den Regierungskommissar für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern abzuschaffen. Der Kommissar hatte die Kontrolle über die staatliche Anti-Diskriminierungspolitik in verschiedenen Bereichen, unter anderem „Volkszugehörigkeit“, „Rasse“ und „sexuelle Orientierung“. Diese Entscheidung stand in deutlichem Widerspruch zu den EU-Gleichberechtigungsgrundsätzen.¹⁸

Die Inhalte der polnischen Außenpolitik veränderten sich ebenfalls: Bombastische anti-russische und anti-deutsche Einstellungen wurden zur Regel. Begleitet wurden diese von einer standhaften pro-amerikanischen Haltung bei Themen wie dem andauernden Krieg im Irak. Bezeichnenderweise wurde Mariusz Muszyński, ein offenkundig anti-deutscher rechtsstehender Publizist, zum offiziellen Regierungsbevollmächtigten für deutsch-polnische Beziehungen. Die Medien berichteten ausführlich über die Entscheidung von Präsident Jaroslaw Kaczyński, seine Teilnahme an einem polnisch-deutsch-französischen Gipfeltreffen abzusagen, nachdem ein satirischer Artikel in der linken deutschen „Tageszeitung“ ihn mit einer Kartoffel verglich.¹⁹ Die polnische Staatsanwaltschaft leitete sogar Ermittlungen wegen angeblicher Diffamierung des Präsidenten ein.²⁰

17 Michalkiewicz, S. Volltext einer Radiosendung von Radio Maryja im März, Webseite von Europäischer Jüdischer Kongress, 2004; http://www.eurojewcong.org/ejc/news.php?id_article=538 abgerufen am 28. Januar 2009.

18 Vermeersch, P. (2007): Ethnic Minority Protection and Anti-discrimination in Central Europe Before and After EU Accession: the Case of Poland. Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe 1.

19 Smith, C. G.: Poles Fear Political Twins Will Double Drift to the Right. New York Times vom 19. Juli 2006; <http://www.nytimes.com/2006/07/19/world/europe/19poland.html> abgerufen am 29. Januar 2009.

20 Agence France-Presse: „Poland: ‚Potato‘ Case Dropped.“ New York Times vom 19. Juli 2006; <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C03E3DE1131F93BA35751C1A9619C8B63> abgerufen am 29. Januar 2009.

Ein weiterer beunruhigender Aspekt der Regierungspolitik war die umfangreiche Rekrutierung von Mitgliedern rechtsextremer Organisationen für den Verwaltungsapparat, unter anderem auch für führende Positionen in verschiedenen Bereichen der Verwaltung und staatlich kontrollierte Sektoren der Wirtschaft. Dies nahm Ausmaße an, die weit über Einzelfälle hinausgingen und schon fast systematische Dimensionen hatten. In vielen Fällen handelte es sich um junge, unerfahrene Personen, die sich in erster Linie als Anführer von Skinhead-Gruppen oder Herausgeber von extremistischen Fanzeitschriften ausgezeichnet hatten.²¹

Die Bildungspolitik der Regierung wurde, wie zu erwarten, zu einem weiteren sehr kontroversen Thema. Einer der ersten Schritte, die Giertych als Bildungsminister unternahm, war die Entlassung des Leiters einer nationalen Lehrerakademie, weil er eine polnische Version von „Kompass“ herausgegeben hatte. Das Menschenrechtshandbuch, das vom Europarat verbreitet wird, enthielt ein Kapitel über Homophobie. Giertych hatte wiederholt geschworen, keinerlei „Förderung von Homosexualität“ in Schulen unter seiner Aufsicht zuzulassen und hatte sogar vorgeschlagen, dies zu einer konkreten Straftat zu machen.²² In der Tat beschränkte sich politisierte Homophobie nicht nur auf die LPR, sondern fand sich auch sehr stark im Diskurs der PiS. Um es mit den Worten von Premierminister Jaroslaw Kaczyński zu sagen:

„Ich garantiere, sollte ein Mitglied der PiS Bildungsminister werden, er würde die gleiche Position einnehmen wie Giertych. [...] Ich möchte das klar machen: Ich bin auch gegen die Förderung von Homosexualität in Schulen. [...] Ich sehe keinen Grund dafür, die Mode, Homosexualität zu fördern, zu unterstützen.“²³

21 Kornak, M. (2006): Młodzież Wszechpolska u władzy. Nigdy Więcej 15.

22 Amnesty International: Poland: School bill would violate students' and teachers' rights and reinforce homophobia (20. März 2007); <<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR37/001/2007/en/dom-EUR370012007en.html>> abgerufen am 29. Januar 2009.

23 Janecki, S., Kania, D. und Dzierżanowski, M. (2007): Nie mam konta. Wprost 20.

Angeführt von Roman Giertych, weigerte sich die polnische Delegation, eine gemeinsame Erklärung aller Bildungsminister des Europarates zu unterzeichnen, in der sich die Minister für eine gemeinsame Vorgehensweise im Unterrichten von Geschichte einsetzten. Berichten zufolge sagte Giertych: „Es gibt kein Abkommen über die Einmischung [des Europarates] in die Art und Weise, wie wir Geschichte und Religion unterrichten.“²⁴ Während einer EU-Bildungsministerkonferenz in Heidelberg im März 2007 hatte Giertych seine europäischen Amtskollegen schockiert, indem er für die Einführung einer paneuropäischen „Charta der Rechte von Nationen“ plädierte, die ein völliges Verbot von Abtreibung und „homosexueller Propaganda“ beinhalten sollte. Ein Regierungssprecher von Kaczyński musste später erklären, dass dieser konkrete Vorschlag Giertychs nicht eine offizielle Position des polnischen Kabinetts sei – nichtsdestotrotz blieb Giertych im Amt.²⁵

Roman Giertych sah sich erneut scharfer Kritik ausgesetzt, als er beschloss, den Literaturkanon für die Schulen zu ändern. Werke von Schriftstellern aus dem Ausland wie Kafka, Goethe und Dostoyevsky und auch von „unpatriotischen“ polnischen Schriftstellern wie Witold Gombrowicz, Bruno Schulz, Stanisław Witkiewicz und Joseph Conrad sollten aus dem Lehrplan gestrichen werden.²⁶ Giertychs Position wurde gestärkt, als Ewa Sowińska vom Parlament zur offiziellen Sprecherin für die Rechte von Kindern ernannt wurde. Dieses konstitutionelle Amt war in den 1990er-Jahren geschaffen worden, um die Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen zu schützen. Sowińska, eine LPR Aktivistin und *Radio Maryja*-Protégé, verschaffte sich international einen schlechten Ruf, als sie forderte, die beliebte Kinderfernsehserie „Teletubbies“ zu untersuchen, ob diese Homosexualität propagierte.²⁷

24 „Historia tylko nasza“. Monitor Edukacji, 6 May 2007; <<http://www.monitor.edu.pl/newsy/historia-tylko-nasza.html>>, abgerufen am 27. Januar 2009.

25 „Education Minister's 'scandalous' address at EU meeting.“ Warsaw Business Journal vom 5. März 2007.

26 Pezda, A.: „Na indeksie Giertycha.“ Gazeta Wyborcza, 31. Mai 2007.

27 Dzierżanowski, M. und Nowicka, K.: „Sowińska: sprawdzimy, czy teletubisie nie promują homoseksualizmu“. Wprost, 27. Mai 2007.

Die Reaktion der Demokrat/innen: das Ende der extremen Rechten an der Macht

Demonstrationen von Student/innen und Lehrer/innen sowie andere Formen des Protestes gegen Giertychs Gesetze waren an der Tagesordnung während der Kaczyński-Regierung. Unter den Oppositionsgruppen befand sich neben anderen eine Koalition von Bürgergruppen, die unter dem Slogan „Giertych Musi Odejść“ („Giertych Muss Gehen!“ – GMO) zusammenkam. Hinzu kam, dass die Medien fortlaufend höchst belastende Informationen über Neonazi-Verbindungen und das Verhalten von Mitgliedern der LPR veröffentlichten. Dies zog mehr und mehr öffentliches Interesse auf sich, weil nun der innere Führungskreis einer Regierungspartei involviert war.²⁸ Die Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit gegenüber einer rechtsextremen Infiltration des politischen Lebens schien an ihrem Ende zu sein oder wenigstens abzunehmen.

Zudem ging ein massenhaftes Auswandern von gebildeten jungen Menschen mit der PiS-geführten Regierung einher. In der Zeit von 2004 bis 2007 verließen schätzungsweise über eine Million Menschen Polen und zogen in andere Länder wie Großbritannien oder Irland. 2007 lebten offiziellen Statistiken zufolge 2,27 Millionen polnische Staatsbürger im Ausland.²⁹ Der Hauptgrund für diese Massenmigration war die hohe Arbeitslosigkeit, die später von etwa 18 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im Jahr 2006 auf 11 Prozent im Jahr 2008 sank.³⁰ Zu den weiteren Gründen zählte vor allem Unzufriedenheit mit dem allgemeinen Kurs des Landes. Für manche Gruppen, wie zum Beispiel Homosexuelle, war die Emigration ein Weg, einer intoleranten Stimmung zu entfliehen, die ihren offiziellen Ausdruck in der homophoben Politik der Kaczyński-Regierung fand.³¹ Die Emigration war eine ausdrucksvolle Art des Protes-

28 A selection of quotes can be found in „Z prasy.“ Nigdy Więcej 16, 2008.

29 Główny Urząd Statystyczny. Informacja o rozmiarach i kierunkach emigracji z Polski w latach 2004–2007 <http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_Informacja_o_rozmiarach_i_kierunk_emigra_z_Polski_w_latach_2004_2007.pdf>, abgerufen am 29. Januar 2009.

30 Macierewicz, P.: „Polska przestała być liderem bezrobocia.“ Gazeta Wyborcza, 2. März 2008.

31 Graham, C.: „Gay Poles head for UK to escape state crackdown.“ The Observer, 1. Juli 2007.

tes, aber sie schwächte auch die einheimische Opposition gegen eine nationalistisch-populistische Herrschaft. Es sah so aus, als habe die PiS ihre Macht stark gefestigt und selbst einige ihrer Kritiker sagten zwei volle Legislaturperioden unter Kaczyński voraus; insbesondere weil die wirtschaftliche Lage sich zu verbessern schien – nicht zuletzt dank großzügiger finanzieller Unterstützung seitens der EU.

Die Geschichte nahm jedoch einen ganz anderen Lauf: Die Kaczyński-Regierung brach viel schneller zusammen als erwartet. Vorgezogene Neuwahlen am 21. Oktober 2007 brachten eine überraschende Niederlage der populistischen Rechten und einen haushohen Sieg für die liberaldemokratische Opposition. In dieser emotional aufgeladenen Wahl erhielt die oppositionelle Bürgerplattform (PO) 41,5 Prozent der Stimmen, verglichen mit nur 32,1 Prozent für die PiS. Die ehemals mächtige LPR mit ihrem Block aus mehreren rechtsextremistischen Bündnispartnern erhielt nur 1,3 Prozent der Stimmen – und keinen einzigen Sitz im Parlament. *Samobrona* schnitt mit 1,5 Prozent ähnlich schlecht ab. Aufgrund des schwachen Ergebnisses hatten LPR und *Samobrona* nicht einmal Anspruch auf staatliche Mittel, die Parteien vorbehalten sind, die mindestens 3 Prozent der Stimmen erhalten.

Insbesondere die Massenmobilisation von jungen Wähler/innen war der Schlüssel zur Niederlage der Regierung. Es herrschte ein weitverbreitetes Gefühl von Dringlichkeit und als die Ergebnisse verkündet wurden, brach die Jugend Polens in Freude aus. Um es mit den Worten eines britischen Beobachters zu sagen, die Polen „feierten den Niedergang eines zwei Jahre währenden Experiments in Isolationismus, Nationalismus und Intoleranz“³².“ Trotzdem verschwanden die Rechtsextremen dadurch nicht vollends aus der parlamentarischen Landschaft. Einige Aktivisten, die für ihre rechtsextremen Einstellungen hinlänglich bekannt waren, wurden über die PiS-Liste ins Parlament gewählt. Die PiS verdankte erneut einen Großteil ihrer Unterstützung ihrer strategischen Allianz mit *Radio Maryja*.

32 Traynor, I.: „Poland rejects populism and xenophobia in favour of pro-Europe liberal conservatives.“ The Guardian, 23. Oktober 2007.

Obwohl die Dynamik interner Konflikte der unmittelbare Grund für den Zusammenbruch der Regierung war, haben andere Faktoren zu der folgenden Wahlniederlage beigetragen. Die zunehmend kritische Haltung der unabhängigen Medien und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft waren extrem wichtig dafür, dass der nationalistischen Ideologie die gesellschaftliche Akzeptanz verwehrt blieb. Parallel zum Aufstieg der Rechtsextremen hatten auch die antifaschistische Bewegung und die Antidiskriminierungsbewegung seit der Mitte der 1990er-Jahre ihre eigenen kulturellen Ressourcen aufgebaut – mit ihren eigenen Legitimitätsquellen und ihrer eigenen Unterstützungsbasis in entscheidenden kulturellen Kreisen, wie zum Beispiel der Popmusik. Die erfolgreiche Kampagnen „Musik gegen Rassismus“ ist ein Paradebeispiel hierfür.³³ Das Resultat war, dass die Rechtsextremisten mit einer mächtigen und breit gefächerten Gegenbewegung konfrontiert wurden.

Fazit und Ausblick

Im Jahr 2007 schaffte es die liberale Opposition, die politische Apathie, die bis dahin in der polnischen Gesellschaft vorgeherrscht hatte, zu durchbrechen – zumindest teilweise. Oppositionsführer Donald Tusk beflügelte die Wähler mit seiner positiven Botschaft von einer „Politik der Liebe“ als einer symbolischen Alternative zur Politik des Hasses, wie sie die Allianz aus PiS, LPR und *Samoobrona* in den letzten Tagen des Wahlkampfes propagierte.

Es ist erwähnenswert, dass Solidarität aus dem Ausland beim Sieg der demokratischen Kräfte über die extreme Rechte in Polen eine relativ geringe Rolle gespielt hat. In der Tat bestand die Opposition zu einem großen Teil aus jungen Leuten, Bürgergruppen und den Medien des Landes. In diesem Fall waren internationale Reaktionen auf die Beteiligung von Rechtsextremisten an der Regierung eines EU-Mitgliedslandes sehr zurückhal-

33 Pankowski, R.: „Muzyka przeciwko rasizmowi.“ Kultura w procesie zmiany. Z badań nad kulturą w Polsce lat dziewięćdziesiątych, ed. Jawłowska. A. und Woroniecka G. (2003): Olsztyn: Wydawnictwo Uniwersytetu Warmińsko-Mazurskiego. Kornak, M. (2000): Muzyka przeciwko rasizmowi. Lewą nogą 12.

tend, insbesondere wenn man sie mit der Reaktion der EU vergleicht, als Jörg Haider und seine FPÖ im Jahr 2000 der österreichischen Regierung beitraten.

Im Jahr 2010 existierten sowohl LPR als auch *Samoobrona* weiterhin als außerparlamentarische politische Parteien. Nichtsdestotrotz hat die große Mehrheit ihrer Wähler/innen und ein großer Teil ihrer ehemaligen Aktivist/innen ein neues Zuhause in Jarosław Kaczyńskis Partei *Recht und Gerechtigkeit* gefunden. Radio Maryja bietet weiterhin eine symbolische Plattform für die politische Kultur der PiS, und die Partei – die vormals der Mitte zugerechnet wurde – hat sich fest am äußersten rechten Rand des Spektrums etabliert, mit sporadischen Ausflügen in die politische Mitte. Die PiS absorbierte den plötzlichen Anstieg der Rechtsextremen durch ihren Reiz einer nichtliberalen Demokratie, und ihre Stellung als Hauptoppositionskraft gegen die liberale Regierung blieb unangefochten.

Am 10. April 2010 kamen der polnische Präsident Lech Kaczyński, seine Frau und fast 100 Mitglieder/innen der polnischen politischen Elite bei einem Flugzeugabsturz im russischen Smolensk ums Leben. Kurz davor war die Popularität der *Recht und Gerechtigkeit*-Partei auf etwa 20 Prozent in Meinungsumfragen gefallen und war kurz davor, die anstehende Präsidentschaftswahl zu verlieren. Nach dem tragischen Unfall stiegen die Werte der PiS jedoch wieder. Verschiedene Verschwörungstheorien über den Unfall wurden von Rechtsextremisten in Umlauf gebracht, unter anderem auch von *Radio Maryja*, das weiterhin enge Beziehungen zur PiS unterhält. Es gab Befürchtungen einer erneuten sozialen Polarisierung und eines wiederbelebten rechtsgerichteten Wahlkampfs im Rahmen der Präsidentschaftswahl vom 20. Juni 2010, in der Lech Kaczyńskis Zwillingsbruder Jaroslaw als Vertreter der Rechtskonservativen antrat. Der Anführer der PiS verlor die Wahl in der zweiten Runde am 4. Juli 2010, erzielte aber dennoch ein beeindruckendes Resultat mit 47 Prozent der Stimmen. Seitdem hat die PiS ihre politische Energie hauptsächlich darauf konzentriert, angebliche Verantwortliche der Tragödie von Smolensk zu identifizieren. Diese Strategie, die auch von einigen wichtigen Führern der katholischen Kirche unterstützt wird, hat zu einer weiteren Polarisierung der polnischen Gesellschaft beigetragen.



Die radikale Rechte in Ungarn: Eine Bedrohung für die Demokratie?

Der ungarische Rechtsextremismus ist hinsichtlich seiner Sprache, seiner ideologischen Ansichten und Feindbilder, hinsichtlich der Terminologie seiner Führungsriege und seiner sozialen Wahrnehmungsmuster tief in eigentümlichen Traditionen verwurzelt – viel tiefer als seine Kritiker bereit sind zuzugeben.

Entwicklung

Die rechtsradikale Tradition spielte in der politischen Geschichte im Ungarn des 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle. Obwohl in ihren physischen und organisatorischen Formen und Rahmenbedingungen wenig konstant, war sie trotz größeren Brüchen in ihrer Intensität und in ihren großen ideologischen Schwerpunkten ziemlich immanent. In der Zeit von 1919 bis 1922 sowie von 1944 bis 1945 stellte die Rechtsextreme eine Hauptströmung der politischen und ideologischen Kräfte im Land dar und war ein aktiver Teil der Regierung. Alle wichtigen Themen der Rechts-extremen fanden ihren Ursprung in jener Zeit: die Isolation von Ungarn in der Region, das „Unrecht von Trianon“ (Bestimmung der neuen Staatsgrenzen nach dem Ersten Weltkrieg), politischer und wirtschaftlicher Antisemitismus und die „außerstaatliche“ Linke, ausgeschlossen aus dem „Nationalkörper“.

Nach 1989 war es István Csurka, ein bekannter Schriftsteller, der den Rechtsradikalismus in Ungarn wiederbelebte. Csurka war stellvertretender Vorsitzender der damaligen Regierungspartei, des *Ungarischen Demokratischen Forums* (MDF), wurde aber aus der Partei wegen radikalen Nationalismus' ausgeschlossen und gründete seine eigene politische Partei, die Partei für *Ungarisches Recht und Leben* (MIÉP), sowie eine Monatszeitschrift, das *Ungarische Forum* (*Magyar Fórum*). Bei den Wahlen 1998

gewann MIÉP 248.000 Stimmen und somit auch Sitze im ungarischen Parlament. 2002 erhielt die Partei nur noch 243.000 Stimmen und scheiterte an der Sperrklausel. 2006 ging eine große Zahl der radikalen Stimmen an die Partei *Fidesz* (Bündnis der Jungdemokraten), während MIÉP (in Koalition mit *Jobbik*, einer neuen rechtsradikalen Partei) lediglich 119.000 Stimmen bekam. Politisch gesehen war MIÉP zu diesem Zeitpunkt eine One-Man-Show, unter der Führung des in die Jahre gekommenen Csurka. Mit dessen Altern gingen der Einfluss der Partei und auch ihre zuvor so starke Medienpräsenz zurück. In der Zwischenzeit wurde die andere, von jungen Akademikern gegründete rechtsextremistische Partei *Jobbik* („die Rechte“ oder auch „die Bessere“) immer populärer. 2009 zog sie ins Europäische Parlament, 2010 als zahlenmäßig drittstärkste Partei mit mehr als 700.000 Stimmen (12,18 Prozent) ins ungarische Parlament ein. Im gegenwärtigen Parlament befindet sich *Jobbik* in der Opposition, sie steht jedoch der Regierungspartei *Fidesz* in vielen Themen sehr nahe. Nichtsdestotrotz ist die rechtsradikale Szene stark zersplittert: Neben den beiden oben erwähnten Parteien existieren ein Dutzend kleinere, aber sichtbare unabhängige Gruppen im Wettstreit um mediale Aufmerksamkeit und potenzielle Anhänger.

Ideologisches Gedankengut

Die wichtigsten politischen Themen der 1920er- bis 1940er-Jahre sind nach wie vor ein determinierendes Element der heutigen extremen Rechten in Ungarn. Es gibt so gut wie keine wirkliche Erneuerung, es sei denn, man zählt die Entdeckung der Ressentiments gegen die Roma für die Mobilisierung der Massen dazu. Die Roma-Bevölkerung war vor dem Zweiten Weltkrieg viel kleiner als heute und demografische Hochrechnungen waren im Karpatenbecken damals nicht so zugänglich wie heutzutage (zumindest nicht in Bezug auf die Roma-Bevölkerung). Tatsächlich wurde Mitte der 1990er-Jahre altes ideologisches Gedankengut in neuen Organisationsformen zusammengestellt. Einige der wichtigsten Elemente dieses Prozesses waren die Folgenden:

- a. Bewahrung der ungarischen Sichtweise der 1920er- und 1930er-Jahre auf die Welt. Die ungarische radikale Rechte war Mitglied der Pro-Hitler-Koalition, ohne ein striktes Abbild derselben zu sein. Die Ideologien, die den neueren immigrantenfeindlichen, etwas isolationistischen europäischen Ängsten um Lebensraum ähneln, sind auch nur rein zufällige Elemente. Im Grunde verkörpert die extreme Rechte in Ungarn eine sehr eigentümliche, völlig veraltete und doch hartnäckige Angst, die ihren Ursprung in den 1920er-Jahren hat, doch ohne die Präsenz der spezifischen sozialen Träger der ursprünglichen Angst. In den 1920er-Jahren waren unter anderen Beamte und Armeeoffiziere am stärksten vom Zusammenbruch des traditionellen ungarischen Staats betroffen. Einige von ihnen waren auch Vertreter der nationalen radikalen Rechten, die oft im Gegensatz zu konservativen Offizieren und Funktionären aus demselben Milieu stammten. Im gegenwärtigen internationalen Umfeld, das sich grundlegend von dem der Vergangenheit unterscheidet, wiederholt die hinsichtlich sozialer Herkunft und Arbeitsmarktchancen völlig neuartige Rechtsextreme immer noch die Botschaften von damals.
- b. Von 1918 bis 1919 war die Zerteilung des Landes ein determinierendes Erlebnis für viele Gruppen der ungarischen Gesellschaft, selbst wenn sie der Auslegung der Ereignisse durch die radikale Rechte nicht zustimmten. Die Machthaber von 1919 bis 1945 hegten und akzeptierten ausschließlich ein Grundgefühl: Kränkung. „Ein verstümmeltes Ungarn ist kein Land“, hieß es in einem Klagegedicht, das Schulkinder jahrzehntelang jeden Tag anstimmen mussten. Eine tiefergehende analytische Auslegung kam nicht in Frage. Dies war der vorwiegende Ansatz zu jedem wichtigen Thema. Die extreme Rechte spielte 1919 bis 1920 eine bedeutende Rolle (ihre Offizierstaffeln befahlen oder organisierten Hinrichtungen und Pogrome); doch sie wurde später einerseits unter internationalem Druck und andererseits aus Überlegungen des guten Geschmacks (Aristokraten und Überlebende der alten Elite bildeten die Mehrheit der neuen Elite) praktisch aus der Macht gedrängt. Nichtsdestotrotz bestand in der ersten Generation weiterhin eine Art blasse Trennlinie zwischen der konservativen und

der radikalen Rechten. Bekannte Politiker und öffentliche Intellektuelle überschritten diese Trennlinie und änderten die Richtung abhängig von politischen Umbrüchen oder größeren Ereignissen. Gegen Ende der 1930er-Jahre tauchte ein weniger gebildeter, eher pöbelhafter Flügel der Rechtsextremen am Horizont auf, den die konservative Elite – mehr aus sozialen als aus ideologischen Gründen – nicht gerade willkommen hieß.

- c. Als sich die politische Richtung Mitte-Rechts in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre neu organisierte, wurde im Wesentlichen ein ähnliches System geschaffen. Der „neuen“ radikalen Rechten fehlte es an ideologischen Innovationen und beim strikten Neuanfang 1945 war sämtliche im Umlauf befindliche rechtsradikale Literatur vernichtet worden. Vorsichtige USA-feindliche Kampagnen, globalisierungsfeindliche Wahlsprüche oder EU-Skepsis gehören nicht zu den Hauptthemen der ungarischen Rechtsextremen. Zusätzlich kämpft sie mit ihrem Erbe, da ungarische Anhänger der radikalen Rechten sich nicht auf diese als System verlassen konnten: Eine Art neues ideologisches System wird aus Erinnerungsfetzen und Ängsteschürerei aufgrund von Gerüchten zusammengewürfelt. Eine Reihe von Gruppierungen hoffte, dort anfangen zu können, wo man 1944 aufgehört hatte. Da sich gegenwärtig mehrere Schiffe von Rechtsradikalen zu einer Flotte verbünden, stoßen sie gemeinsam auch mehr Schadstoffe aus, verursachen mehr ideologische Verseuchung als die Rechtsextremen in ihrem alten Netzwerk damals in den 1930er-Jahren. Andere Analysten sind jedoch ganz anderer Meinung. Sie vertreten die Auffassung, dass Csúrka sehr viel von Le Pen gelernt hat, so die Vermengung linker politischer Interessen mit rechter Ideologie, und dass es in den vergangenen Jahren mehrere – missglückte – Versuche gab, eine Bewegung nach dem Vorbild *Sinn Feins* ins Leben zu rufen. Darüber hinaus gab es 2008 einen Anlauf, eine Art „parallele Zellen Ungarns“ zu gründen, der ebenfalls scheiterte. Was die Menschen erlebten, war soziale Demagogie wie in den 1930er-Jahren, auch ohne Le Pen, und die erwähnten – und übrigens ebenfalls gescheiterten – Organisationsmodelle enthielten keinerlei Ansatz für ideologische Innovation.

- d. Die radikale Rechte hat natürlich auch eine antikommunistische Dimension, doch ist sie interessanterweise nicht so dominant, wie man annehmen würde. Außerdem waren die prominentesten Vertreter der Kommunismusfeindlichkeit 1989 nicht die National-Konservativen, sondern liberale Dissidenten, welche die ersten freien Wahlen nach der Wende deshalb verloren. Die erste radikal rechte Formation, die sich von den Konservativen abspaltete – István Csurkas MIÉP – war verbal vielleicht auf Konfrontationskurs, doch als sich die extreme Rechte in den 1990er-Jahren neu formierte, ortete sie ihren Hauptfeind nicht im alten System vor 1989, sondern vielmehr in der liberalen Mittelschicht, die sie als Gewinner der Wende sah. Selbst dann waren sie lediglich in der Lage, vorgefertigte ideologische Schemata zu adaptieren, von denen sich der Antisemitismus als am leichtesten zugänglich erwies und der einfach wieder aufgewärmt wurde. Diese erste Generation der Rechtsradikalen erwies sich mit ihrer vermeintlich hochaktuellen Ideologie, dem „Schutz der ungarischen Nation vor den kosmopolitischen Juden“, zunächst als politischer Fehlschlag. Für Menschen in den unteren Schichten oder Bürger in kleinen Städten und Dörfern (die in einem politischen Vakuum zurückgelassen worden waren) ergab diese Ideologie keinen Sinn. Erst mit der Gründung einer neuen Partei, der *Jobbik*, Mitte der 2000er-Jahre entdeckte die zweite Welle der Rechtsradikalen die Roma-Frage als großes soziales Thema für die Kleinstädte und Dörfer Ungarns. Und obwohl die erste Generation der Rechtsextremen in den Hintergrund gedrängt wurde, geschah mit ihren Themen nicht das Gleiche.

Die öffentliche Meinung

Viele zeitgenössische Beobachter/innen beschreiben die radikale Rechte als eine spezielle Subkultur, die von den zentralen Strömungen und den Institutionen der vorherrschenden politischen Kultur isoliert ist. Im Fall der extremen Rechten im heutigen Ungarn (wie auch in vielen anderen Ländern) ist diese Behauptung jedoch falsch. Die radikale Rechte gibt

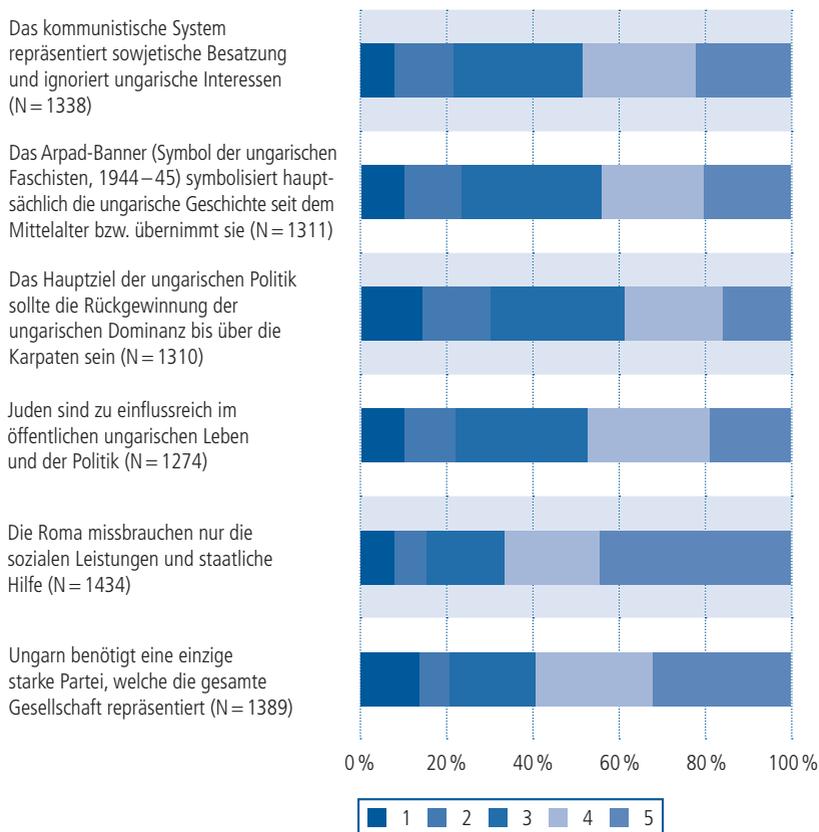
lediglich in der politischen Mitte bereits in Fragmenten oder versteckt existierende Ansichten in einer allgemeineren oder spezifischen Form konzentriert wieder. Die ungarische radikale Rechte ist gegenwärtig nicht in der Lage, originelle Weltansichten, Konzepte oder kulturelle Symbole zu finden, sie kann jedoch bestehende Konzepte sehr effizient wiederverwerten und sie in öffentlichen Debatten präsentieren. In gewisser Hinsicht liegt ihre Stärke darin, bildungsfernen und frustrierten Gesellschaftsschichten eine Agenda zu liefern, deren Hauptpunkte soziale Probleme in Zeiten der Krise und der fehlenden Legitimierung der politischen Ordnung erklären. Von der Mitte der 2000er-Jahre an genoss das neue System nach 1989 in der ungarischen Gesellschaft bedeutend weniger Unterstützung als in den anderen jungen Demokratien Osteuropas.

2008 entwickelten wir ein Messsystem für die Überwachung der politischen Radikalisierung Ungarns. Dieses System wurde zwischen 2008 und 2010 zur Untersuchung der öffentlichen Meinung eingesetzt. (Es enthält jährliche Umfragen mit persönlichen Interviews, durchgeführt mit einer repräsentativen Anzahl von je 1.500 Personen.) Der dreiteilige Fragebogen untersuchte die Beliebtheit kultureller Symbole der radikalen Rechten (historischer Revisionismus, Antisemitismus, Roma-Feindlichkeit, die Beliebtheit von autoritären politischen Lösungen usw.) und bildete die Wahrnehmungen nationaler Konflikte und die aktuelle Protestfähigkeit der Bevölkerung ab. Die wichtigste Schlussfolgerung der Untersuchung war, dass in den erwähnten Themen eine rechtsradikale Einstellung stärker ausgeprägt ist, die in ihrer Form und Richtung jedoch nicht wesentlich von der politischen Hauptströmung abweicht. Das bedeutet, dass ein großer Teil der Bevölkerung zwar nicht bereit wäre, das politische Programm der Rechtsradikalen zu akzeptieren, deren Argumente jedoch nicht unbedingt ablehnen. Im genannten Zeitraum nahm die Unterstützung der radikalen Rechten sogar zu (laut eigener Angaben der Befragten auf einer Links-Rechts-Achse von 1 bis 7).¹

1 Daten aus Untersuchungen des Instituts für Soziologie an der Ungarischen Wissenschaftsakademie (MTA), Budapest.

Werteinstellungen in der ungarischen Gesellschaft, 2010

Grafik 2



Quelle: Daten aus Untersuchungen des Instituts für Soziologie an der Ungarischen Wissenschaftsakademie (MTA), Budapest.

Im untersuchten Zeitraum war die Popularität der demokratischen Grundordnung im Hinblick auf Krisenmanagement auf einem sehr niedrigen Niveau und nahm bis Anfang März 2010 stetig ab. Bei der Befragung wurden die meisten Teilnehmer/innen danach gefragt, ob sie eine Ein-Partei-Lösung und die Idee einer starken Führungsfigur zur Lösung der Probleme des Landes unterstützen würden.

Traditionelle Elemente des nationalen Radikalismus sind für ein Drittel bis ein Fünftel der Linken populär (werden aber von den Anhängern von *Fidesz* und *Jobbik* stärker unterstützt). Die Idee der geopolitischen Dominanz Ungarns in der Region und die Popularität der *Árpád-Flagge*, eigentlich das traditionelle Symbol der ungarischen Faschisten, gehören eher zum Gedankengut des rechten Flügels, trennen die radikale Rechte jedoch nicht eindeutig vom Rest der Gesellschaft. Negative Stereotype über die Roma sind in der gesamten ungarischen Gesellschaft weit verbreitet. Der wichtigste Unterschied zwischen der Linken und der Rechten besteht eher in der Intensität der antisemitischen Einstellung. Die Rechtsradikale ist offen antisemitisch, ohne Rhetorik mit versteckten Anspielungen, wie sie rechte Hardliner in den letzten Jahren entwickelt haben.

Organisationsstrukturen

Ende der 2000er-Jahre wurde die radikale Rechte Ungarns von drei Hauptelementen charakterisiert:

- a. Erstens die rechtsradikalen politischen Parteien. Gegenwärtig gibt es zwei Parteien: die 1993 gegründete MIÉP, die bereits als Partei der ersten Generation erwähnt wurde, und die 2003 gegründete *Jobbik*, die zurzeit die führende rechtsradikale Formation ist. Typologischen Untersuchungen durch Politikwissenschaftler/innen zufolge ist die Rolle solcher Parteien im Parlament, die demokratische politische Entscheidungsfindung intern oder extern zu kritisieren und das bestehende System abzulehnen. Sie greifen verschiedene ideologische Themen auf und müssten dementsprechend in verschiedene Untertypen unterteilt werden, wie neofaschistisch, religiös, ultra-konservativ, neopopulistisch usw. Die rechtsradikalen Parteien Ungarns passen ideologisch nicht in diese Kategorien und es zeichnet sich in der näheren Zukunft auch keine Neuorganisation ab, die ihre Kategorisierung ermöglichen würde. Entsprechend der vorangegangenen Beschreibung ihrer historischen Entwicklung steht fest, dass, von einigen Mitte-Rechts-Tendenzen abgesehen, keine der beiden rechtsradikalen Parteien in Ungarn das Thema Religion aufgegriffen hat. Einige der anderen Elemente können jedoch eindeutig in diesen Parteien oder, sogar

etwas ausgeprägter, in den ihnen zugrunde liegenden Bewegungen ausgemacht werden. Während ihrer einzigen Periode im Parlament in den 1990er-Jahren verursachte MIÉP keine größeren Skandale und seitdem hat sie erkannt, dass sie nicht wieder ins Parlament einziehen wird. Als anerkannte politische Kraft hat sie jedoch Anspruch auf staatliche Unterstützung und – weniger oft – auf die Aufmerksamkeit der Medien. MIÉP ist damit sehr zufrieden: Offenbar strebt sie es gar nicht an, einem externen Modell zu entsprechen. Die Frage der „Demokratisierung“ als notwendiger Schritt für den Einzug ins Parlament scheint vielmehr für *Jobbik* ein schwieriges Thema zu sein. Einige Untersuchungen sehen *Jobbik* aufgrund ihres Wahlerfolgs bereits als demokratische Partei. Angesicht ihres gegenwärtigen Zustandes vertreten wir jedoch einen völlig anderen Standpunkt. Die Führungspolitiker von *Jobbik*, wie der Parteivorsitzende Gábor Vona, geben regelmäßige Statements vor einer breiten Öffentlichkeit ab – was demokratische Politiker niemals tun würden. Seitdem diese Partei ins Parlament gewählt wurde, betrachte ich es als ein Parlament, in dem auch nichtdemokratische Abgeordnete sitzen.

- b. Das zweite Element sind die Politiker/innen und politisch aktive Gruppen, die sich selbst im parlamentarischen System nicht in einer rechtsradikalen, sondern in einer anderen politischen Partei positionieren (gegenwärtig bedeutet das ausschließlich: im rechten Flügel von *Fidesz*). Die jüngsten Analysen der ungarischen radikalen Rechten versäumen es, diese Gruppen und Führungspolitiker in ihre Untersuchungen einzubeziehen. Wir wollen dies hier jedoch tun, ohne *Fidesz* als radikal einzustufen. Aus einer Reihe von Umfragen wissen wir jedoch, dass in den Jahren 2008/2009 rund ein Drittel der Befragten, die sich in den Meinungsumfragen als *Fidesz*-Sympathisant/innen bezeichneten, sich auch zu verschiedenen rechtsradikalen Ideologien hingezogen fühlen. Als einzige Dachpartei für Mitte-Rechts verlässt sich *Fidesz* auf ihre Stimmen seit 2002. Um diese Wähler/innen an die Partei zu binden, müssen auch radikale Botschaften verkündet und authentische Politiker/innen aktiv eingebunden werden. *Fidesz* konkurriert heute mit *Jobbik* und vielleicht mit MIÉP um die radikalen Stimmen – was wahrscheinlich zu einer weiteren Inflation extremistischer Erklärungen führen wird.

- c. Hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Kultur und Führungsmethoden ist die rechtsradikale Bewegung ziemlich zersplittert. Forscher konnten nur wenig über persönliche Zugehörigkeiten, die Zusammenarbeit zwischen den drei rechtsradikalen Sektoren, den Fluss politischer Ressourcen oder eine mögliche Verteilung der Aktivitäten feststellen. Gleichzeitig wetteifern die drei genannten Sektoren um Subventionen, Finanzmittel und andere Ressourcen. Gelegentlich kann man in Interviews und auf Webseiten einige Details über taktische Streitigkeiten oder persönliche Konflikte entdecken, doch so sorgfältig sie auch zusammengetragen sind, wir wissen nur wenig über den Wahrheitsgehalt dieser Informationshäppchen. Es gibt keine öffentlich zugängliche Informationen über die Art der Kooperation zwischen den entsprechenden Organisationen.

Jugendsubkultur

In den vergangenen drei bis vier Jahren wurden rechtsradikale Gruppierungen als Teil der Jugendsubkultur neu gegründet. Auch in der westeuropäischen rechtsradikalen Szene konnten ähnliche Tendenzen beobachtet werden. In Ungarn haben diese Tendenzen jedoch lokale Wurzeln. Sogar in der Übergangszeit zur Demokratie zeigte die ungarische Jugend relativ wenig politisches Interesse. Die damaligen Führungspolitiker/innen kamen nicht aus ihren Reihen – diese waren in ihren Vierzigern und betraten die politische Bühne 1968 oder später. 1989–91 kam ihr Einfluss auf den vorherrschenden Kulturstil und auf den Mediendiskurs der Wende voll zur Geltung; die Generation der Twens war daran nicht beteiligt. Anfang oder Mitte der 1990er-Jahre begann die Hochschulreform und die Zahl der Student/innen stieg rasant. Doch die Arbeitsplatzsituation der späten 1990er-Jahre wurde dem steigenden Angebot an Hochschulabsolventen nicht gerecht. Dieses Ungleichgewicht führte unter jungen und gebildeten Menschen geradewegs zu einem Misstrauen gegenüber der Wende, der Politik und dem öffentlichen Diskurs. Junge Menschen entfernten sich immer mehr von der Politik oder den Politikformen, die von der älteren Generation geschaffen worden waren.

Die einzige Ausnahme war die Kampagne von *Fidesz*, der rechten Regierungspartei, die 2002 bei wichtigen städtischen Jugendgruppen um Un-

terstützung warb. Nach *Fidesz'* Niederlage bei den Parlamentswahlen radikalisierte sich eine relative kleine, aber bedeutende Sektion dieser jungen Leute und rief verschiedene Webseiten, Projekte und Netzwerke für zukünftige Aktivitäten ins Leben. *Jobbik*, die neue Partei auf der politischen Bühne, war ursprünglich eine Studentenorganisation. Die von ihr entwickelten Strukturen mit „patriotischen Rockbands“, Jugendcamps und anderen Projekten begeisterten schnell auch Gymnasiasten der Oberstufe und andere, nichtstudentische Jugendgruppen. Diese rechtsradikale Szene bot ihren Anhängern Gemeinschaftsleben, lokale Solidaritätszellen und ein Zugehörigkeitsgefühl, das im heutigen Studentenleben eher selten ist.

Ethnische Spannungen und Manipulation der öffentlichen Aufmerksamkeit

Die traditionelle ethnische Inklusionsstrategie der ungarischen Rechtsradikalen nach 1918 griff auf verschiedene Formen des Antisemitismus zurück. 1944 bis 1945 war die ungarische extreme Rechte tief im Holocaust verwickelt. Auch in den Ideologien anderer, nicht rechtsradikaler Milieus gibt es historisch wie heute wesentliche Teile an Antisemitismus, wenngleich in milderer oder mehr symbolischer Form. Aussagen zu diesem Thema sind oft versteckt oder „kodiert“, um internationale Skandale zu vermeiden. Unter den Rechtsextremen bleibt es jedoch weiterhin ein hochaktuelles Thema für emotionale Debatten und ein Grund für stets neue Aufrufe zur Exklusion. Die größte politische Innovation von *Jobbik* ist die Wiederaufnahme von ethnischen Fragen in ihre Agenda mit dem Schwerpunkt Identitätspolitik und der Versuch, das Feindbild (oder zumindest die Bedrohung) von den Juden auf eine andere ethnische Gruppe, die Roma, zu lenken. Im heutigen Ungarn sind Vorurteile gegen die Roma-Bevölkerung stärker und hitziger als die gegen Juden. Dabei sind die Roma weniger sichtbar und werden von der internationalen Öffentlichkeit weniger bereitwillig verteidigt als die Juden seit dem Holocaust. Der liberale Kodex der „Political Correctness“ in der öffentlichen Rhetorik nach 1989 machte es für die politische Elite rechts und links unmöglich, die häufigen und eindeutig – wenn auch in unterdrückter Form – sichtbaren Konflikte im Zusammenleben von Roma und Ungarn zu verarbeiten. *Jobbik* hatte fast keine politische Konkurrenz, als sie ihre

Agenda veröffentlichte, in der sie die Roma-Bevölkerung als kriminell abstempelte. Im Oktober 2006 lynchten Roma-Einwohner der Kleinstadt Olaszliszka einen ungarischen Passanten, den sie beschuldigten, an einem Verkehrsunfall beteiligt gewesen zu sein. Entgegen aller düsteren Prognosen übte die Bevölkerungsmehrheit keine Rache nach diesem Mord. Die öffentliche Bühne veränderte sich jedoch und die Roma-Frage erhielt eine Schlüsselrolle in der nationalen sozialen und politischen Debatte. Im August 2007 gründete *Jobbik* eine paramilitärische Organisation, die *Magyar Gárda* („Ungarische Garde“), vordergründig, um die „öffentliche Ordnung wieder herzustellen“ und „die Roma-Kriminalität zu bekämpfen“. Die *Gárda* wurde vor allem in kleineren Dörfern mit einer gemischten ungarischen und Roma-Bevölkerung aktiv, wo politische Parteien oder Regierungsbehörden kaum präsent sind. Dank des medialen Interesses an der *Gárda* konnte *Jobbik* eine stärkere Präsenz in den ungarischen Medien ausbauen. 2009 wurde die *Gárda* durch einen Gerichtsbeschluss verboten, doch anschließend durch *Jobbik* gleich neu gegründet. Daraufhin wurde ihre paramilitärische Uniform verboten, doch als die Führungsriege von *Jobbik* im Mai 2010 ins Parlament einzog, wurde diese sofort wieder in der Öffentlichkeit präsentiert.

Öffentliche Imagepflege

In den 1990er-Jahren griff die MIÉP auf die traditionellsten politischen Kommunikations- und Mobilisierungsformen zurück: Massenveranstaltungen (Csurka konnte um die 100.000 Menschen zu seinen jährlichen Kundgebungen am Budapester Heldenplatz versammeln), langatmige Reden, das Fernsehen als wichtigstes politisches Medium und lange Zeitungsartikel. Die rechtsradikale Szene der 2000er-Jahre publizierte kürzere Artikel, nutzte Netzwerke, um Straßenaktionen zu organisieren, das Internet als wichtigstes Medium für die Kommunikation zwischen den Gruppen, kürzere Fristen für die Mobilisierung und überwiegend symbolische Aktionen (z. B. Angriffe auf das Sowjetische Denkmal in Budapest). Wichtigste Zielgruppen dieser rechtsradikalen Kommunikation sind jedoch nicht Mitglieder der Rechtsextremen, sondern das landesweite Publikum der Nachrichtenmedien (dies ähnelt der Medienstrategie von Terroris-

ten). Auf diese Weise etablierten sich relativ kleine und zersplitterte Gruppierungen als wichtige politische Akteure für ein allgemeines Publikum.

Seit den Ereignissen im September und Oktober 2006 versuchen Rechtsradikale zwei- bis dreimal im Jahr, gewaltsame Massenkrawalle auf den Straßen von Budapest zu organisieren. Es wird eine hitzige Debatte darüber geführt, ob solche Aktionen effizient sind, welche Auswirkung sie auf die Webseiten der radikalen Gruppen haben. Während die einen an die Symbolik und Medienwirksamkeit dieser „revolutionären“ Veranstaltungen glauben, werden sie von immer mehr Gruppen in diesem Milieu als kontraproduktive Aktionen gesehen, welche die breite Masse des rechten Flügels von den Bewegungen entfernt. Tatsächlich ging die Popularität und die Unterstützung solcher Aktivitäten in den Jahren 2008 bis 2009 sowohl im rechtsradikalen als auch im Mitte-Rechts-Milieu stark zurück.

Die öffentliche Wahrnehmung der rechtsradikalen Szene

Die breitere gesellschaftliche Wahrnehmung der radikalen Rechten und der Umgang mit ihnen in der Öffentlichkeit in den letzten zwei Jahrzehnten kann in vier Phasen unterteilt werden. Diese Phasen unterscheiden sich wesentlich in ihrer Agenda und ihrer Rhetorik.

- a. **Reifeprozess bis Herbst 2006:** In dieser Phase schenkte die Öffentlichkeit der rechtsradikalen Szene kaum Beachtung. Im Laufe der Zeit klang die sonderbare Inbrunst, mit der linksliberale Intellektuelle auf das Erscheinen der von Csurka repräsentierten Rechtsradikalen um 1992, auf die Schaffung des Parteiprofils und auf die rasante Verbreitung ihrer Wochenzeitschrift *Magyar Fórum* reagierten, rasch wieder ab – zumindest an der Oberfläche. Von 1992 bis 1996 war das noch ein wichtiges innenpolitisches Thema, das zur Gründung eines Verbandes von politischen Parteien und Bewegungen, der Demokratischen Charta, führte. Tausende – und manchmal Zehntausende – Intellektuelle organisierten Massenveranstaltungen und legten so gewissermaßen den Grundstein für die linksliberale Koalitionsregierung

im Jahr 1994. Offiziell war die Charta eine Bürgerbewegung. Tatsächlich aber wurde sie von intellektuellen Vertretern der linksliberalen Parteien geführt und den innersten Kern bestimmte zweifellos die Parteipolitik. Obwohl die verschiedenen rechtsradikalen Agenden aktive Gegner hatten, verbündeten diese sich nur selten und waren keineswegs in einer eingrenzbaaren Bewegung vereint: Einzelne Gruppen beschäftigten sich mit dem Thema der Minderheiten und der Roma-Frage, während andere sehr heftig auf den Antisemitismus reagierten. Es gab zwischen diesen Gruppen gewisse Berührungspunkte. Sie hatten Zehntausende Anhänger (jedoch mit einem viel kleineren aktiv mobilisierbaren Kern). Die kleinen liberalen Parteien waren typisch urban und wegen ihrer Erfahrungen mit Überläufern in der Zeit vor 1989 sensibler gegenüber Menschenrechtsfragen. Ihre Anhänger in Budapest waren zum großen Teil jüdischer Abstammung, die besonders empfindlich auf Antisemitismus reagierten. Es war dieser politische Flügel, der sich hauptsächlich um einen antifaschistischen Standpunkt und um den Schutz der Bürgerrechte und der Minderheiten im Land bemühte (in Ungarn neigte DIE LINKE weniger dazu, bei diesem Problem dringenden und entschlossenen Handlungsbedarf zu sehen). Gewissermaßen hat die Liberale Partei dieses Thema für sich beansprucht und sorgte dafür, immer als erste die entsprechende Botschaft an die Medien zu senden und diejenige zu sein, die unterscheidet zwischen einem wahren Gegner und einem, der nur einen „Fehler“ gemacht hat. Viele Beobachter sind der Meinung, dass die antifaschistische Einstellung Teil der Identität dieser kleinen Partei war. Die konservative Rechte distanzierte sich damals viel entschiedener vom Radikalismus als später – sie schloss Csurka sogar aus der Partei aus, was zur Gründung einer Reihe von unabhängigen rechtsradikalen Parteien führte. Der Kampf gegen sie intensivierte sich jedoch nicht, weil der extremen Rechten nur wenig Bedeutung beigemessen wurde. In der Zwischenzeit wurden die rechtsradikalen Ideologien der Zeit vor 1945 ausgegraben, unter dem Banner der historischen Wiedergutmachung an der Nation; es wurden Zeitungen und Zeitschriften gegründet sowie die Herausgabe und Verbreitung von rechtsradikaler Literatur organisiert ohne jegliche systematische Opposition. Gegner der Rechtsradikalen wiesen gelegentlich auf einzelne Fälle hin, doch

dies blieb eher eine Ausnahme. Kritik an der extremen Rechten wurde nur rein zufällig geübt und wurde von der Bevölkerung eher mit Desinteresse aufgenommen. Während der Amtszeit der sozialistischen Regierung verstummten auch die zentralen Figuren der Charta und fühlten sich in relativer Sicherheit. Ende der 1990er-Jahre häuften sich die Konflikte mit Roma-Gruppen (die aber eher selten in Gewalt mündeten). Als Reaktion auf diese Konflikte gab die Nicht-Roma-Bevölkerung ihre Solidarität und Unterstützung jedoch nicht kund.

b. Zwischen der Bewegung vom Herbst 2006 und der Gründung der Ungarischen Garde: Im Herbst 2006 ging die rechtsradikale Szene mit gewalttätigen Massendemonstrationen, ernsthaften Zusammenstößen, Krawallen und Barrikaden auf die Straße. Ende September besetzten sie vorübergehend das Gebäude des Ungarischen Fernsehens. Die Protestbewegung wurde von der gesamten rechten Szene unterstützt und scheinbar als Mittel benutzt, um in vollen Gang zu kommen. Es ist immer noch unklar, ob tatsächlich ein Sturz der Regierung geplant war oder ob diese nur durch die Androhung einer Alternative erpresst werden sollte. Schließlich entschied sich die Szene für Letzteres und es entstand eine Kluft zwischen dem direkten Programm der parlamentarischen Rechten und der aufkeimenden Bewegung, die diese unterstützte. Das war die wahre Geburtsstunde der auch heute aktiven Rechtsradikalen in Ungarn. Im Herbst 2006 spielte der mittlerweile stark an den Rand gedrängte Csurka eine sehr geringfügige Rolle bei der Mobilisierung auf den Straßen. Regierung und Polizei standen all dem positiv gegenüber, die linksliberale Presse war schockiert und die parlamentarische Rechte unterstützte die Radikalen in vieler Hinsicht, auch wenn sie ihre Ziele nicht übernommen hat. Es konnten sich aber keine Gegenbewegungen durchsetzen; es kam nicht zu organisierten politischen Gegenmaßnahmen. Es gab vielleicht den einen oder anderen spontanen individuellen Einwand und langsam begann eine Debatte darüber, wie Hassreden unterbunden werden könnten. Solidaritätsbekundungen gegenüber der Roma-Bevölkerung oder Widerstand gegen den Antisemitismus waren lediglich Randererscheinungen und bezogen sich stets nur auf ein bestimmtes Ereignis.

- c. **Der Kampf gegen die Ungarische Garde bis zu Jobbiks Erfolg bei den EU-Parlamentswahlen 2009:** Die Gründung der *Ungarischen Garde* und weitere frühe Aktivitäten der *Jobbik* mobilisierten die Zielgruppen der rechtsradikalen Hassreden. Das liberale intellektuelle Milieu von Budapest zeigte seine Anti-Rechts-Einstellung durch öffentliche Gegendemonstrationen. Auch die Demokratische Charta wurde mit einer Aktivistenbasis, die nun 15 Jahre älter war als in den 1990er-Jahren und mit weniger Parteiunterstützung, neu aktiviert. Und auch die Roma begannen, Selbstverteidigungsgruppen zu organisieren. Die linksliberale Regierung kämpfte so gut sie konnte gegen den zunehmenden Rassismus. Dennoch gelang es ihr nicht, Fortschritte für die Umsetzung strikterer Regeln gegen Hassreden zu erzielen, da ihre liberale Fraktion nicht bereit war, strengere Maßnahmen zu akzeptieren. Die direkte Solidarität mit den Zielgruppen des rechtsradikalen Hasses war sehr schwach und beschränkte sich lediglich auf Proklamationen einiger hundert Leute, die bereit waren, diverse Manifeste zu unterschreiben. Unabhängig vom Objekt ihrer Ablehnung scheinen die Unterschriftsammlungen eine Art Post-Dissidenten-Oppositionskultur zu pflegen, die sich bis heute in einem „Reservat“ bewahrt hat. Die radikalen Aktivitäten der *Ungarischen Garde* haben zumindest für ein wenig Aufruhr und ständige Gegen-Publicity gesorgt; betrachtet man jedoch die extreme Rechte, das Ziel der Gegenangriffe, war diese schwach, bar jeder zahlenmäßigen Stärke. Die durch die *Garde* hervorgerufene Frustration war wesentlich stärker und die Bevölkerung er-



Die Ungarischen Garde

wartete von der Regierung ein strengeres Auftreten; doch zur Verblüffung der Öffentlichkeit konnte die Regierung in einer im Jahr 1989 sehr weit gefassten Demokratie nur sehr wenig bewirken. Sie war weiterhin nicht in der Lage, eine gut organisierte und schlagkräftige Gegenoffensive zu starten. Und obwohl sie es theoretisch wollte, verfügte sie weder über die Mittel, noch über ein Mandat oder die Erfahrung, im demokratischen Rahmen Verbote zu erlassen.

- d. 2009 bis April 2010: Von der zunehmenden Beliebtheit von Jobbik bis zum Einzug ins ungarische Parlament:** In den Augen der linksliberalen Gruppen waren *Jobbik* und *Fidesz* bis zu diesem Punkt verständlicherweise ein und dasselbe. Nach den EU-Parlamentswahlen wurde *Jobbik* zum *Fidesz*-Hauptgegner. Obwohl *Jobbik* von jungen Menschen organisiert wurde, wuchs ihre gesellschaftliche Basis Woche für Woche. Ihre liberale Opposition bestand aus älteren, weniger mobilen Menschen mit minimaler politischer Unterstützung. DIE LINKE Regierung kämpfte ums Überleben und die Liberalen waren so gut wie verschwunden. Das Wachstum von *Jobbik* verstärkte die Unsicherheit darüber, welche Gegenmaßnahmen vorgeschlagen und umgesetzt werden könnten und sollten. Gegner der radikalen Rechten sahen sich als schwindende Minderheit, die kontinuierlich verdrängt wurde, und die Wahlen im April 2010 entwaffneten sie gänzlich. Sie wissen nicht einmal mehr, wen sie unterstützen, wen sie bekämpfen sollen. *Jobbik* allein oder *Jobbik* und *Fidesz* zusammen?

Eine nationale Debatte über die radikale Rechte

Die Hauptfragen der nationalen Debatte über die radikale Rechte haben sich grundsätzlich geändert. Die wichtigsten unter ihnen sind:

- a. „Wie soll ich dich nennen?“:** Bei dieser Debatte geht es darum, ob die Rechtsradikalen in Ungarn Neofaschisten sind oder nicht. Die Frage ist auch, ob sie in ihrer politischen Rhetorik bewusst die Sprache der 1930er-Jahre anklingen lassen, um ihre Zuhörerschaft zu reizen, oder ob sie diese automatisch und instinktiv wegen ihrer typischen inhä-

renten Eigenschaften verwenden. In der zweiten und dritten Phase ihrer Entwicklung sahen die meisten Gegner von Rechts sie als eine Art Neofaschisten, doch in Phase vier hatten sie bereits zu viele Anhänger und wurden lediglich als eine „Ansammlung von Verirrten“ eingestuft. Viele glaubten, wenn die Rechtsradikalen als Neofaschisten stigmatisiert würden, könnte die Masse ihrer Anhänger nicht mehr kontrollierbar und in demokratische Strukturen kanalisiert werden.

- b. „Wo befinden sich die Grenzen der Hassreden, das heißt die Grenzen der Demokratie?“:** 1989 modellierte die ungarische Gesetzgebung die Redefreiheit nach einer sehr großzügig ausgelegten Interpretation des angelsächsischen Liberalismus. Seitdem beurteilen sie immer mehr Gruppen als zu nachgiebig – nicht nur in der Auslegung von Radikalismus – und würden sie gerne ändern. Doch die unterschiedlichen liberalen Philosophien von Fundamentalisten bis hin zu beflissenen verfassungsrechtlichen Experten verhinderten bisher jeden Verschärfungsversuch des Gesetzes.
- c. „Welche Pflichten hat die Regierung?“:** Nach Meinung der meisten Menschen ist der Umgang mit Radikalen hauptsächlich Aufgabe der Regierung, da diese für die Integrität der Staatsstrukturen verantwortlich ist. Dabei kann sie auch von Bürgerbewegungen unterstützt werden. Doch trotz aller Hoffnung nach 1989 blieben Bürgerbewegungen in Ungarn sehr schwach – man konnte erst in den vergangenen 18 Monaten eine leichte Veränderung unter den vom Rassismus betroffenen Gruppen feststellen, wobei die Veränderung auch in diesen Kreisen nur extrem schwach und auf sekundärer Ebene stattfindet.
- d. „Kann eine demokratisch vereinte Front gegen Extremisten zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts gegründet werden?“²:** In der Praxis lautet die Antwort eindeutig „nein“. Vom linksliberalen Standpunkt aus ist die Rechtsextreme zweifellos ein untrennbarer Teil der etablierten Rechten, die sie erschaffen, gehegt und gepflegt hat. Vor den Parlamentswahlen 2010 mochten sie sich vor den Extremisten vielleicht

2 In Ungarn bedeutet das lediglich die extreme Rechte, da es gegenwärtig keine extreme Linke gibt.

gefürchtet haben, doch im Untergrund gab es zahllose Verbindungen zu ihnen. Sie werden diese Verbindungen definitiv nicht kappen, um sich gewisse Elemente einer gemeinsamen Weltsicht von Mitte-Rechts zu suchen. Sie können davon nicht überzeugt werden und auch der Versuch wird sich nicht lohnen.

- e. **„Können Radikale in eine Bürgerpartei verwandelt werden, wenn ihnen die Regierungsbeteiligung ermöglicht wird?“**: Es gibt weder für eine positive noch für eine negative Beantwortung dieser Frage theoretische Grundlagen. Oppositionelle Sozialisten im Parlament bekämpfen hauptsächlich die regierenden Mitte-Rechts-Parteien. Trotz der Tatsache, dass es keine der Parteien zugeben will, teilen sie in vielen Punkten taktische Interessen mit *Jobbik*, die sich in Bezug auf parlamentarische Ethik als äußerst lernfähig erweist. Gegenwärtig konkurrieren die bürgerlichen Sphären dieser beiden Politikfelder nicht miteinander.

Ist die Demokratie in Gefahr?

Die öffentliche Meinung in Ungarn wird von zwei verschiedenen Ansichten zu diesem Thema bestimmt. Die eine beschreibt die radikale Rechte als eine Welt marginaler Bewegungen mit einer eher bescheidenen Unterstützung, die sich auf Wahlstatistiken und auf die im Parlament ausgeprägten Machtspiele stützt. Die politischen Kräfte manifestieren sich hauptsächlich verbal, da Radikalismus und verbaler Extremismus aufgrund ihrer Funktionsweise von Natur aus verwandt sind. Nach dieser Sichtweise sind die meisten Wähler Zentristen. Es wird damit argumentiert, dass sich Anhänger von Extremisten von der Mehrheit distanzieren, man müsse sich also nicht mit ihnen herumplagen. Sollte die Mitte sie sich als Feinde herauspicken oder sogar Schritte gegen sie einleiten, führe das lediglich dazu, dass ihr Einfluss gestärkt und ihr Selbstwertgefühl gesteigert wird. Auf jeden Fall können in einem von Individualisierung und Konsumhunger geprägten Land, das die politischen und öffentlichen Rahmenbedingungen der EU angenommen hat, von Extremisten formulierte Ansichten nicht von der Mehrheit im Parlament aufgegriffen

werden. So können diese Kräfte die nach 1989 entstandene demokratische Ordnung auch langfristig nicht gefährden. Diejenigen, die zum Teil solche Visionen hegen, sympathisieren mit der politischen Rechten. Zusammen mit vielen anderen, die diese Sichtweise teilen, ohne zur politischen Rechten zu gehören, weisen gerne auf jüngste Ereignisse in Ungarn und Westeuropa (Österreich, Schweiz, die Niederlande) hin. Eine rechtsradikale Partei, die MIÉP, wurde 1998 bereits ins Parlament gewählt und rechtsradikale Parteien sind auch in Gemeinderäten vertreten. Sie stellen in diesen Gemeinden oder Ämtern nie eine Bedrohung für die Demokratie dar. Sie halten sich, genauso wie die oben erwähnten neoradikalen Parteien in europäischen politischen Systemen, an die Spielregeln.

Ein anderer Ansatz führt zu einer ganz anderen Sichtweise des gleichen Prozesses. Menschen mit dieser Sichtweise entdecken historische Parallelen: Sie haben das Gefühl, dass die 1930er-Jahre zurückkehren. Man kann hier die Entstehung leicht unterschiedlicher Meinungen ausmachen. Einige Beobachter sagen, dass das Vokabular der ungarischen Rechtsextremen und die Rahmenbedingungen auf eine Wiederbelebung der politischen Kultur der Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen in Ungarn hindeuten, die nicht erst nach 1949, sondern schon ab Frühjahr 1945 verboten worden war. Für diese Gruppe begannen die unerwünschten Veränderungen symbolisch bereits in den 1990er-Jahren, als der konservative Ministerpräsident die feierliche Wiederbestattung des im Exil verstorbenen Miklós Horthy, Chef des politischen Systems in Ungarn von 1919 bis 1944, beschloss. Seitdem tauchen die wichtigsten Themen jener Zeit immer wieder in der öffentlichen Arena auf. Andere wiederum glauben, eine Wiederholung vom „Ende von Weimar“ in Bezug auf die 1930er-Jahren zu erleben. Schließlich sehen einige den rechten Pöbel aus den Jahren vor 1945 durch die heutigen Rechtsextremen wiederbelebt. Unabhängig davon, welche Variante man betrachtet, werden die rechtsradikalen Parteien, Bewegungen und Gruppierungen durch Bezug auf historische Analogien als eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie gesehen. Oft können diese Ängste nicht einmal rationell erklärt werden; lange vergessen geglaubte kulturelle Muster tauchen wieder auf und suggerieren eine Art „Neo-Apokalypse“.

Der Autor teilt diese neuen „Visionen vom Ende Weimars“ nicht. (Übrigens hörte ich diese Metapher über das Ende von Weimar im gegenwärtigen ungarischen politischen Diskurs zum ersten Mal 1991, als sich die Liberalen unter dem Deckmantel einer zivilen Ungehorsamkeitsskampagne, des sogenannten Taxistrieks, auf den Straßen an den konservativen Wahlgewinnern rächen wollten.) Zugleich glauben wir nicht, dass die Präsenz der radikalen Rechten im politischen System immer proportional zu ihrem Gewicht im Parlament sein wird.

Im gegenwärtigen politischen System Ungarns fehlt die demokratische Bildung, die an diesem Punkt einen ideologischen Showdown mit den historischen rechtsradikalen Traditionen Ungarns mit sich bringen würde, fast vollständig. Es gibt dafür keine nationalen Programme, die politische Linke ist kopfscheu und fühlt sich darüber hinaus als Folge der systematischen rechten Indoktrination aus dem nationalen Diskurs gedrängt. Die Popularität antifaschistischer Proteste nimmt rasant ab. Abgesehen von der Roma-Bevölkerung und von den Nachkommen Holocaust-Überlebender, die sich persönlich angegriffen fühlen, nimmt die Teilnehmerzahl solcher Aktionen rapide ab. Unter diesen Umständen entwickelte sich die radikale Rechte unabhängig vom gegenwärtigen Unterstützungsgrad anderer Parteien im System zu einem vorherrschenden Element der politischen Agenda. Die in der öffentlichen Debatte gestellten Fragen stammen aus der rechtsradikalen Ecke. Diese Fragen sowie ihre Beantwortung werden von der politischen Linken selbstverständlich abgelehnt und von der großen Mitte-Rechts-Partei, *Fidesz*, für ihre eigenen Zwecke immer mehr verdünnt. Dieser indirekte Effekt ist sehr stark und wurde auch durch die neue Regierungs-Opportunisten-Konstellation seit den Wahlen 2010 nicht geschwächt. So werden die von den radikalen Rechten gestellten Fragen und Themen den Raum für demokratischen Diskurs im ungarischen politischen System ohne äußere Einwirkung verzerren – oder tun es bereits. Ungarns Elite scheint kein gangbares Konzept für die Lösung dieses Phänomens zu haben.



Vom Rand zur Mitte? Die Entwicklung der radikalen Rechten in Dänemark

Der skandinavische Kontext

Die extreme Rechte in den skandinavischen Ländern stellt seit dem Zweiten Weltkrieg ein relativ neues Phänomen ohne direkte historische Vorläufer dar. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass der Begriff rechtsextrem im skandinavischen Kontext nicht häufig verwendet wird. Der „viele Welten“-Ansatz wird in diesen Ländern im Allgemeinen dem „eine Welt“-Ansatz vorgezogen, wie Minkenberg¹ den Versuch, ein generisches Phänomen der extremen/radikalen Rechten in Europa zu postulieren, so passend beschreibt. Neue Wörter und Wortkombinationen ersetzen häufig Einzeldefinitionen, was auf eine Unzufriedenheit mit traditionellen Kategorien hinweist, aber auch andeutet, dass sich das „Phänomen“ in einem fortlaufenden Prozess dynamischer Entwicklung und Wandlung befindet. In der wissenschaftlichen Literatur in Dänemark findet man daher Definitionen wie: radikal-rechte, populistische Parteien²; Anti-Immigrationsparteien³; nationalistische Rechte⁴; neue rechte

-
- 1 Minkenberg, M. (2008): *The Radical Right in Europe: An Overview* (Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung).
 - 2 Goul Andersen, J. und Bjørklund, T. (2008): *Radical right wing populism in Scandinavia: from tax revolt to neo-liberalism and xenophobia*. In: *The Politics of the Extreme Right. From the margins to the Mainstream*, ed. Hainsworth, P., London und New York: Pinter, pp. 193–223
 - 3 Rydgren, J. (2004): *Explaining the emergence of radical right wing populist parties: the case of Denmark*. *West European Politics*, (27: 3), pp. 474–502.
 - 4 Goul Andersen, J. und Bjørklund, T. (2002): *Anti-immigration parties in Denmark and Norway: the Progress Parties and the Danish People's Party*, *Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*, ed. Schain M. Zolberg, A. und Hossay P., New York: Palgrave, pp. 107–136.
 - 4 Betz, H.-G. (2009): *Culture, Identity and the Question of Islam: the Nativist Agenda of the Radical Right*. *The Far Right in Europe. An Encyclopedia*, ed. Davis P., Jackson P., Oxford: Greenwood Press; und Betz, H.-G. und Meret, S. (2009): *Revisiting Lepanto: the political mobilisation against Islam in contemporary Western Europe*. *Patterns of Prejudice*, 43: 3–4.

Parteien⁵ etc. Diese Begriffe verdeutlichen eine dynamische Entwicklung, die aufzeigt: 1) wie die thematische Betonung auf Anti-Immigration und Ethno-Nationalismus⁶ diesen Parteien einen spezifischen Inhalt und ein Profil verleiht; 2) wie populistische und nonkonformistische Komponenten verwendet werden, um die Partei vom politischen Mainstream abzugrenzen; 3) wie die Beziehung zwischen dem Phänomen und der jüngsten makrostrukturellen Transformation moderner Gesellschaften aussieht.

Obwohl das Verbindungsglied „Anti-Immigration“ allein keine befriedigende Erklärung für die Unterstützung ist, die die extreme Rechte in Dänemark erhält,⁷ steht dieses Thema zweifelsohne im Mittelpunkt der Parteiprogramme und beherrscht das Bild, das die Parteien bei den Wähler/innen haben.

Während der vergangenen Jahre haben sich eine einwanderungsfeindliche Haltung und eine Konzentration auf kulturelle Faktoren und Fragen der Identität in Europa immer weiter verbreitet. In diesem Kontext wird der Islam häufig als Bedrohung für die Kultur und Identität des Gastlandes verstanden. Umfragen zufolge glaubt eine überwältigende Mehrheit der Befragten in Europa, dass eine größere Interaktion zwischen dem Westen und der muslimischen Welt eher eine Bedrohung als einen Vorteil für die Gesellschaft darstellt. Dies deutet auf eine wachsende Angst der Europäer hin, die teilweise durch einen Anstieg der Immigration aus überwiegend muslimischen Regionen ausgelöst wird.⁸ Eine kürzlich in Dänemark durchgeführte Umfrage bestätigt dies und belegt, dass etwa 55 Prozent den Islam als Bedrohung für die Einheit der dänischen Gesell-

5 Andersen, J. (1999): Højrefløjen og kritikken af de fremmede i Danmark. Arbejdsrapport fra Institut for Økonomi, Politik og Forvaltning, Aalborg Universitet 10.

Andersen, J. (2000): Dansk Folkeparti, demokratiet og de fremmede. Arbejdsrapport fra Institut for Økonomi, Politik og Forvaltning, Aalborg Universitet 6.

6 Rydgren, J. (2005): Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family. *European Journal of Political Research* 44, pp. 413–437.

7 Meret, S. (2009): The Danish People's Party, the Italian Northern League and the Austrian Freedom Party in a Comparative Perspective: Party ideology and Electoral Profile. Ph.D. dissertation, Aalborg University.

8 Die Studie wurde für die führenden Köpfe beim Jahrestreffens des Weltwirtschaftsforums in Davos, Schweiz, 2008 in Auftrag gegeben.

schaft empfinden, obwohl die Mehrheit der Befragten Immigration als einen positiven Faktor für die dänische Gesellschaft ansehen.⁹ In diesem Sinne überrascht es kaum, dass die extreme Rechte sich zunehmend auf Fragen der Kultur und Identität konzentriert (und insbesondere auf die Frage des Islam) und weniger auf wirtschaftliche Themen. Dies zeigt außerdem, wie erfolgreich die rechtsextreme, populistische Mobilisierung Mustern folgt, die durch Unterschiede in Kultur, Wertesystem und Identität definiert werden.

Die folgenden Absätze skizzieren eine einführende Analyse der Entwicklung der extremen Rechten in Dänemark, angefangen mit ihrem ersten Auftreten auf parlamentarischer Ebene. Dies ermöglicht die Erörterung einiger der wichtigsten Entwicklungen und organisatorischen Strategien der extremen Rechten in Dänemark und einen kurzen Blick auf die Strategien, die zum Gewinn von Wählerstimmen und politischem Einfluss eingesetzt werden. Tatsächlich gibt es in diesem skandinavischen Land hinsichtlich der Wahlergebnisse eine der erfolgreichsten Parteien, die *Dänische Volkspartei* (DPP). Seit 2001 spielt die DPP eine entscheidende Rolle als unterstützender Partner der Regierungskoalition aus Liberalen und Konservativen. Dies wirft die Frage auf, wie die DPP dem Wähler gegenübertritt: Was ist ihr Parteiprogramm und welche Entwicklungen haben im Laufe der Zeit stattgefunden? Hat die 2001 erlangte einflussreiche Rolle zur Veränderung der Haltung der Partei beigetragen? Um dies zu klären, muss auch ein Blick auf das Profil der DPP-Wähler/innen geworfen und die Haltung der dänischen Wähler/innen zu einigen der Hauptthemen des Parteiprogramms, vor allem zu Flüchtlingen und Immigranten sowie zum Islam, untersucht werden. Diese kurze Analyse der Situation in Dänemark endet mit der Untersuchung der außerparlamentarischen Formen des Rechtsextremismus. Den Schluss bildet die Erörterung der Frage, ob die Manifestation des Phänomens in subkulturellen Szenen sowie durch Netzwerke und Akteure durch die Entwicklungen auf politischer Ebene beeinflusst wird.

9 „Indvandring og Islam splitter Danskerne“ [Immigration and Islam divide the Danes]. Politiken 17.08.2010, <http://politiken.dk/indland/article1038188.ece>, abgerufen am 25.08.2010.

Geschichte und Hintergrund der radikalen Rechten in Dänemark

In Dänemark entstand aus einer Welle von Steuerrevolten¹⁰ zu Beginn der 1970er eine im Hinblick auf Wahlen bedeutsame populistische rechtsradikale Partei: die dänische *Fortschrittspartei* (*Fremskridtsparti*).

Der *Fortschrittspartei* gelang nach einem unerwarteten Erdrutschsieg bei den Wahlen 1973 erstmals der Einzug ins Parlament, wobei sie fast 16 Prozent der Wählerstimmen erhielt (siehe Tabelle 1). Die *Fortschrittspartei* gab sich selbst das Profil einer ultra-liberalen Steuerprotestpartei mit starken populistischen und nonkonformistischen Komponenten. Es gelang der *Fortschrittspartei* bis Mitte der 1980er, wichtige Segmente der dänischen Wählerschaft zu mobilisieren.¹¹

Wahlergebnisse und Mandate der FrP und DF (1973–2007). In Prozent

Tabelle 1

	1973	1975	1977	1979	1981	1984	1987	1988	1990	1994	1998	2001	2005	2007
FrP	15.9 (28)	13.6 (24)	14.6 (26)	11 (20)	8.9 (16)	3.6 (6)	4.8 (9)	9 (16)	6.4 (12)	6.4 (11)	2.4 (4)	0.6 (0)	.	.
DF	7.4 (13)	12 (22)	13.3 (24)	13.9 (25)
Tot	15.9	13.6	14.6	11	8.9	3.6	4.8	9	6.4	6.4	9.8	12.6	13.3	13.9

Quelle: Dänisches Statistisches Jahrbuch.

Die Unterstützung der Wähler/innen hielt bis Anfang der 1980er an, als die Bedeutung neoliberaler Wegbereiter mit Schwerpunkt auf Steuerprotesten zu schwinden begann. Viele Beobachter sahen die Partei als politisch überholt an und die Parteispitze erkannte, dass sie eine andere politische Strategie finden musste, um zu überleben.

10 von Beyme, K. „Right wing extremism in post-war Europe.“ *West European Politics* 11: 2, 1988, pp. 1–17.

11 Goul Andersen, J. und Bjørklund, T. (2009): *Scandinavia and the far right. The Far Right in Europe.* An Encyclopedia ed. Davis P. und Jackson, P., Oxford: Greenwood Press, 1, pp. 147–163.

Ab Mitte der 1980er-Jahre interessierten sich Wähler/innen auch für andere Themen jenseits des sozioökonomischen Bereichs. Besonders die Immigration wurde zu einem viel diskutierten und polarisierenden Thema in der dänischen Politik. Die *Fortschrittspartei* war die erste politische Kraft im Parlament, die eine eindeutig einwanderungsfeindliche Position einnahm und weiterentwickelte. Damit wurden wachsende Besorgnisse und einwanderungsfeindliche Ansichten offen ausgesprochen, die in Teilen der dänischen Wählerschaft bereits vorhanden waren.

Bezeichnenderweise existierte das Thema Immigration vor den 1980er-Jahren eigentlich nicht in den Programmen und Manifesten der *Fortschrittspartei*, auch nicht in ihren offiziellen Publikationen. Erst nach 1986 begann das Thema Immigration innerhalb des Parteiprogramms an Bedeutung zu gewinnen.¹² Und obgleich sich die Wähler/innen der DPP in ihrer Haltung gegenüber Immigration im Jahr 1979 noch wenig von den Wähler/innen anderer Mainstream-Parteien unterschieden, legte ab Mitte der 1980er-Jahre eine wachsende Zahl von Anhängern der *Fortschrittspartei* eine einwanderungsfeindliche Haltung an den Tag.

Zur gleichen Zeit erlebte Dänemark zunehmende Einwanderungswellen. Der erste wichtige Zustrom erfolgte in den späten 1960er- und 1970er-Jahren und bestand aus (männlichen) Arbeitern, vorwiegend aus der Türkei, Pakistan, dem ehemaligen Jugoslawien und Marokko. Sie wurden im Industriesektor eingesetzt, um den wachsenden Bedarf an Arbeitskräften in Dänemark zu decken. Dem wirtschaftlichen Aufschwung folgte eine Periode der Stagnation und der wachsenden Arbeitslosigkeit. Die dänische Regierung reagierte mit der Einführung eines Gesetzes, das Ende 1973 in Kraft trat und die dänischen Grenzen gegenüber weiteren Einwanderern schloss.¹³ Dadurch wurde die Immigration jedoch nicht gestoppt. Ähnlich wie in anderen skandinavischen Ländern erlebte auch

¹² Siehe Meret, S., op. cit. 2009.

¹³ Siehe Bak Jørgensen, M. und Meret, S. (2009): Irregular migration from a comparative Scandinavian migration policy perspective. In: Irregular Migration in a Scandinavian Perspective, ed. Lund Thomsen, T., Bak Jørgensen, M., Meret, S., Hviid, K. und Stenum, H., Maastricht: Shaker, pp. 121–152.

Dänemark etwa von Mitte der 1970er-Jahre bis 1985 eine zweite Einwanderungswelle, wobei es sich größtenteils um Ehepartnerinnen und Kinder dieser „Gastarbeiter“ handelte, die sich entschlossen hatten, dauerhaft im Gastland zu bleiben. Die dritte Einwanderungswelle¹⁴ bestand größtenteils aus Asylbewerbern, die seit den 1970er-Jahren in mehreren Schüben unterschiedlicher Intensität und Regelmäßigkeit kamen und dabei verschiedenen geopolitischen Mustern folgten, die durch Kriege und internationale Krisen beeinflusst waren. Ihre Zahl stieg exponentiell in den 1980er- und 1990er-Jahren.

Bezeichnenderweise stieg der Prozentsatz dänischer Wähler/innen, die Immigration als eines der wichtigsten Probleme nannten, derer sich Politiker/innen annehmen sollten, von 7 Prozent im Jahr 1990 auf 22 Prozent im Jahr 2001 und fiel 2005 wieder auf 17 Prozent.¹⁵ Besonders im Jahr 2001 wurde der Wahlkampf stark von der Einwanderungsfrage bestimmt, die für viele Dän/innen eindeutig zu den wichtigsten Themen gehörte,¹⁶ unabhängig von ihrer politischen Position und ihrer Einstellung zu diesem Punkt.

Obwohl die *Fortschrittspartei* die Diskussion über Einwanderung zweifellos befeuerte und der Formulierung äußerst kritischer Positionen eine Stimme gab, war es doch erst die DPP, die seit den späten 1990er-Jahren eine umfassende Ideologie und einen Diskurs auf Grundlage der Ablehnung von Immigration und den Perspektiven einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft entwickelte.

14 Es kann auch eine kürzlich erfolgte vierte Welle festgestellt werden, die wiederum durch Arbeitsmigration gekennzeichnet ist. Sie unterscheidet sich aber von den Phänomenen der 1970er-Jahre durch die neue Anreizstruktur des dänischen Migrationssystems, die auf ausgebildete Fachkräfte und Dienstleister aus den neuen Ländern der EU und den baltischen Ländern sowie Spitzenkräfte und Spezialisten aus nichtwestlichen Ländern ausgerichtet ist (siehe Lund Thomsen et. al. 2010).

15 Van der Brugge, J. und Voss, H. (2007): Årsager til de socialistiske partiers tilbagegang i perioden 1990–2005. In: Det nye politiske landskab. Folketingsvalget 2005 i perspektiv, ed. Goul Andersen, J., Andersen, J., Borre, O., Hansen Møller K., Nielsen H. J. (Aarhus: Systime Academica, pp. 127–152).

16 Goul Andersen, J. (2003): Vælgerens nye politiske dagsorden. In: Politisk Forandring. Værdipolitik og nye skillelinjer ved folketingsvalget 2001, ed. Goul Andersen Jørgen, Borre Ole, Aarhus, Systime Academic, pp. 135–150.

Bezeichnend ist, dass die Personen, die die DPP 1995 gründeten, Fraktionsmitglieder der *Fortschrittspartei* waren. Unter ihnen war auch Pia Kjaersgaard, die nach wie vor unumstrittene Vorsitzende der DPP ist.

Die Dänische Volkspartei (DPP)

Die DPP ist mittlerweile mit Blick auf die Wahlergebnisse eines der erfolgreichsten Beispiele einer Partei der extremen/radikalen Rechten in Westeuropa. Seit Mitte der 1990er-Jahre wuchs die Unterstützung der dänischen Wähler/innen (siehe Seite 262) und ihr parlamentarischer Einfluss erhöhte sich maßgeblich. Der eindeutige Durchbruch erfolgte bei den Parlamentswahlen von 1998, als die DPP 7 Prozent der Stimmen und 13 Sitze im Parlament gewann. Von Anfang an gewährte diese positive Wahlunterstützung der neuen Partei eine solide parlamentarische Vertretung, die gefestigt werden musste. Dies machte eine andere Parteiorganisation und -führung erforderlich als jene, die die *Fortschrittspartei* ausgezeichnet hatte: eine Strategie politischer Normalisierung und Konsolidierung der Wählerunterstützung.

Die *DPP* erklärte von Anfang an ihre Intention, Einfluss auf die dänische Politik nehmen zu wollen. Beispielsweise nannte die Partei in einer Absichtserklärung von 1996 als Ziel, „dänischen Wählern eine echte Alternative zur Politik der existierenden Parteien zu bieten“. Eine solche Alternative könne eine „aktive Rolle im parlamentarischen Leben spielen“ und „politische Ergebnisse durch die Zusammenarbeit mit anderen Parteien erzielen, [da] eine politische Partei nie Selbstzweck sein darf. [...] Die *DPP* versteht es daher als ihr Ziel, ihre Politik so weit wie möglich umzusetzen.“¹⁷

17 Dansk Folkepartis Folketingsgruppe (1996): Dansk Folkepartis 10-punkts program [Das Zehnpunkteprogramm der Dänischen Volkspartei].

Betrachtet man die strategische und organisatorische Entwicklung der Partei über eine dynamische Zeitspanne,¹⁸ so ist zu erwarten, dass die Phase der Parteigründung und des Durchbruchs von einer Phase der Konsolidierung und Stabilisierung innerhalb des politischen Systems in Dänemark gefolgt sein wird.

Um die politische Vertrauenswürdigkeit zu erlangen, die den Prozess der „Normalisierung“ und die Übernahme politischer Verantwortung vorantreiben würde, musste die Partei in ihren eigenen Rängen für Ordnung und Geschlossenheit sorgen. Die Parteispitze (allen voran Pia Kjærsgaard) machte von Anfang an deutlich, dass interne Konflikte und Dissens über Schlüsselstrategien der Partei nicht toleriert werden könnten, wenn sich die DPP als politisch glaubwürdige Alternative präsentieren wollte. In einem Rundschreiben mit dem unverhohlenen Titel „Kontrolle von oben? Ja, natürlich“ (*Topstyring? – Ja, naturligvis*), das in der Parteizeitung *Dansk Folkeblad* veröffentlicht wurde, erklärte Pia Kjærsgaard, dass eine hochgradig zentralisierte Parteiführung eine notwendige Voraussetzung für die Vermeidung chaotischer Situationen und interner politischer Meinungsverschiedenheiten sei, die zu einem Bruch der Partei führen könnten, wie im Fall der *Fortschrittspartei*.

Diese Strategie wurde mit Bestimmtheit verfolgt. Im Gegensatz zum Image populistischer Rechtsparteien als instabile und unerfahrene Parteiorganisationen erwies sich die DPP als „das beste Beispiel für eine moderne, erfolgreiche, zentral gesteuerte Marktpartei“¹⁹. Über die Jahre wurden strenge Sanktionen gegen Parteimitglieder verhängt, die sich über die Regeln und Vorgaben der Parteiführung hinwegsetzten. Eine große Zahl Parteimitglieder wurde von der Organisation ausgeschlossen, meistens aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung, aber

18 Für eine weiterführende Analyse dieses Ansatzes in Bezug auf die Dänische Volkspartei siehe meine Dissertation: „The Danish People’s Party, the Italian Northern League and the Austrian Freedom Party in a Comparative Perspective: Party Ideology and Electoral Support“, SPIRIT series, Aalborg University 2009.

19 Knudsen, T. (2007): *Fra folkestyre til markedsdemokrati*. Dansk demokratihistorie efter 1973, København: Akademisk Forlag, pp. 140–148.

auch wegen Äußerungen und Standpunkten, die als zu extrem und schädlich für das Parteimage erachtet wurden. Dabei ist die Kontrolle der DPP-Führung nicht auf die Parlamentsfraktion beschränkt, sondern reicht in alle Ebenen der Parteiorganisation. Dies hat zur Folge, dass ein angemessener demokratischer Prozess und Dialog innerhalb der Partei sehr begrenzt ist und dass die Führung sämtliche Aspekte der Parteiorganisation kontrollieren kann, auch auf lokaler Ebene. Die Führung der Partei hat dies jedoch dazu befähigt, den Entscheidungsprozess innerhalb der Partei zu vereinfachen und zu beschleunigen, da nur wenige Mitglieder die Richtlinien der Führung in Frage stellen. Das Ergebnis ist das Image einer fest geeinten Partei, die ihre Botschaft häufig sehr effektiv übermitteln und einen Ruf als zuverlässiger Partner in der dänischen Politiklandschaft aufrecht erhalten kann. Der Wahlerfolg der DPP bei den anschließenden Wahlen im Jahr 2001 muss so im Kontext der Strategie der Konsolidierung und Entwicklung gesehen werden, die die Partei in dieser Phase umgesetzt hat.

Bei den Wahlen im November 2001 erhielt die DPP 13 Prozent der Wählerstimmen und gewann 22 Sitze im Parlament, neun Sitze mehr als im Jahr 1998 (siehe Tabelle 1, S. 260). Am bedeutsamsten war hierbei, dass sich die Mainstream-Parteien nach diesen Wahlen für eine Unterstützung durch die DPP entschieden. Seit 2001 fungiert die Partei als wichtigster Partner der liberalen und konservativen Regierungsparteien. Der neuformierten Regierung fehlte es an einigen Mandaten, um die Mehrheit der 90 Sitze im dänischen Parlament zu erreichen. Hierdurch wurden diese beiden Parteien von der Unterstützung eines Partners außerhalb der Regierungskoalition abhängig, der ihnen das Regieren ermöglichen würde. Von Anfang an war die DPP der aussichtsreichste Kandidat, da die Partei bereits während des Wahlkampfes eindeutig ihre Unterstützung für den liberalen Kandidaten und zukünftigen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen (2001–2009) erklärt hatte.

Auf diese Weise trugen die Regierungsparteien zur Legitimierung der DPP bei und beendeten somit die Situation, in der die Partei als Paria in der dänischen Politiklandschaft galt und Wählerstimmen für die radikale

Rechte gewissermaßen verschwendet wurden.²⁰ Gleichzeitig konnten die Regierungsparteien beim Stimmenfang einige Themen für sich nutzen, die sonst eher Markenzeichen der DPP waren, wie strengere Einwanderungsgesetze, eine Verschärfung der Regeln zur öffentlichen Ordnung und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs am Wohlfahrtsstaat.

Die 2001 gewonnene neue Stellung als unterstützender Partner der Regierung beinhaltete ein aktiveres, direkteres Eingreifen der DPP in politische Entscheidungsprozesse. Dies bot der Partei die einzigartige Gelegenheit, auf mehreren sozioökonomischen Ebenen der dänischen Gesellschaft maßgeblichen politischen Einfluss auszuüben. Gleichzeitig musste die Partei aber die möglichen negativen Konsequenzen dieser neuen, einflussreichen Position abwägen.²¹

Wie auch bei anderen populistischen Varianten der extremen Rechten ist die Identität der DPP eng mit ihrer Fähigkeit verbunden, sich als politische Alternative zur Politik des Mainstream abzugrenzen. Verschiedene Elemente und Eigenschaften haben dazu beigetragen, dieses Image zu erschaffen. Hierzu zählt ein stark national geprägtes Profil, das die Partei im Hinblick auf ihren Ursprung und ihr Engagement stets betont hat. Dies kommt auch klar und unverkennbar in der Wahl des Parteinamens zum Ausdruck, der sowohl den „dänischen“ als auch den „volksnahen“ (*Folkelig*) Charakter der Partei hervorhebt. Der Name für die neue Partei unterstreicht die Vorstellung von ethnischer Identität und Zugehörigkeit (eine dänische Partei für das dänische Volk) und betont ihr Engagement zum Schutz des Status Quo der dänischen Nation vor internen und externen Bedrohungen.

Gemäß der Ideologie der DPP ist das Konzept der Nation und ihres Volkes untrennbar mit der Bedrohung verbunden, die Immigration für das Über-

20 Bale, T. (2003): Cinderella and her ugly sisters: the mainstream and extreme right in Europe's bipolarising party systems. *West European Politics* 23:3, pp. 67–90.

21 Gestärkt durch diese Erfahrung forderte die Führung der Dänischen Volkspartei kürzlich eine klare Aussage von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, in der dieser bestätigt, dass der Partei nach den nächsten Wahlen Regierungsverantwortung übertragen wird, sollte sie dies wünschen. Dies verdeutlicht den Einfluss, den die Partei über die letzten Jahre gewonnen hat. Siehe „Pia K.: Løkke skal sige ja til DF i regering.“ [Pia K.: Løkke must say yes to the Danish People's Party in government]. *Politiken* 05.09.2010.

leben der dänischen Identität und Kultur – wie wir sie kennen – darstellt. Multikulturalismus und die Entwicklung einer multi-ethnischen Gesellschaft stellt daher das *Worst-Case-Scenario* für die DPP dar. Doch trotz der zentralen Stellung, die der nationalen Identität, Zugehörigkeit und Kultur eingeräumt werden, gibt es nur vage Andeutungen dazu, was das tatsächlich praktisch für die Partei bedeutet. Bezüge zur dänischen Nation und nationalen Identität werden ausnahmslos in vage Begriffe wie Kultur, dänisches Kulturerbe, dänische Geschichte und die dänische Gemeinschaft verpackt. Im Gegensatz dazu lässt die DPP kaum Zweifel daran aufkommen, was die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes bedroht: in erster Linie die Einwanderung und die Entwicklung einer multi-ethnischen Gesellschaft, und zweitens die Europäische Union.

Im Vergleich zu anderen Parteien hat sich die DPP weder vor der Bezeichnung starker nationalistischer Neigungen gefürchtet noch vor Kritik an ihren konservativen und traditionalistischen Ansichten oder dem Vorwurf, in ihrem feierlichen Festhalten an traditionellen Gepflogenheiten und Allgemeinplätzen der dänischen Kultur und Lebensart altmodisch oder kitschig zu wirken. Die Parteiführung der DPP hat die Partei stets explizit als „rot-weiße Partei, eine dänische Partei“²² definiert und war stets bemüht, dieses Image weiter zu etablieren. Die Partei macht ausgiebig Gebrauch von nationalen Symbolen wie der dänischen Flagge (*Dannebrog*), um sich eindeutig von den anderen Mainstream-Parteien abzugrenzen.

Das Thema Einbürgerung wurde für die DPP schnell zum Vehikel, ein organisches Verständnis der dänischen Gemeinschaft zu betonen. Zugehörigkeit und Identität im Sinne gemeinsamer Werte und Prinzipien sowie einer gemeinsamen Geschichte und Kultur werden als Eigenschaften betrachtet, die fast ausschließlich durch die Geburt oder die Muttermilch übertragen werden können, wie es ein bedeutendes Parteimitglied einmal auszudrücken versuchte.

Einige Wissenschaftler²³ verstehen die gegenwärtige rechtsradikale Ideologie als Fusion aus Nationalismus und Populismus, in der „der Kampf ums

22 Kjærsgaard, P., „Et program i rødt og hvidt.“ In: Dansk Folkeblad, 5:3 1997.

23 Siehe Betz, H.-G. 2009; Betz, H.-G. und Meret 2009, op. cit.

Überleben der Nation als kulturell eindeutig abgegrenzte Einheit und gegen Multikulturalismus ausschlaggebend für die ideologische Entwicklung eines populistischen rechtsradikalen Diskurses ist“. Im Fall der DPP verlief die ideologische Entwicklung hin zu einem *nationalistischen* Diskurs schrittweise. Insbesondere nach 2001 begann die Partei einen Schwerpunkt auf einen derartigen Ansatz zu legen. Bezeichnenderweise ging es bei den ersten Beschränkungen im dänischen Ausländergesetz, die von der DPP heftig gefordert und 2002 eingeführt wurden, um die Voraussetzungen zur Erlangung der dänischen Staatsbürgerschaft. Seitdem ist die Zahl der Ausländer/innen, die dänische Staatsbürger/innen werden, erheblich gesunken. Die DPP nutzt diese Tatsache regelmäßig als Beleg dafür, dass sie mit der ihr übertragenen Verantwortung konkrete Ergebnisse liefern kann.

Schon früh sah sich die DPP auch in der Rolle der Beschützerin von Erzungenschaften der dänischen Gesellschaft in den Bereichen Sozialstaat, demokratische Werte, individuelle und kollektive Freiheit, Arbeitsethik und Fleiß, Verantwortung für die Gemeinschaft und so weiter. Mit der Zeit nahm diese Funktion einen wachsenden Stellenwert ein, wie die nacheinander folgenden Parteiprogramme zeigen.²⁴

Besonders seit 2001 bemüht sich die Partei in wachsendem Maße um die Betonung kultureller und wertorientierter Fragen und interpretiert Immigration in einem Paradigma von kultureller Verschiedenartigkeit und Gegensätzlichkeit. Dies wird im Sinne eines Aufeinanderprallens der beiden dominanten Kulturen der Welt verdeutlicht: Moderne und Islam. Aus dieser Perspektive heraus wird die westliche jüdisch-christliche Zivilisation und Kultur mit fortschrittlichen, offenen und toleranten Werten wie Demokratie sowie Rede- und Religionsfreiheit in Verbindung gebracht, wohingegen der Islam häufig als „rückwärts gerichtete Kultur“ porträtiert wird, die für eine mittelalterliche, starre und intolerante Weltanschauung steht.²⁵ Immigration als solche wird als Wegbereiterin der

24 Siehe Dansk Folkeparti Fælles værdier – Fælles ansvar. Arbejdsprogram 2007 [Common values – Common responsibilities. Working program] <http://www.danskfolkeparti.dk/Arbejdsprogram.asp>, abgerufen am 28.06.2010.

25 Dansk Folkeparti Folketingsgruppe (2001): Danmarks Fremtid. Dit Land – Dit Valg ..., Copenhagen: Form & tryk ApS.

„nationalen Katastrophe“²⁶ angesehen. Deren Konsequenzen werden direkt mit dramatischen Ereignissen historischen Ausmaßes gleichgesetzt, die Dänemarks Existenz in der Vergangenheit bedroht haben. Im Rahmen dieser Vorstellung weist die Partei auf die sozioökonomischen und kulturellen Bedrohungen hin, denen Dänemark ausgesetzt sein wird, wenn sich der Einwanderungszustrom – besonders aus nichtwestlichen Ländern – fortsetzt.

Seit 2001 hat die Partei eine zunehmend harte Position gegenüber dem Islam eingenommen und sich mehrfach die Sorgen der Bevölkerung über eine Bedrohung durch muslimische Länder oder Muslime ganz allgemein zunutze gemacht. Die Vorstellung vom Islam als fundamentaler Bedrohung der westlichen Kultur und ihrer Werte wurde aus Sicht der DPP zum zentralen Thema. Internationale Vorfälle wie die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Krise, ausgelöst durch die Mohammed-Karikaturen, haben zusätzlich zur Festigung der Ansicht beigetragen, der Islam und islamistischer Extremismus wären ein und dasselbe.

Die DPP sieht den Islam als unvereinbar mit westlicher liberaler Demokratie und westlichen Prinzipien und Werten. Eine Anpassung an diese Prinzipien erfordert nicht nur den Wunsch, sondern auch die Fähigkeit der Immigrant/innen, die Werte und Prinzipien zu verinnerlichen, die die Gesellschaft im Gastland kennzeichnen. Für die DPP fehlt es muslimischen Einwanderer/innen sowohl an der grundlegenden Fähigkeit wie auch dem notwendigen Willen, sich anzupassen. Der einfache Grund hierfür sei die Tatsache, dass der Islam als solches als fast gänzlich unvereinbar mit den sogenannten westlichen Prinzipien verstanden wird.

In den vergangenen Jahren, insbesondere seit 2001, rückten eine Reihe konkreter Themen in den Mittelpunkt von Politik und Diskurs der DPP. Hierbei handelt es sich um Themen, die im Allgemeinen nicht als wesentlicher Bestandteil des rechtsradikalen Profils und Themenkanons gel-

26 Kjærsgaard, P.: Udvisning af kriminelle kernefamilier kan skabe tryghed. In: Dansk Folkeblad 1999; http://www.dansksfolkeparti.dk/pictures_org/DanskFolkebladnr_5_1999.pdf, abgerufen am 28.06.2010.

ten: Beispielsweise geht es hierbei um Grundrechte wie geschlechtliche Gleichstellung, Redefreiheit und die Medien, liberale Familienwerte etc. Diese Entwicklung scheint sich teilweise schwer mit dem Image einer materialistischen, autoritären und traditionalistischen Weltanschauung vereinbaren zu lassen, die der extremen Rechten häufig zugeschrieben wird. In diesem Sinne würde ich behaupten, dass diese Themen von der DPP sogar noch hervorgehoben wurden, insbesondere seit ihr politischer Einfluss gewachsen ist. Eine Betrachtung ethnischer Minderheiten nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten mit einem Schwerpunkt auf muslimische Frauen, die als „unterdrückte“ Opfer ihrer Kultur dargestellt werden, die Kopftücher tragen und diskriminierenden Praktiken unterworfen werden, während junge muslimische Männer als arrogant und gewaltbereit beschrieben werden, kann der Partei helfen, ihr Image als Wächter der demokratischen, libertären und egalitären Rechte und Prinzipien der westlichen Kultur zu fördern. Diese Vorgehensweise ermöglicht der Partei die Betonung bestimmter Aspekte des angeblichen Aufeinanderprallens von Kulturen und Werten des Westens und der islamischen Welt.

Ebenso wie die meisten anderen rechtsextremen Parteien in Europa entwickelte die DPP über die letzten Jahre einen Diskurs, in dem der muslimische Schleier als sichtbares Symbol der Weigerung des Islam verstanden wird, einige der Grundwerte und -prinzipien westlicher Gesellschaften zu akzeptieren, wie zum Beispiel die Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Partei steht für das Verbot des Schleiers in der öffentlichen Verwaltung. Wie ähnliche Parteien in Europa auch, versteht die DPP die Möglichkeit für Muslime, große Moscheen mit Minaretten auf dänischem Boden zu erreichen, als Symbol für die „Eroberung“ der westlichen Welt durch den Islam. Hierdurch würde die Schaffung einer Parallelgesellschaft begünstigt, die eine Radikalisierung der muslimischen Gemeinschaft zum Ziel hat.

Diese Themen haben dazu beigetragen, die dänische Partei näher an die Positionen anderer weit rechts stehender Parteien in Europa im Hinblick auf die Stellung des Islam in der Gesellschaft zu rücken. Parteien so unterschiedlich wie die FPÖ in Österreich, die *Legia Nord* in Italien, die SVP in der Schweiz, die holländische *Freiheitspartei* (PVV) – um nur einige zu

Kampagne der Dänischen Volkspartei (DPP) gegen den Bau großer Moscheen in Dänemark (2009)

„Nein zu großen Moscheen in dänischen Städten!“

„[...] Wir geben Ihnen eine Garantie: Je mehr Abgeordnete der Dänischen Volkspartei in die Parlamente am 17. November gewählt werden, desto größer ist die Opposition gegen islamische Festungen in Ihrer Stadt. Wählt dänisch, wählt lokal.“

Dänische Volkspartei



nennen – haben sehr ähnliche Programme zur Frage des Islam entwickelt. Bisher haben diese Ähnlichkeiten und die geteilte Skepsis dieser Parteien gegenüber der EU jedoch nicht zur Gründung einer größeren politischen Gruppierung im Europäischen Parlament geführt. Auf dieser Ebene unterscheiden sich die politischen Interessen der einzelnen Parteien noch, und sie werden scheinbar von taktischen Aspekten beeinflusst, die eine engere Zusammenarbeit unter den Rechtsextremen auf europäischer Ebene verhindern. Nach den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 trat die DPP der neuen Gruppierung *Europa der Freiheit und der Demokratie* bei, zu deren Mitgliedern auch die italienische *Legha Nord* gehört. Zuvor hatte die dänische Partei ihr Interesse an der Gruppe *Europäische Konservative und Reformisten* bekundet, war jedoch vehement abgewiesen worden. Die Ablehnung war in erster Linie von der konservativen Partei Großbritanniens ausgesprochen worden. Die *Tories* erachteten eine Zusammenarbeit mit der DPP im Europäischen Parlament als kontraproduktiv. Dies zeigt, wie schwierig es auch auf europäischer Ebene ist, ein Mainstream-Profil zu etablieren. In diesem Fall wurde die DPP tatsächlich Opfer eben jener Strategie, die sie selbst anderen Parteien und Gruppierungen gegenüber anwendet, um sich von „schlechter Gesellschaft“ fern zu halten, die ihrem eigenen Ruf schaden könnte.²⁷

27 Eine Ausnahme bilden die *Schwedendemokraten* (Sverigedemokrater), die die *Dänische Volkspartei* eindeutig mit dem Argument unterstützt, eine parlamentarische Vertretung dieser Partei in Schweden sei der einzige Weg, die politische Debatte zu Themen wie Immigration und Integration in dem Nachbarland zu verändern (siehe Pia Kjærsgaards Rundschreiben, 16.08.2010).

Der politische Einfluss und die verantwortungsvolle Stellung, die sich die DPP über die vergangenen zehn Jahre erarbeiten konnte, zeigen Auswirkungen auf die Ideologie, den Diskurs und die organisatorischen Strategien der Partei. Wie oben ausgeführt, entwickelte die Partei beispielsweise einen anderen Ansatz in der Immigrationsfrage, indem sie nun einen Schwerpunkt auf die Stellung des Islam in westeuropäischen Gesellschaften legt und diesen Ansatz mit einer spezifischen Diskussion über Werte und Prinzipien wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Redefreiheit, Solidarität und Toleranz verknüpft. Dies kann als neuer und wesentlich weniger kontroverser Ansatz verstanden werden, den die dänische Partei für eine kritische Betrachtung der Immigrationsfrage nutzen kann. Wir haben außerdem die diversen Strategien dargestellt, die die verschiedenen Phasen der Partei auf dem Weg zu einer Normalisierung innerhalb der dänischen Politiklandschaft kennzeichnen, und aufgezeigt, wie eng der Übergang von extrem zu Mainstream mit der internen Entscheidungsfindung und organisatorischen Lösungen verknüpft ist.

DPP-Wähler/innen

Das sozioökonomische Profil der DPP-Wähler/innen teilt einige Merkmale mit Segmenten der Wählerschaft, die Parteien mit ähnlichen Programmen in Westeuropa unterstützen. Das Durchschnittsprofil der DPP-Wähler/innen ist: männlich, Arbeiter und niedriges Bildungsniveau (siehe hierzu Tabelle 2, S. 273).

Verglichen mit anderen Ländern, in denen rechtsextreme Parteien oder Parteien mit ähnlichen Programmen immer noch andere sozioökonomische Gruppen wie Kleinunternehmer und Selbstständige anziehen können, zeichnet sich die DPP durch eine starke Anhängerschaft im Arbeitermilieu aus. Tatsächlich ist die DPP heute die am eindeutigsten definierte Arbeiterpartei in Dänemark (siehe Tabelle 3, S. 274). Diese Entwicklung geschah größtenteils zum Nachteil der traditionellen Arbeiterparteien – in erster Linie der Sozialdemokratischen Partei (jetzt Sozialdemokra-

**Geschlechterspezifische Unterstützung für DPP (Dänische Volkspartei)
Hauptbeschäftigungsbereiche und Bildungsgrad – in Prozentpunkten**

Tabelle 2

DF	1994 ¹	1998	2001	2005	2007
Geschlecht					
männlich	8	9	15	15	14
weiblich	5	6	9	11	13
N	906	1002	983	1138	627
	862	832	894	921	694
Beruf					
Handarbeit	8	9	18	20	19
angestellt	4	5	9	9	9
öffentlicher Dienst	1	5	6	6	4
selbstständig	10	13	10	7	9
außerhalb des Arbeitsmarkts	8	7	13	16	18
N	373	411	393	445	277
	294	319	354	398	285
	327	318	356	334	224
	128	115	124	145	84
	648	645	652	736	431
Bildung					
niedrig (bis zu 9 Jahre)	10	9	17	19	26
mittel (10 bis 11 Jahre)	4	9	11	15	14
hoch (12+ Jahre)	2	2	6	5	5
N	785	683	681	732	367
	600	611	620	632	409
	383	531	576	690	494

1 Fortschrittspartei im Jahr 1994

N = Gesamtstimmen in Tausend

Quelle: Dänische Wahlumfragen 1994–2007.

ten, S) – die in den vergangenen Jahren eine erhebliche Zahl von Anhänger/innen im Arbeitermilieu verloren. Wie in Tabelle 3 dargestellt, hat sich der Anteil der Arbeiter unter den Wählern seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich von der S und den sozialistischen Parteien erst zur *Fortschrittspartei* und dann zur DPP bewegt.

Interessanterweise ist dieses sozioökonomische Profil ein spezifisches Merkmal der Wählergruppe für die extreme, populistische Rechte in Skandinavien und kann daher auch bei der *Norwegischen Fortschrittspartei* und den *Schwedendemokraten* beobachtet werden. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen: Auf makrostruktureller Ebene wurde dieses Profil durch das

**Anteil der Handarbeiter/innen unter den großen dänischen Parteien/
Gruppierungen (1994–2007)**
Abweichung gegenüber dem Durchschnitt – in Prozentpunkten

Tabelle 3

	1994 ¹	1998	2001	2005	2007
DPP	+18	+9	+20	+25	+24
nichtsozialistische Parteien	-10	-10	-7	-10	-7
S	+13	+11	+9	+12	+7
and. linksgerichtete Parteien	-3	-2	-11	-2	-10
alle	33	36	32	33	33
N					
DF	112	136	225	273	188
nichtsozialistische Parteien	842	802	898	1055	586
S	612	658	547	532	350
and. linksgerichtete Parteien	185	187	165	193	208

Quelle: Dänische Wahlumfragen (1994–2007).

1 Fortschrittspartei im Jahr 1994

N = Gesamtstimmen in Tausend

Legende: DPP: Dänische Volkspartei; nichtsozialistische Parteien: Liberalen (V), Konservative (K), Soziale Liberale (RV), Zentrum Demokraten (CD), Christliche Demokraten (KrD); S = Sozialdemokraten; andere linksgerichtete Parteien: Sozialistische Volkspartei (SF); Einheitsliste (Enh.)

Aufkommen einer neuen Dimension der politischen Spaltung auf Grundlage von Themen wie Werte und Kultur beeinflusst, die starke Auswirkungen auf traditionelle, von einer klassenorientierten Logik geprägte Wahlmuster hatte. Dies gilt auch für Dänemark. Soziale und politische Umwandlungen brachten neue politische Themen hervor, die von neuen politischen Akteur/innen aufgegriffen werden konnten; dazu zählte auch die Immigration. Die wachsende Besorgnis dänischer Wähler/innen über Probleme im Zusammenhang mit Immigration wird in Tabelle 4 verdeutlicht.

Die Ansicht, Immigrant/innen wären eine Bedrohung für das Überleben der dänischen Nation, ihrer Kultur und Identität hat an Bedeutung zugenommen. Tabelle 4 zeigt die Position der DPP-Wähler/innen zu zwei Fragen hinsichtlich der Bedrohung der nationalen Kultur und Sicherheit Dänemarks durch Immigration.

Hauptsorge der DPP sind zweifelsohne der Einfluss der Einwanderung auf die dänische Kultur und Identität. Seit den 1990er-Jahren stimmen über 70 Prozent der DPP-Anhänger/innen der Aussage zu, Immigration stelle eine Bedrohung für die dänische Kultur dar. Im Vergleich zur DPP zeigten die Wähler/innen der *Sozialliberalen Partei* (RV) und der *Sozialistischen*

**Einstellungen gegenüber Immigration unter den Wähler/innen der DPP
(Dänische Volkspartei) und anderen Wähler/innen anderer dänischer Parteien
Percentage Difference Index/PDI: Starke Zustimmung/Zustimmung –
Starke Ablehnung/Ablehnung – in Prozentpunkten**

Tabelle 4

		SF	S	RV	V	K	DF ¹	All
Immigration ist eine Bedrohung der nationalen Kultur.								
	1994	-56	-1	-49	8	8	74	-2
	1998	-62	-9	-70	15	-1	73	-5
	2001	-66	-15	-81	9	-6	73	-5
	2005	-60	-17	-66	16	-6	76	-3
	2007	-55	-24	-81	20	-15	69	-9
Muslimische Staaten sind ein Sicherheitsproblem.								
	1994	-40	-12	-9	-2	-21	35	-11
	1998	-42	2	-57	18	10	65	3
	2001	-64	-7	-62	17	3	64	0
	2005	-48	-1	-54	32	-3	74	8
	2007	-28	4	-36	53	34	81	21

1 Fortschrittspartei im Jahr 1994

Volkspartei (SF) eine gegenteilige Haltung. Auch die Position der Wähler/innen der *Liberalen Partei* (V) zu diesem Thema ist interessant: 2001 sahen 9 Prozent mehr Wähler/innen der V die Immigration als Bedrohung für die nationale Kultur als jene, die das nicht taten; sechs Jahre später lag diese Zahl bereits bei 20 Prozent. Eine andere Entwicklung kann bei den *Konservativen* (K) beobachtet werden, deren Einstellung sich in die entgegengesetzte Richtung bewegte (von -6 Prozent 2001 zu -15 Prozent 2007).

In den vergangenen zehn Jahren wurde zu einem weiteren Thema eine wachsende Übereinstimmung zwischen den Wähler/innen der DPP und anderer Parteien festgestellt: die Behauptung, muslimische Länder wären eine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Besonders DPP-Anhänger/innen, aber auch Wähler/innen der beiden Regierungsparteien gaben an, ernste Bedenken bezüglich dieser angeblichen Bedrohung der nationalen Sicherheit zu haben. Diese Stimmung wurde zweifellos durch die Ereignisse vom 11. September 2001 und ihre Nachwirkungen angeheizt, wie auch durch die sogenannte „Mohammed-Karikaturen-Krise“. Diese wurde durch zwölf Karikaturen ausgelöst, die im September 2005 in der dänischen Tageszeitung „Jyllands Posten“ erschienen, von denen die meisten den Propheten Mohammed zeigten. Ihre Veröffentlichung löste scharfe

Proteste sowie schwere politische und soziale Unruhen aus, besonders in einigen muslimischen Ländern. Vorbehalte gegenüber dem Islam hatte es bei bestimmten Wählergruppen jedoch bereits seit den 1990er-Jahren gegeben, unter DPP-Wähler/innen waren diese bereits besonders ausgeprägt.

Wie oben erwähnt, gelang es der DPP, ihre gegenwärtige und aller Wahrscheinlichkeit nach auch zukünftige Position in der dänischen Politiklandschaft zu festigen. Dies gelang größtenteils durch ein Eingehen auf diese Besorgnisse und das Angebot eines Programms, das sozialstaatliche Ansätze rein wirtschaftlichen Erwägungen vorzieht – zumindest was diejenigen betrifft, die „schon seit Generationen ihren Beitrag geleistet haben“.

Dänischer Rassismus und Neonazismus: Rechtsextreme Bewegungen und subkulturelle Szenen

Wenngleich die Geschichte, Anhängerschaft, Umgestaltung und Entwicklung der rechtsextremen Parteien auf parlamentarischer Ebene in Dänemark mittlerweile ein relativ gründlich untersuchtes Feld sind, mangelt es nach wie vor an tiefergehenden quantitativen und qualitativen Studien zu subkulturellen rechtsextremen Szenen, Bewegungen, Netzwerken, Organisationen und Persönlichkeiten. Mit wenigen Ausnahmen²⁸ ist die Untersuchung rassistischer subkultureller Szenen und rechtsextremer sozialer Bewegungen ein ziemlich wenig beachtetes akademisches Feld.²⁹ Dies liegt teilweise in der eher marginalen Rolle dieses Phänomens in der dänischen Gesellschaft, teilweise liegt es auch an den Schwierigkeiten und dem Misstrauen, mit dem sich Wissenschaftler konfrontiert sehen, die diese Gruppen ansprechen.

28 Karpantschov R. (1999): *Nynazismen og dens modstandere i Danmark*. Esbjerg: Sydjysk Universitetsforlag; siehe auch Karpantschov, R. und Mikkelsen F. (2004): *Rise and fall of the racist right-wing movement in Denmark 1982–2000*; <http://www.amid.dk/ocs/viewpaper.php?id=141&cf=1>, abgerufen am 31.08.2010. Als Beispiel einer qualitativen Studie siehe Lyng, J. (2007): *Højreradikale biografier – Fortællinger om fremmedgørelse, vrede og modstand*. In: *I samfundets sprækker – Studier i upassende sociologi II*, ed. Hviid Jacobsen, M., Aalborg: Aalborg Universitetsforlag.

29 Es gibt jedoch einige unabhängige, nichtakademische Gruppen wie Demos und Redox, die unter anderem die Evolution und Wandlung rechtsextremer Bewegungen und subkultureller Szenen in der dänischen Gesellschaft auf lokaler wie nationaler Ebene untersuchen.

Auf dieser Ebene können zwei Typologien von Rechtsextremismus unterschieden werden: 1) fremdenfeindliche und militante rechtsextreme Bewegungen und Netzwerke, die Straßengewalt befürworten, offen Neo-nazi-Symbole sowie -Ideologien und -Musik verwenden (wie etwa *White Pride*, die *Dänische Nationale Front*, *Blood and Honour Dänemark*) und über ein ziemlich hochentwickeltes internationales Netzwerk verfügen; und 2) Bewegungen und Verbände, die sich auf ethnozentrische, nationalistische und einwanderungsfeindliche Rhetorik sowie patriotische Gefühle und eine Anti-Immigrationshaltung stützen, aber tiefer im politischen Leben in Dänemark verwurzelt sind und undemokratische Praktiken und Gewalt offiziell ablehnen (wie etwa der *Dänische Verband*; *Stop islamisering af Danmark*; *Aarhus gegen die Moschee*; *Vederfølner*). Überschneidungen bei der Zugehörigkeit zu beiden Gruppen sind jedoch nicht selten.

Beiden gemeinsam ist die harsche Kritik am Islam und der muslimischen Minderheit, deren kultureller Hintergrund, Werte und Prinzipien als unvereinbar mit den fundamentalen Vorstellungen der christlichen westlichen Welt seit der Aufklärung gelten. Tatsächlich sind der Islam und Muslime heute das Hauptziel dieser rechtsextremen Gruppen, und nicht – wie weitgehend in den 1990er-Jahren der Fall – Immigration, Einwanderer und Flüchtlinge im weiteren Sinne.³⁰

Die 1990er-Jahre waren in Dänemark von schweren Ausbrüchen von Rassenhass gekennzeichnet, die durch minderheitenfeindliche Ausschreitungen in Deutschland noch weiter angefacht wurden. Heute ist es vor allem der Zusammenstoß mit organisierten Bewegungen der extremen antifaschistischen Linken, in die die meisten extremen, militanten rechten Gruppierungen verwickelt sind. Seit 2005 ist die Zahl der Gewalttaten und tätlichen Angriffe, besonders auf lokaler Ebene, erheblich gestiegen, beispielweise in den dänischen Großstädten auf Jütland. In den letzten Jahren sind rechtsextreme Gruppierungen wie *White Pride*, Dänemarks *Nationale Front* und *Vederfølner* hier wesentlich aktiver geworden.³¹ Sie sind hier rela-

30 Siehe Svensson, P. und Togeby, L. (1991): *Højrebølge?* In: Århus: *Politica* (2004): Karpantschof, R. und Mikkelsen, F., op. cit.

31 Århus er de højreradikales hovedstad [Aarhus ist die Hauptstadt der extremen Rechten]. Information (07.03.2010). <http://www.information.dk/226471>, abgerufen am 31.08.2010.

tiv „ungestört“, da antirassistische Netzwerke in Kopenhagen und Umgebung viel stärker und aktiver sind.

Es ist empirisch sehr schwer festzustellen, inwiefern die spezifische politische Struktur in Dänemark und die Präsenz einer Partei im Parlament, die eine wichtige Rolle bei der Immigrationskritik spielt, die Mitgliedschaft, Organisation und Aktivitäten der extremsten Bewegungen und Gruppierungen in der dänischen Gesellschaft beeinflusst hat. Als Teil ihrer „Normalisierungsstrategie“ stellte die DPP-Führung eindeutig klar, dass militante Mitglieder extremistischer und rassistischer rechter Bewegungen in den Rängen der Partei nicht willkommen sind. Diese Feststellung wurde notwendig, da im Zeitraum zwischen den späten 1990er-Jahren bis etwa 2007 über 30 lokale Parteimitglieder aufgrund ihrer aktiven Zugehörigkeit zur *Dansk Front* ausgeschlossen wurden. Die *Dansk Front* war damals eines der größten und bestorganisierten rechtsextremen Netzwerke mit Gruppierungen in jeder dänischen Großstadt. Die Mitglieder der *Dansk Front* kamen aus dem aktiven Nazi-Millieu von *White Pride*, einige von ihnen mit umfangreichen politischen und organisatorischen Erfahrungen, wie zum Beispiel aus der DPP-Jugendsektion. Als sich die *Dansk Front* 2007 aufgrund interner Konflikte über antisemitische Positionen und den Gebrauch von Gewalt bei einer Sektion von *Blood and Honour Dänemark* auflöste, gründeten einige der verbliebenen Mitglieder eine neue Vereinigung, *Vederfølner*.³² Diese Gruppe ist gegenwärtig die größte rechtsextreme Bewegung in Dänemark. Sie versteht ihr Hauptziel in der Vereinigung aller „besorgter Dänen, die glauben, die dänische Einwanderungspolitik der vergangenen 30 Jahre ist eine unerfreuliche Entwicklung für Dänemark und begünstigt eine multikulturelle Gesellschaft, die im Gegensatz zur demokratischen Ordnung Dänemarks, zu unserem Recht auf Redefreiheit und zur Gleichberechtigung der Geschlechter steht.“³³ Es ist interessant zu sehen, wie auch auf dieser

32 Der Name stammt aus der nordischen Mythologie: Es handelt sich dabei um einen Habicht, der auf dem Schnabel eines Adlers in der Krone des Baumes Yggdrasil sitzt und über die Welt blickt. Daher der Slogan der Gruppe: „Vederfølner – hat ein Auge auf Dänemark“.

33 Siehe Vederfølner's homepage, <http://www.modstand.nu>.

Ebene der Schwerpunkt auf patriotische, nichtgewalttätige und demokratische Werte und Prinzipien gelegt wird. Vielleicht ist dies der Versuch einer Imageverschiebung weg von Gewalt, Antisemitismus und Nazi-Ideologie hin zu anti-islamischen und anti-muslimischen Positionen. Diese politische Agenda wird von mehreren anderen Gruppen wie *Stop islamiseringen af Danmark* (SIAD) und *Aarhus gegen die Moschee* geteilt, was darauf hindeutet, dass die Mobilisierung rechtsextremer Bewegungen und Szenen heute eng mit anti-islamischen und anti-muslimischen Themen verbunden ist.

Fazit

Die Frage, ob Dänemark auf dem „rechten“ Weg ist, kann bejaht werden. In diesem Beitrag wurde versucht darzustellen, wie dies über die Jahre von verschiedenen Begebenheiten sowie einem sozialen und politischen Kontext begünstigt wurde, der einige Voraussetzungen und sozio-politische Freiräume für diese Entwicklung geschaffen hat. Speziell in Dänemark war einer der Aspekte dieses „Rechtsrucks“ der Wandel der DPP von einer Randerscheinung zum Mainstream innerhalb der dänischen Politiklandschaft. Dies war ein dynamischer Prozess, in dem die Partei verschiedene Entwicklungsebenen und -phasen durchschritt. In diesem Sinne schufen die günstigen strukturellen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für den Durchbruch und die erfolgreiche Mobilisierung der extremen Rechten die Voraussetzungen dafür, diesen Erfolg besser zu verstehen. Dieser wurde jedoch auch stark von der DPP und ihren Strategien während der verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung beeinflusst, die angewandt wurden, um politisches Gewicht zu erlangen und die Unterstützung der Wähler zu festigen.

Weitere interessante Faktoren sind die Umwandlungen und Entwicklungen, die sich bei rechtsextremen Untergruppen, Netzwerken und Bewegungen vollzogen haben. Auch hier scheint der soziale und politische Kontext die Erstellung neuer Programme und die Art und Weise, wie diese Gruppen sich heute nach außen darstellen, beeinflusst zu haben.



Der Rechtsextremismus in Schweden: Eine schleichende Gefahr

In den meisten europäischen Ländern gibt es zwei Phänomene: eine rassistische Subkultur, eine Mischung aus Neonazismus, esoterischen Gruppen und von der amerikanischen Ideologie der weißen Überlegenheit (*White Supremacy*) inspirierte soziale Bewegungen sowie ethnozentrische rechtsstehende Parteien, die die Ressentiments gegen das Establishment, gegen Immigration und den Islam nutzen (in West- und Nordeuropa) oder sich mit noch tieferer Feindseligkeit gegen die Roma-Bevölkerung richten (z. B. Italien, Ungarn). Einerseits passt Schweden in dieses Allgemeinbild; andererseits hat der schwedische Rechtsextremismus seine eigene Geschichte und eigene politische Agenda.

Die Struktur der extremen Rechten in Schweden

Der vorliegende Beitrag erläutert die Frage nach der Struktur der extremen Rechten in Schweden. Zunächst werden die radikal nationalistischen politischen Parteien behandelt, bevor auf die Subkultur von Gruppen, die die Überlegenheit der weißen Rasse propagieren, eingegangen wird. Auch die Wahlergebnisse der extremen Rechten sollen erörtert werden.

Die radikal nationalistischen Parteien

Schweden unterscheidet sich von den meisten europäischen Ländern insofern, dass eine landesweite nationalistische Partei erst viel später, Ende der 1980er-Jahre gegründet und aufgebaut wurde. *Sverigedemokraterna* (SD), die Schwedischen Demokraten, die gegenwärtig größte nationalistische Partei, wurde 1988 gegründet. 1989/90 erlebte die Partei einen starken Zuwachs. Neben dem Referendum in der Gemeinde Sjöbo über die Auf-

nahme von Flüchtlingen¹ gab es für dieses anfängliche Wachstum eine Reihe weiterer Gründe. Erstens wurden die Argumente der SD durch die öffentliche Debatte bekräftigt. In dieser Debatte sah man Flüchtlinge nicht mehr als Ressource, sondern als Problem. Zweitens trugen eine restriktivere Gesetzgebung über politisches Asyl (erlassen im Dezember 1989) und der Wandel der öffentlichen Meinung hin zu einem strengeren Umgang mit Flüchtlingen und Immigranten zur Legitimierung der SD bei.²

Bei den Wahlen 1991 musste sich die SD dem Wettbewerb mit der *Sjöbopartiet* und der *Framstegspartiet* stellen, deren Anti-Immigrationsprogramm dem der SD sehr ähnlich war. *Framstegspartiet/Sjöbopartiet* bestritten die Wahlkampagne als Koalition und erhielten auf lokaler Ebene zusammen 27.637 Stimmen. *Framstegspartiet* bekam zwölf Sitze in den Gemeinderäten, und zwar alle in Südschweden. Im Jahr 1991 ließen die Aktivitäten der Anti-Immigrationsparteien nach. Dafür gab es zwei Gründe: Einerseits wurde ein Teil der Rekrutierungsbasis für die parlamentarischen Parteien von der aufstrebenden *Ny Demokrati* abgeworben, einer populistische Partei mit immigrationsfeindlichen Tendenzen. Diese Partei erhielt bei den Parlamentswahlen 1991 6,7 Prozent der Stimmen und die etablierten politischen Parteien entwickelten in Bezug auf Flüchtlinge und Immigration einen restriktiveren Standpunkt. Andererseits verließen

-
- 1 1988 gab es in der südschwedischen Gemeinde Sjöbo ein lokales Referendum über die Aufnahme von Flüchtlingen. Der Hintergrund des Referendums war eine Änderung der offiziellen schwedischen Flüchtlingspolitik, die fortan jede Kommune dazu verpflichtete, Flüchtlinge aufzunehmen. Sjöbo lehnte eine Einigung mit den Einwanderungsbehörden ab und hielt stattdessen ein lokales Referendum ab. Die Fraktion für „Nein“ stellte der Ortsverband der *Centerpartiet* dar – ein Flügel, der aus der Partei ausgeschlossen wurde und der eine neue Partei, die *Sjöbopartiet*, gründete. Trotz massivem Engagement der Befürworter von „Ja“, gewann die „Nein“-Fraktion das Referendum – 65 Prozent der Bevölkerung von Sjöbo stimmte mit „Nein“. Bei dem Referendum in Sjöbo entschied das erste Mal eine bisher verborgene öffentliche Meinung einen Volksentscheid – entgegen der offiziellen Politik. Eine der Konsequenzen des Referendums war, dass es zu einem bestimmten Grad die immigrationsfeindliche Position legitimierte. Zudem bewies es, dass man innerhalb eines parlamentarischen Systems gewinnen kann.
 - 2 Zur Änderung der öffentlichen Meinung siehe Lange, Anders und Westin, Charles (2003): *Ungdom om invandring II; förhållningssätt till invandring och invandrare 1993. Youth on immigration II; views on immigration and immigrants*. CEIFO Stockholm University; Demker, Marie (1992): *Stäng gränserna!? Svenskarnas åsikter om flyktingmottagning. Perspektiv på krisen Close the borders!?* Swedish opinion on asylum seekers. In: *Perspectives on the crisis*, ed. Sören Holmberg and Lennart Weibull, SOM 9.

jüngere Mitglieder die Partei, um revolutionären Gruppen beizutreten, die aktivere und militantere rassistische Ideologien propagierten. Die eben erwähnten Faktoren trugen zu internen Konflikten innerhalb der Fraktionen bei und lähmten somit die Parteiaktivitäten. Als jedoch 1993 *Ny Demokrati* – auch von internen Spaltungen und Skandalen heimge-sucht – zusehends an politischer Unterstützung verlor, verstärkte die SD ihre Aktivitäten und gewann an Unterstützung durch die in den 1960er und 1970er-Jahren geborene Generation. 1994 erhielt die SD bei den Kommunalwahlen fünf Sitze in Gemeinderäten und ca. 14.000 Stimmen bei den Parlamentswahlen.³ Im selben Jahr erhielt *Ny Demokrati* nur 1,2 Prozent der Stimmen und verlor ihre Sitze im Parlament. Dafür gab es mehrere Gründe: Aufgrund der schweren, tiefgreifenden Wirtschaftskrise Anfang der 1990er-Jahre kehrten die Wähler zu den traditionellen politischen Parteien zurück, und *Ny Demokrati* war von internen Konflikten zerrissen. Die Partei war auch nicht in der Lage, als eine Anti-Establishment-Partei aufzutreten und doch als Teil des Establishments die konservative Regierung zu unterstützen und dabei eine glaubhafte Position einzunehmen. Nach dem Zusammenbruch von *Ny Demokrati* blieb die SD als einziger Akteur rechtsaußen übrig. Bei den Wahlen 1998 erhielt die SD 20.000 Stimmen und somit acht Sitze in Gemeinderäten. Die Partei war jedoch von internen Konflikten zerrüttet und 2001 gründete eine Splittergruppe die Partei *Nationaldemokraterna*, die *Nationalen Demokraten* (ND). Bei den Wahlen 2002 holte die SD wieder auf und erhielt 1,4 Prozent der Stimmen und somit 40 Sitze in Gemeinderäten.⁴

Die SD ging aus den Wahlen 2006 mit neuer Kraft hervor: Bei den Parlamentswahlen erhielt Sie 2,9 Prozent der Stimmen sowie 282 Sitze in 144 Gemeinderäten und insgesamt 16 Sitze in Regionalräten.⁵ In den Meinungsumfragen während der Wahlkampagne im September 2010 erhielt die

-
- 3 Lööw, Heléne (1995): *Racist Violence and Criminal Behaviour in Sweden: Myths and reality. Terror from the extreme Right*, ed. Tore Bjorgo, London: Frank Cass.
 - 4 *Populism och främlingsmisstro*, Sverige i Europa, Integrationsverkets skriftserie VI, Integrationsverket 2006. *Populism and distrust of foreigners*, Sweden in Europe, Bureau of Integration series VI, Bureau of Integration 2006.
 - 5 *Sverigedemokraterna – ett parti som alla andra? Die schweidischen Demokraten – eine Partei wie alle anderen?* Stockholm: ABF and EXPO 2007.



SD-Broschüre: „Gemeinsam für eine auf Sicherheit und Tradition erbaute Gesellschaft!“ und „Hören Sie auf, uns der Fremdenfeindlichkeit zu bezichtigen und hören Sie zu, was wir zu sagen haben.“

SD über 4 Prozent der Stimmen. Sollten die bevorstehenden Wahlen dieser Prognose folgen, wird die SD in der Lage sein, zum ersten Mal erfolgreich die Hürde zum Parlament zu nehmen. Bei den Wahlen im September 2010 erhielt die SD 5,7 Prozent der Stimmen und 20 Sitze im nationalen Parlament. Dies bedeutete für die SD das Ende von 22 Jahren als Randerscheinung in der schwedischen Politik – tatsächlich rückte sie nach den Wahlen ins Zentrum der politischen Debatte. Die Wahlergebnisse führten dazu, dass sie ins nationale Parlament einzog und weder die blaue noch die grün-rote Koalition die notwendige Mehrheit der Stimmen erreichte. Derzeit ist die parlamentarische Situation sehr unklar (Stand Oktober 2010). Seit den Wahlen 2010 stellt Schweden keine Ausnahme mehr in Europa dar – und der Wahlerfolg der SD löste in vielen Städten großangelegte Demonstrationen gegen Rassismus sowie eine Gewaltwelle gegen SD-Kandidaten und vermeintliche Unterstützer aus. Im Gegensatz zum allmählichen Erfolg der SD verfiel die ND im Laufe der Jahre immer mehr: Bei den Wahlen 2002 erhielt sie ca. 9.000 Stimmen, verlor dann bei den Wahlen 2006 rund zwei Drittel ihrer Wähler. Bei den Wahlen 2010 verlor die ND weitere Stimmen, konnte jedoch die 2006 erlangten Sitze in den Gemeinderäten beibehalten. Das gleiche Muster ist auch bei den Ergebnissen der Kommunalwahlen zu den Gemeinderäten erkenntlich. Die Verteilung der Stimmen, der Sitze in den Gemeinderäten und die Zahl der Kommunen, in denen die SD und, in gewissem Maße, die ND Sitze in den Gemeinderäten erlangte, zeigen eindeutig, dass sich die Hochburg der SD im Süden von Schweden befindet. Dies sind auch die Regionen, die seit den 1930er-Jahren auch historisch die Hochburgen der Nazis, der religiösen sowie der populistischen und fremdenfeindlichen

Demonstrationen
in Stockholm gegen
die SD bei ihrer
letzten öffentlichen
Kundgebung vor
den Wahlen 2010.



Rechten sind. Gleichzeitig wurde diese Region auch am stärksten von der Wirtschaftskrise der 1990er-Jahre getroffen.⁶ Doch wäre es noch zu früh für eine detailliertere Analyse der Wahlergebnisse von 2010.

„Weiße Macht“ – politische Parteien, soziale Bewegungen und Subkultur

Die 1990er-Jahre brachten nicht nur die Gründung von Parteien mit immigrationsfeindlichen Programmen, sondern auch den Aufstieg von militanten rassistischen Untergrundbewegungen mit sich. Die Entwicklung von zunehmend radikaleren und gewalttätigeren Gruppen begann in den 1980er-Jahren. Zu dieser Zeit nahmen immer mehr rassistische Untergrundgruppen – unter ihnen Neonazis, Antisemiten, rassistisch-okkultistische sowie religiöse Gruppen usw. – die Gesellschaft als den Hauptfeind wahr und sahen sich als „Krieger im Kampf gegen die zionistisch besetzte Regierung“. Aufgrund dieser antisemitischen Gesinnung, die weiterhin den Kern der rassistischen Ideologie bildet, begannen Anfang der 1980er-Jahre die Angriffe gegen Gruppen oder Einzelpersonen,

6 Lööw, Heléne (2009): Report on Sweden. In: Strategies for Combating Right-wing Extremism in Europe, ed. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

die aus Sicht der militanten Rassisten „die Welt kontrollieren“. Die typischen Hassobjekte waren Juden, Homosexuelle, Kommunisten und solche, die in den Augen der Aktivisten „ihre Rasse verrieten“ (d.h. Gesetzeshüter, Journalisten, Bürokraten und Rassismusgegner). Ende der 1980er-Jahre organisierte sich der Untergrund allmählich – nicht als politische Parteien im herkömmlichen Sinne, sondern als lose zusammenhängende Aktivistennetzwerke. Aufgrund verstärkter Propaganda und öffentlicher Aktivitäten sowie einer Reihe von Straftaten wurden die im Untergrund operierenden rassistischen Gruppen Anfang der 1990er-Jahre einem breiteren Publikum bekannt. Während der 1990er-Jahre kamen und gingen neue Organisationen – die Schlüsselfiguren im Hintergrund blieben jedoch dieselben. Neben Organisationen und lockeren Netzwerken entwickelten sich in der Zeit auch die *White Noise*-Musikindustrie sowie Verlage, Kulturbündnisse (wie z.B. *Nordiska Förbundet*) und Konfektionsunternehmen, die Outfits für militante Rechtsextremisten vermarkteten. Die technologischen Möglichkeiten von Internet und E-Mail eröffneten den Aktivisten eine völlig neue Kommunikationsplattform. In den 1990er-Jahren nahmen auch die Gewaltbereitschaft und kriminelle Aktivitäten der Aktivist/innen und Anhänger/innen der rassistischen Untergrundgruppen zu.⁷

Einer der Hauptakteure der 1990er war die *Nationalsocialistisk Front* (NSF), eine klassische Neonazi-Partei, gegründet 1994. Bei den Wahlen 2002 beschloss die NSF, für den Gemeinderat von Karlskrona zu kandidieren und erhielt ca. 200 Stimmen.⁸ Bei den Parlamentswahlen 2006 erhielt die NSF 1.417 Stimmen. Sie kandidierte auch in sechs Kommunen bei den Gemeinderatswahlen – ohne auch nur einen Sitz zu gewinnen. 2008 änderte die Partei ihren Namen in *Folkfronten* (Volksfront). 2009 änderte

7 Lööw 2000, Kapitel über Dezember 1999.

8 Lipponen, Sami. „Några främlingsfientliga organisationers verksamhet under 2004.“ Rasism och främlingsfientlighet i Sverige; „Rapporter och delstudier om rasism och främlingsfientlighet i Sverige 2004.“ Integrationsverkets rapportserie 2005:02. „The activities of some xenophobic organisations in Sweden during 2004.“ Reports and studies on racism and hostility towards foreigners in Sweden 2004, Bureau of Integration report, series 2005: 02.

sie wiederum den Namen, dieses Mal in *Svenskarnas parti*, die Partei der Schweden.⁹ In den vergangenen zwei Jahren verschwand jedoch die Nazi-Ideologie schrittweise von der öffentlichen Agenda der Partei und wurde durch eine gemäßigtere Ideologie ersetzt. Bei den Wahlen im September 2010 kandidierte die Partei auf nationaler Ebene und in einem Wahlkreis auch auf regionaler Ebene, sowie in einer Reihe von Kommunen.¹⁰ Bei den Wahlen 2010 erhielt die *Partei der Schweden* einen Sitz in einem Gemeinderat – in der Gemeinde Grästorps an der Westküste von Schweden. Seitdem die Nationalsozialisten Anfang der 1940er-Jahre ihre Sitze in den Gemeinderäten verloren, war dies das erste Mal, dass eine Partei mit nationalsozialistischen Wurzeln in einen Gemeinderat gewählt wurde.

Svenska Motståndsrörelsen (SMR), die schwedische Widerstandsbewegung, ist ein weiterer Schlüsselakteur im rassistischen Untergrund. SMR ist keine politische Partei im herkömmlichen Sinne; sie gleicht vielmehr einer sozialen Bewegung. SMR ist keine offene Organisation und nimmt nicht an Wahlen teil. Sie hat nur wenige Sprecher und keiner der Ortsvereine hat eine offizielle Adresse. Die Organisation wurde von einigen der Leitfiguren des rassistischen Untergrunds der 1990er-Jahre gegründet.¹¹ Sie beschreibt ihre Ziele wie folgt: „Verteidigung des schwedischen Volkes“, „Kampf gegen Multikulturalismus“, „Gründung einer nationalen Regierung“ (d.h. einer auf autokratischen Prinzipien auf Grundlage von Nationalismus und Sozialismus basierenden Regierung), „Rückführung unerwünschter Ausländer“, „Ablehnung der EU“, „Vereinigung der nordischen Länder“ und „Gründung des Nordischen Reiches“.¹²

Ein weiteres wichtiges Element des schwedischen subkulturellen Milieus ist das Netzwerk um die Internetseite *Info 14*, die 1995 als unabhängiges

9 Folkfronten blir svenskarnas parti. <http://www.svenskarnasparti.se/2009/11/29/folkfronten-blir-svenskarnas-parti-svp/> (04.10.2010). Folkfronten wurde zur Partei der Schweden.

10 Vgl. <http://www.svenskarnasparti.se/2010/04/19/val-2010-svenskarnas-roster-enas-i-svenskarnas-parti/> (04.10.2010). Die Stimmen der Schweden in der Partei der Schweden vereint.

11 Jakobsson, Johannes and Ekman, Mikael (2007): *Med våld som vapen. With violence as a weapon*. Expo 2.

12 Våra mål i korthet, www.patriot.nu; <http://www.patriot.nu/artikel.asp?artikelID=1061> (04.10.2010).

rassistisches Magazin ins Leben gerufen wurde.¹³ Seit 1999 gibt es *Info 14* ausschließlich im Internet als unabhängige Nachrichtenagentur. *Info 14* steht auch mit *Gula Korset* – dem Gelben Kreuz – in Verbindung,¹⁴ einer Organisation für Sympathisanten inhaftierter rechtsextremistischer Aktivistinnen, sowie einer Gruppe namens *Salemfonden*, die den jährlichen Gedenkmarsch in Salem, einem Vorort von Stockholm, in Gedenken an einen 17-jährigen Aktivistinnen, der 2000 dort getötet wurde, organisiert.¹⁵ Der Name *Info 14* bezieht sich auf die „14 Wörter“ des US-amerikanischen Rassisten David Lane: „*We must secure the existence of our people and a future for White Children*“ (Wir müssen den Fortbestand unseres Volkes und die Zukunft für weiße Kinder sichern).¹⁶ Unter dem Dach von *Info 14* begann 2007 ein Netzwerk namens *Fria Nationalister* (Freie Nationalisten) zu entstehen.¹⁷ Diese Entwicklung führte zu einer bedeutenden Änderung in der Struktur des rassistischen Untergrunds, zu einer Verlagerung von drei Hauptakteuren hin zu unabhängigen, lose organisierten lokalen Gruppen: den *Freien Nationalisten*. Diese Verlagerung bedeutet eigentlich eine Rückkehr zu den Strategien der 1990er-Jahre. Dem Netzwerk fehlt eine Galionsfigur und organisiert sich lieber unter verschiedenen zentralen Hauptfiguren, die sich schon seit Anfang der 1980er-Jahre aktiv im rassistischen Untergrund betätigten. 2007 organisierten *Info 14* und die *Freien Nationalisten* 88 öffentliche Veranstaltungen, wobei sie die Bedeutung der Kodizes und ihren Bezug zum Nazismus unterstrichen (wie auch in anderen Ländern, steht „88“ auch in der schwedischen Szene für „Heil Hitler!“). *Info 14* betreibt auch eine Internet-Radiostation namens *Folkbildaren*.¹⁸ Außerdem organisieren führende Mitglieder des Netzwerkes Lesereisen in ganz Schweden.¹⁹

13 Lööw 2000, a.a.O., S. 131ff.

14 Lööw 2000, a.a.O., S.104.

15 Vgl. www.info14.com; <http://www.salemfonden.info/> (04.10.2010).

16 Lööw 2000, a.a.O., S.446.

17 Im Dezember 2009 gab es in den folgenden Städten freie nationalistische Gruppierungen: Dalarna, Gotland, Göteborg, Stockholm, Västerås, Nyköping, aktionsgrupp roslagen, Fagerstas fria nationalister Fria nationalister Skåne, Värmlands oberoende. Aktionsgruppe Roslagen, Fagersta freie Nationalisten, Skåne Freie Nationalisten, die Unabhängigen von Värmland. <http://www.frianationalister.se/> (04.10.2010).

18 Dalsbro, Anders (2008): Över tusen nazistiska aktiviteter under 2007. Über eintausend Aktivitäten der Nazis im Jahr 2007. *Expo 1*.

19 Siehe z. B. Föredrag i Västerås, 27.01.2007. Vortrag in Västerås.

Nordiska Förbundet ist ein weiterer Akteur im subkulturellen Milieu. Der Verband betreibt Webseiten und Chatforen im Internet und funktioniert als Nachrichtenagentur. Er organisiert Konzerte, Lesereisen und Kulturveranstaltungen²⁰ und betreibt den Verlag *Nordiska Förlaget*. Dieser publiziert sowohl schwedische und ausländische Literatur – neue Werke und Neuauflagen älterer Literatur aus den 1930er- und 1940er-Jahren – als auch Musik. 2007 veranstaltete die Organisation einen Schreibwettbewerb, der die Anthologie *Swedish Voices* hervorbrachte. Es gibt auch eine Reihe weiterer Unternehmen, die Musik, Literatur und Kleidung vertreiben. Einige davon sind unabhängig, andere sind an *Svenskarnas Parti*, SMR oder *Info 14* angegliedert.²¹ Eine der wichtigsten Webseiten für Gruppen der weißen Vorherrschaft soll auch noch erwähnt werden: *Nordisk.nu*. Sie bietet Platz für Blogs, Spiele, Musik und Chaträume und fungiert als soziales Netzwerk im Cyberspace. Die Webseite wurde vom *Nordiska Förbundet* erstellt.²² Eine weitere relevante Webseite ist die unabhängige *antikap.nu*, die auf „gut fundierten sozialistischen und biologisch-nationalistischen Ansichten basierende“ Antiglobalisierungs- und antikapitalistische Ansichten propagiert.²³

Themen, Strategien und Ideologie der Rechtsextremen

Das wichtigste Thema der ethnozentrischen Rechten wiederum ist die Islamophobie, die von Anfang an Teil des Programms dieser Parteien war, sich seit den Terroranschlägen vom 11. September gegen die USA jedoch intensiviert hat. Schlüsselement dieser Rhetorik ist die Überzeugung, dass in Schweden und Europa eine „islamische Invasion“ stattfindet. ND und SD sprechen häufig von einer „Islamisierung Schwedens und Europas“ und von der „Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft auf der Grundlage von ethnischer und religiöser Gewalt, hoher Kriminalitätsraten und zunehmendem islamistischem Terrorismus“. Diese Rhetorik

20 Vgl. <http://www.nordiskaforbundet.se/> (04.10.2010).

21 Vgl. <http://www.kampboden.se/index.html> (04.10.2010).

22 Vgl. <http://www.nordisk.nu/> (04.10.2010).

23 Vgl. <http://www.antikap.nu/vad-ar-antikap/> (04.10.2010).

stellt Muslime als „böse Eindringlinge“ – quasi als Terroristen – dar. Parteien wie SD und ND sind nicht fremdenfeindlich im herkömmlichen Sinne – so hat eine Reihe von Parteifunktionären einen Migrationshintergrund und lehnt Migranten aus Europa kaum oder überhaupt nicht ab. Tatsächlich erhalten sie sogar Unterstützung von älteren Migranten-Gruppen, das heißt von europäischen Migranten, die in den 1950er- und 1960er-Jahren nach Schweden eingewandert sind.²⁴

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verbreitung von Anti-Establishment-Positionen: SD und ND grenzen sich von anderen Parteien ab und präsentieren sich als „die Stimme der kleinen Leute“. Ein typisches Motto der SD ist „Wir sagen, was Sie denken“ – gegen das politische und kulturelle Establishment. Auch die Idee der Heimat der Betrogenen ist ein zentrales Element der Anti-Establishment-Haltung. SD und ND blicken auf das Schweden der 1950er- und 1960er-Jahre wie auf das „Traumland“ mit sozialem Wohlstand, hohen Beschäftigungsraten, Fortschritt und kaum Immigranten aus nichteuropäischen Ländern zurück. Die Idee der „Heimat der Menschen“ – das Mythos *folkhem* – spielte als Vision eine zentrale Rolle in der schwedischen Nachkriegsgeschichte. Während der Nachkriegszeit wurde der Wohlfahrtsstaat zum entscheidenden Teil der schwedischen Identität, er war ein grundlegendes Element des schwedischen Modells – des schwedischen Wegs. Während der Wirtschaftskrise der 1990er-Jahre wurde der Wohlfahrtsstaat nicht mehr als selbstverständlich betrachtet – die Krisen führten zu hoher Arbeitslosigkeit und tiefgreifenden strukturellen Änderungen mit starkem Rückgang der Industrie. Gleichzeitig entließen die Landes- und Gemeinderäte Zehntausende Arbeitnehmer/innen; Klein- und Familienunternehmen mussten Konkurs anmelden. Die Krise führte auch zur Kürzung von Sozialleistungen. Die Wirtschaftskrise der 1990er-Jahre war Öl ins Feuer für die Argumente der SD, die etablierten Parteien hätten den Wohlfahrtsstaat zugunsten von Multikulturalismus verkauft und „ohne Migranten und das Establishment wäre der Wohlfahrtsstaat das geblieben, was er einst war“. Bei den Wahlen 2006 waren es die Hochburgen der SD, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen waren. Man könnte damit argumentieren, dass sich das Leben einer Vielzahl von Menschen, die in der Industrie und im

24 Vortrag von Dr. Ulla Ekström aus Essen an der Universität Karlstad, Februar 2008.

öffentlichen Sektor arbeiteten oder kleine Unternehmen führten, tiefgreifend änderte: Sie verloren ihre Arbeit und ihren sozialen Status. Doch was passierte, als die Wirtschaft sich wieder erholte? Erlangten sie ihren sozialen Status zurück oder sind sie weiterhin marginalisiert? Was geschah mit ihren Kindern? Was geschieht jetzt, während einer weiteren Periode wirtschaftlicher Schwierigkeiten? Meiner Meinung nach wandten sich einige dieser Gruppen der SD zu oder werden es in Zukunft tun. Bei den Wahlen 2006 warben sie Stimmen von allen politischen Parteien ab, doch hauptsächlich von den Sozialdemokraten und von der Zentrum-Partei. Die meisten Wähler/innen hatte die SD jedoch unter nicht-religiösen, an Politik nicht interessierten Personen gewonnen.²⁵

Ein weiteres Schlüsselement ist die von der SD stark betonte Kombination der Themen „Kriminalität“ und „Immigration“. Die Aggression von SD und ND richtet sich vor allem gegen nichteuropäische Immigrant/innen, insbesondere Muslime und Minderheitsgruppen wie die Roma und zu einem gewissen Grad Zuwander/innen aus den Balkanländern.²⁶ Es gibt jedoch Unterschiede zwischen SD und ND. Die SD-Rhetorik enthält keinen Antisemitismus: Die Partei kritisiert vielmehr den Antisemitismus innerhalb der muslimischen Gemeinde, um so ihr Argument der muslimischen Bedrohung gegenüber der schwedischen Gesellschaft – in diesem Fall der schwedischen Juden – zu untermauern. Die ND dagegen vertritt eine antimuslimische, antisemitische und homophobe Position.

In den 1990er-Jahren war die SD politisch so gut wie marginalisiert, doch seitdem nimmt ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit stetig zu. In den 1990er-Jahren unterstützten außerhalb der Hochburgen nur sehr wenige die SD öffentlich – unter anderem aus Angst vor sozialer Ausgrenzung. Das hat sich mittlerweile geändert: Das soziale Stigma scheint seit den Wahlen 2006 verdampft. Bei der ND ist diese Stigmatisierung weiterhin vorhanden – zum einen, weil sie wesentlich radikaler als die SD ist, zum anderen, weil sie Verbindungen zur rassistischen Subkultur pflegt.²⁷

²⁵ Lööw 2009, a.a.O.

²⁶ Lööw 2007, pp. 93 ff.

²⁷ Lööw 2009, a.a.O.

Abweichende Ideologie und Strategien der white supremacy-Bewegung

Die wichtigsten Themen, die die verschiedenen Parteien, Organisationen, Netzwerke und soziale Bewegungen verbinden, sind Antisemitismus, rassistische Ideologie und Homophobie. Der Antisemitismus bildet den Kern der rassistischen Ideologie im Untergrund – eine Komponente, die verschiedene Sekten und Organisationen zusammenhält. Er ist für die heutigen Aktivisten ebenso bedeutend, wie er es einst für die Nationalsozialisten der 1930/40er-Jahre war. Holocaust-Leugnung ist eins der wichtigsten Elemente der heutigen antisemitischen Propaganda. Seit 2006 haben NSF und SMR am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, bereits mehrfach Demonstrationen mit dem Motto „Stoppt den Genozid an unserem Volk“ organisiert. 2007 organisierte die NSF eine öffentliche Diskussion mit dem französischen Holocaust-Leugner Robert Faurisson.²⁸ Aktivisten des rassistischen Untergrundes glauben, dass eine „internationale jüdische Verschwörung“ oder eine „zionistisch besetzte Regierung“ („Zionist Occupied Government, ZOG“) Kontrolle über die Welt ausübt. Nach dieser Dämonenlehre umfasst die ZOG die Medien, die Polizei, die Verwaltung, Intellektuelle usw. Die ZOG, und nicht einzelne Migranten, stellen den „Hauptfeind“ der rassistischen Subkultur dar. Die ZOG symbolisiert die „korrupte Gesellschaft“, welche „die weiße Rasse durch Immigration von rassistisch minderwertigen Elementen, Homosexualität und moralischen Verfall vergiftet“, um „die weiße Rasse zu zerstören“. Die „Mitglieder der ZOG“ werden „jüdische Lakaien“ oder „Rassenverräter“ genannt. So wie auch für die Ideologie der frühen Nazis, ist die Vorstellung von der Menschheitsgeschichte als ein endloser Kampf zwischen verschiedenen Rassen auch für die revolutionären Rassisten ein zentrales Element. Die verschiedenen Glaubenssysteme innerhalb der rassistischen Gegenkultur sind mehr oder weniger apokalyptisch. Bilder vom „End-

28 Lööw, Heléne (2009): Bericht über Schweden. Strategies for Combating Right-wing Extremism in Europe, ed. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Wahlkampfbroschüre der NSF:
 „Was wollen die Politiker verbergen?“
 „Lesen Sie die Bücher, die die EU-Politiker
 verbergen wollen.“ Die Broschüre
 soll um Unterstützung für inhaftierte
 Holocaust-Leugner werben.



kampf“, vom „jüngsten Tag“ oder von „Ragnarök“ (das „Schicksal der Götter“ in der altnordischen Mythologie) sind Teil der Welt der Nazis und der neuheidnischen Welt der rassistischen Verehrung Odins.²⁹ Die gemeinsamen Feinde des rassistischen Untergrundes sind die Gesellschaft als solche und einige Minderheitengruppen wie Juden, Homosexuelle und Schwarze – sowie politische Oppositionelle, hauptsächlich von Linksaußen. Die Einstellung gegenüber Muslimen jedoch ist sehr komplex. Während sich ein Teil der rassistischen Untergrundideologie eindeutig gegen Muslime ausspricht, sympathisiert ein anderer Teil mit dem radikalen Islamismus, da dieser die antisemitischen Ansichten teilt.³⁰

Die politischen Strategien von Schwedens rassistischer Subkultur unterscheiden sich in vielen grundlegenden Aspekten von den Strategien der Nazis zwischen den beiden Weltkriegen. Einerseits sind die heutigen Rassisten keine Parteigründer. Ihr primäres Ziel ist nicht, mithilfe von starken politischen Parteien an die Macht zu gelangen, sondern sie organi-

29 Kaplan, Jeffrey (1994): Right Wing violence in North America. Manuskript.

30 Löow, Heléne (2007): Islamofobi och antisemitism efter den 11 september. In: arbete, kultur, politik. En vänbok till Lennart K. Persson, ed. Maria Cavallin Aijmer, Göran Malmstedt, Kenneth Nyberg, Adam Von Scheele und Monica Weikert Skrifter, från Historiska Institutionen i Göteborg 7, Göteborg. „Islamophobia and anti-Semitism after 9/11.“: Work culture and politics. A book dedicated to Lennart K. Persson.

sieren sich in lockeren Netzwerken von kleinen unabhängigen Gruppen. Andererseits gibt es unter den modernen Gruppen keinen *Führerkult* – das zentrale Element der Nazis –, vielmehr organisieren sie sich nach dem Prinzip des führerlosen Widerstandes.³¹

Eine wichtige Strategie der Subkultur der weißen Überlegenheit ist das Werben für Unterstützung durch Kampagnen auf lokaler und nationaler Ebene, häufig zum Thema Kriminalität. In den vergangenen Jahren führte die SMR eine Reihe von Kampagnen mit dem Schwerpunkt Sexualverbrechen und Vergewaltigung durch. Dies sind ständige Themen auf den Webseiten sowohl der SMR als auch von *Info 14*.³² So haben 2009 der SMR angegliederte Personen eine Kampagne gegen Pädophile ins Leben gerufen.³³ Ein weiteres Phänomen in dieser Subkultur sind antikapitalistische und Antiglobalisierungsargumente. 2009 wurden Kampagnen zu diesem Thema initiiert – ein Muster, das auch in anderen europäischen Ländern beobachtet werden kann. Gruppen der weißen Überlegenheit übernehmen die Rhetorik und die Symbole der Linken, allerdings von einem anderen ideologischen Standpunkt aus. Ein weiteres wichtiges Element ihrer Strategie ist es, sich als Opfer politischer Unterdrückung und Schikane durch den Staat und politischer Gegner darzustellen. Eine Reihe von Kampagnen und Demonstrationen wurden bereits für die Unterstützung inhaftierter Aktivisten organisiert, nicht zuletzt, um die Aufmerksamkeit auf gewaltsame Vorfälle mit politischen Gegnern zu lenken.³⁴

31 Lööw 2000, a.a.O.

32 Siehe z. B. Dyrsch, Patrik. „Massmedias svenskfientliga uthägningspolitik. Nationellt Motstånd 4. März 2007, <http://www.patriot.nu/artikel.asp?artikelID=892> (04.10.2010), Vejdeland, Fredrik. „Aftonbladet – pedofil försörjer sig på barnpornografi.“ *Nationellt Motstånd* 14. Februar 2007; Pädophiler verdient sein Unterhalt mit Kinderpornographie, Pedofildömd Aftonbladet journalist släpper bok. Pädophiler beschuldigt Journalisten in Aftonbladet <http://www.info14.com/artiklar.php?id=232> (04.10.2010), Shan atci, kammar hem 60.000, Shan Atci bekommt 60,000 schwedische Kronen <http://www.info14.com/inrikes.php?id=1552> (04.10.2010).

33 Vgl. http://www.svenskapedofiler.se/e107_plugins/locator/locator.php (04.10.2010).

34 Siehe z. B. blind rättvisa i Nyköping, 2007-03-11, Blinde Justiz in Nyköping <http://www.info14.com/inrikes.php?id=1541> (04.10.2010), Tumult i nordstan, 2007-01-16, Ärger in Nordstan; Henrik Pihlström, trakasserier inför Salemarschen, Henrik Pihlström vor der Salem Demonstration belästigt. *Nationellt Motstånd*, 11. Dezember 2006; <http://www.patriot.nu/artikel.asp?artikelID=791> (04.10.2010).

Die durch Internet und E-Mail ausgelöste technologische Revolution eröffnete einen neuen Raum für Kommunikation im In- und Ausland. Das Internet veränderte auch grundlegend die Anwerbung neuer Mitglieder. Organisationen und Netzwerken wird damit ermöglicht, immer mehr Menschen als potenzielle Mitglieder und Sympathisanten zu erreichen.

In Ländern wie Schweden wurden Gruppen der „weißen Überlegenheit“ und die ethnozentrische Rechtsextreme für lange Jahre aus den etablierten Medien verbannt. Im Internet können sie nun alternative Medienstrukturen aufbauen. Das Internet ist heutzutage das wichtigste Medium für Kommunikation, Propaganda und Kampagnen. Gleichgesinnte Aktivisten in aller Welt befinden sich nur einen Mausklick voneinander entfernt. Es bleibt abzuwarten, wie die Kommunikationsrevolution des Internets die Organisation, Taktik und Ideologie der rechtsextremen Gruppierungen verändern wird. Doch fest steht eine ideologische Verschiebung vom Nationalismus der Nazis in den 1920er- und 1930er-Jahren hin zu einer in den 1950er-Jahren entstandenen international orientierten Ideologie der „weißen Macht“ – über Grenzen und ideologische Unterschiede zum Beispiel zwischen Nazis und anderen Gruppen hinweg.

Poster des Nordland-Magazins – die Nordland-Gruppe war unter den Ersten, die in den 1990er-Jahren neue Technologie und Kommunikationskanäle für ihre Zwecke nutzten.

„Die rassistische Untergrundideologie ist in der Gesellschaft marginalisiert, doch ihre wichtigsten Ideen werden von einem großen Teil der Gesellschaft geteilt.“



Internationale Kontakte, Austausch und Kooperation

Die ND ist Mitglied der Allianz der europäischen nationalen Bewegungen, eines Bündnisses innerhalb der EU für die Subkultur der Gruppen „weißer Überlegenheit“. In der Vergangenheit arbeitete die ND auf internationaler Ebene intensiv mit nationalistischen Parteien aus Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Italien, Belgien, Spanien und Portugal zusammen.³⁵ Die ND pflegt auch enge Verbindungen zur deutschen NPD.³⁶

In der Nachkriegszeit transformierte sich die Bewegung „weißer Überlegenheit“ von einer im Grunde nationalistischen Bewegung (auch wenn der internationale Aspekt bei den Nazi-Parteien zwischen den Weltkriegen immer präsent war) hin zu einer internationalen *White-Power*-Bewegung. Aktivisten und Gedankengut überschreiten nationale Grenzen sowohl im Cyberspace als auch in der realen Welt und schaffen so eine internationale Subkultur der „weißen Überlegenheit“. Schwedische Gruppen und Netzwerke der „weißen Überlegenheit“ pflegen schon seit Jahrzehnten weitreichende internationale Kontakte, so waren Mitglieder des inneren Kreises von *Info 14* bei rechtsextremen Veranstaltungen im Februar 2006 in Ungarn, bei der NPD-Kundgebung in Rostock und bei einem Veteranentreffen ehemaliger Soldaten der *Waffen SS* in Sinimäed, Estland, anwesend.³⁷ 2009 nahmen Aktivisten von *Info14* an dem rechtsextremen *Fest der Völker* in Deutschland teil, das Teilnehmer aus einer Vielzahl europäischer Länder anzieht.³⁸ 2007 nahm *Info 14* ebenfalls an einer nationalistischen Antiglobalisierungs-Demonstration in Frankfurt teil. Im Mai 2010 haben Aktivisten der *Freien Nationalisten* aus Göteborg eine Solidaritätskampagne für einen inhaftierten Aktivisten aus der Tschechischen Republik initiiert.³⁹ Das sind nur einige Beispiele der inter-

35 Vgl. <http://www.nd.se/nyheter/dokument.asp?dokID=1205> (04.10.2010).

36 Christoph Anderson (2010): *Från gatan in i parlamenten: om extremhögerns väg mot politisk makt, Nordstedts förlag, Von den Straßen ins Parlament; der Weg der Rechtsextremen zur politischen Macht.* Stockholm.

37 En överblick av 2006, Eine Übersicht des Jahres 2006; www.info14.com (04.10.2010).

38 Vgl. http://www.info14.com/2009-09-19-reportage_fran_fest_der_volker_2009.html (04.10.2010).

39 Vgl. http://www.info14.com/2010-05-26-tjeckiens_sak_ar_var.html (04.10.2010).

nationalen Aktivität von Gruppen der „weißen Überlegenheit“. Auch die SMR pflegt weitreichende Kontakte zu Gruppen aus Europa und den USA, insbesondere zu sogenannte „Bruderorganisationen“ in den skandinavischen Ländern.⁴⁰

Die moderne Welt der Aktivisten der weißen Überlegenheit kann schwer eingegrenzt werden, da sie ständig in Europa unterwegs sind, um sich an Konfrontationen zu beteiligen, die sich regelmäßig am Rande von großen Demonstrationen oder Gedenkfeiern von Rechtsextremisten oder militanten rassistischen Untergrundgruppen ereignen. Ein Beispiel dafür ist der bereits erwähnte Gedenkmarsch in Salem für den 17-jährigen Aktivisten, der dort im Jahr 2000 getötet wurde.

40 Vgl. <http://www.patriot.nu/index.asp> (04.10.2010).



Die radikale Rechte in Norwegen: Die Entwicklung der Fortschrittspartei

Die Norwegische Fortschrittspartei: Partei der radikalen Rechten?

Rechtsextremismus assoziiert man gewöhnlich mit Neonazismus und verbindet damit Rassismus und das Gegenteil von liberaler Demokratie. In Norwegen sind Neonazis nicht völlig unbekannt, aber ihre Zahl ist sehr gering und die Medienaufmerksamkeit, die sie erhalten, steht in keinem Verhältnis zu ihrer politischen Stärke und ihrem Einfluss. Eine starke Opposition zu den kleinen organisierten Gruppen am Rand der extremen Rechten führte häufig dazu, dass diese nach einigen Jahren von der Bildfläche verschwanden (die Gruppierung *Vigrid* ist dafür ein Beispiel). Andere Gruppierungen tauchten in neuem Gewand auf. Bis jetzt waren all diese Gruppierungen jedoch politisch irrelevant. Wie in anderen Ländern wurde in den 1930er-Jahren auch in Norwegen eine Nazipartei (*Nasjonal Samling*) gegründet, doch erhielt sie nur sehr geringen Zuspruch bei den Wähler/innen: Zu ihrer Blütezeit erreichte sie knapp über 2 Prozent der Stimmen. Nach dem Krieg wurde jede Organisation niedergehalten, die in irgendeiner Art und Weise mit den Nazis kollaboriert hatte. Das hatte zur Folge, dass die Neonazis nur eine sehr kleine Gruppe potenzieller Unterstützer aus den ehemaligen Anhängern des Naziregimes bildeten.

Etiketten wie rechtsextrem und ultrarechts wurden auch benutzt, um einen neuen Parteientyp zu charakterisieren, der in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre entstand und wuchs. Heute bezeichnet man solche Parteien als „rechtsradikal“. In Norwegen ist zurzeit die *Fortschrittspartei* (*Fremskrittspartiet*) eine einflussreiche Partei dieses Typs. Es wird jedoch darüber diskutiert, ob dies eine korrekte Kategorie für diese Partei ist. In ihrem einflussreichen Buch bezeichnen Herbert Kitschelt und Anthony

McGann die Norwegische Fortschrittspartei als „sehr nahe am idealen Typ“ einer rechtsradikalen Partei.¹ Als Archetyp einer solchen Partei gilt Le Pens *Front National*. Kitschelt argumentiert, dass das Erfolgsrezept der neuen Rechtsradikalen eine Kombination aus Autoritarismus und Neoliberalismus, eine Mixtur aus Immigrationsablehnung sowie freier Marktwirtschaft und soziokulturellem Konservatismus ist. In den vergangenen Jahren haben sich jedoch viele rechtsradikale Parteien von ihrer offenen Haltung gegenüber der freien Marktwirtschaft entfernt. In seinem Buch *Populist Radical Right Parties in Europe* zählt Cas Mudde die Fortschrittspartei nicht in die Kategorie „populistische rechtsradikale Parteien“. Stattdessen wird sie als „neoliberale populistische Partei“ bezeichnet, was dem sehr nahekommt. Der Unterschied liegt auf der Betonung des freien Markts und des ökonomischen Liberalismus. Typisch populistische rechtsradikale Parteien spielen den Neoliberalismus angesichts der Gefahren durch die Globalisierung herunter.² Paradoxerweise war es gerade der Neoliberalismus, der die Fortschrittspartei einst als „nahe am idealen Typ einer rechtsradikalen Partei“ erscheinen ließ, während ein paar Jahre später genau dieses Merkmal disqualifizierend wurde. Das zeigt, dass die Rechtsradikale der Typ einer politischen Partei ist, die sich ständig im Transformationsprozess befindet. Gleichzeitig erinnert es daran, dass das Erfolgsrezept vom Kontext abhängt.

Die Fortschrittspartei sieht sich selbst nicht als Mitglied des rechtsradikalen Spektrums, leugnet sogar jegliche Verwandtschaft mit dieser Kategorie. Die norwegische Partei bemüht sich um ein „sozial respektables“ Image und distanziert sich entschieden von Rassismus sowie von rechtsradikalen Parteien. Bei der Wahlkampagne 1997 verglichen die Massenmedien Carl I. Hagen, den langjährigen Vorsitzenden der Norwegischen Fortschrittspartei (1978–2006) mit Jean-Marie Le Pen. Hagen war außer sich und erklärte: „Le Pen ist ein abscheulicher und echter Rassist, den

1 Kitschelt, Herbert; McGann, Anthony (1995): *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, p. 121.

2 Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

ich vollkommen missbillige. Seine ideologische Einstellung ist weit entfernt davon, wofür die Fortschrittspartei steht.“³ Außerdem lehnte die Fortschrittspartei 2002 eine Einladung von Jörg Haider ab, an einem Treffen der rechtsradikalen Parteien in Europa teilzunehmen.⁴ Die Fortschrittspartei will nicht einmal etwas mit der *Dänischen Volkspartei* zu tun haben. Ihr bevorzugter Bündnispartner ist Venstre, die dänische liberalkonservative Partei.

Von Anders Lange zu Carl I. Hagen

Dennoch weist die *Fortschrittspartei*, abweichend vom Idealtyp, viele Ähnlichkeiten mit rechtsradikalen Parteien auf, sowohl in Bezug auf das soziale und kulturelle Profil ihrer Wähler/innen als auch auf die Politik der Partei. Die *Fortschrittspartei* mag als milde oder sozialdemokratische Version der radikalen Rechten erscheinen. Sie hat unterschiedliche Phasen durchlaufen. Es begann 1973 als eine Steuerrevolte nach der turbulenten Volksabstimmungskampagne über Norwegens Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Jahr 1972. Die Ablehnung der EG-Mitgliedschaft war ein Hieb gegen das politische Establishment und offenbarte eine Kluft zwischen der Parteibasis und der Elite. Viele Wähler/innen ignorierten den Rat der Vorsitzenden ihrer Parteien. Dies schwächte die loyale Bindung zwischen Wähler/innen und ihren Parteien, was den Durchbruch neuer Parteien erleichterte.

Anders Lange war Vorsitzender der neuen Partei, ein ungewöhnlicher politischer Agitator am Rand des etablierten rechten Flügels. Vor dem Zweiten Weltkrieg unterhielt er Kontakte zu einer Rechtsaußen-Organisation (*Fedrelandslaget*), die auch faschistische Sympathien hegte. Während des Kriegs gehörte er jedoch klar zum Lager der Nazigegner. Anders Lange ließ sich vom Erfolg von Mogens Glistrup inspirieren, der nicht ins

3 Aftenposten vom 15. September 1997.

4 Aftenposten vom 6. August. 2002.

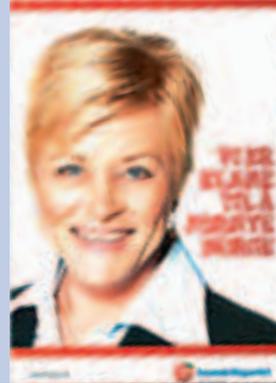
Parlament gewählt wurde, weil die *Dänische Fortschrittspartei* keinen Wahlkampf geführt hatte – jedoch beeindruckende Umfrageergebnisse vorweisen konnte. Anders Langes einzige politische Basis war seine Tätigkeit als Herausgeber einer kleinen Zeitung, die monatlich erschien. Die Zeitung veröffentlichte Ansichten, die mit Rechtsaußen sympathisierten. Zeitung wie auch Partei waren eng mit dem Namen Langes verbunden. So hieß die Partei „Anders Langes Partei für eine starke Reduzierung der Steuern, Abgaben und öffentlicher Intervention“. Kaum jemand erwartete, dass diese Partei – oder etwa ihr 68-jähriger Gründer und Namensgeber – lange überleben würde. Ein Jahr nach dem Durchbruch bei den Wahlen verstarb Lange plötzlich und sein Stellvertreter, Carl I. Hagen, wurde ins Parlament gewählt. An diesem Punkt verließ Hagen die von internen Konflikten gebeutelte Partei und nahm die Neugründung einer Partei in Angriff. Der Hauptkonflikt bestand darin, ob die Anders-Lange-Partei eine normale Partei oder eher eine Art Bewegung sein sollte, deren Abgeordnete relativ frei ihren eigenen Impulsen folgen und nicht an die Weisungen der Parteiorganisation gebunden sind. Anders Lange selbst war entschieden gegen die strikte Parteiorganisation mit Fraktionszwang.

Von der Protestbewegung zur zentralisierten Partei

Kurz nachdem er seinen Sitz als Parlamentarier eingenommen hatte, trat Hagen wieder der Partei Anders Langes bei, die 1977, nach Gründung der dänischen Partei gleichen Namens, in *Fortschrittspartei* umgetauft wurde. Die Partei legte Wert auf starke Führung, basierend auf einer streng hierarchischen und zentralisierten Parteiorganisation. Durch die zentralisierte Organisation wurde sie anderen rechtsradikalen Parteien gleich. In der *Fortschrittspartei* gilt Unfolgsamkeit als „aktiver Ausstieg“ und kann ohne offizielles Ausschlussverfahren bestraft werden. Laut Parteistatut können Parteimitglieder ausgeschlossen werden, wenn sie die Partei oder gewählte Repräsentanten der Partei öffentlich angreifen.⁵ Es ist also ein

⁵ § 3 im Parteistatut 2001; siehe Heidar, Knut; Saglie, Jo (2002): *Hva skjer med partiene?* Oslo: Gyldendal akademiske, S. 62.

Siv Jensen von der
Norwegischen Fortschrittspartei:
„Bereit Norwegen zu erneuern!“



Leichtes für die Partei, unbequeme Mitglieder loszuwerden. Mitglieder, die sich mit rechten Extremisten verbündet haben, wurden ausgeschlossen. Parlamentsabgeordnete der *Norwegischen Fortschrittspartei* werden gezwungen, die Fraktion zu verlassen, wenn sie die Grenzen politischer Akzeptanz überschreiten, vor allem im Zusammenhang mit der Immigrationsdebatte. Auf lange Sicht plant Carl I. Hagen eine Neudefinition der Partei, um sie für das Regieren fit zu machen. Mit seinen Worten muss die Partei „verantwortungsvoll und zuverlässig“ sein, um Erfolg zu haben. Vor allem in Bezug auf die Immigrationsfrage bedeutet diese Strategie, dass die liberalen Elemente der Partei ruhiggestellt oder ausgeschlossen werden müssen. In der Geschichte der Fraktion der Fortschrittspartei gab es immer wieder Ausschlüsse und Rücktritte.⁶

Neue Parteivorsitzende: Siv Jensen

Da Carl I. Hagen und die *Norwegische Fortschrittspartei* als Synonyme galten, dachte man, dass es seine Nachfolgerin extrem schwer haben würde. Doch die Prognose, dass der Rückzug Hagens einen Kollaps der Partei zur Folge haben würde, erwies sich als falsch. Die beiden Wahlen unter Führung von Siv Jensen (Kommunalwahlen 2007 und Parlamentswahlen) brachten der Partei – mit minimalen Unterschieden – die besten Resultate in ihrer Geschichte (siehe Tabelle 1, Seite 306).

⁶ Dies trat in drei von fünf Fraktionen auf: 1973–1977, 1981–2001.



Die Fortschrittspartei:
„Für die gewöhnlichen
Menschen“.

Nach den Wahlen 2005 zog sich Hagen schrittweise aus der Partei zurück. Nach seinem Wahlsieg 2005 war es ein persönlicher Triumph für ihn, seine Position als Fraktionsvorsitzender an seine aufstrebende junge Nachfolgerin, Siv Jensen, zu übergeben. Sie wurde auf dem Parteitag 2006 zur neuen Vorsitzenden gewählt. Mit seinen 28 Jahren Dienstjahren als Parteivorsitzender war Carl I. Hagen der langjährigste Führer einer politischen Partei in der Geschichte Norwegens. Er galt sogar als der „Eigentümer“ der Partei.

Siv Jensen verfehlte das Ziel der Partei, als Koalitionspartner an die Regierung zu kommen. Aber wenn die *Fortschrittspartei* und die *Konservative Partei* bei den Wahlen 2013 eine parlamentarische Mehrheit erlangen (was aus gegenwärtiger Sicht nicht ganz ausgeschlossen ist), könnte es ihr gelingen, eine Regierungsmehrheit zu bekommen.

Anreiz für Wähler/innen: Anti-Zuwanderungspositionen und Wirtschaftspolitik

Einflussreiche Gruppen in der *Konservativen Partei* sind strikt gegen eine Koalitionsregierung mit der *Fortschrittspartei* und weisen auf Differenzen in der Zuwanderungspolitik und in Wirtschaftsfragen hin. Zum Beispiel ist die Frage, ob die Öleinnahmen gespart oder ausgegeben werden sollen, ein neuer Konflikt von hohem Stellenwert. Ein Wahlslogan der *Fortschrittspartei* war: „Nutze die Öleinnahmen zum Wohle des Volkes!“ Fast alle anderen Parteien folgten dem Rat der Ökonomen, die Wirtschaft nicht mit einer solch unverantwortlichen Politik zu überheizen. Da die Wirtschaft schon am Rande ihrer Kapazität stand, hätte eine solche Politik zu einer ernsthaften Inflation führen können. Diese Fragen berühren

zwei zentrale Veränderungen in der Politik der *Fortschrittspartei* seit ihrer Gründung 1973. Sie hat sich zu einer Pro-Wohlfahrtspartei gemausert, die mit den Öleinnahmen den Wohlfahrtsstaat sowie Steuersenkungen finanzieren will. Und was noch wichtiger ist: Ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre stilisierte sich die Partei zur Hauptwidersacherin der offiziellen Zuwanderungspolitik.

Bis Mitte der 1980er-Jahre gab es keine politischen Differenzen zum Thema Immigration. Die norwegischen Wähler/innen unterschieden sich noch 1985 kaum in ihrer Einstellung zur Immigration, egal welche Partei sie wählten, und die Wähler/innen der *Fortschrittspartei* wichen in diesem Aspekt nicht von der Gesamtbevölkerung ab.⁷ Das Thema wurde nicht politisiert. Die Ankunft von Gastarbeiter/innen um 1970 machte Zuwanderung nicht zum Thema: Ihre Zahl war unbedeutend, mit ihrem Bleiben wurde nicht gerechnet und es gab fast Vollbeschäftigung. Nur wenige Menschen waren gegen die Gastarbeiter/innen, die niedere Jobs verrichteten, die die einheimische Bevölkerung nicht übernehmen wollte. Und es war auch kein politisches Thema, als in den frühen 1970er-Jahren entschieden wurde, die Zuwanderung von Gastarbeitern zu stoppen – sogar der linke Flügel befürwortete dies. Doch mit der Zuwanderung einer großen Zahl von Flüchtlingen seit Mitte der 1980er-Jahre wurde das Thema neu definiert und zur drängenden Frage der Wähler/innen. In Norwegen brachte das Thema Zuwanderung einen zweiten Durchbruch für die Fortschrittspartei, deren Stimmenanteil von 3,7 Prozent bei den Parlamentswahlen 1985 auf 12,3 Prozent bei den Kommunalwahlen anstieg (siehe Tabelle 1, S. 306). Die Partei präsentierte sich als die einzige politische Kraft gegen Zuwanderung und argumentierte damit, das Geld, das für Asylbewerber ausgegeben werde, solle lieber älteren und kranken Menschen norwegischer Nationalität zugute kommen. Diese Form von Wohlfahrtschauvinismus ist seither ein wichtiger Teil der politischen Botschaft der rechtsradikalen Partei.

7 Bjørklund, Tor; Andersen, Jørgen Goul (2002): Anti-immigration Parties in Denmark and Norway. In: Schain, Martin; Zolberg, Aristide; Hossay, Patrick (ed.): *Shadows over Europe. The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*. New York: Palgrave Macmillan, p. 111.

Wahlergebnisse der Fortschrittspartei 1973–2009

Tabelle 1

Jahr	1973*	1975*	1977	1979	1981	1983	1985
Parl./Komm.	P	K	P	K	P	K	P
Stimmanteil (%)	5,0	1,4	1,9	2,5	4,5	6,3	3,7
Abgeordnete	4	13	0	23	4	63	2
Bürgermeister	-	0	-	0	-	0	-
Parteivors.	Anders Lange	Eivind Eckbo	Arve Lønnum	Hagen	Hagen	Hagen	Hagen

Jahr	1987	1989	1991	1993*	1995*	1997	1999
Parl./Komm.	K	P	K	P	K	P	K
Stimmanteil (%)	12,3	13,0	7,0	6,3	12,0	15,3	13,4
Abgeordnete	124	22	65	10	65	25	103
Bürgermeister	0	-	0	-	0	-	1
Parteivors.	Hagen						

Jahr	2001	2003	2005	2007	2009
Parl./Komm.	P	K	P	K	P
Stimmanteil (%)	14,6	17,9	22,1	18,5	22,9
Abgeordnete	26	127	38	140	41
Bürgermeister	-	13	-	0	-
Parteivors.	Hagen	Hagen	Hagen	Jensen	Jensen

* Name: Anders-Langes Partei

Das Thema Zuwanderung tauchte in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre auf der politischen Agenda auf, in einer Zeit, als die Zahl der Asylbewerber stark zunahm. In Norwegen stiegen die Zahlen von 200 im Jahr 1983 auf 8 613 im Jahr 1987, und das inmitten des Kommunalwahlkampfes (1987). Bei den anschließenden Parlamentswahlen (1989) erreichte die *Fortschrittspartei* sogar noch bessere Ergebnisse und wuchs zur drittstärksten Partei im Parlament an, eine Kraft, die nicht länger ignoriert werden konnte.

Trotz der Neuorientierung auf Zuwanderung als Leitthema der *Fortschrittspartei* erlitt die Partei bei den beiden darauffolgenden Wahlen einen Rückschlag. Das lag vor allem daran, dass die Position gegen Zuwanderung nicht nur zu einer Zunahme der Wählerstimmen, sondern auch zu einer Spaltung der Partei führte. Eine neoliberale Gruppierung, die an ideologischen Doktrinen wie der Doktrin der Freizügigkeit der Arbeitnehmer festhielt, hatte 1980 ihren Einfluss im Manifest der Partei hinterlassen. Dort heißt es, die Partei unterstütze im Prinzip die unbeschränkte Zuwanderung, wenn Immigrant/innen ohne öffentliche Unterstützung auskommen. Der Gedanke von der unbeschränkten Zuwanderung verschwand vorübergehend aus dem Manifest der norwegischen Partei, als der immigrationsfeindliche Flügel der Partei 1994 die Liberalen besiegte. Vier von zehn Abgeordneten verließen die Partei gemeinsam mit der Jugendorganisation, einer Hochburg des Neoliberalismus. Trotz dieser dramatischen Spaltung erlangte die Partei einen überzeugenden Erfolg bei den Wahlen 1995, als Zuwanderung wieder als zentrales Thema auftauchte. Laut Wahlanalyse von 1995 gab die Hälfte derjenigen, die für die *Fortschrittspartei* stimmten, Zuwanderung als wichtigsten Punkt bei ihrer Wahlentscheidung an.⁸ Bei diesen Wahlen sahen viele Wähler/innen die Partei als eine Ein-Thema-Partei. Rund 90 Prozent der Wähler/innen, die Zuwanderung als wichtigstes Thema ansahen, stimmten für die Fortschrittspartei. Dies verdeutlicht die große Anziehungskraft des Themas auf Wähler/innen.

Das Thema Zuwanderung hat auch für andere rechtsradikale Parteien ein ähnliches Gewicht wie für die *Fortschrittspartei*. Eine vergleichende Studie von sieben rechtsextremen Parteien folgerte, „dass die Anziehungskraft der Zuwanderungsfrage das einzige ist, was alle erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien vereint“⁹. Allerdings sind Meinungsverschiedenheiten bezüglich Zuwanderung nicht der einzige Grund für Rückschläge bei Wahlen. Die Parlamentswahlen 1993 fanden ein Jahr vor dem

8 Bjørklund, Tor (1999): Et lokalvalg i perspektiv. Oslo: Tano-Aschehoug, S. 183.

9 Ivarsflaten, Elisabeth (2010): What Unites Right-Wing Populists in Western Europe? Re-Examining Grievance Mobilisation Models in Seven Successful Cases. *Comparative Political Studies* 41, S. 3–23, 3.

Referendum zur norwegischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union statt. Die *Fortschrittspartei* war in dieser Frage gespalten und trat beim Wahlkampf eher farblos auf.

Zunahme der Zuwanderung: Von ökonomischen zu kulturellen Argumenten

Auch wenn die Zahlen relativ niedrig bleiben, hat die „nichtwestliche“ Immigration in Norwegen rapide zugenommen. 2010 machten „nichtwestliche“ Einwanderer und ihre Nachkommen aus Ländern Asiens (inklusive Türkei), Afrika und Lateinamerika rund 5 Prozent der Bevölkerung aus. Das ist ein Wachstum von wenigen Tausend zu Beginn der 1970er-Jahre zu einer Viertelmillion im Jahr 2010. Beziehen wir osteuropäische Länder außerhalb der EU und des europäischen Wirtschaftsraums mit ein, erhöht sich diese Zahl um ein Prozent. Es muss auch betont werden, dass die Immigranten geografisch nicht gleichmäßig verteilt sind. Es gibt eine starke Konzentration auf die Hauptstadt Oslo, wo sie rund 20 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachen. Außerdem hat sich die Altersverteilung verschoben: Es gibt eine viel höhere Zahl an Zuwanderern unter den Schulkindern als an der Gesamtbevölkerung. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich verstärkt auf die sozialen Probleme wie Gettoisierung, Ausbildung, jugendliche Straftaten, Sprachprobleme, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe – ebenso wie auf Vorurteile und Diskriminierung.

Generell gesehen führt der Gegensatz zwischen kulturellen Erwartungen und universellen Rechten zu Konflikten, wie zum Beispiel bei den Themen Zwangsheiraten und arrangierte Ehen sowie Genitalverstümmelung.

Es gibt einen permanenten Konflikt zwischen Feminismus und Multikulturalismus.¹⁰ Feministinnen haben sich für Menschenrechte unabhängig von der jeweiligen Kultur eingesetzt. Multikulturalismus zelebriert ande-

10 Hagelund, Anniken (2005): *The Progress Party and the Problem of Culture: Immigration Politics and Right Wing Populism in Norway*. In: Rydgren, Jens (ed.): *Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World*. New York: Nova Science Publishers.

rerseits kulturelle Vielfalt. In der Debatte sind ganz neue Konstellationen entstanden. Die Parteivorsitzende Siv Jensen attackierte Feministinnen des linken politischen Spektrums wegen ihrer Ignoranz gegenüber Unterdrückung und Leid der immigrierten Frauen infolge überholter und archaischer Geschlechterrollen.

Da Norwegen religiös und ethnisch traditionell immer sehr homogen gewesen ist (mit Ausnahme der Samen im hohen Norden), erwies sich das Leben in kultureller Vielfalt als recht schwieriger Lernprozess. Das gilt vor allem für die Religion, die zum wichtigen identitätsstiftenden Faktor unter den Einwanderern geworden ist. Innerhalb weniger Jahre wurde der Islam die zweitstärkste Glaubensgemeinschaft nach dem Protestantismus, zusammen mit christlichen Glaubensgemeinschaften außerhalb der Nationalkirche. Es ist schwierig, an zuverlässige Daten zu kommen, aber laut offiziellen Statistiken gab es 2008 in Norwegen 84.000 Muslime.¹¹ Allerdings ist nicht jeder Muslim registriert. Ein norwegischer Experte schätzt ihre Zahl auf 120.000 bis 150.000 (2008).¹² Infolge der Konzentration der Muslime in Oslo sind rund 10 Prozent der Hauptstadtbevölkerung muslimischen Glaubens.

Im Manifest der *Fortschrittspartei* von 1980 wurde Zuwanderung fast ausschließlich unter ökonomischen Aspekten diskutiert. Die Partei setzte sich für norwegischen Sprachunterricht, gegen subventionierte Unterbringung und gegen politische Aktionen ein, die als Favorisierung von Einwanderern und Diskriminierung von Norwegern angesehen wurden. Auf diese Weise präsentierte sich die Partei als die einzige Partei gegen ethnische, religiöse und kulturelle Diskriminierung. Das Manifest ließ jedoch nach und nach eine Verschiebung weg von den ökonomischen und hin zu den kulturellen Argumenten erkennen und baute auf der Kritik des Multikulturalismus auf. Die multikulturelle Gesellschaft wur-

11 Daugstad, Gunnlaug; Østbye, Lars (2009): Et mangfold av tro og livssyn. Samfunnsspeilet 23, S. 14–21.

12 Vogt, Kari (2008): Islam på norsk. Moskeer og islamske organisasjoner i Norge. Oslo: Cappelen Damm.

de als konfliktträchtig und die homogene Gesellschaft als Voraussetzung für Frieden und Harmonie in der Gesellschaft gesehen. Von da an schlug die *Fortschrittspartei* bis 2006 eine restriktive Immigrationspolitik mit einer Quote „nichtwestlicher“ Einwanderer von nur 1.000 pro Jahr vor, Asylbewerber und Familiennachzug inbegriffen. Dieser Antrag wurde scharf kritisiert und diejenigen, die für einen Ausschluss der Partei von Regierungsverhandlungen waren, wiesen darauf hin, dass ein solches Vorgehen die internationalen Abkommen wie die auch von Norwegen unterzeichnete Genfer Konvention verletzen würden. Schließlich verzichtete die Partei auf Zahlenvorgaben und plädierte dagegen für eine restriktive Politik und dafür, das Maximum an Zuwanderung zuzulassen, das integriert werden kann.

Die *Fortschrittspartei* hat sich immer gegen liberale Regeln der Einbürgerung (die nach sieben Jahren fast automatisch gewährt wird) und das Kommunalwahlrecht ausländischer Staatsbürger/innen, die sich mindestens seit drei Jahren legal im Land aufhalten, ausgesprochen.

Des weiteren fordert die Partei, dass die Kriterien für Familienzusammenführung enger gezogen und Einwander/innen, die Straftaten begehen, ausgewiesen werden. In Dänemark sind diese Forderungen seit 2001 sehr lautstark geworden. Für die *Norwegische Fortschrittspartei* ist Dänemark ein Vorbild in der Integrationspolitik. „Schaut euch Dänemark an“ ist zum Schlagwort geworden.

Auswirkungen der Anti-Migrationspolitik auf die Wähler/innen

Bei einer Befragung nach dem wichtigsten Aspekt bei der Entscheidung für eine politische Partei bei den letzten vier Parlamentswahlen in Norwegen (1997, 2001, 2005, 2009) wurde nur von rund 5 Prozent das Thema Immigration genannt (inbegriffen jene, die kein einzelnes wichtiges Thema benennen konnten).¹³ Doch eine große Mehrheit derjenigen, die

13 Quelle sind Wählerbefragungen von MMI (1997, 2001, 2005) und Synovate (2009).

Zuwanderung für das wichtigste Thema hielten, wählte die *Fortschrittspartei*.¹⁴ Die *Fortschrittspartei* monopolisiert zweifellos das Thema Anti-Immigration. Außerdem gibt es eine breite und zunehmende Zustimmung für die Immigrationspolitik der *Fortschrittspartei*. Laut Wählerbefragungen stimmte ein Viertel der Wähler/innen bei den Parlamentswahlen 2001 der Ansicht zu, dass die *Fortschrittspartei* die beste Immigrations- und Flüchtlingspolitik verfolge. Bei den Parlamentswahlen 2005 und 2009 war diese Zahl bereits auf ein Drittel angestiegen.

Seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre war Anti-Migration wohl das wichtigste Schlagwort für die *Fortschrittspartei*. Die Partei bemüht sich darum, ein „sozial achtbares“ Image aufrechtzuerhalten. Ihr offensichtliches Ziel ist es, mit ihren Anti-Immigrations-Statements so weit zu gehen wie nur irgend möglich, ohne eine unsichtbare Linie zu übertreten. 2009, als die Parteivorsitzende Siv Jensen vor einer „gefährlichen Krypto-Islamisierung“ der norwegischen Gesellschaft warnte, sahen viele Beobachter diese Linie bereits überschritten.

Wirtschaftsfragen: Steuersenkungen und Sozialleistungen

Obwohl Immigration für die *Fortschrittspartei* eine Kernfrage ist, so ist diese Partei doch keine Ein-Thema-Partei. In ihren Anfangszeiten als spontane Bewegung gegen Steuern attackierte sie den Wohlfahrtsstaat, um Steuersenkungen zu rechtfertigen. Man kritisierte, ja stigmatisierte jene, die angeblich verschiedene Formen der sozialen Sicherung missbrauchten, wie zum Beispiel „verantwortungslose alleinstehende Mütter“. Die Partei war jedoch dafür, wirklich Hilfsbedürftigen – ohne zu präzisieren, wer damit gemeint war – mehr Unterstützung zukommen zu

14 Bei den jüngsten Parlamentswahlen betrug der Anteil der Wähler/innen der *Fortschrittspartei*, die Immigration als das wichtigste Thema bezeichneten (laut Wählerbefragungen von MMI/Synnovate 2009): 66 Prozent (1997), 64 Prozent (2001), 80 Prozent (2005), und 85 Prozent (2009). Die entsprechenden Zahlen in den Kommunalwahlen: 93 Prozent (1995), 76 Prozent (1999), 89 Prozent (2003) und 54 Prozent (2009). Die Umfragen für die Kommunalwahlen wurden von Statistics Norway durchgeführt.

lassen. Heute gehört die Partei zu den großzügigsten, was Wohlfahrt anbelangt, und sie protestiert fast beständig gegen Anträge auf Kürzungen der Sozialleistungen sowie auf Erhöhung der Obergrenze für Rezeptzahlungen. Die Partei setzt sich auch für kostenlose Zahnbehandlung ein.¹⁵ Das ist eine radikalere Reform als jede sozialdemokratische Regierung geleistet hat.

Zwar will die *Fortschrittspartei* sogar den öffentlichen Sektor reformieren, aber soviel steht fest: Die Rechnung soll die Regierung zahlen. Die angestrebten Reformen beinhalten eine Reihe von politischen Positionen wie Produktionsverlagerung, Teilprivatisierung von Krankenhäusern und Budgetierung nach dem „Taxameter-Prinzip“, das heißt, Bemessungsgrundlage im Verhältnis zur Leistung in Schulen, Universitäten, Krankenhäusern. Diese Prinzipien wurden bis zu einem bestimmten Grad auch durchgesetzt.

Die *Fortschrittspartei* betont vor allem die Notwendigkeit der Unterstützung für Senioren und fordert mehr Geld für Wohlfahrtsprogramme für ältere Menschen. Und tatsächlich ist es der Fortschrittspartei gelungen, sich das Image zuzulegen, für die Älteren da zu sein.

Getreu ihrem Manifest setzt sich die Partei auch weiterhin für Steuerenkungen ein, eine Politik, die ganz klar eher wohlhabenden Menschen dient als einfachen Arbeitern. Die Botschaft lautet, progressive Besteuerung sollte ebenso wie die Erbschaftssteuer abgeschafft werden – diese Politik widerspricht dem Image der Partei als „Schutzengel“ der einfachen Leute. Die Anti-Steuer-Politik der Partei hat jedenfalls nicht mehr das gleiche Gewicht wie in ihren frühen Jahren.¹⁶

15 Manifest 2001, zitiert von Skjørestad, Anne (2008): Et liberalistisk parti? Fremskrittspartiets politiske profil fra 1989 til 2005. Master thesis in history. Bergen: University of Bergen, S. 50.

16 Ebd., S. 90.

Was die Wirtschaft anbelangt, ist die *Fortschrittspartei* etwas in Richtung Zentrum gerückt. Sie definiert sich selbst als ausgesprochen liberal – aber nicht mehr so klar wie zuvor. Laut Manifest positionierte sich die Partei seit ihren Anfängen in den 1990er-Jahren aufs Schärfste gegen staatliches Eigentum in der Wirtschaft. Ende der 1990er-Jahre schlug die *Fortschrittspartei* sogar vor, die Regierung solle als Investor auf dem Markt agieren und umfangreiche Regierungsfonds etablieren, um sicherzustellen, dass die norwegische Wirtschaft in norwegischer Hand bleibt und nicht durch ausländische Investoren aufgekauft wird. Aber der bemerkenswerteste Wandel ist das neue Image als Wohlfahrtspartei, damit auf das Erbe der Sozialdemokraten anspielend. Die Partei beabsichtigt, dieselbe Rolle als Beschützerin der einfachen Menschen zu spielen wie die Sozialdemokratische Partei im 20. Jahrhundert. Die Struktur der Spaltung ist jedoch eine andere: Es geht nicht länger um Arbeiterklasse gegen Arbeitgeber in Allianz mit den Kapitalisten. In seiner Rede zum 30. Jahrestag der Parteigründung erklärte Carl I. Hagen, politisches Ziel sei es, Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegen den „gefräßigen Staat“ zu verbünden.¹⁷ Außerdem will die Partei die Verhandlungen mit der Basis dezentralisieren und an den individuellen Arbeitsplätzen führen, was der Hauptstrategie der Gewerkschaften – zentralisierte Tarifverhandlungen – zuwiderläuft. Folglich hat der traditionelle Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapital scheinbar keinerlei Priorität. Trotzdem genießt die Partei beachtliche Unterstützung bei Gewerkschaftsmitgliedern; in relativen Zahlen ist sie die stärkste Partei bei ungelerten Arbeitern (siehe Tabelle 2, S. 314).

17 Flote, Erling Andre (2008): Framstegsrørsla: for fagorganiserte flest? Framstegspartiet sitt syn på LO og arbeidslivspolitik 1973–2007. Master thesis in history Bergen: University of Bergen, S. 95.

Soziales Profil und Verhalten der Fortschrittspartei verglichen mit anderen politischen Parteien

Tabelle 2

	Sozialistisch / links	Labour	Liberaler	Zentristen (CPP + C)	Konservative	Progress Partei	Total
Zusatzprofile 2001 ⁴							
Links-Rechts (0 – 10) ¹	3,43	4,27	5,60	5,60	7,26	7,16	5,52
Links-Rechts ökonomisch (1 – 5) ²	2,27	2,39	2,88	2,60	3,22	2,91	2,71
Links-Rechts wertebasierte (1 – 5) ²	2,86	3,41	2,85	3,33	3,53	4,08	3,39
Sozialprofile 2009 ⁵							
% Männer	34	45	56	42	53	62	49
% ungelernete Arbeiter	7	8	3	10	5	19	9
% Hochschul-ausbildung	74	55	84	49	64	34	55

1 Selbsteinschätzung von 0 (linksorientiert) bis 10 (rechtsorientiert)

2 Zusätzlicher Index, basierend auf vier Aussagen (Anhang) mit einem Intervall von 1 (linksorientiert) bis 5 (rechtsorientiert).

3 CPP=Christliche Volkspartei C=Zentrumspartei

Quellen: Norwegische Wahlstudie 2001, Synovates Wählerbefragung 2009

Die Fortschrittspartei als Koalitionspartner?

Seit den Parlamentswahlen 1997 ging die *Fortschrittspartei* aus jeder Wahl als zweit- oder drittstärkste Fraktion hervor. In einigen Meinungsumfragen war sie für kurze Zeit sogar stärkste Partei. Es stellt sich damit zwangsläufig die Frage: Wie an die Macht gelangen? Wie die Ämter erobern? Die *Fortschrittspartei* wäre gern Koalitionspartner geworden, wurde aber bisher immer zurückgewiesen. Eine Zeitlang waren die Partei „Opfer“ des *Cordon sanitaire* des Establishments. Alle Türen waren für sie verschlossen. Paradoxerweise stärkte die Weigerung, mit der *Fortschrittspartei* eine Regierung zu bilden, die Position der Partei als Anti-Establishment-Partei und verlieh ihr ein Underdog-Image, das ihr viel Sympathie einbrachte. Diese Position passte gut zur populistischen Rhetorik über die Kluft zwischen Volk und Elite.

Schrittweise wurde die *Fortschrittspartei* als Verhandlungspartner anerkannt. Es gab lokalen Druck von konservativen Abgeordneten der norwegischen Gemeinderäte, mehr Kooperationsbereitschaft mit der *Fortschrittspartei* zu zeigen. Das ist auf die zunehmende Erstarkung der kommunalen Plattformen der Partei zurückzuführen. Nach den Kommunalwahlen 2007 erlangte die *Fortschrittspartei* in 18 Gemeinden Bürgermeisterposten. Norwegen hat mehr als 400 Gemeinderäte und die *Fortschrittspartei* war in den meisten jahrzehntelang vertreten. Viele Kommunalpolitiker hatten die Partei als zuverlässigen Koalitionspartner erlebt.

Langfristiges Ziel der *Fortschrittspartei* ist es, einer nichtsozialistischen Regierung anzugehören. Die Vorsitzenden zweier kleiner Zentrumsparteien – der Christlichen Volkspartei und der Liberalen – hatten es halberzig abgelehnt, mit der *Fortschrittspartei* eine Regierung zu bilden. Die Konservative Partei wiederum hat ihre Position geändert (allerdings nicht ohne interne Probleme und Streit) und die Tür für die Möglichkeit einer gemeinsamen Regierung mit der *Fortschrittspartei* einen Spalt geöffnet. Ein wichtiger Schritt hin zu einer versöhnlicheren Haltung zur *Fortschrittspartei* war ein teilweises Lockern des *Cordon sanitaire* nach den Parlamentswahlen 2001, als die Zentrumsregierung (Bondevik I) mit einer sehr schwachen Mehrheit im Parlament und der Unterstützung der *Fortschrittspartei* antrat. Und es endete nicht damit: Vier Jahre später trat die Zentrum-Rechts-Regierung (Bondevik II) an, wieder mit der parlamentarischen Unterstützung der *Fortschrittspartei*. Auf lange Sicht aber waren Carl I. Hagen und die *Fortschrittspartei* unglücklich mit ihrer Rolle als Partner ohne Regierungsposten. Während der Wahlkampagne 2009 erklärten Hagen und seine Partei überraschend, dass sie Bondevik als Ministerpräsidenten nicht länger unterstützen würden, wenn sie nicht der Regierung beitreten dürften.¹⁸ Das Szenario einer nichtsozialistischen Mehrheit traf jedoch nicht ein, denn die Opposition – das rot-grüne Bündnis – erlangte die Mehrheit im Parlament.

Die *Fortschrittspartei* hat immer noch keine Erfahrung als Regierungspartei sammeln können. Doch klopft sie bereits an die Regierungstür und unter gewissen Umständen wird sie wohl eingelassen werden.

18 Hagen, Carl I (2007): *Ærlig talt. Memoarer 1944–2007*. Oslo: Cappelen.

Neuer Zwiespalt

Der Erfolg der *Fortschrittspartei* kann als Ausdruck eines neuen, zwei-dimensionalen Zwiespalts analysiert werden: eine ökonomische oder verteilende Links-Rechts-Achse und eine wertebasierte Links-Rechts-Achse. Die Bedeutung der Begriffe „links“ und „rechts“ hat sich seit ihrer Einführung während der Französischen Revolution grundlegend gewandelt. Damals zentrierte sich die Links-Rechts-Dimension um einen liberalen Kampf für politische Rechte, Demokratie und eine repräsentative Regierung. Die Bedeutung war immer abhängig vom Kontext.

Vom frühen 20. Jahrhundert an dominierte in Norwegen die ökonomische Links-Rechts-Achse. Für kurze Perioden aber war die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie eine Herausforderung (z. B. im Disput über die Mitgliedschaft Norwegens in der Europäischen Union und die Kontroverse in der Zwischenkriegszeit über das Alkoholverbot).¹⁹ Die ökonomische Links-Rechts-Achse entstand in der Industriegesellschaft und ging aus dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital hervor. Dieser Konflikt führte zur Bildung zweier Parteienblöcke, die viele Jahre lang als sozialistische und bourgeoise Parteien bezeichnet wurden. Die strittigen Themen waren Fragen der wirtschaftlichen Verteilung, Steuern und Wohlfahrt, staatliche Kontrolle oder Marktwirtschaft. Ökonomische Konflikte über Verteilung werden immer relevant bleiben, auch wenn einige Fragen des Staatseigentums oder der staatlichen Kontrolle inzwischen obsolet sind. Außerdem haben breite Unterstützung für den Sozialstaat mit seinem Sicherheitsnetz und eine große Anzahl legaler Rechte den Links-Rechts-Disput enthärtet. Trotzdem blieb die Kluft dominant, bis sie von einer neuen wertebasierten Dimension in Frage gestellt wurde.

Mit der Entstehung der postindustriellen Gesellschaft, gefolgt von der Globalisierung, rückten neue Themen in den Vordergrund, so Umwelt-

19 Rokkan, Stein (1967): Geography, religion and social class: Crosscutting cleavages in Norwegian politics. In: Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (ed.): Party systems and voter alignment. Cross-national perspectives. New York: The Free Press.

schutz, Gleichberechtigung und Zuwanderung. Auch wenn diese Konflikte konzeptionell unterschiedlich sind, verschmelzen sie erfahrungsgemäß zunehmend zu einer neuen wertebasierten Links-Rechts-Dimension. Wir benutzen die Begriffe „links“ und „rechts“, um sowohl die wertebasierte als auch die wirtschaftlich basierte Dimension zu beschreiben. Die wertebasierte Dimension reicht an den „Materialismus-Postmaterialismus“ heran, wie Ronald Inglehart es genannt hat.

Die Wähler/innen der *Fortschrittspartei* positionieren sich selbst klar auf der rechten Seite, wenn sie darum gebeten werden, sich auf einer Links-Rechts-Skala von 0 bis 10 zu verorten. In allen Wahlerhebungen, durchgeführt vom *Norwegian Electoral Programme* (mit einer ausreichenden Zahl befragter Personen aus der Fortschrittspartei), lagen Wähler/innen der *Fortschrittspartei* etwas links von den Wähler/innen der Konservativen, allerdings nur um eine eher kleine Spanne.²⁰ Selbsteinschätzung ist nun mal eine subjektive Maßeinheit.

Eine Alternative zur Selbsteinschätzung ist das Anlegen objektiverer Maßstäbe. Auf Basis von vier Aussagen wurde ein zusätzlicher Index eingebaut, der die wirtschaftliche Achse reflektiert. Derselbe wurde auch dem wertebasierten Index hinzugefügt (siehe Anhang, S. 321). In dänischen Wahlstudien wurden ganz ähnliche Aussagen benutzt.²¹ Die empirische Basis sind vier Wahlstudien der *Norwegian Electoral Programme* (1989, 1993, 1997, 2001). Die Ergebnisse sind ziemlich einheitlich. Tabelle 2 (siehe Seite 314) bildet die ähnlichen Daten der jüngsten Wahlumfrage ab.

20 Da die Kategorisierung auf der Links-Rechts-Skala von Umfrage zu Umfrage leicht differiert, wurde der Durchschnittswert des gesamten Samples auf 100 gesetzt, und je höher die Zahl, desto näher rechts. Die erste Zahl verweist auf Wähler/innen der Konservativen, die nächste auf Wähler/innen der *Fortschrittspartei* (1981: 122/109; 1985: 132/129; 1989: 136/133; 1993: 140/137; 1997: 143/135; 2001: 131/130; 2005: 140/133).

21 Außerdem wurde diese Kategorisierung mit zwei zusätzlichen Indizes am Ende verwendet, in der Reihenfolge 1 bis 5, wobei die 1 die Position am weitesten links und die 5 am weitesten rechts bedeutet. Siehe Borre, Ole (2007): Issue voting i Danmark 2001–2005. In: Andersen, Jørgen Goul et al.: Det nye politiske landskab. Folketingsvalget 2005 i perspektiv. Viborg: Academia.

Die Wähler/innen der *Fortschrittspartei* befinden sich immer noch auf der rechten Flanke der ökonomischen Achse, aber eindeutig links von den Konservativen. Die Partei ist nicht in extremer Position angesiedelt. Auf der wertebasierten Achse aber liegt die *Fortschrittspartei* ganz rechtsaußen. Die selbsteingeschätzte Position ist durch die wertebasierte Dimension beeinflusst, was erklärt, warum die Differenz zwischen Wählern der Konservativen und der *Fortschrittspartei* auf der Selbsteinschätzungsachse weniger sichtbar ist als auf der ökonomischen Achse.

Die ökonomische und die wertebasierte Links-Rechts-Achse haben eine unterschiedliche soziale Mischung. Die ökonomische Links-Rechts-Dimension offenbart ein wohlbekanntes Muster. Am linken Pol finden wir Menschen der unteren Klasse mit niedrigem Ausbildungsniveau und niedrigem Einkommen, während die reichen und gut ausgebildeten rechts verortet sind. Umverteilungspolitik wird von beiden sozialen Klassen bejaht. Ausbildung kann als Kennwert bei der Klasse wie auch bei der Sozialisation interpretiert werden. Eine gute Bildung sichert eine bessere Position in der Klassenstruktur und befördert eine humanistische Wertordnung, so dass sie auf der Werteskala zu einer Position mehr links führt.

Auf der Werteachse ist der linke Pol attraktiver für Menschen mit hoher Bildung und hohem Einkommen, während weniger gut ausgebildete Personen sich eher vom rechten Pol angezogen fühlen. Das heißt, dass die traditionelle Arbeiterklasse typischerweise am rechten Pol angesiedelt ist, wenn es sich um Werte handelt, dagegen auf der linken, wenn es um ökonomische Fragen geht. Die Überkreuzspannung, verstärkt durch den wachsenden Einfluss der Wertedimension, hat zu einer Entfremdung der Arbeiter/innen von ihren traditionellen Parteien geführt. Das eröffnet Möglichkeiten für die Fortschrittspartei, da die Partei dem/der durchschnittlichen Arbeiter/innen näher ist als sozialistische Parteien im heutigen Norwegen, was die wertebasierte Dimension betrifft. Die Partei ist in der Lage, attraktiv für eine beträchtliche Zahl von Wähler/innen aus der Arbeiterklasse zu sein, so lange ihre Positionen auf der ökonomischen Achse nicht zu weit rechts liegen.

Wie in Tabelle 2 (siehe S. 314) zu sehen, zieht die *Fortschrittspartei* mehr ungelernete Arbeiter/innen an als alle anderen politischen Parteien. Eine

andere Eigenart ist die schwache Unterstützung durch Wähler/innen mit Hochschulabschluss, und eine dritte Besonderheit ist, dass die Partei unstrittig Männer stärker anzieht als Frauen. All dies bestätigt das typische soziale Profil rechtsradikaler Parteien.

Der Erfolg der *Fortschrittspartei* hängt teilweise vom Einfluss der wertebasierten Achse ab. In Konjunkturzeiten mit niedriger Arbeitslosigkeit und einem steigenden Lebensstandard ist es leichter, Fragen der Verteilung zu ignorieren und Wertefragen oder die soziokulturelle Spaltung zu betonen. Das heißt, dass gute Wirtschaftsaussichten und niedrige Arbeitslosigkeit günstig für rechtsradikale Parteien sind. Der Erfolg der *Fortschrittspartei* stützt diese These empirisch.²²

Schlussfolgerungen

Die *Fortschrittspartei* ist gegenwärtig keine rechtsextreme Partei und kann auch generell nicht als extremistische Partei beschrieben werden. Sie hat in verschiedenen Phasen einen Prozess der Normalisierung durchgemacht. Die Geschichte der Partei kann mit folgender Frage zusammengefasst werden: Wo befindet sich der Sitz der Partei? Das erste Parteibüro 1973 befand sich im „Shipping Building“ (Sjøfartsbygningen) in Downtown Oslo. Eivind Eckbo, der nach einer kurzen Periode auf Anders Lange als Parteivorsitzender folgte, war einer der Besitzer des Gebäudes. Erwähnenswert ist, dass Anders Lange selbst ein spezielles Verhältnis zu einigen reichen Schiffbesitzern unterhielt. Seine Zeitung finanzierte sich mit Anzeigen von Reedereien. Die Adresse „Shipping Building“ hatte eine Aura von Oberschicht und rechter Politik. Von der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre an läutete die Politisierung der Zuwanderungsfrage einen zweiten Durchbruch für die *Fortschrittspartei* ein. Nach den landesweiten Wahlen 1989 wurde die Partei drittstärkste Fraktion im Parlament. Es wurde Zeit, das Parteibüro zu vergrößern. Ein neues Haus an der Youngstorget wurde erworben, im alten Kiez der traditionellen Arbeiterklasse in Zeiten des

22 Bjørklund, Tor (2007): Unemployment and the Radical Right in Scandinavia: Beneficial or Non-Beneficial for Electoral Support? *Comparative European Politics* 5, pp. 245–263.

Klassenkampfes. Das Viertel hat eine lange Tradition im Abhalten von 1.-Mai-Feiern. Das Parteibüro lag Wand an Wand zum Hauptsitz der Labour Party, mit dem Hauptsitz der Labour-Gewerkschaft gleich um die Ecke. Dem Selbstbild der *Fortschrittspartei* entsprechend wurde die Partei zum Konkurrenten der alten Labour Party. Alte Parteien bedeuteten alte Beschlüsse. Die *Fortschrittspartei* sah sich als Antwort auf neue Herausforderungen. 2006 verließ die *Fortschrittspartei* ihre Zentrale im traditionellen Arbeiterviertel und zog in ein Gebäude in der Hauptstraße von Oslo (Karl Johans Gate), genau gegenüber dem Parlament, mit Ausblick auf das Königsschloss. Die *Fortschrittspartei* wurde eine Partei mit Regierungsambitionen, eine Anti-Establishment-Partei mit dem Ziel, das Establishment zu erobern. Die Langstrecke vom Rand zur politischen Mitte scheint bewältigt.

Die *Fortschrittspartei* hatte zwar noch nie ein Regierungamt inne, aber sie nimmt zweifellos Einfluss auf die norwegische Politik. Eine Schlüsselfrage ist: Was sind die politischen Effekte der Politik dieser Partei? Eine offensichtliche Konsequenz ist die restriktivere Zuwanderungspolitik. Das wird auf lokaler Ebene am offensichtlichsten. Die Gemeinderäte haben die Befugnis, Flüchtlingen und Asylsuchenden die Erlaubnis zur Niederlassung in ihren Gemeinden zu gewähren. Eine Studie dokumentiert, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen einer zunehmenden Zahl an Abgeordneten der *Fortschrittspartei* und einer restriktiveren Politik gibt, die sich darin zeigt, dass weniger Genehmigungen zur Niederlassung erteilt werden.²³

Die *Fortschrittspartei* wurde im Zusammenhang mit einer neuen, zweidimensionalen Struktur des politischen Konflikts analysiert: einer ökonomisch basierten und einer wertebasierten Achse, extrem ist sie jedoch lediglich im Verhältnis zum politischen Establishment. Ein Drittel der Wähler findet, die *Fortschrittspartei* vertrete unter allen Parteien die beste

23 Steen, Anton (2009): Hvorfor tar kommunene imot „de fremmede“? Eliter og lokal skepsis. In: Saglie, Jos (ed.): Det nære demokratiet – lokalvalg og lokal deltakelse. Oslo: Abstrakt forlag.

Immigrationspolitik. Generell gesehen entstand die *Fortschrittspartei* als Ergebnis der Transformation von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft mit neuen Konflikten wie Zuwanderung und Globalisierung mit dem Potenzial, ältere Konflikte wie Arbeit gegen Kapital abzulösen.

Anhang

Die ökonomische Links-Rechts-Achse 2001

- 1 Hohe Einkommen sollten stärker besteuert werden als gegenwärtig (stimme nicht zu – stimme zu).
- 2 Was ist Ihre Meinung über die Ausgaben für die soziale Sicherheit: Sollen diese (a) in Zukunft reduziert oder (b) auf dem gegenwärtigen Niveau oder (c) weiter erhöht werden (reduziert – erhöht).
- 3 Wir sollten die staatliche Kontrolle der Privatwirtschaft einschränken (stimme zu – stimme nicht zu).
- 4 In Norwegen sind ökonomische Unterschiede genügend verringert (stimme zu – stimme nicht zu).

Wertebasierte Links-Rechts-Achse 2001

- 1 Immigration bedeutet eine ernsthafte Gefährdung unserer nationalen Kultur (stimme zu – stimme nicht zu).
- 2 Wirtschaftliches Wachstum sollte durch industrielles Wachstum gesichert werden, auch wenn dies im Widerspruch zu Umweltinteressen steht (stimme zu – stimme nicht zu).
- 3 Ausländische Hilfe für Entwicklungsländer sollte (a) gestrichen werden, (b) auf dem gegenwärtigen Niveau bestehen bleiben (c) oder erhöht werden (gestrichen – erhöht).
- 4 Kriminelle Vergehen können eher durch Vorsorge und Beratung als durch strengere Strafen verhütet werden (stimme zu – stimme nicht zu).

Quelle: Norwegian Electoral Programme



Strategien gegen die radikale Rechte und für ein plurales und zukunftsfähiges Europa

Die Zusammenschau der Aufsätze zur radikalen Rechten in diesem Band verdeutlicht die Gemeinsamkeiten und Differenzen der radikalen Rechten in Europa. Die Analysen zum aktuellen Phänomen der radikalen Rechten und eine differenzierte Ursachenanalyse sind grundlegend für Überlegungen zu Gegenstrategien. Es ist nahe liegend: Es gibt keine einzelne und allgemeingültige Strategie, die eine optimale Bekämpfung der radikalen Rechten garantiert. Tatsächlich können Strategien nur dann erfolgreich sein, wenn sie dem spezifischen politischen und sozialen Kontext gerecht werden und wenn sich möglichst viele Akteure (aus Politik, Justiz, Medien, Bildungsinstitutionen und Zivilgesellschaft) auf sie verständigen.

Dennoch können allgemeine Erfordernisse für Strategien gegen Rechts-Extremismus und Fremdenfeindlichkeit identifiziert werden, die einen Rahmen bilden, der weit genug ist, um eine europäische Perspektive zu ermöglichen. Für die konkrete Arbeit vor Ort muss dieser Rahmen durch Einzelmaßnahmen und Aktivitäten, die situations- und ortsspezifisch sind, ergänzt werden. Im Folgenden soll hingegen die Vogelperspektive eingenommen werden und die grundlegende Frage beantwortet werden, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um möglichst erfolgreich gegen rechtsradikale Übergriffe, Parteien und Einstellungen aktiv zu werden.

1. Umfassend ansetzen: Probleme erkennen, benennen und der radikalen Rechten strategisch entgegen

Entstehungsbedingungen der radikalen Rechten reflektieren und diesen entgegen: Wie in der Einleitung beschrieben, gilt es, das Phänomen der radikalen Rechten und aktuell insbesondere den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa vor seinem gesellschaftlichen Entstehungshintergrund zu verstehen, bevor sinnvolle Gegenstrategien entworfen werden können. In der Einleitung zu dieser Publikation werden Krisensituationen in den europäischen Gesellschaften beschrieben, die die radikale Rechte begünstigen: eine Verteilungs- und Zugangskrise, eine Krise der Politik (u. a. Repräsentationskrise) und eine Identitätskrise. Der radikalen Rechten wird nicht erfolgreich entgegengetreten werden können, wenn nicht auch an diesen Krisen und damit an den aktuellen Problemlagen der Bürger und ihrer Gesellschaften angesetzt wird. So müssen reale Probleme wie etwa (Existenz-)Ängste, die aufgrund des sozialen Wandels entstehen, thematisiert und problematischen sozialen Entwicklungen entgegengetreten werden. Themen wie „soziale Gerechtigkeit“ dürfen nicht den Rechtsradikalen überlassen werden. Politische Parteien und Verantwortungsträger/innen müssen aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme thematisieren und konstruktive Antworten hierauf finden. Auch sollten Formen der politischen Beteiligung entwickelt werden, die zeitgemäß sind und Gruppen ansprechen, die sich zu wenig von den politischen Eliten repräsentiert fühlen.

Verschiedene Erscheinungsformen der radikalen Rechten erkennen: Eine kompetente Beobachtung der radikalen Rechten ist die Grundlage jeder Erfolg versprechenden Strategieentwicklung. Um der radikalen Rechten wirksam zu entgegenzutreten, muss an ihren aktuellen Erscheinungsformen angesetzt werden. Beispielsweise ist eine bloße Fokussierung auf politische Parteien oder terroristische Aktivitäten zu kurz gedacht. Die Aufsätze beschreiben verschiedene Manifestationen der radikalen Rechten, neben politischen Parteien auch Organisationen und subkulturelles Milieu. Wesentlich ist es zudem, nicht alleine (Gewalt-)Täter/innen oder Parteimit-

glieder in den Blick zu nehmen, sondern die verschiedenen Gruppen (z. B. die Wähler/innen, die Sympathisant/innen), die die radikale Rechte unterschiedlich stark unterstützen, zu betrachten. Für die verschiedenen Gruppen sind unterschiedliche Gegenstrategien notwendig. Insgesamt sind die Erfassung von aktuellen und differenzierten Daten, Monitoring und regelmäßige Berichterstattung für eine solide Strategieentwicklung notwendig. Um ein möglichst realistisches Bild der aktuellen Situation zeichnen zu können, ist es vielversprechend, neben staatlichen auch zivilgesellschaftliche Akteur/innen zu konsultieren.

Kompetenzen und Aufgaben festlegen, informieren und werben: Ob es sich um ein kleines Projekt, um die Arbeit innerhalb einer Kommune, eine überregionale Initiative oder die nationale Strategie handelt – Planung und Koordination sind unentbehrlich. Wenn Kompetenzen und Aufgaben nicht verhandelt und festgelegt sind, läuft es eher schlecht als recht. Dazu gehört auch, sich über die häufigen Finanzierungsprobleme zivilgesellschaftlicher Akteure Gedanken zu machen und Wege zu finden, wie diesen entgegengewirkt werden kann.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, die Öffentlichkeit und (für Gegenstrategien) relevante Personen und Institutionen über die radikale Rechte zu informieren, damit ihr in der Breite entgegengewirkt werden kann. Es sollte auch über Gegenstrategien informiert und für diese geworben werden. Dabei ist es überzeugender, wenn die eigenen Werte und Konzepte (Pluralismus, Demokratie, Individualismus, Gleichheit, Freiheit etc.) klar und begründet vertreten und beworben werden.

Qualität und Nachhaltigkeit verankern, Weiterentwicklung ermöglichen: Die Entwicklung von Qualitätskriterien für die Arbeit gegen Rechtsradikalismus und das Formulieren von Zielen können helfen, Qualität zu fördern und Wirksamkeit zu entfalten. Für die Vergabe von Projektmitteln ist es hilfreich, auf der Grundlage von klaren Richtlinien zu entscheiden. Eine Nachhaltigkeit der Arbeit gegen Rechtsradikalismus lässt sich nur durch langfristig arbeitende Akteure und Projekte erreichen. Daher

ist es sinnvoll, gelungene Projekte und Maßnahmen in die Regelarbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure zu integrieren und somit auf eine strukturelle Verankerung zu setzen (u. a. in den Schulen). Ebenso wie die Verständigung über Qualitätskriterien oder Standards wesentlich für gelingende Projekte sind, ist es hilfreich, neue Erfahrungen der Projektarbeit festzuhalten und sie für die weitere Arbeit fruchtbar zu machen. Dies kann durch kontinuierliche Evaluation und eine auf ihren Ergebnissen basierende Weiterentwicklung der Qualitätskriterien und Maßnahmen gelingen.

2. Politischer Umgang: Nicht kooperieren, sondern offensiv auseinandersetzen

Nicht kooperieren: Die Frage, wie politisch mit der radikalen Rechten interagiert werden sollte, ist nicht einfach zu beantworten. Die Spannweite des Umgangs mit der radikalen Rechten reicht von Ignorieren oder bewusstem Ausschluss aus dem politischen Geschäft, also dem Errichten eines *cordon sanitaire* (etwa in Belgien und Frankreich), über partielle Kooperation (in Dänemark toleriert die rechtsradikale *Dänische Volkspartei* die Regierung und fordert im Gegenzug Konzessionen), bis hin zur vollen Kooperation (in Österreich etwa war die FPÖ an der Regierung beteiligt, in Italien integrierte Berlusconi rechtsradikale Parteien in die Regierung bzw. seine Partei). Keine dieser Optionen des Umgangs mit der radikalen Rechten hat automatisch einen Rückgang des Rechtsradikalismus bewirkt. Im Gegenteil: Durch eine Kooperation konnte sie Zugewinne verzeichnen (Dänemark) oder sie konnte ein Comeback der Rechtsradikalen nicht verhindern (Österreich). Die politische Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten hat dazu beigetragen, dass die finanziellen und legislativen Mittel zur Bekämpfung von Rassismus und zur Förderung von Menschenrechten unterlaufen werden. In Dänemark etwa wurde der Spielraum des nationalen Instituts für Menschenrechte eingeschränkt. Selbst wenn einige rechtsradikale Parteien aufgrund interner Streitigkeiten oder sonstiger Inkompetenz kurzfristig aus der Politik ausscheiden, prägt –

wenn eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit ihnen stattgefunden hat – ihre Handschrift gesellschaftliche Diskurse und nationale Gesetzgebung (etwa bezüglich Einwanderung). Insofern geht die Strategie, die radikale Rechte *zu entzaubern*, indem sie in die politische Verantwortung genommen wird, nicht auf, sondern führt zu Konzessionen an diese Parteien und ihre Ideologie.

Politische Verantwortung übernehmen: Auch ist es wenig hilfreich, wenn politische Entscheidungsträger/innen der Mitte glauben, sie könnten die rechtsradikale Agenda kontrollieren, indem sie diese selbst in vorderster Front propagieren (etwa striktere Maßnahmen gegen Immigration oder Menschen ohne Papiere). Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass die Ansichten der radikalen Rechten damit ein Stück weit akzeptabler für die Gesamtgesellschaft werden – ohne dass ernsthaft gesellschaftliche Probleme bewältigt werden. Die demokratischen Eliten sollten die politischen Kosten, die eine ehrliche Bekämpfung des Rechtsradikalismus mit sich bringen, auf sich nehmen. Sie sollten sich nicht von kurzfristigen Gewinnen verführen lassen, die etwa rassistische Wahlkämpfe versprechen mögen, sondern sich offensiv gegen *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wenden und die Anliegen der radikalen Rechten thematisieren und verurteilen. Debatten über Menschenrechte und damit auch über Übergriffe auf Angehörige bestimmter Gruppen (insbesondere Roma, Juden, Moslems, Homosexuelle) sind elementar für eine nachhaltige Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Es ist die Aufgabe von Politik und Bürger/innen, eine „schleichende Ausbreitung“ rechtsradikaler Ideologien und die damit verbundene Gefährdung unserer pluralistischen Gesellschaft zu verhindern.

Demokratie nicht einschränken, sondern sie kontinuierlich erstreiten: Die Politik des *cordon sanitaire*, also des politischen Ausschlusses gegenüber rechtsradikalen Parteien geht dann nicht mehr auf, wenn diese Parteien so groß geworden sind, dass sie aufgrund ihrer Mehrheitsverhältnisse nicht mehr ignoriert werden können. In diesem Fall gibt es keine Alternative: Der *cordon sanitaire* muss fallen und die demokratischen Parteien sind dazu gezwungen, mit Rechtsradikalen zusammenzuarbeiten.

Ein bloßes Ignorieren der radikalen Rechten und ihrer Problemanalysen können ebenso wie die Kooperation oder die Übernahme von Ideologieelementen zu ihrer Stärkung führen. Der anstrengende, aber schließlich Erfolg versprechendste Weg, den die demokratischen Parteien gehen müssen, ist die offensive Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten und ihren Ideologien. Offensive Auseinandersetzung heißt auch zu verhindern, dass sich die radikale Rechte als einzig wahre Vertretung des *kleinen Mannes* gebärden kann, dass sie als ehrliche Stimme des Volkes auftritt, die aus fadenscheinigen Gründen von den politischen Eliten ausgeschlossen wird. Natürlich ist es hilfreich, Korruption und Diskrepanzen zwischen dem Lebenswandel rechtsradikaler Politiker und ihren ideologischen Forderungen aufzudecken. Der Schwerpunkt einer offensiven Auseinandersetzung sollte aber darauf liegen, die rechtsradikalen Forderungen offenzulegen und an sich *ad absurdum* zu führen. Rechtliche Mittel gegen rechtsextreme Parteien – wie etwa Bannmeilen, Nutzungsverbote in Plenarsälen, Demonstrationsverbote – sind wichtige Mittel im Kampf gegen Rechtsradikale. Allerdings muss hier stets neu das richtige Maß gefunden werden, um nicht für die Demokratie lebensnotwendige Rechte anzutasten. Statt Einschränkungen demokratischer Rechte in Kauf zu nehmen, ist es notwendig, eine selbstbewusste Auseinandersetzung zu führen und gleichzeitig die Beteiligung der Rechtsradikalen an politischen Entscheidungen nicht zu akzeptieren.

3. Schwerpunkte setzen: Diskriminierungsschutz, Vielfalt und Gleichberechtigung

Fokus auf Diskriminierungs- und Opferschutz: Die gemeinsame Basis der radikalen Rechten ist die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer). Im Denken Rechtsradikaler kann nur eine homogene ethnische Gruppe (die es in der Realität nicht gibt) eine „gesunde Nation“ oder einen „intakten Volkskörper“ bilden. Ihre ethnisch defi-

nierte „Wir-Gruppe“ konstituiert sich durch die Abgrenzung zu den von diesem Konzept aus definierten „Fremdgruppen“. Die angeblich „Fremden“ sollen ausgeschlossen werden, wenn nötig gewaltsam. Ein zentraler Bestandteil für Strategien gegen Rechtsradikalismus ist der Schutz (potenzieller) Opfer. Die EU hat mit der Verabschiedung von Anti-Diskriminierungs-Richtlinien und Empfehlungen gegen Rassismus und Xenophobie gezeigt, dass sie bereit ist, hier zu handeln. Die Richtlinien wurden national angepasst in den Mitgliedstaaten umgesetzt, so dass Veränderungen in den nationalen Gesetzgebungen vorgenommen wurden. Schwierigkeiten gibt es allerdings zum Teil weiterhin mit deren Implementierung. Eine Möglichkeit, die Umsetzung besser zu begleiten, wäre es, Kommissare/innen einzusetzen oder Beobachtungsstellen einzurichten, die gegebenenfalls Rügen einleiten könnten. Neben der europäischen Ebene ist die nationale, aber auch die lokale Ebene wesentlich, um Diskriminierungen und Hasskriminalität entgegenzutreten. Sie mag auch in einigen Ländern leichter sein als multilaterale Anstrengungen. In Großbritannien konnten beispielsweise die drei großen Parteien vor den Wahlen (2010) dafür gewonnen werden, keine rassistischen Argumente im Wahlkampf zu verwenden. Ferner ist, um Diskriminierung nachhaltig entgegenzutreten, auf den Ausbau eines Anti-Diskriminierungs-Bewusstseins bei Mitarbeiter/innen staatlicher Institutionen (etwa der Verwaltung und der Exekutive) zu setzen.

Häufig konzentrieren sich Gegenmaßnahmen weiterhin zu sehr auf die Gruppe der Täter/innen und immer noch wenig auf die (potenziellen) Opfer. Um das Problem zu erfassen und Politik wie Öffentlichkeit zu sensibilisieren, ist das kontinuierliche Monitoring von Hasskriminalität (*Hate crime*) unverzichtbar. Während hassmotivierte Gewalt von allen Regierungen verurteilt wird, gibt es zum Thema Hassreden keine einheitliche Haltung. Umstritten ist vor allem das richtige Maß im Austarieren von der Pflicht, den Bürger/innen Meinungsfreiheit zuzugestehen, und der Aufgabe, Betroffene vor Diskriminierung zu schützen.

Fokus auf Vielfalt und Gleichberechtigung: Entsprechend dem rechtsradikalen Weltbild wird Heterogenität, insbesondere ethnische und religiöse Vielfalt, als Hauptschuldige für gesellschaftliche und individuelle Problemlagen ausgemacht. Desto wichtiger ist es für eine effektive Bekämpfung des Rechtsradikalismus, auf Vielfalt und (im Sinne der eigenen Rolle in der demokratischen Gesellschaft) auf die Förderung von Verantwortungsbewusstsein und Partizipation des Einzelnen zu setzen. Dazu gehört nicht zuletzt eine Stärkung der (politischen) Bildung: Unsere auf dem Prinzip der Vielfalt gebaute (Einwanderungs-)Gesellschaft zu erklären, den/die Einzelne/n mit seinen/ihren Bedürfnissen ernst zu nehmen und in seinen Fähigkeiten zu stärken – damit kann Heterogenität als individueller und gesellschaftlicher Tatbestand begreifbar gemacht werden. Gleichberechtigung oder Chancengleichheit müssen für jedes Individuum einzufordern sein, unabhängig vom kulturellen oder sozialen Hintergrund.

4. Die Entwicklung einer Zivilgesellschaft zulassen und bürgerschaftliches Engagement stärken

Starke zivilgesellschaftliche Akteure und bürgerschaftliches Engagement sind unentbehrliche Partner bei der Bekämpfung der radikalen Rechten. Häufig geht zivilgesellschaftliches Engagement auf Graswurzelaktivitäten, auf antifaschistische oder auf liberal-demokratische Gruppen zurück. Sie beobachten die rechtsradikale Szene vor Ort, organisieren Protestaktionen, häufig in Form von Demonstrationen und Konzerten, oder sie leisten Opferhilfe. Diese Akteure haben großen Einfluss auf die Mobilisierung der Bevölkerung gegen Rechtsradikalismus. Der bürgerschaftliche Protest „auf der Straße“ trägt aber nicht nur zur Mobilisierung der Bevölkerung und deren Meinungsbildung bei, er ist auch eine große Hilfe, um Rechtsradikale zurückzudrängen, etwa *no-go-areas* (*Angstzonen*) aufzubrechen, und um zu signalisieren, dass Rechtsradikale und ihr Gedankengut (etwa in einer Kommune) nicht willkommen sind.

Zivilgesellschaft und Staat: Während der Staat sein Gewaltmonopol nicht aufgeben darf und Gewalttaten sowie Verletzungen gegen die Menschenrechte insgesamt bestrafen muss, ist es gleichfalls wichtig, dass staatliche Institutionen sich gegenüber der Zivilgesellschaft öffnen und nicht vor gemeinsamen Aktivitäten auf Augenhöhe zurückschrecken. Eine wichtige Aufgabe zivilgesellschaftlicher Institutionen ist, Regierungen beim Monitoring und der Auswertung von Daten (etwa zu Hasskriminalität) zu unterstützen. Die finanzielle Ausstattung von NGOs ist dabei häufig ein brisantes Thema – in einigen Ländern werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus staatlich gefördert. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen, die in sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen Regionen tätig sind, benötigen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Grundlegend für eine erfolgreiche Arbeit sind Austausch, Ermöglichung von Lernprozessen und Freiraum für deren Umsetzung. Kooperation und Networking sind wichtig, um aus unterschiedlichen Perspektiven Rechtsradikalismus vorzubeugen und möglichst viele gesellschaftliche Kräfte „im Boot zu haben“. Dafür ist es unerlässlich, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren und gemeinsame Maßnahmen umsetzen.

5. Bildung für Demokratie und die Menschenrechte

Kompetenzen für die plurale Gesellschaft entwickeln: Die Verankerung einer für Pluralismus offenen politischen Kultur ist grundlegend, um Menschen gegen rechtsradikale, gewalttätige und menschenverachtende Orientierungen zu wappnen. Dafür ist Bildung in Schule und Familie entscheidend. Hier kann gezeigt werden, dass Ausländer/innen oder Angehörige von Minderheiten nicht an gesellschaftlichen und individuellen Problemlagen schuld sind. Neben einem reinen Faktenwissen sind zudem Erfahrungen mit Vielfalt wichtig, um über den eigenen Tellerrand hinausschauen zu können und sich damit auch in einer heterogenen Gesellschaft zurechtzufinden.

Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen können zur Herausbildung und Entwicklung sozialer und emotionaler Kompetenzen beitragen. Emotionale Ausgeglichenheit, die Fähigkeit, sich in die Situation anderer zu versetzen, ein angemessenes Selbstwertgefühl, Konfliktfähigkeit, Offenheit und Neugier sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen die radikale Rechte wappnen. Zentral ist die frühe, kontinuierliche und möglichst individuelle Förderung dieser sozialen und emotionalen Kompetenzen. Kinder und Jugendliche können befähigt werden, in einer pluralen Gesellschaft zurechtzukommen und sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen.

Werte vermitteln und Demokratie erlebbar machen: Präventive Bildungskonzepte sollten sich an Werten wie Toleranz, den Menschenrechten und Vielfalt orientieren und zum Ziel haben, eine demokratische, partizipative und motivierende Lern- und Schulkultur zu entfalten. Dabei sind Gewalt- und Extremismusprävention wichtige Elemente in einer breiten demokratischen Schulentwicklung. Programme und Trainings in Schulen, etwa Anti-Rassismus-Trainings oder Holocaust-Erziehung, werden bereits in Ländern wie Großbritannien, Dänemark und Frankreich umgesetzt. Allerdings ist eine (zumindest semantische) Verschiebung der Bildungsperspektive festzustellen: So wird heute im europäischen Raum weniger von Rassismus- oder Rechtsextremismus-Bekämpfung gesprochen, sondern auf die Förderung von Gleichheitsberechtigung (equality) bzw. Chancengleichheit gesetzt.

Demokratie kann und soll erlebbar sein. Sie darf nicht auf Parlamentarismus reduziert werden, sondern braucht Beteiligung über den Gang zur Wahlurne hinaus. In diesem Sinn sind Partizipationsmöglichkeiten, ob in Schule oder Gemeinde, zu fördern.¹

1 Beispielhaft für zur Partizipation einladenden Engagement ist etwa das in Belgien initiierte Projekt „Schule ohne Rassismus – mit Courage“ oder das sächsische Projekt „Für Demokratie Courage zeigen“. Beide Projekte haben sich inzwischen zu überregionalen und transnationalen Netzwerken entwickelt.

Konklusion

Die Diskussion um die Eckpunkte von Strategien gegen Rechtsradikalismus verdeutlicht, dass Vielschichtigkeit der Schlüssel zum Erfolg ist. Es gibt keinen Einzelansatz und keine kurzfristige Strategie, die die politische und soziale Gefahr, die von der radikalen Rechten ausgeht, neutralisieren könnte. Meilensteine einer Strategie für ein plurales und zukunftsfähiges Europa sind: eine grundlegende und differenzierte Analyse der radikalen Rechten und aktueller gesellschaftlicher Problemlagen; eine besonnene und konsequente politische Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten; ein besonderer Fokus auf Diskriminierungsschutz, Vielfalt und Chancengleichheit; die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und zivilgesellschaftlichen Akteuren; sowie eine Bildung für Demokratie und Menschenrechte.



Sieben Thesen zum Abschluss: Gemeinsam in Europa gegen rechts!

Die Länderanalysen und Beiträge dieses Bandes veranschaulichen auf ebenso eindringliche wie besorgniserregende Weise die Gefahr, die vom Rechtsextremismus für die Demokratien und Gesellschaften Europas ausgeht. Sie sowie die aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Europa unterstreichen die Notwendigkeit, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung entschieden und gemeinsam entgegenzutreten. Das Arbeiten und Streiten für Demokratie betrifft dabei nicht nur „die Politik“, es erfordert das kontinuierliche Engagement aller Akteure einer Gesellschaft: Egal ob als Unternehmer/innen, Wissenschaftler/innen, Kirchenmitglieder, Gewerkschafter/innen, Vereinsmitglieder, als Pädagog/innen, gesellschaftspolitisch Engagierte oder einfache Bürger/innen – jede/r ist auf ihre/seine Art und Weise aufgerufen, für Menschenrechte und demokratische Prinzipien einzutreten.

Was aber sind effektive und kreative Wege, Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen und ein solidarisches und demokratisches Miteinander zu gestalten? Welche Akteure sind gefragt und welche Ansätze haben sich bewährt? Was wird getan in Europa – gegen Ausgrenzung, Abwertung und Vorstellungen von Ungleichwertigkeit? Welche Rolle spielen Politik und Zivilgesellschaft und welche nächsten Schritte sind nötig?

Diese Fragen beleuchtet aus akademischer Sicht der vorausgegangene Artikel über Strategien gegen die radikale Rechte und für ein plurales zukunftsfähiges Europa. Sie leiten zudem die Debatten an, die im Rahmen der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung als kontinuierlicher Dialog zwischen Vertreter/innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geführt werden. Im Folgenden sind sieben zentrale Thesen als Ergebnis

dieser Diskussionen zusammengefasst, die in prägnanter Form Impulse für die weitere politische Debatte geben sollen. Sie gehen maßgeblich auf die Ergebnisse von Arbeitsgruppen zurück, die sich, bestehend aus ca. 150 internationale Expert/innen, im November 2010 im Rahmen eines sogenannten „OPEN SPACE“ (einem partizipativem Konferenzformat) zum Austausch über europäische Synergien in der Arbeit gegen rechts und zu weitere Schritten in der Arbeit für Demokratie in Berlin versammelt hatten. Daher erhebt die Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern greift einige zentrale Aspekte heraus und ist komplementär zu den Ausführungen des vorausgegangenen Beitrags zu verstehen. Zugrunde liegen die gesellschaftspolitischen Handlungsempfehlungen, die sieben Arbeitsgruppen erarbeitet und im Anschluss mit hochrangigen Vertreter/innen europäischer Politik und zentralen Akteuren in der Arbeit für Demokratie diskutiert wurden (u. a. mit Vertreter/innen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), des Netzwerks gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus – UNITED for Intercultural Action, des Europäischen Netzwerks Against Racism (ENAR) und der Agentur für Menschenrechte der Europäischen Union (FRA)).

1. Effektive Politik und Arbeit für Demokratie in Europa gelingt nur durch europäische Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure. Eine europäische Strategie gegen Rechtsextremismus ist überfällig!

Grundbedingung für effektive gesamtgesellschaftliche Anstrengungen für Demokratie ist einerseits die Bereitschaft und das Engagement, Barrieren zwischen unterschiedlichen Akteurs- und Handlungsebenen bzw. gesellschaftlichen Bereichen zu überwinden sowie andererseits interdisziplinär miteinander in Dialog und, wo nötig, Abstimmung zu treten. Dies gilt mit Blick auf die Analyse der rechten Szene insbesondere für den dringend notwendigen Austausch zwischen Wissenschaft, zivilgesellschaftlicher Praxis und staatlichen Ordnungsorganen sowie der Politik. Die Heterogenität bisheriger nationaler und internationaler An-

sätze birgt zwar einen reichen Erfahrungsschatz, es bedarf jedoch eines abgestimmten, kohärenteren Vorgehens auf europäischer Ebene, um die extreme Rechte effektiv zu bekämpfen. Nur so kann auch eine dringend notwendige europapolitische Strategie gegen Rechtsextremismus entwickelt und – selbstverständlich unter Berücksichtigung des jeweiligen politischen und sozialen Kontextes – umgesetzt werden. Eine solche Strategie darf nicht allein den organisierten Rechtsextremismus, also Parteien und rechtsextreme Kader, im Blick haben, sondern muss auch seine subkulturelle und bewegungsförmige Ausprägung beachten und darüber hinaus rechtsextreme Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ berücksichtigen. Zentral in der Arbeit für Demokratie sind dabei die auf lokaler Ebene angesiedelten bürgerschaftlichen Initiativen, da diese auch auf antidemokratische Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft zielen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement braucht gerade in seiner institutionalisierten und professionalisierten Form langfristige und kontinuierliche finanzielle Förderung und inhaltliche Weiterentwicklung. Voraussetzung für eine zielführende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist zudem eine vertiefte und kontinuierliche europäische Beobachtung und Forschung zu Erscheinungsformen der extremen Rechten.

2. Mit Recht gegen rechts – Alle legalen und repressiven Mittel ausschöpfen!

Recht und Rechtsprechung sind entscheidende Strategien in der Verteidigung der Demokratie. Gezielt eingesetzt und angewendet, tragen Instrumente der Rechts(durch)setzung maßgeblich zu einer Verbesserung der Situation in Europa bei. Dies gilt einerseits für die repressive Praxis bei der Anerkennung, Dokumentation und Strafverfolgung von rechtsextremen Straftaten oder auch sogenannter Hasskriminalität (*Hate Crime*). Schließlich bilden die ca. 100.000 rassistischen Straftaten in der Europäischen Union nur die Spitze des Eisbergs. Zu oft mangelt es bisher bei Justiz und Polizei an Fachwissen und der angemessenen Implementierung bzw. Anwendung bereits existierender Ansätze. Eine einheitliche

europäische Vorgehensweise, verbunden mit den notwendigen Dokumentationsmöglichkeiten mit Zugangswegen für bzw. Zusammenarbeit mit Akteuren beispielsweise aus der Betreuung von Opfern (siehe These 1), ist überfällig.

Durch proaktives, menschenrechtliches Gestalten in Rechts- und Politikfeldern, insbesondere bei sensiblen Themen der Einwanderung, Integration und Antidiskriminierung, sollte Europa zudem dringend klare menschenfreundliche Signale gegen Ausgrenzung und Diskriminierung senden. Dass Vielfalt etwas Positives für die Gesellschaften Europas ist, sollte nicht nur rhetorisch, sondern auch in der europäischen Gesetzgebung Ausdruck finden. Entsprechend wertschätzende und auf Integration zielende rechtliche Rahmenbedingungen würden dem oftmals schlechten Image vieler Zuwanderer/innen entgegenwirken und den Slogans der Rechten argumentativ „das Wasser abgraben“.

3. (Neue) Medien spielen eine zentrale Rolle im Kampf gegen rechts! Gefragt sind aufgeklärte Journalist/innen und Medienkompetenz.

Medien haben in zweierlei Hinsicht eine zentrale Aufgabe: Auf der einen Seite sind es Journalist/innen und Reporter/innen, die dem Thema Rechtsextremismus, insbesondere dessen Opfern, Gehör und Aufmerksamkeit verschaffen, indem sie Gewalt und besorgniserregende Entwicklungen öffentlichkeitswirksam aufdecken. Neben dieser aufklärerischen Funktion prägt jedoch zudem mediale Berichterstattung generell immer auch die Art und Weise, welche Zuschreibungen, Werte und Problemanalysen gesamtgesellschaftlich Fuß fassen. So tragen Medien, insbesondere wenn sie über sensible Themen wie Integration, Kriminalität, Einwanderung oder auch Arbeits- und Sozialpolitik berichten, eine entscheidende Mitverantwortung, ob gesellschaftspolitische Konflikte als gemeinsame Herausforderungen wahrgenommen werden oder ob die extreme Rechte es schafft, diese für sich zu instrumentalisieren.

Mittlerweile hat sich zu diesem Zweck auch ein höchst professionelles und breites Spektrum an rechtsextremen Medien entwickelt, insbesondere im Internet ist deren Präsenz und Wirken auch aufgrund unterschiedlicher Rechtslagen schwer einzudämmen bzw. zu unterbinden. Der geeignetste Schutzfaktor insbesondere für junge Medien-/Internetnutzer/-innen im Umgang mit nicht immer auf den ersten Blick erkennbaren rechtsextremen Webseiten (mit beispielsweise geschichtsrevisionistischen Darstellungen) ist Medienkompetenz. Neben einer entsprechenden Aufklärungsarbeit könnten das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke verstärkt als „Gegenplattform“ bzw. zum Austausch und effektiveren Kommunikation antirassistischer Arbeit genutzt werden.

4. Auf die Kommune kommt es an!

Demokratie wird gerade auch auf kommunaler Ebene gelebt, ist dort jedoch ebenfalls leicht gefährdet. Nicht umsonst ist sie zentrale Handlungsebene der extremen Rechten (vgl. Länderanalysen und Einleitung in diesem Band) und es ist hier, wo – nicht erst nach Fällen offener Gewalt – aktives und kreatives bürgerschaftliches Engagement gefordert ist, unsere demokratische Kultur zu verteidigen. Engagement gegen rechts heißt oftmals Kampagnenführung anlässlich eines konkreten Vorfalls bzw. einer Entwicklung und kann unterschiedlich kreativ gestaltet werden. Wichtig dabei ist, dass so viele verschiedene Akteure und Altersklassen wie möglich mobilisiert und mit einbezogen werden. Weiterhin ist fundiertes Wissen über die Herausforderungen vor Ort und die rechte Szene essentiell. Wenn Aktion oder Kampagne abgeschlossen sind, wäre eine Verstetigung in Richtung eines kontinuierlichen bürgerschaftlichen Bewusstseins und Engagements zielführend. Beispiele für kommunale Handlungsstrategien liefert unter anderem das „Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (siehe Liste der FES-Publikationen im Anhang, S. 356).

5. Kultur und Sport sind wichtige und lohnende Felder der Arbeit für Demokratie!

Ob in Fußballstadien der Profis, in Jugendclubs der lokalen Sportmannschaften, in Bands, Musikclubs oder Theatergruppen – menschenfeindliche Symbole und Parolen müssen konsequent entlarvt, verboten und verfolgt werden. Hier können Kulturschaffende und Sportvereine durch eine demokratische Schaffens- und Fankultur beispielgebende Sozialisationsfunktionen einnehmen. Gerade bekannte Persönlichkeiten aus der Sport-, Film-, Theater- oder Musikbranche können durch öffentlichkeitswirksames Eintreten gegen Diskriminierung wichtige antirassistische Vorbilder sein.

6. Minderheiten und Ausgegrenzte stärken und beteiligen – Antisemitismus, Islamophobie und Antiziganismus bekämpfen!

Gerade den Gruppen oder Minderheiten, die aufgrund ihrer Religion, ethnischen Herkunft oder anderer Merkmale oftmals Vorurteilen, Ausgrenzung, Diskriminierung, im schlimmsten Fall sogar offenem Rassismus oder Gewalt ausgesetzt sind, muss die Unterstützung und Solidarität Europas zuteilwerden. Dieses ist einerseits durch besondere Opferschutzprogramme und Stärkung entsprechender Minderheitenrechte und -verbände zu organisieren. Es betrifft jedoch andererseits auch Teilhaberegelungen und Förderungsmechanismen, die sicherstellen, dass Menschen mit heterogenen Hintergründen, Glaubensrichtungen oder Aussehen gleichberechtigt an allen Sphären der Gesellschaft teilnehmen. Eine nicht nur rhetorische europäische Willkommenskultur für Asylsuchende oder Einwander/innen wäre ein Beispiel demokratischer und menschenfreundlicher Weichenstellung gegenüber interkulturellen Herausforderungen, über die die extreme Rechte gerne die (negative) Deutungshoheit für sich zu vereinnahmen sucht. Eine entscheidende Rolle bei der Prävention von Vorurteilen gegenüber „dem Fremden“ spielen selbstredend Bildung und Medien (siehe Thesen 3 und 7).

7. Bildung – Europaweit Schutzfaktor Nr. 1.

Je besser Menschen gebildet sind, umso weniger sind sie gefährdet, rechte Parolen und Organisationen zu unterstützen – diese Weisheit ist nicht nur Ergebnis wissenschaftlicher Forschung, sondern zeigt sich auch im Alltag. Menschenrechtserziehung, interkulturelle Bildung und Austausch sowie Demokratiebildung einerseits, aber auch Bildungsangebote über die Entstehung und Logik von Feindbildern und ausgrenzenden Ideologien andererseits müssen daher europaweit zum Curriculum der Sozialisationsinstanzen unserer Gesellschaft gehören. Kinder und Schüler/innen bilden hier als Hauptzielgruppe der extremen Rechten eine entscheidende Adressatengruppe. Demokratische Kultur bereits in Kindergarten und Schule nicht nur als Gegenstand des Curriculums zu erlernen, sondern auch in gelebter Praxis zu erfahren, ist dabei essentiell. Dass jedoch auch im Bereich der außerschulischen Bildung und mit der Zielgruppe Erwachsener enormer Handlungsbedarf besteht, liegt auf der Hand. Weiterbildungsangebote und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung sind daher auch in Betrieben, Arbeitgeberverbänden, bei Angestellten in Justiz und Polizei, Verwaltungen, Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften dringend geboten.

Anhang

Zu den Autor/innen

Suzette Bronkhorst

Generalsekretärin des International Network Against Cyber Hate (INACH), Amsterdam

Suzette Bronkhorst (geboren 1958) ist Direktorin des Magenta-Projekts und Mitbegründerin der Magenta-Stiftung, deren Ziel es ist, die Themen „Rassismus“, „Diskriminierung“ und „Menschenrechte“ ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. In ihrer Jugend arbeitete sie im Verlagsbereich, als Tontechnikerin und Diskjockey. Sie war Mitbegründerin der weltweit ersten Hotline gegen Hass im Internet und organisierte mehrfach Kampagnen gegen Extremismus und den Hass gegen Muslime. Als Direktorin des Magenta-Projekts ist sie für alle Aktivitäten von I CARE (Internet Centre Anti Racism Europe) verantwortlich, für das sie auch als Live-Reporterin von der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban, Südafrika, berichtete. Suzette Bronkhorst ist Gründungsmitglied des „International Network Against Cyber Hate“ (INACH), dessen Generalsekretärin und Sprecherin sie heute ist.

Tor Bjørklund

Fachbereich Politikwissenschaft, Universität Oslo

Tor Bjørklund (geboren 1947) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Oslo, wo er auch zum Thema Volksentscheide promovierte. Bjørklund war mehrere Jahre Redakteur der Zeitschrift „Tidsskrift for samfunnsforskning“ (Zeitschrift für Politikwissenschaft). 1995 rief er das Norwegische Kommunalwahlprogramm ins Leben. Er publiziert zum Thema Wahlen, Volksentscheide und politische Parteien. Zusammen mit seinem dänischen Kollegen, Professor Jørgen Goul Andersen, arbeitete und veröffentlichte er eine Reihe von Artikeln über die radikale Rechte in Skandinavien. Ihre erste Publikation war „Structural Changes and New Cleavages: the Progress Parties in Denmark and Norway“ (Acta Sociologica 1990).

Frauke Büttner

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin

Geboren 1966 in Kevelaer am Niederrhein, wuchs Frauke Büttner größtenteils in Spanien auf. Nach ihrem Studium der Fächer Germanistik, Spanisch und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin arbeitete

sie zwischen 2002 bis 2004 als Beraterin beim Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT), wo sie bei der Entwicklung des „Bausteins zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“ mitwirkte. Von 2005 bis 2006 war sie als Mitarbeiterin der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus „moskito“ in Berlin-Prenzlauer Berg tätig. 2007 unternahm Frauke Büttner einen mehrmonatigen Auslandsaufenthalt zur Recherche aktueller rechtsextremer Erscheinungsformen und demokratischer Gegenkonzepte in Spanien. Vor Ort arbeitete sie bei der NGO Movimiento contra la Intolerancia. Seit November 2008 ist sie Beraterin bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.

Jean-Yves Camus

Institut für internationale und strategische Beziehungen (IRIS), Paris

Jean-Yves Camus (geboren 1958) ist assoziierter Professor am Institut für internationale und strategische Studien (IRIS) in Paris und Professor am Institut der Universität für jüdische Studien Elie Wiesel in Paris. Er schloss sein Studium am Institut für Politikwissenschaft in Paris (Sciences Po) mit dem Diplom ab und absolvierte zusätzlich einen Abschluss in Zeitgeschichte an der Hochschule für Sozialwissenschaften (EHESS) sowie im Fach Politikwissenschaft an der Universität Sorbonne (Paris-I). Er ist u. a. am Jahresbericht des Stephan-Roth-Instituts über zeitgenössischen Antisemitismus beteiligt und Experte für die Themen extreme Rechte, Antisemitismus und radikale politische Bewegungen in Europa, zu denen er vielfach publiziert hat.

Roberto Chiarini

Universität Mailand

Roberto Chiarini ist Professor für Zeitgeschichte und Geschichte der politischen Parteien an der Universität Mailand in Italien. Er ist ebenfalls Vorsitzender des Centro studi e documentazione sul periodo storico della Repubblica Sociale Italiana, das sich der Forschung der Geschichte der Italienischen Sozialrepublik (1943–1945) verschrieben hat. Seine Forschungsinteressen sind Sozialismus, Liberalismus, Neofaschismus und die italienische Rechte in der Nachkriegszeit. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit schreibt er außerdem regelmäßig für die wichtigsten italienischen Zeitungen.

Ronald Eissens

Generaldirektor der NGO Magenta Foundation für Menschenrechte, Niederlande

Ronald Eissens ist Generaldirektor und Mitbegründer der NGO Magenta Foundation für Menschenrechte und gegen Rassismus mit Sitz in Amsterdam. Seit 1992 ist er für nationale und internationale Anti-Rassismus- und Menschenrechtsprojekte verantwortlich. Zusammen mit Gründerkollegin Suzette Bronkhorst rief er die weltweit erste Hotline gegen Hass im Internet ins Leben, gründete die erste mobile Internetverbindung für Segelboote (im Rahmen eines nationalen Bildungsprojekts gegen Rassismus) und war Mitbegründer des International Network Against Cyber Hate (INACH). Eissens organisierte Lebensmittel- und Medikamententransporte ins belagerte Sarajevo, berichtete live über I CARE für die Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban (Südafrika), übertrug die Namensverlesung der während des Holocausts ermordeten niederländischen Juden im Internet und organisierte Medienkampagnen gegen Extremismus, Antisemitismus, Holocaust-Leugnung und Hass gegen Muslime. Ronald Eissens veröffentlichte eine Vielzahl von Publikationen über Cyberhass. Er ist Spezialist für die Themen Antisemitismus, Holocaust-Leugnung & Internet sowie OSZE-Cyberhass-Experte.

Christopher T. Husbands

London School of Economics

Nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften in Manchester und Chicago, USA, arbeitete Christopher Husbands ab 1978 an der London School of Economics, wo er Soziologie und Politikwissenschaften lehrte. Er hat fast 40 Jahre intensiv zur extremen Rechten geforscht. Zu Beginn seiner Beschäftigung mit dem Thema setzte er sich mit der „George-Wallace-Bewegung“ in den USA auseinander, später forschte er zur National Front in Großbritannien und publizierte im Anschluss zu Rechtsextremismus in anderen westeuropäischen Ländern, einschließlich Österreichs, Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, den Niederlanden und der Schweiz. Er publiziert auch zur aktuellen Lage der extremen Rechten in Großbritannien und ist seit 1990 assoziierter Herausgeber der Zeitschrift *Ethnic and Racial Studies*. Weiterhin beschäftigt er sich mit thematisch verwandten Gebieten, u. a. mit Diskriminierung und Asylpolitik.

Nora Langenbacher

Friedrich-Ebert-Stiftung

Nora Langenbacher (geboren 1981 in Heidelberg) studierte Politikwissenschaft, Anglistik mit Schwerpunkt Nordamerika, Erziehungswissenschaften und Psychologie an der Freien Universität Berlin. Als Fulbright-Stipendiatin studierte sie von 2003 bis 2004 Friedens- und Konfliktforschung sowie US-Außenpolitik in Washington D.C., USA. Studienbegleitend arbeitete sie im Deutschen Bundestag, dem amerikanischen Kongress, als Mitarbeiterin an der Freien Universität und der American University. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist sie seit 2007 tätig, wo sie nach ihrer Referententätigkeit in den Politikbereichen Frauen/Gender-, Familien- und Jugendpolitik seit Mitte 2009 das Projekt Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Forum Berlin leitet.

Heléne Lööw

Zentrum für Politikwissenschaft Uppsala, Schweden

1961 geboren, ist Lööw Gastprofessorin am Fachbereich Geschichte der Universität Uppsala und stellvertretende Direktorin des Zentrums für Polizeiwissenschaft in Uppsala. Sie war Mitglied in mehreren Staatsausschüssen und vertrat Schweden in EU-Gremien und dem Europarat. Sie publizierte drei Bücher und eine Reihe von Zeitungsartikeln zum Thema Nationalsozialismus, Antisemitismus, religiöse und politische Gewalt, Frauen und der Rechtsextremismus sowie staatliche Maßnahmen gegen den politischen Extremismus. Lööw arbeitet gegenwärtig in dem EU-finanzierten, von der schwedischen Polizeibehörde durchgeführten Projekt „Gute Praxis für Dialog und Kommunikation als strategische Prinzipien im Polizeieinsatz bei politischen Kundgebungen in Europa“ (GODIAC) mit.

Susi Meret

Fachbereich Kultur und Globale Studien, Universität Aalborg

Susi Meret ist promovierte Lehrbeauftragte am Fachbereich Kultur und Globale Studien der Universität Aalborg in Dänemark. Ihre Hauptforschungsfelder sind vergleichende Politik, rechtsradikale Parteien, Migrationspolitik und Wählerverhalten gegenüber ethnischen Minderheiten. Zu ihren Veröffentlichungen gehören u. a. ihre Doktorarbeit „The Danish

People's Party, the Italian Northern League and the Austrian Freedom Party in a comparative perspective: Party ideology and electoral support“, SPIRIT PhD. Series, Aalborg University 2010, und, in Zusammenarbeit mit Hans-Georg Betz, der gemeinsame Artikel „Revisiting Lepanto: The political mobilisation against Islam in contemporary Europe“ in: Malik M. (Hg.): „Anti-Muslim Prejudice. Past and Present“, Routledge 2010. Kürzlich wirkte sie an der Anthologie „Irregular Migration in a Scandinavian Perspective“, Shaker Publishing 2010, mit.

Michael Minkenberg

Max-Weber-Lehrstuhl für Deutsche und Europäische Studien,
Universität New York, USA

Seit 2007 ist Michael Minkenberg Inhaber des Max-Weber-Lehrstuhls für Deutsche und Europäische Studien an der New York University. In Deutschland ist er als Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) tätig. Seinen Magisterabschluss in American Government absolvierte er 1984 an der Georgetown University in Washington D.C., seine politikwissenschaftliche Promotion schloss er 1989 an der Universität Heidelberg ab. Vor seiner Berufung an die Viadrina Universität 1998 unterrichtete er vergleichende Politikwissenschaft an den Universitäten Göttingen und Heidelberg sowie an der Cornell University und der Columbia University in den USA. Michael Minkenburgs Forschungsschwerpunkte umfassen die radikale Rechte in liberalen Demokratien, Einwanderung, Nationalismus und die Politik von citizenship und das Verhältnis von Religion und Politik in westlichen Gesellschaften. Zu seinen vielfachen Publikationen gehört auch „The Radical Right in Europe: An Overview“ (2008).

Rafal Pankowski

Never Again Association, Warschau

Rafal Pankowski lebt in Warschau, wo er für die NGO „Never Again Association“ arbeitet, als Redakteur der Zeitschrift Nigdy Wiecej („Nie Wieder“) tätig ist und parallel am Collegium Civitas in Warschau als Koordinator eines Forschungsprogramms fungiert. Rafal Pankowski ist der Autor des Buches „Neo-Faschismus in Westeuropa“ (polnische Akademie der Wissenschaften: 1998) sowie der Veröffentlichung „Rassismus und Populäre Kultur“ (Warschau: 2006). Er hat mehrere Beiträge zu den

Themen Rassismus und Nationalismus in der europäischen Fachliteratur publiziert, einschließlich The Economist, Index on Censorship und Searchlight.

Britta Schellenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften, Universität München

Britta Schellenberg ist Mitarbeiterin am „Centrum für angewandte Politikforschung“ (C·A·P) sowie Lehrbeauftragte am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie studierte Literatur, Linguistik und Jüdische Studien in Heidelberg, London und Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die radikale Rechte, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Strategien gegen Rechtsradikalismus sowie Migration. Britta Schellenberg ist Autorin zahlreicher Publikationen, u. a. Bertelsmann Stiftung (ed.): „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“, Gütersloh 2009 (verantwortlich mit Orkan Kösemen) und „Unterrichtspaket Demokratie und Rechtsextremismus. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus anhand rechtsextremer Musik“ (Schwalbach 2011).

Martin Schulz

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

Geboren 1955, durchlief Martin Schulz eine Ausbildung zum Buchhändler und betrieb zwischen 1982 und 1994 seine eigene Buchhandlung in Würselen, unweit von Aachen. Hier engagierte er sich zudem kommunalpolitisch und übernahm von 1987 bis 1998 das Amt des Bürgermeisters. Seit 1994 ist Martin Schulz Mitglied des Europäischen Parlaments und steht seit 2004 der Sozialdemokratischen Fraktion vor. Seit 1999 gehört Martin Schulz dem Parteivorstand sowie dem Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) an.

Damir Skenderovic

Universität Fribourg, Schweiz

Damir Skenderovic ist assoziierter Professor der Zeitgenössischen Geschichte an der Universität von Fribourg in der Schweiz. Er hat Geschichte, Sozialanthropologie und Kommunikationswissenschaften studiert

und war Visiting Scholar am Zentrum für europäische Studien an der New York Universität in den USA. Von 2004 bis 2007 war er Co-Direktor des Forschungsprojekts „Radikale Populistische Rechtsparteien und Migrationspolitik in der Schweiz“, das durch den schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert wird. Er ist Co-Leiter des SNF-geförderten Forschungsprojekts „Language and Identity Politics“. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die radikale Rechte, Identitätspolitik, Nationalismus, Migration sowie Forschungen zu „1968“ in Westeuropa mit einem besonderen Fokus auf die Schweiz. Zu seinen Publikationen gehört auch „The Radical Right in Switzerland: Continuity and Changes, 1945–2000“ (Oxford, New York: 2009).

Pal Tamas

Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften, Budapest

Pal Tamas ist ein ausgewiesener Experte der osteuropäischen Gesellschaften. Neben seiner Tätigkeit als Direktor des soziologischen Forschungsinstituts der Akademie der Wissenschaften in Budapest war und ist er Visiting Professor an verschiedenen internationalen Universitäten und Forschungseinrichtungen und Mitglied verschiedenster Forschungsgruppen, so u. a. der EU-Expertengruppe „Inklusive Bildung in Europa“. Seit 2006 hat Pal Tamas den Vorsitz des Multikulturalismuskomitees innerhalb des Programms zur Gestaltung des sozialen Wandels (MOST) der UNESCO inne.

Kristian Vigenin

Mitglied des Europäischen Parlaments

1975 in Sofia, Bulgarien, geboren, studierte Kristian Vigenin Internationale Beziehungen und Volkswirtschaft in Sofia und absolvierte nach seinem Studienabschluss das Programm International Leadership and Economic Development an der J.F. Kennedy School of Government der Harvard Universität in den USA. Seit 2002 ist er der Vorsitzende der Abteilung für Außenpolitik und internationale Beziehungen der bulgarischen sozialistischen Partei. Seit 2007 ist er Mitglied des europäischen Parlaments.

Weiterführende Literatur und Links

Wissenschaftliche Beiträge

- Arzheimer, Kai and Carter, Elisabeth (2006): Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success, *European Journal of Political Research*, Vol.45, No.3, pp. 419–443.
- Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 42/2005. Thema: Rechtsextremismus. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. (Erschienen am 17. Oktober 2005). <http://www.bpb.de/publikationen/CH0A6G,,0,Rechtsextremismus.html>.
- Backes, Uwe and Jesse, Eckhart (eds.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (Baden-Baden: Nomos, annually).
- Bertelsmann Stiftung (ed.) (2009): *Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe*. Gütersloh: Bertelsmann Verlag.
- Betz, Hans-Georg and Stefan Immerfall (eds.) (1998): *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. New York: St. Martin's.
- Betz, Hans-Georg (2003): Xenophobia, Identity Politics and Exclusionary Populism in Western Europe. In: Leo Panitch and Colin Leys (eds.), *Fighting Identities: Race, Religion and Ethno-Nationalism*. London: Merlin, pp. 193–210.
- Camus, Jean-Yves (ed.) (1998): *Extremism in Europe. Survey*, Paris: l'aube essay/CERA.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Leske + Budrich.
- Holmes, Douglas (2000): *Integral Europe. Fast-Capitalism, Multiculturalism, Neofacism*. Princeton: Princeton University Press.
- Hainsworth, Paul (ed.) (2000): *The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream*. London: Pinter.
- Piero Ignazi (2003): *Extreme Right Parties in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Kitschelt, Herbert (in collaboration with Anthony J. McGann) (1995): *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Merkel, Peter H. and Weinberg, Leonard (eds.) (2003): *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*. London: Frank Cass.
- Minkenberg, Michael (1998): *Die neue radikale Rechte im Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: CUP.
- Ramet, Sabrina (ed.) (1999): *The Radical Right in Central and Eastern Europe Since*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- Schain, Martin; Zolberg, Aristide and Hossay, Patrick (eds.) (2003): *Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*. New York: Palgrave.
- Schori Liang, Christina (ed.) (2007): *Europe for the Europeans. The Foreign and Security Policy of the Populist Radical Right*. Aldershot: Ashgate.
- Spöhr, Holger and Kolls, Sarah (eds.) (2009): *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.
- Tismaneanu, Vladimir (1998): *Fantasies of Salvation. Democracy, Nationalism, and Myth in Post-Communist Europe*. Princeton: Princeton UP.
- Von Beyme, Klaus (1988): *Right-Wing Extremism in Post-War Europe*. In: *West European Politics*, Vol. 11, No. 2, pp.1–18.

Beiträge für und aus der Praxis (Politik)

- Angelika Beer (Hrsg.), MdEP. *Europa im Visier der Rechtsextremen. Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament*. Berlin Januar 2009. http://www.angelika-beer.de/WEB/PDF/EUROPA_IM_VISIER_DER_RECHTSEXTR.PDF
- Carsten Hübner. *Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl*. Im Auftrag der Europaabgeordneten Gabi Zimmer für die Fraktion GUE/NGL. Dezember 2008. http://www.dielinke-europa.eu/fileadmin/PDF/Printmaterialien/STUDIE_Rechtsextreme_Netzwerke_und_Parteien_in_Europa_-_Eine_Bestandsaufnahme_vor_der_Europawahl_2009.pdf
- Jan Phillip Albrecht, MdEP (Hrsg.), *Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz*. Berlin Juli 2010. http://janalbrecht.eu/wp-content/uploads/2010/07/20100615_strategien_GE_final04-web.pdf
- Britta Schellenberg. *Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus in Europa. Impulse gegen Rechtsextremismus*, hrsg. v. Nora Langenbacher. Nr. 2/2010. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2010. <http://library.fes.de/pdf-files/do/07307.pdf> (german); <http://library.fes.de/pdf-files/do/07306-20100628.pdf> (english)

Webseiten zu Nachrichten, Berichten und Publikationen

Englisch

- 1) ECPR Standing Group on Extremism & Democracy. This is the website of a group of over 600 scholars of extremism and democracy. The most notable sections on the site are the searchable overview of the members and their research interests and (the archive of) the newsletter e-Extreme.
<http://www.tufts.edu/~dart01/extremismanddemocracy/>
- 2) European Commission against Racism and Intolerance (ECRI). Country Reports. http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/library/publications_en.asp
- 3) European Network Against Racism (ENAR). National Shadow Reports. http://www.enar-eu.org/Page_Generale.asp?DocID=15294&la=1&langue=EN
- 4) Fundamental Rights Agency (FRA). Publications (e.g. on antisemitism, xenophobia, discrimination, minorities).
http://fra.europa.eu/fraWebsite/products/publications_reports/publications_reports_en.htm
- 5) Searchlight Magazine. The most established anti-fascist magazine, British-based but international in focus. Has a lot of information, but with a clear political bias. <http://www.searchlightmagazine.com/>
- 6) Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Anti-Semitism and Racism. The Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism is a resource for information, provides a forum for academic discussion, and fosters continuing research on issues pertaining to antisemitic and racist theories and manifestations. Very useful is its computerized database of contemporary anti-Semitism and its annual reports.
<http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/database.htm>

- 7) Union of Councils for Jews in the Former Soviet Union (UCJS). The UCJS provides the best and fastest information about xenophobic actions and organizations in the territories of the former Soviet Union. Information can be searched by country or keyword.
<http://www.fsmonitor.com/>

Deutsch

- 1) Blick nach Rechts. Informiert seit 1986 über die rechte Szene, aktualisiert alle zwei Wochen. Fokus: Vor allem Deutschland.
<http://www.bnr.de/>
- 2) Eurorex. Informationen über Aktivitäten, Strategien und Netzwerke der extremen Rechten in Europa. Unabhängig.
<http://www.eurorex.info/>
- 2) Dossier „Rechtsextremismus“ der Bundeszentrale für Politische Bildung. Themenbezogene Artikel.
<http://www.bpb.de/themen/R2IRZM,O,O,Rechtsextremismus.html>
- 3) Netz gegen Nazis. Eine Initiative der Amadeus Antonio Stiftung in Kooperation mit DIE ZEIT. Beteiligt sind verschiedene Mitinitiatoren (wie DFB), Partner und Unterstützer. Umfasst: Lexikon zu Themen rund um den Rechtsextremismus, aktuelle Artikel. <http://www.netz-gegen-nazis.de/category/format/presseschau>
- 4) Mut gegen Rechte Gewalt. Eine Aktion des Stern. Artikel zum Thema Rechtsextremismus und Gegenengagement. Fokus: Vor allem Deutschland. <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/ueber-uns/>

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Ziele der weltweiten Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Als eine gemeinnützige, private, kulturelle Institution ist sie den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Die FES leistet Beiträge zur sozialen Demokratie

- durch politische Bildung, die ihre Grundwerte stärkt,
- durch die Förderung junger Wissenschaftler, die ihr verpflichtet sind,
- durch öffentliche Dialoge, die ihr politisch die Wege ebnen,
- durch Entwicklungszusammenarbeit, die globaler Gerechtigkeit dient,
- durch Forschung und Politikberatung, die ihre Grundlagen erforschen und
- vermitteln, und
- durch Brücken internationaler Kooperation, die zum Aufbau weltweiter Demokratie beitragen.

Größere Niederlassungen der Stiftung befinden sich in Bonn und Berlin. Daneben gibt es deutschlandweit Landes- und Regionalbüros sowie über 100 Einsatzorte im Ausland. Nähere Informationen zur FES finden Sie im Internet unter www.fes.de.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus als dringliche Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte erfordert ein wachsameres und kontinuierliches Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie fremdenfeindliche und rassistische

Einstellungen und für Demokratie stellt daher auch ein zentrales Arbeitsfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Verschiedenste Arbeitseinheiten der FES bieten Tagungen, Seminare und Ausstellungen an, die über Erscheinungsformen der extremen Rechten informieren und effektive Strategien für Demokratie und Zivilcourage aufzeigen. Gerade weil die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus lokalspezifisch geführt werden muss, ist dieser dezentrale Ansatz wichtig.

Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Arbeit gegen Rechts unterstreicht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2005 zudem durch ihr zentrales Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ in Berlin. Dieses begleitet aktuelle gesellschaftspolitische Debatten zum Thema aus bundespolitischer Perspektive, lädt Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft regelmäßig zu Konferenzen ein und trägt mit seinen Publikationen zum Fachdiskurs bei. Weiterhin dient es als zentraler Anlaufpunkt der Stiftung zum Thema Rechtsextremismus.

Einen Überblick über die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus bietet das Internetportal www.fes-gegen-rechtsextremismus.de. Hier sind bundesweit sämtliche Veranstaltungen aufgeführt sowie alle Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus mit der Möglichkeit zum kostenlosen Download oder Bestellung gelistet.

Kontakt

Projekt „Gegen Rechtsextremismus“

Forum Berlin

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Phone: +49 (0)30 269 35-7309

Fax: +49 (0)30 269 35-9240

Mail: forum.rex@fes.de



FES-Publikationen

- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Decker, Oliver; Rothe, Katharina; Weißmann, Marliese; Geißler, Norman; Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechts-extremer und demokratischer Einstellungen. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2008): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hg.) (2008): Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen – NRW für Toleranz und Menschlichkeit. Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hg.) (2006): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Dokumentation einer Bürgerkonferenz. Berlin.
- Grumke, Thomas; Klärner, Andreas (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.) (2008): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn.
- Langenbacher, Nora; Molthagen, Dietmar (2008): Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

- Molthagen, Dietmar; Klärner, Andreas; Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.) (2008): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn.
- Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2010): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Bildquellennachweis

S. 6, S. 10, S. 29, S. 39, S. 58, S. 192, S. 234:

FES-Konferenz „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg?. Rechtsextremismus in Europa“ 30.11.2009, Fotograf: Peter Himself

S. 103, S. 104, S. 130, S. 151, S. 152, S. 170, S. 208, S. 216, S. 256, S. 280, S. 298, S. 322, S. 334:

FES-Konferenz „Open Space für Demokratie: Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa“ 5.11.2010, Fotograf: Jonas Fischer

S. 41: Foto 1: Internet SVP, <http://www.svp.ch/> Foto 2: Internet NPD, <http://www.npd.de/>

S. 62: Internet NPD, <http://www.npd.de/>

S. 71: Internet <http://www.wdr.de/themen/politik/nrw/rechtsextremismus/091027.jhtml?pbild=1>

S. 81: Internet <http://www.citiesagainstislamisation.com/>

S. 84: privates Bild, Lisa Bjurwald

S. 91: Front National Internet: <http://www.frontnational.com/>

S. 98: privates Bild, Jean-Yves Camus

S. 99: Internet Front National <http://www.frontnational.com/>

S. 113: Internet BNP, <http://www.bnp.org.uk/>

S. 137: http://www.msnbc.msn.com/id/33399706/ns/us_news-education/

S. 138: Internet PVV, <http://www.pvv.nl/>

S. 145: Internet
<http://islamizationwatch.blogspot.com/2009/10/wilders-dutch-anti-islam-mp-overturms.html>

S. 158: Internet AN (MSI) <http://www.alleanzanazionale.it/>

S. 159: Internet <http://www.milano.forzanuova.info/>

S. 165: Internet http://upload.wikimedia.org/wikipedia/en/a/a7/Lega_poster.jpg

S. 172: Internet SVP, <http://www.svp.ch/>

S. 180: Internet, <http://www.minarette.ch/>

S. 195: Primo

S. 197: Internet DN, <http://democracianacional.org/dn/>

S. 205: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

S. 210: Foto 1 + 2: Internet Ataka, Foto 3: Internet Ataka, <http://www.ataka.bg/>

S. 215: Internet Ataka, <http://www.ataka.bg/>

S. 226: privates Bild, Rafal Pankowski

- S. 250: dpa Picture Alliance
- S. 271: Internet, <http://www.danskfolkeparti.dk/Home.asp>
- S. 284: Internet: <http://sverigedemokraterna.se/>
- S. 285: privates Bild, Heléne Lööw
- S. 293: Broschüre der "Nationalsocialistisk front (NSF)"
- S. 295: privates Bild, Tor Bjørklund
- S. 303: Internet Progress Party, <http://www.frp.no/>
- S. 304: Internet Progress Party, <http://www.frp.no/>







**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

ISBN 978-3-86872-684-8